



DER BERLIN-MONITOR 2025

**Berlin – Zwischen demokratischer Haltung
und verbreiteten Ressentiments**

**Gert Pickel
Oliver Decker
Katrin Reimer-Gordinskaya**

Hrsg. Gert Pickel • Kazim Celik • Johanna Niendorf • Oliver Decker

Verlag

unibuch

Mit der Studienreihe „Berlin-Monitor“ werden seit 2019 Berliner:innen zu ihren politischen Einstellungen, Möglichkeiten der Partizipation, Vorurteilen, aber auch Diskriminierungserfahrungen befragt. Der Berlin-Monitor 2025 ist die vierte repräsentative Erhebung in dieser Reihe.

Im vorliegenden Buch werden die Ergebnisse des Berlin-Monitors 2025 vorgestellt. Er fokussiert auf gegenwärtige Entwicklungen in der politischen Kultur, aber auch auf zwei aktuelle Schwerpunkte: Antiziganismus und Antisemitismus. Beide Ressentiments sind in der Berliner Bevölkerung präsent, verbinden sich mit anderen abwertenden Einstellungen, wie z.B. dem Antifeminismus, und fungieren als Brücke zum Rechtsextremismus. Diesen Ressentiments steht auf der einen Seite eine aktive Stadtgesellschaft mit demokratischer Haltung entgegen, auf der anderen Seite werden sie durch eine zunehmende Fragilität in der Haltung zur Demokratie befördert.

DER BERLIN-MONITOR 2025

**Berlin – Zwischen demokratischer Haltung
und verbreiteten Ressentiments**

Gert Pickel

Oliver Decker

Katrin Reimer-Gordinskaya

Hrsg. Gert Pickel • Kazim Celik • Johanna Niendorf • Oliver Decker

Verlag

unibuch

Der Berlin-Monitor ist ein seit 2019 von der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung und seit 2023 von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung gefördertes Forschungsprojekt, durchgeführt in der Kooperation der Universität Leipzig und der Hochschule Magdeburg-Stendal.

www.berlin-monitor.de

© 2026 unibuch Verlag bei zu Klampen Verlag, Röse 21, 31832 Springe, zuklampen.de
Bei Fragen zur EU-Produktsicherheitsverordnung GPSR wenden Sie sich bitte an info@zuklampen.de.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen insbesondere über Muster, Trends und Korrelationen gemäß § 44b UrhG (»Text- und Data-Mining«) zu gewinnen, ist untersagt.

Reihenherausgeber:innen: Gert Pickel, Oliver Decker, Katrin Reimer-Gordinskaya
Herausgegeben von: Gert Pickel, Kazim Celik, Johanna Niendorf, Oliver Decker
Beteiligte Autor:innen: Kazim Celik, Oliver Decker, Johanna Niendorf, Gert Pickel, Susanne Pickel, Anuschka Torschl
Lektorat: Tilman Meckel
Korrektur: Ute Rosner
Gestaltung und Satz: Uta-Beate Mutz, Leipzig
Druck: BoD – Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISBN 978-3-98737-064-9
ISBN E-Book-Epub 978-3-98737-473-9
ISBN E-Book-Pdf 978-3-98737-474-6

gefördert durch		im Rahmen von
BERLIN		 DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT. Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		
 LANDESSTELLE FÜR GLEICHBEHANDLUNG - GEGEN DISKRIMINIERUNG		

Inhaltsverzeichnis

Grußwort	8
1 Berlin: Gefährdung von Demokratie und politischer Kultur durch antisemitische und antiziganistische Ressentiments	10
<i>Gert Pickel, Oliver Decker, Johanna Niendorf, Kazim Celik & Anuschka Torschl</i>	
1.1 Schwerpunkt Antisemitismus.....	11
1.2 Schwerpunkt Antiziganismus.....	12
Literatur.....	14
2 Stichprobe und Methode der diesjährigen Repräsentativerhebung	17
<i>Kazim Celik, Gert Pickel & Oliver Decker</i>	
2.1 Stichprobe des Berlin-Monitors 2025	17
2.2 Pretest, Fragebogenentwicklung und Feldarbeit	17
2.3 Stichprobenziehung und Gewichtung.....	18
2.4 Erfassung des Migrationshintergrundes	21
2.5 Erhebung antisemitischer Einstellungen.....	22
2.6 Erhebung antiziganistischer Einstellungen.....	22
Literatur.....	25
3 Politische Kultur in Berlin 2025	26
<i>Kazim Celik, Gert Pickel & Susanne Pickel</i>	
3.1 Einleitung	26
3.2 Was ist Politische Kultur? Begriff, Dimensionen und Forschungsansätze	27
3.3 Politische Kultur als analytischer Rahmen	28
3.4 Operationalisierung von Politischer Kultur im Berlin-Monitor.....	30
3.5 Politische Kultur und Demokratieunterstützung in Berlin.....	32
3.6 Gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziales Engagement in Berlin.....	39
3.7 Fazit und Ausblick	42
Literatur.....	44

4	Rechtsextreme Einstellung und autoritäre Bedürfnisse: Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Diktaturbefürwortung in Berlin 2025	46
	<i>Oliver Decker, Kazim Celik & Gert Pickel</i>	
4.1	Einleitung	46
4.2	Ergebnisse der Befragung – Dimensionen der rechtsextremen Einstellung	48
4.3	Ergebnisse der Befragung – Dimensionen des autoritären Syndroms	54
4.4	Diskussion	58
	Literatur.....	59
5	Antisemitismus in Berlin	62
	<i>Oliver Decker & Gert Pickel</i>	
5.1	Einleitung	62
5.2	Die Erfassung antisemitischer Ressentiments im Berlin-Monitor 2025 – Methodik	66
5.3	Antisemitische Ressentiments im Berlin-Monitor 2025 – Ergebnisse ...	69
5.4	Spezifische Verbreitungen und Zusammenhänge	77
5.5	Diskussion	81
	Literatur.....	82
6	Antiziganismus in Berlin	87
	<i>Gert Pickel & Susanne Pickel</i>	
6.1	Einführung und Konzeptionelles zu Antiziganismus	87
6.2	Antiziganismus in Berlin – Dimensionalität und Verbreitung.....	91
6.3	Kontexte des Antiziganismus.....	96
6.4	Antiziganismus in Berlin – Erklärungsversuche.....	100
6.5	Fazit: Antiziganismus als Rassismus der kleinen Leute	106
	Literatur.....	107

7 Geschlechterdemokratie(n) und ihre autoritären Verbindungen	111
<i>Gert Pickel, Johanna Niendorf & Anuschka Torschl</i>	
7.1 Einführung	111
7.2 Antisemitische und antiziganistische Geschlechterbilder	113
7.3 Antifeminismus und traditionaler Sexismus in Berlin	116
7.4 Triebkräfte in der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt	124
7.5 Fazit: Probleme der Geschlechterdemokratie in Berlin	126
Literatur	127
8 Fazit: Einstellungen in Berlin 2025	130
<i>Gert Pickel, Oliver Decker, Kazim Celik & Johanna Niendorf</i>	
Fragebogen „Berlin-Monitor 2025“	136

Grußwort

Liebe Leser:innen,

der Berlin-Monitor 2025 führt uns in aller Deutlichkeit vor Augen, wie tief verankert und wie weit verbreitet antiziganistische Einstellungen in unserer Stadt weiterhin sind. 25 bis 30 Prozent der Berliner:innen möchten Sinti:zze und Rom:nja aus den Innenstädten verbannt sehen und unterstellen ihnen einen geringeren Zivilisationsgrad. Für fast die Hälfte der Befragten sind die Angehörigen der größten Minderheit Europas an ihrer Diskriminierung selbst schuld; ihre bloße Anwesenheit führe zu Konflikten. Damit knüpfen die Erzählungen der Berliner:innen direkt an eine lange Kontinuität der Täter:innen-Opfer-Umkehr an. Exemplarisch für diese steht ein Urteil des Bundesgerichtshofs von 1956, in dem der nationalsozialistische Völkermord an Sinti:zze und Rom:nja nicht als rassistisch motiviert anerkannt, sondern mit angeblicher Kriminalität und Asozialität begründet wurde. Zieht man darüber hinaus in Betracht, dass die Zustimmung zu den auf Exklusion abzielenden und entmenslichenden Positionen in Berlin sogar durchgehend höher als im Bundesdurchschnitt liegt, sind die Ergebnisse äußerst alarmierend.

Laut des Berlin-Monitors 2025 finden sich antiziganistische Ressentiments quer durch die Stadtgesellschaft, über soziale Milieus und Herkunftslinien hinweg. Dabei reichen ihre Ausdrucksformen von offener Ablehnung und Ausgrenzung bis hin zu scheinbar wohlwollenden, aber letztlich doch abwertenden Bildern über die Angehörigen dieser Minderheit. Besonders aufschlussreich und problematisch zugleich ist, dass die meisten Berliner:innen Sinti:zze und Rom:nja kaum persönlich kennen. Mehr als die Hälfte bezieht ihr „Wissen“ über die Minderheit aus den Medien, während reale Kontakte selten sind. Angesichts einer Medienberichterstattung, die oft negative Erzählungen propagiert und kaum bis gar nicht die diversen Alltagswirklichkeiten von Sinti:zze und Rom:nja differenziert zeigt, ist das brandgefährlich.

Die Ergebnisse des Berlin-Monitors sind ein deutliches Alarmsignal, machen aber zugleich deutlich, was für eine gezielte Präventionsarbeit wichtig ist. So tendieren Berliner:innen mit einem höheren Bildungsniveau weniger zu ausgrenzenden Haltungen gegenüber Rom:nja und Sinti:zze. Gleichzeitig sind sie eher bereit, Antiziganismus als strukturelles Problem anzuerkennen. Antiziganismuskritische Bildungsangebote sollten dementsprechend einer breiteren Zielgruppe zugänglich gemacht werden, vor allem Menschen mit weniger Zugang zu politischer Bildung. Von zentraler Bedeutung sind zudem differenzierte mediale Bilder sowie persönliche Kontakte, die über flüchtige Begegnungen zu (vermeintlichen) Sinti:zze und Rom:nja „in Fußgängerzonen“ hinausgehen. Besonders aufschlussreich erscheinen mir außerdem die aufgezeigten Verbindungen zwischen den verschiedenen Dimensionen antiziganistischer Haltungen und

den verschiedenen Formen antisemitischer Ressentiments. Effektive Prävention, Erinnerungs- und Bildungsarbeit müssen diese Zusammenhänge mitdenken.

Das Land Berlin hat erste strukturbildende Maßnahmen eingeleitet, um Antiziganismus entgegenzuwirken, indem es beispielsweise einen Beirat für Angelegenheiten von Rom*nja und Sinti*zze eingerichtet hat. Der Berlin-Monitor 2025 zeigt aber unmissverständlich, dass wir uns damit erst auf den Weg gemacht haben. Eine Verwaltung, die Antiziganismus/Rassismus gegen Rom:nja und Sinti:zze klar erkennt, benennt und ihm widerspricht, kann dazu beitragen, dass sich die Stadtgesellschaft insgesamt selbstkritisch hinterfragt und deutlich Haltung gegen antiziganistische Einstellungen bezieht.

Ich danke den Verantwortlichen des Berlin-Monitors, dass sie Antiziganismus zum Schwerpunkt gemacht und damit eine wichtige Grundlage für weiteres konsequentes Handeln geschaffen haben. Ich wünsche mir, dass wir diese Erkenntnisse nutzen, um aus Berlin eine Stadt zu machen, in der Sinti:zze und Rom:nja angstfrei und ohne Abwertung, Diskriminierung und Ausgrenzung leben können.

Alina Voinea
Ansprechperson des Landes Berlin zu Antiziganismus

1 **Berlin: Gefährdung von Demokratie und politischer Kultur durch antisemitische und antiziganistische Ressentiments**

Gert Pickel, Oliver Decker, Johanna Niendorf, Kazim Celik & Anuschka Torschl

Mit dem Berlin-Monitor 2025 liegt die mittlerweile vierte repräsentative Befragung in der Berliner Bevölkerung vor. Die Erhebung 2025 folgt auf die Befragungen aus den Jahren 2019, 2021 und 2023 (Pickel et al. 2019, 2023, 2024).¹ Im Berlin-Monitor widmen wir uns der kontinuierlichen Erfassung von politischen Auseinandersetzungen, Einstellungsmustern und Tendenzen, die ein demokratisches Miteinander in Berlin gefährden. Damit versuchen wir den Einfluss aktueller Ereignisse auf die politischen Einstellungen der Berliner:innen zu bestimmen. So fiel die Erhebung 2025 in einen Zeitraum, in dem krieglerische Dynamiken sowohl in Israel und Gaza als auch der Ukraine und Russland weiterhin stark im Fokus der medialen Aufmerksamkeit und politischen Debatten standen. Insbesondere der Ukraine-Krieg wird begleitet von politischen Forderungen nach Wehrhaftigkeit und der Kriegstüchtigkeit Deutschlands, ein neues Wehrdienstgesetz mit einer Wiedereinführung der Wehrrfassung wurde jüngst vom Bundestag verabschiedet und wird 2026 in Kraft treten (Bundesministerium der Verteidigung 2025). Gleichzeitig kündigte die neue Bundesregierung einen härteren Kurs in der Migrationspolitik an, mit verschärften Grenzkontrollen und der Reduzierung ‚irregulärer Migration‘ (Bundesregierung 2025). Damit bleiben die Themen Krieg und Migration bzw. Migrationsabwehr weiter zentral in bundesdeutschen politischen Auseinandersetzungen.

Mit den Diskussionen um eine Reform des Bürgergelds richtet die schwarz-rote Bundesregierung gleichzeitig deutliche Leistungsappelle an die Bürger:innen. Gefordert wird Mehrarbeit und der Verzicht auf soziale Leistungen, um die nationale Wirtschaft zu stärken (tagesschau 2025). Der Soziologe Oliver Nachtwey weist darauf hin, dass diese Politik bereits bestehende Ressentiment verstärken kann (ebd.). Auch frühere Studien des Berlin-Monitors (Pickel et al. 2024) zeigten, dass sich die Form der Bearbeitung politischer Herausforderungen in den politischen Einstellungen der Menschen niederschlagen und Ressentiments beeinflussen kann. Wie sich das in den Einstellungen der Berliner Stadtgesellschaft zeigt, wollen wir in dem vorliegenden Band

1 Leiter:innen des Berlin-Monitors sind Oliver Decker, Gert Pickel und Katrin Reimer-Gordinskaya. Das Abgeordnetenhaus hat den Berliner Senat mit der Umsetzung des Berlin-Monitors am 25.6.2019 beauftragt. Der Bericht folgt allein wissenschaftlichen Kriterien und wird in Kooperation mit der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung verfasst.

darlegen. Dabei konzentrieren wir uns – neben der Analyse rechtsextremer, autoritärer und geschlechtsbezogener Einstellungen und der politischen Kultur in Berlin – diesmal auf antisemitische und antiziganistische Ressentiments. Sie stellen den Schwerpunkt des Berlin-Monitor 2025 dar.

1.1 Schwerpunkt Antisemitismus

Der 7. Oktober 2023, der Tag des von der islamistischen Hamas angeführten Terrorangriffs auf Israel, stellte eine weltweite Zäsur für jüdisches Leben dar. Das schlimmste antisemitische Pogrom seit der Shoah hatte nicht allein verheerende Folgen für jüdische Menschen und ihre Communities durch die damit einhergehende Retraumatisierung, sondern führte darüber hinaus zu einer weltweiten Eskalationsspirale antisemitischer Gewalt (Arnold et al. 2024; Chernivsky & Lorenz-Sinai 2024). So kam es auch in der Bundesrepublik Deutschland nach dem 7. Oktober 2023 zu einer erheblichen Zunahme an antisemitischen Straftaten (BKA 2024, RIAS 2024). Dieser Anstieg kann als Hinweis auf eine gegenwärtige Konjunktur latent vorhandener antisemitischer Ressentiments gesehen werden, die unter bestimmten Gelegenheitsstrukturen offen zutage treten. Antisemitismus stellt in dieser Form eine „dunkle Ressource“ moderner Gesellschaften dar (Decker & Reimer-Gordinskaya 2024). Dabei zeigt sich in der aktuellen Situation, dass sich die Gruppen, die antisemitisch agieren, und die Formen, in denen Antisemitismus geäußert wird, stark diversifizieren. Neben der klassischen Verankerung des Antisemitismus im Rechtsextremismus kommen verstärkt linke Gruppierungen und Muslime in den Fokus (Decker et al. 2024; Öztürk & Pickel 2022, 2024). In Bezug auf den Krieg in Israel und Gaza hat sich ein antiisraelischer-antizionistischer Diskurs etabliert, der Antisemitismus Raum lässt und ihn auch beinhaltet. Hier finden alte und neue antisemitische Motive ihren Ausdruck, die unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen miteinander verbinden. Antisemitismus erhält so die Funktion einer „doppelten Brückenideologie“, indem er Verbindungen sowohl innerhalb als auch zwischen unterschiedlichen politischen Milieus schafft (Profes et al. 2024).

Wie sich diese Dynamik in Berlin zeigt, ist bislang nur in Ansätzen dokumentiert und analysiert. Die Erhebung antisemitischer Einstellungen bleibt oft eindimensional und wird den Entwicklungen einer ‚Post-7/10-Konstellation‘ nicht gerecht. Dabei ist speziell das Sichtbarwerden neuer Formen und Quellen antisemitischer Äußerungen zu berücksichtigen und die Hintergründe dieser Konjunktur zu erklären. Dem wollen wir im Berlin-Monitor 2025 nachgehen und haben entsprechend neue Antisemitismus-Items in die Erhebung aufgenommen (Decker et al. 2024). Diese Items ermöglichen, sowohl über unsere ersten Ergebnisse zum Antisemitismus in den verschiedenen Studien des Berlin-Monitor hinauszugehen als auch an unsere Befunde der aktivierenden Befragung 2019 (Reimer-Gordinskaya & Tzschiesche 2019, 2020) und dem dortigen Schwerpunkt Antisemitismus in der repräsentativen Befragung anzuschließen (Decker & Celik 2019; Pickel et al. 2022).

Verstehen wir Antisemitismus als Ressentiment, dann verweist das im theoretischen Rahmen der psychoanalytischen Sozialpsychologie auf die psychischen Funktionen,

die er erfüllt (Adorno et al. 1973, 135). Er ist sowohl Ausdruck eines Bedürfnisses und gleichzeitig „Leidenschaft und Weltanschauung“ (Sartre 1950, 15). Die Grundstruktur des Ressentiments bleibt dabei konstant: Das Bild des „Juden“ ist grundlegend fremd, gleichzeitig schwach und übermächtig und steht für eine bössartige Verschwörung gegen alle Anderen. Nicht zuletzt erweist sich das Ressentiment als fluide, bringt immer wieder neue Ausdrucksweisen hervor und verweist damit auf die historisch-konkreten gesellschaftlichen Sozialisationsbedingungen, Konflikte und demokratischen Defizite, die wir im Rahmen unserer Studienreihe für die Berliner Stadtgesellschaft erforschen.

1.2 Schwerpunkt Antiziganismus

Doch nicht nur antisemitische Ressentiments prägen die derzeitige Entwicklung und gefährden die Demokratie in Berlin und im Bundesgebiet. Antiziganismus zählt zu den am stärksten verbreiteten Abwertungen in Deutschland (Decker et al. 2024; Pickel & Stark 2022; Zick et al. 2023). Auch er dient als wichtiges Brückenkonstrukt zwischen bürgerlichen Milieus und der extremen Rechten (Zick et al. 2023; Decker et al. 2024). Zentral ist dabei eine homogenisierende und essentialisierende Wahrnehmung bestimmter sozialer Gruppen und Individuen unter dem „Z-Wort“ oder anderer verwandeter Bezeichnungen und Codierungen sowie die damit verbundene Zuschreibung spezifischer devianter Eigenschaften (End 2014, 30; Allianz gegen Antiziganismus 2022). Es sind historisch und gegenwärtig vor allem Roma, Sinti, Lovara und andere traditionell Romanes sprechende Gruppen, die mit diesem Stigma belegt werden. Betroffen sind aber auch Gruppen wie Jenische, Pavee oder vermeintlich ‚unangepasst‘ lebende Menschen (End 2014, 32). Das antiziganistische Ressentiment speist sich aus einem tradierten „Z-Bild“, in dem Zuschreibungen von Kriminalität, Primitivität, Schmutz und Nomadentum dominieren (End 2014, 19; Schreiber 2016). ‚Betteln‘, ‚Prostitution‘, ‚Missbrauch von Sozialleistungen‘ und ‚Armut‘ gehören dabei zu den klassischen antiziganistischen Topoi (End 2014, 22). Auch Begriffe wie ‚Armutszuwanderung‘ oder ‚Asyltourismus‘ sind eng mit antiziganistischen Vorurteilen verzahnt (End 2014, 31; Yildiz & Genova 2018). Soziale und ethnische Konstruktionen greifen hier ineinander. Insbesondere im Kontext Migration, Flucht und Asyl ist immer wieder eine intensivierte Berichterstattung unter den Schlagworten ‚Sinti und Roma‘ zu beobachten (End 2014, 20). In rechten Diskursen gelten sie als ‚noch schlimmer‘ als ‚andere Ausländer‘ (Geelhaar et al. 2013, 160). Diese Stereotype passen sich historischen und räumlichen Kontexten sowie den sich verändernden ökonomischen und politischen Gegebenheiten an (Allianz gegen Antiziganismus 2022; Heuß 2003, 26), gleichzeitig sind sie nicht beliebig. Ihre allgemeine Sinnstruktur bezieht sich auf die Zuschreibung von ‚vormodernen‘, ‚arachaischen‘ und ‚unzivilisierten‘ Eigenschaften (End 2013, 47f.). Im Zeitalter kapitalistischer Vergesellschaftung sind es besonders jene Eigenschaften, die den Normen der modernen Arbeitsgesellschaft widersprechen (End 2011; Maciejewski 1994; Scholz 2009; Hund 1996).

Der wissenschaftliche Begriff des ‚Antiziganismus‘ ist sowohl in der Forschung als auch bei den Vertretern von Verbänden der Sinti-und-Roma-Community umstritten (Zimmer-

mann 2007; Bartels 2013; End 2013; Quicker 2013; Pickel & Stark 2022, 4–6). Ein zentraler Kritikpunkt lautet, dass durch den Wortstamm „Zigan“ eine stigmatisierende Fremdbezeichnung enthalten ist und damit die Gefahr besteht, Vorstellungen eines ‚Ziganismus‘ oder von vermeintlich real existierenden ‚Z-Wort‘ zu reproduzieren (Pickel & Stark 2022, 4).² Dem kann aus Forschungsperspektive entgegengehalten werden, dass gerade mit dem Begriff die Vorstellungswelt der diskriminierenden Gesellschaft und ihrer Individuen zitiert und damit präzise beschrieben werden kann. Der Fokus liegt auf dem projektiven Charakter der Zuschreibungen und damit auch einer Differenzierung zwischen dem ‚Z-bild‘ und der Menschen, die von ihm betroffen sind (End 2013, 53–57). Damit beschreibt der Begriff Antiziganismus das Ressentiment genauer als andere Begriffsbildungen wie beispielsweise „Rassismus gegen Sinti und Roma“ oder „Anti-Romaismus“, weil es bei Antiziganismus eben nicht um sich selbst bezeichnende Personen oder Gruppen geht, sondern um die Projektionen der Mehrheitsgesellschaft. Von diesen Projektionen sind auch Menschen betroffen, die sich selbst nicht als Sinti oder Roma bezeichnen würden (ebd.). So erlaubt der Begriff ‚Ressentiment‘ eine Differenzierung zwischen der rassistischen Konstruktion und den Betroffenen. Deswegen begreifen wir ihn – unter Berücksichtigung seiner Kritik – als bisher am besten geeignet, um das soziale Phänomen zu beschreiben, das wir hier analysieren wollen.³

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma legt regelmäßig Monitoringberichte vor und betont, dass die „Bekämpfung der Wirkungsmechanismen des Antiziganismus eine zentrale Voraussetzung ist, damit Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsprogramme zum Erfolg führen“ (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma 2020, 6). Die Einrichtung einer Unabhängigen Kommission Antiziganismus im Jahr 2019 sowie die Einberufungen der Antiziganismusbeauftragten im Bund (2022) und in Berlin (2025) sind in diesem Sinne als positive Entwicklungen zu verzeichnen. Gleichzeitig ist über die Verbreitung antiziganistischer Einstellungen in Berlin nur wenig bekannt und auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Problem des Antiziganismus spielt immer noch eine marginale Rolle. Darüber hinaus stellt die Verbindung zwischen den beiden Ressentiments Antisemitismus und Antiziganismus eine Forschungslücke mit gravierenden Folgen für eine plurale Gesellschaft dar (Freckmann 2022; Pickel et al. 2022). Wir haben das zum Ausgangspunkt genommen, die Situation in Berlin zu beleuchten, nach der Verbreitung antisemitischer und antiziganistischer Einstellungen zu fragen und ihr Zusammenwirken zu ergründen, um weiterführende Analysen anzuregen (Kapitel 5 und 6).

² Aufgrund möglicher Re-Traumatisierungen wird, wie es in der Rassismusforschung üblich ist, von einer Ausformulierung des Z-Worts abgesehen.

³ Ausführlich zur Begriffsdiskussion und einem Definitionsvorschlag siehe End (2013). Zudem hat die International Holocaust Remembrance Association (IHRA) 2020 eine international anerkannte Arbeitsdefinition verabschiedet, die auch vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma übernommen wurde; siehe <https://holocaustremembrance.com/resources/working-definition-antigypsyism-anti-roma-discrimination/>.

Auch in diesem Jahr untersuchen wir rechtsextreme und autoritäre Einstellungen im Verhältnis zur Demokratie (Kapitel 3) sowie der politischen Kultur (Kapitel 4). Daraus entwickeln wir auch eine Typisierung der Demokratieunterstützung. Wir analysieren geschlechtsspezifische Abwertungen in Form von Antifeminismus, Sexismus, Homosexuellen- und Transfeindlichkeit sowie ihrer Verbindung zu antisemitischen und antiziganistischen Ressentiments (Kapitel 7). Generell bleibt es das übergeordnete Ziel des Berlin-Monitors, politische Einstellungen und Diskriminierungserfahrungen der Berliner Bevölkerung in der Langzeitperspektive zu erfassen, zu erklären und zu verstehen, um Wissensgrundlagen zur Stärkung der in Berlin entwickelten Gegenmaßnahmen zu generieren. Die Ergebnisse werden im Fazit zusammengefasst sowie zentrale Befunde und ihre Bedeutung noch einmal stichpunktartig herausgestellt.

Wir hoffen, dass der Berlin-Monitor 2025 Anregungen und empirische Grundlagen für weiterführende Diskussionen geben wird. Dies gilt für die wissenschaftliche Auseinandersetzung wie auch für die Nutzung in der zivilgesellschaftlichen Praxis.

Literatur

- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. & Sanford, N. (1973). *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Allianz gegen Antiziganismus (2022). Grundlagenpapier Antiziganismus. URL: <https://antigypsyism.eu/grundlagenpapier-antiziganismus/> (26.11.2025).
- Arnold, S., Grünberg, K. & Decker, O. (2024). Erfahrungen des Antisemitismus in Deutschland vor und nach dem genozidalen Angriff auf Israel. *Psychosozial*, 47, 5–8.
- Bartels, A. (2013). Antiziganismus benennen. Zur sprachlichen Diskriminierung durch das ‚Zigeuner‘-Wort. In A. Bartels, T. von Borcke, M. End & A. Friedrich (Hrsg.), *Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse* (S. 20–38). Münster: Unrast.
- Bundeskriminalamt (2023). Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2023. Berlin. URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (26.11.2025).
- Bundesministerium der Verteidigung (2025). Neuer Wehrdienst. 05.12.2025. <https://www.bmvg.de/de/neuer-wehrdienst> (06.12.2025).
- Bundesregierung (2025). Klares Signal für Ordnung und Verantwortung in der Migrationspolitik, 19.05.2025. Berlin. URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/verschaeffte-migrationspolitik-2348522> (06.12.2025).
- Chernivsky, M. & Lorenz-Sinai, F. (2024). Der 7. Oktober Als Zäsur für jüdische Communities in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 74, 19–24.
- Decker, O. & Celik, K. (2019). Antisemitismus in der Berliner Bevölkerung. In Pickel, G., Reimer-Gordinskaya, K. & Decker, O. (2019), *Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie* (S. 55–71). Springer: zu Klampen.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2024). Antisemitismus als individuelles Ressentiment und gesellschaftliches Sediment – empirische Befunde. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (2024) (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen* (S. 133–160). Gießen: Psychosozial.

- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2024) (Hrsg.). *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen*. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, K. (2024). Antisemitismus – eine „dunkle Ressource“ in modernen Gesellschaften. Berlin: Herinrich Böll Stiftung. URL: <https://www.boell.de/de/2024/01/05/antisemitismus-eine-dunkle-ressource-modernen-gesellschaften> (06.12.2025).
- End, M. (2011). *Bilder und Sinnstruktur des Antiziganismus*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- End, M. (2013). Antiziganismus. Zur Verteidigung eines wissenschaftlichen Begriffs in kritischer Absicht. In A. Bartels, T. von Borcke, M. End & A. Friedrich (Hrsg.), *Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse* (S. 39–72). Münster: Unrast.
- End, M. (2014). Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit. Studie für das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma. Heidelberg. URL: https://dokuzentrum.sintiundroma.de/wp-content/uploads/2019/12/140000_Langfassung_Studie_Antiziganismus.pdf (06.12.2025).
- Quicker, E. (2013). „Antiziganismus“ – ein sinnvoller oder kontraproduktiver Oberbegriff? In E. Quicker & H. P. Killguss (Hrsg.), *Sinti und Roma zwischen Ausgrenzung und Selbstbehauptung. Stimmen und Hintergründe zur aktuellen Debatte*. Köln. URL: https://ecoleusti.wordpress.com/2014/05/31/esther_quicker_begriff_az/ (06.12.2025).
- End, M. (2013). Antiziganismus. Zur Verteidigung eines wissenschaftlichen Begriffs in kritischer Absicht. In A. Bartels, T. von Borcke, M. End & A. Friedrich (Hrsg.), *Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse* (S. 39–72). Münster: Unrast.
- Freckmann, M. (2022). Das Element der Nicht-Identität im Antiziganismus. *Zeitschrift für Rechts-extremismusforschung*, 2(1), 41–52.
- Geelhaar, S., Marz, U. & Prenzel, T. (2013). Rostock-Lichtenhagen als antiziganistisches Pogrom und konformistische Revolte. In A. Bartels, T. von Borcke, M. End & A. Friedrich (Hrsg.), *Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse* (S. 140–161). Münster: Unrast.
- Heuß, H. (2003). Aufklärung oder Mangel an Aufklärung? Über den Umgang mit den Bildern vom „Zigeuner“. In U. Engbring-Romang & D. Strauß (Hrsg.), *Aufklärung und Antiziganismus* (S. 11–33). Seeheim: I-Verb.
- Hund, W. D. (1996). Das Zigeuner-Gen. Rassistische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In Ders. (Hrsg.), *Zigeuner. Geschichte und Struktur einer rassistischen Konstruktion* (S. 11–35). Duisburg: DISS.
- Maciejewski, F. (1994). Das geschichtlich Unheimliche am Beispiel der Sinti und Roma. *Psyche*, 48(1), 30–49.
- Öztürk, C. & Pickel, G. (2022). Der Antisemitismus der Anderen: Für eine differenzierte Betrachtung antisemitischer Einstellungen unter Muslim:innen in Deutschland. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 6(1), 189–231.
- Öztürk, C. & Pickel, G. (2024). Antisemitismus unter Muslim:innen. Sozialisation, religiöse Tradierung oder herkunftsübergreifendes Feindbild des islamistischen Fundamentalismus. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 9, H. 1. URL: <https://link.springer.com/article/10.1007/s41682-024-00195-2> (06.12.2025).
- Pickel, G., Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, K. (2023). *Der Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt*. Springe: zu Klampen.
- Pickel, G., Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, K. (2024). *Der Berlin-Monitor 2023. Berlin in Zeiten multipler Krisen*. Springe: zu Klampen.
- Pickel, G., Reimer-Gordinskaya, K. & Decker, O. (2019). *Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie*. Springe: zu Klampen.

- Pickel, G., Tzschiesche, S. & Reimer-Gordinskaya, K. (2022). Antisemitismus in Berlin. Verbreitung, Gründe, Erfahrungen, Folgen und Umgangsweisen in der Zivilgesellschaft. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 6(1), 233–273.
- Pickel, S. & Stark, T. (2022). Antiziganismus als eigenständige Form des Rassismus gegenüber Sinti*innen und Rom*innen Ergebnisse einer Pilotstudie zur mehrdimensionalen Erfassung antiziganistischer Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft. NaDiRa Working Papers 03.
- Profes, V., Dreyer, J. & Weber, M. (2024). *Die forensische Relevanz von Antisemitismus als doppelte Brückenideologie*. Göttingen: Hogrefe.
- Reimer-Gordinskaya, K. & Tzschiesche, S. (2019). Ansatz der aktivierenden Befragung und Zwischenergebnisse im Schwerpunkt Jüdische Lebenswelten, Antisemitismus und Diskriminierung, Vielfalt und diverse Zugehörigkeiten in Berlin. In G. Pickel, K. Reimer-Gordinskaya & O. Decker (2019), *Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie* (S. 75–106). Springe: zu Klampen.
- Reimer-Gordinskaya, K. & Tzschiesche, S. (2020). *Antisemitismus – Heterogenität – Allianzen. Jüdische Perspektiven auf Herausforderungen der Berliner Zivilgesellschaft*. Springe: zu Klampen.
- Sartre, J.-P. (1950). *Überlegungen zur Judenfrage*. Reinbek: Rowohlt.
- Scholz, R. (2009). Antiziganismus und Ausnahmezustand. Der „Zigeuner“ in der Arbeitsgesellschaft. In M. End, K. Herold & Y. Robel (Hrsg.), *Antiziganistische Zustände. Zur Kritik einen allgegenwärtigen Ressentiments* (S. 24–40). Münster: Unrast.
- Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) (2023). Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023. Berlin. URL: https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf (06.12.2025).
- Schreiber, C. (2016). Medialer Antiziganismus. In W. Stender (Hrsg.), *Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis* (S. 211–224). Wiesbaden: Springer VS.
- Tagesschau (2025). Mehrarbeit – die „schwarze Pädagogik“ der Bundesrepublik. tagesschau.de, 27.09.2025. URL: <https://www.tagesschau.de/kultur/debatte-leistungsappelle-100.html> (06.12.2025).
- Wippermann, W. (2017). *„Wie die Zigeuner“. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich*. Berlin: Elefanten-Press.
- Yildiz, C. & Genova, N. de (2018). Un/Free mobility. Roma migrants in the European Union. *Social Identities*, 24(4), S. 425–441.
- Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (2020). Zusammenfassung Monitoringberichte I–III zur Gleichbehandlung von Sinti und Roma & zur Bekämpfung von Antiziganismus. URL: <https://zentralrat.sintiundroma.de/wp-content/uploads/2019/11/2020-zusammenfassung-monitoring-web.pdf> (06.12.2025).
- Zick, A., Küpper, B. & Mokros, N. (Hrsg.). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/2023*. Bonn: Dietz.
- Zimmermann, M. (2007). Antiziganismus – ein Pendant zum Antisemitismus? Überlegungen zu einem bundesdeutschen Neologismus. *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 55(4), 304–314.

2 Stichprobe und Methode der diesjährigen Repräsentativerhebung

Kazim Celik, Gert Pickel & Oliver Decker

2.1 Stichprobe des Berlin-Monitors 2025

Im Rahmen der vierten repräsentativen Bevölkerungsumfrage des Berlin-Monitors wurden zwischen dem 25. Juni und dem 1. August 2025 insgesamt 2.022 Berliner:innen ab 18 Jahren befragt. Die Erhebung wurde, anders als die letzten beiden Wellen, vom Meinungsforschungsinstitut USUMA GmbH im Auftrag der Universität Leipzig durchgeführt. Ziel war es, ein repräsentatives Abbild der Berliner Wohnbevölkerung zu gewinnen und die im zweijährigen Rhythmus erhobenen Zeitreihen der vorangegangenen Studien (2019, 2021, 2023) fortzuführen. Die Erhebung erfolgte als Mixed-Mode-Befragung (TOM-Design), bestehend aus 1.405 telefonischen Interviews (CATI) und 617 Online-Interviews (CAWI). Die Datenerhebung umfasste Fragen zu demokratischen und antidemokratischen Einstellungen, Vorurteilen gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen sowie soziodemografischen Merkmalen (u. a. Geschlecht, Alter, Bildung, Einkommen, Religiosität, Migrationshintergrund). Einen Schwerpunkt legt der diesjährige Berlin-Monitor auf *antisemitische und antiziganistische Einstellungen*. Einstellungen wurden überwiegend mit Likert-Skalen erhoben, um eine Vergleichbarkeit mit bundesweiten Umfragen wie der Leipziger Autoritarismus Studie (Decker et al. 2024b) und der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Zick et al. 2023) zu gewährleisten.

Nähere Beschreibungen zu den einzelnen Fragen-Sets und ihrer Verwendung folgen in den jeweiligen Kapiteln. Für die statistischen Analysen wurde hauptsächlich auf gut einsehbare deskriptive Verfahren oder Häufigkeitsdarstellungen zurückgegriffen. Sofern multivariate statistische Verfahren verwendet wurden, sind diese auch in den entsprechenden Kapiteln näher beschrieben. Sie dienen der Ermittlung komplexer Zusammenhänge und werden in der Folge inhaltlich verständlich dargestellt.

2.2 Pretest, Fragebogenentwicklung und Feldarbeit

Ein Pretest fand am 25. und 26. Juni 2025 bei USUMA statt. Die Ergebnisse führten zu inhaltlichen und formalen Anpassungen des Fragebogens, insbesondere zur Optimierung von Formulierungen, Skalierungen und der durchschnittlichen Befragungsdauer. Nach gemeinsamer Abstimmung zwischen unserem Projektteam und dem Meinungsforschungsinstitut wurde der finale Fragebogen am 1. Juli 2025 beschlossen

und technisch für beide Befragungsmodi umgesetzt. Die durchschnittliche Dauer der Interviews betrug etwa 32 Minuten (Median: 30 Minuten) im CATI-Modus und etwa 15 Minuten im CAWI-Modus. Zur Sicherstellung der Erhebungsqualität fanden am 2., 7. und 9. Juli 2025 umfassende Schulungen der Interviewerinnen und Interviewer statt. Diese umfassten insbesondere die Handhabung sensibler Themen sowie methodische und ethische Anforderungen an die Durchführung von Befragungen. Während der Feldphase wurden die Interviews fortlaufend hinsichtlich ihrer Qualität geprüft – etwa durch begleitendes Monitoring, Plausibilitätsprüfungen und gezielte Nachschulungen bei Auffälligkeiten.

2.3 Stichprobenziehung und Gewichtung

Die Stichprobe der telefonischen Erhebung wurde aus dem ADM-Auswahlrahmen („Easy Sample“) nach dem Zufallsprinzip gezogen und auf die Berliner Bezirke geschichtet. Innerhalb der kontaktierten Haushalte wurde die jeweilige Zielperson nach dem Schwedenschlüsselverfahren zufällig bestimmt. Die Online-Stichprobe wurde in Kooperation mit dem Kantar Online-Panel rekrutiert. Hierbei erfolgte die Einladung der Teilnehmenden gezielt nach Alters-, Geschlechts- und Bezirksverteilungen entsprechend den Angaben des Mikrozensus 2024 zur Berliner Bevölkerungsstruktur. Wie sich die Gesamtstichprobe soziodemografisch zusammensetzt, kann den Tabellen 2.1 und 2.2 entnommen werden.

Die Response-Rate betrug 16,4 Prozent, was für großstädtische Mixed-Mode-Befragungen als üblich anzusehen ist. Die systematische Qualitätskontrolle, die methodisch differenzierte Stichprobenziehung und die transparente Gewichtung gewährleiten die Repräsentativität und Vergleichbarkeit der Ergebnisse des Berlin-Monitors 2025 mit den vorhergehenden Erhebungswellen.

Zur Korrektur von Non-Response-Verzerrungen wurde ein zweistufiges Gewichtungsverfahren angewandt: Zunächst erfolgte eine Designgewichtung zur Umrechnung von Haushalten in Personenstichproben, anschließend eine Anpassungsgewichtung mittels Iterative Proportional Fitting (IPF) nach den Merkmalen Alter x Geschlecht, Bildungsniveau und Wohnort (12 Bezirke). Die Gewichtungsgrundlage bildeten die Daten des Mikrozensus 2024 für das Land Berlin.

Die erhobenen Daten wurden auf USUMA-eigenen Servern in Deutschland gehostet. Nach Abschluss eines Interviews wurde der persönliche Zugangslink deaktiviert, um Mehrfachteilnahmen zu verhindern. Fälle mit unvollständiger Beantwortung, zu kurzer Bearbeitungsdauer oder fehlender Einwilligung wurden aus dem Datensatz entfernt. Insgesamt beendeten 636 Personen den Online-Fragebogen vollständig; 115 unvollständige, 70 „Screen-Outs“ und 12 aufgrund geschlossener Quoten ausgeschlossene Fälle wurden ausgeschlossen.

Tabelle 2.1: Soziodemografische Beschreibung der Stichprobe

Verteilung		absolut	in %
Altersgruppen	18–30 Jahre	220	11
	31–60 Jahre	713	35
	ab 61 Jahre	1089	53
Geschlecht	männlich	946	47
	weiblich	1072	53
	divers	4	0,2
Staatsbürgerschaft und Migrationshintergrund	Deutsche Staatsbürgerschaft ohne Migrationshintergrund	1630	81
	Deutsche Staatsbürgerschaft mit Migrationshintergrund	327	16
	Ohne deutsche Staatsbürgerschaft	65	3
Schulabschluss	ohne Schulabschluss	5	0,2
	Hauptschule/8. Klasse	107	5
	Mittlere Reife/Realschule	340	17
	POS/10. Klasse	129	6
	Fachschule	107	5
	Abitur	351	17
	abgeschl. Hochschul-/FHS-Studium	976	48
	Schülerin/Schüler einer allg. Schule	3	0,1
	anderer Schulabschluss	3	0,1
Haushaltsnettoeinkommen/ Monat	bis unter 1.250 €	218	11
	1.250 bis unter 2.750 €	716	37
	über 2.750 €	1011	52

Tabelle 2.1: Soziodemografische Beschreibung der Stichprobe (Fortsetzung)

Verteilung		absolut	in %
Religionszugehörigkeit	christlich-katholisch	238	12
	christlich-protestantisch	547	27
	christlich-orthodox	26	1
	jüdisch	10	0,5
	muslimisch-sunnitisch	37	2
	muslimisch-schiitisch	11	0,5
	muslimisch-alewitisch	5	0,2
	muslimisch-unspezifisch	5	0,2
	keine Religionsgemeinschaft	1 116	55
	andere	20	1

Quelle: Berlin-Monitor 2025, 2.022 befragte Berliner:innen, davon 1.405 CATI und 617 CAWI; Daten ungewichtet; Prozentwerte gerundet.

Tabelle 2.2: Verteilung der Befragten über die 12 Berliner Bezirke

Stadtbezirke	absolut	in %
Mitte	244	12
Friedrichshain-Kreuzberg	174	9
Pankow	197	10
Charlottenburg-Wilmersdorf	180	9
Spandau	110	5
Steglitz-Zehlendorf	158	8
Tempelhof-Schöneberg	189	9
Neukölln	147	7
Treptow-Köpenick	160	8
Marzahn-Hellersdorf	149	7
Lichtenberg	154	8
Reinickendorf	160	8

Quelle: Berlin-Monitor 2025, 2.022 befragte Berliner:innen, davon 1.405 CATI und 617 CAWI; Daten ungewichtet; Prozentwerte gerundet.

2.4 Erfassung des Migrationshintergrundes

Der Migrationshintergrund wurde in Anlehnung an die Definition des Mikrozensus anhand der Staatsbürgerschaft sowie des Geburtslandes der Befragten und ihrer Eltern erhoben. Das Attribut „mit Migrationshintergrund“ wird für eine Person verwendet, wenn mindestens ein Elternteil nicht seit Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. Die Erfassung dient der Beschreibung von Diskriminierungserfahrungen und politischen Teilhabemöglichkeiten, wenngleich die Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund sehr heterogen ist und der Begriff selbst umstritten bleibt (Nesterko & Glaesmer 2019). Trotz dieser Einschränkungen ermöglicht die Mikrozensus-Definition eine praktikable und vergleichbare Erhebung jenseits des reinen Vergleichs zwischen Personen mit und ohne Staatsbürgerschaft. Tabelle 2.3 zeigt die Verteilung von Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit in den Berliner Bezirken. In allen Bezirken besitzt die Mehrheit der Befragten die deutsche Staatsbürgerschaft und keinen Migrationshintergrund.

Tabelle 2.3: Staatsbürgerschaft und Migrationshintergrund in den Berliner Bezirken

Stadtbezirke	Deutsche Staatsbürger-schaft ohne MH in %	Deutsche Staatsbürger-schaft mit MH in %	Ohne deutsche Staatsbürger-schaft in %
Mitte	78	18	5
Friedrichshain-Kreuzberg	78	17	5
Pankow	82	16	2
Charlottenburg-Wilmersdorf	80	18	2
Spandau	76	20	5
Steglitz-Zehlendorf	79	17	4
Tempelhof-Schöneberg	85	13	3
Neukölln	70	25	5
Treptow-Köpenick	83	14	3
Marzahn-Hellersdorf	85	13	3
Lichtenberg	85	14	1
Reinickendorf	88	10	2

Quelle: Berlin-Monitor 2025, 2.022 befragte Berliner:innen, davon 1.405 CATI und 617 CAVI; Daten ungewichtet; Prozentwerte gerundet.

2.5 Erhebung antisemitischer Einstellungen

Im Berlin-Monitor wird Antisemitismus als zentrales Themenfeld untersucht. Ziel ist es, sowohl manifeste als auch subtilere Formen antisemitischer Einstellungen in der Berliner Bevölkerung zu erfassen. Die Erhebung basiert auf standardisierten Items, die an etablierte Messinstrumente der Antisemitismusforschung angelehnt sind. Regelmäßig werden klassische antisemitische Stereotype sowie sekundärer und israelbezogener Antisemitismus erfasst. Anlässlich des diesjährigen Schwerpunkts auf Antisemitismus wurde die Item-Batterie zur Erfassung des Phänomens um eine weitere Dimension erweitert. Die Items zum *postkolonialen Antisemitismus* sollen insbesondere Motive des Judenhasses in politisch linken Milieus erfassen. Die Indikatoren und die Dimensionen sind in Tabelle 2.4 abgebildet.

Zwar wird in jüngeren Veröffentlichungen noch mit Zurückhaltung von einem postkolonialen Antisemitismus gesprochen (Weyand 2024), aber es zeichnet sich eine Linie der Delegitimierung Israels ab, die von einem antisemitischen Antizionismus über den israelbezogenen Antisemitismus (Heyder et al. 2005; Frindte & Wammetsberger 2008) hin zum postkolonialen Antisemitismus führt (Kempf 2015; Schwarz-Friesel 2020; Holz & Haury 2021; Haury 2024). Mehr noch: In postkolonialen Bewegungen gegen einen fiktiven „Siedlerstaat“ Israel treten heute neue Motive des Antisemitismus in den Vordergrund (Edthofer 2017). Doch die Postcolonial Studies bilden nicht die einzige Traditionslinie im Zuge des Poststrukturalismus, in der sich Anschlussstellen für die Legitimation von antisemitischen Ressentiments finden lassen. Auch Klimabewegungen und queere oder feministische Bündnisse sind in den letzten Jahren offener für antisemitische Motive geworden (Renz 2024; Lenz 2024). Während für Vertreterinnen der zweiten Frauenbewegung in der Bundesrepublik wie etwa Gudrun-Axeli Knapp die Auseinandersetzung mit der eigenen generationalen Verstrickung in den Nationalsozialismus noch integraler Bestandteil feministischer Theoriebildung war (Knapp 2012, 150ff.), ist Antisemitismus innerhalb emanzipativer Theorien und Bewegungen heute ein blinder Fleck. Dabei wäre eine Beschäftigung mit ihm auch für sie nicht nur eine Auseinandersetzung mit den eigenen Ressentiments, sondern ein integraler Bestandteil der Kritik einer Gesellschaft, die diese hervorbringt. Illouz sprach jüngst von einem „Campus-Antisemitismus“ (Illouz 2025, 28), was aber nicht heißen soll, dass er nicht auch jenseits dieses Milieus, beispielsweise in extrem-rechten Kreisen, passförmig wäre: Die Intention wird trotz anderer ideologischer Einbettung verstanden (Decker et al. 2024a).

2.6 Erhebung antiziganistischer Einstellungen

Der Berlin-Monitor 2025 widmet sich erstmals vertieft der Erfassung antiziganistischer Einstellungen. Aufbauend auf bestehenden Forschungskonzepten wird Antiziganismus als spezifische Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verstanden, die sich durch tief verankerte Vorurteile und soziale Abwertungen gegenüber Sinti:zze und Rom:nja äußert. Die statistische Erhebung erfolgt über standardisierte Skalen zur

Tabelle 2.4: Indikatoren zur Messung von Antisemitismus

Items	Dimensionen
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	Tradierter Antisemitismus
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	Tradierter Antisemitismus
Die Juden und Jüdinnen haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	Tradierter Antisemitismus
Es macht mich wütend, dass die Vertreibung der Deutschen und die Bombardierung deutscher Städte immer als kleinere Verbrechen angesehen werden.	Schuldabwehrantisemitismus
Reparationsforderungen an Deutschland nutzen oft gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten.	Schuldabwehrantisemitismus
Wir sollten uns lieber gegenwärtigen Problemen widmen als Ereignissen, die mehr als 70 Jahre zurückliegen.	Schuldabwehrantisemitismus
Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.	Israelbezogener Antisemitismus
Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg.	Israelbezogener Antisemitismus
Auch andere Nationen mögen ihre Schattenseiten haben, aber die Verbrechen Israels wiegen am schwersten.	Israelbezogener Antisemitismus
Der deutsche Schuldkomplex behindert den Freiheitskampf der Palästinenser.	Postkolonialer Antisemitismus
Israel wurde nur gegründet, damit Europäer kein schlechtes Gewissen haben.	Postkolonialer Antisemitismus
Der Nahostkonflikt ist im Grunde ein Konflikt zwischen weißem Kolonialismus und unterdrückten Minderheiten.	Postkolonialer Antisemitismus

Quelle: Zuordnung der Dimensionen nach Decker et al. (2024b, 60–64).

Messung sozialer Distanz, stereotyper Zuschreibungen und diskriminierende Einstellungen. Die bislang verwendeten Messinstrumente wurden anlässlich des diesjährigen Schwerpunkts Antiziganismus erweitert. Grundstock der verwendeten Skalen sind die Erkenntnisse aus der Kurzstudie „Antiziganismus messen“ des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa) (Pickel & Stark 2022). Die dort eingesetzten

und geprüften Skalen wurden größtenteils übernommen und durch Items ergänzt, die mit der Ansprechperson des Landes Berlin zu Antiziganismus, Alina Voinea, abgesprochen wurden. Die Indikatoren und die Dimensionen sind in Tabelle 2.5 abgebildet.

Tabelle 2.5: Indikatoren zur Messung von antiziganistischen Einstellungen

Items	Dimensionen
Sinti und Roma sind nicht so zivilisiert.	Exklusion
Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden.	Exklusion
Durch ihr Verhalten sind Sinti und Roma an ihrer Diskriminierung mitschuldig.	Konflikt und Schuldzuschreibung
Die Anwesenheit von Sinti und Roma führt zu Konflikten.	Konflikt und Schuldzuschreibung
Wenn in meinem Bekannten-/Freundeskreis negativ über Sinti und Roma geredet würde, würde dem niemand widersprechen.	Aktive Wahrnehmung der Diskriminierung
Politiker und Parteien thematisieren die systematische Benachteiligung der Sinti und Roma unzureichend.	Anerkennung struktureller Diskriminierung
Die Diskriminierung von Sinti und Roma in Deutschland ist aktuell ein Problem.	Anerkennung struktureller Diskriminierung
Sinti und Roma leiden häufiger unter Armut.	Armutszuschreibung
Im Zuge des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine haben sich Roma als Ukrainer ausgegeben, nur um in Deutschland Asylleistungen zu beziehen.	Neu
Sinti und Roma haben ein sorgloseres Leben als Menschen anderer Gruppen.	Neu: benevolenter Antiziganismus
Sinti und Roma sind besonders gute Musiker.	Neu: benevolenter Antiziganismus

Quelle: Zuordnung der Dimensionen nach Pickel und Stark (2022, 16f.).

Hinzugekommen sind zwei Items zur Messung von sogenanntem benevolenten Antiziganismus, also einem Antiziganismus, der nur auf den ersten Blick freundlich daherkommt, sowie ein Item zu einer aktuellen Zuschreibung von Aneignung, die ein Stereotyp von Sinti:zze und Rom:nja repliziert. Zudem wurde erfragt, ob man sich durch Sinti:zze und Rom:nja bedroht fühlt, ob man Kontakte zu ihnen besitzt, oder ob man hauptsächlich über Medien mit Sinti:zze und Rom:nja in Beziehung gekommen ist. Alle diese Items zusammen helfen uns, einen breiteren Blick auf antiziganistische Haltungen in Berlin zu bekommen.

Literatur

- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2024a). Antisemitismus als individuelles Ressentiment und gesellschaftliches Sediment – empirische Befunde. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment – Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024*. Eine Einleitung (S. 133–160). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.) (2024b). *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen*. Gießen: Psychosozial.
- Edthofer, J. (2017). Vom antiimperialistischen Antizionismus zur aktuellen Boykottbewegung. Veränderungen und Kontinuitäten des israelbezogenen Antisemitismus in der Wiener autonomen Linken. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 42, 407–424.
- Frindte, W. & Wammetsberger, D. (2008). Antisemitismus, Israelkritik, Nationalismus – Empirische Befunde. *Berliner Debatte Initial*, 19, 29–42.
- Haury, T. (2024). Israelbezogener Antisemitismus. In P. Ullrich, S. Arnold, A. Danilina, K. Holz, U. Jensen, I. Seidel & J. Weyand (Hrsg.), *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft* (S. 42–50). Göttingen: Wallstein.
- Heyder, A., Iser, J. & Schmidt, P. (2005). Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände* (Bd. 3, S. 144–165). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Holz, K. & Haury, T. (2021). *Antisemitismus gegen Israel*. [Veröffentlichungsort nicht angegeben].
- Illouz, E. (2025). *Der 8. Oktober*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kempf, W. (2015). *Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee. Eine Spurensuche*. [Veröffentlichungsort nicht angegeben].
- Knapp, G.-A. (2012). *Im Widerstreit: feministische Theorie in Bewegung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lenz, I. (2024). Feminismus, Antisemitismus und diskursives Kapital. *PERIPHERIE – Politik • Ökonomie • Kultur*, 44 (174+175), 186–203.
- Nesterko, Y. & Glaesmer, H. (2019). Warum fragen wir nicht direkt nach? Eine Analyse zur subjektiven Zuschreibung des Migrationshintergrundes. *Psychologische Rundschau*, 70, 101–108.
- Pickel, S. & Stark, T. (2022). Antiziganismus als eigenständige Form des Rassismus gegenüber Sinizze und Romnja. Ergebnisse einer Pilotstudie zur mehrdimensionalen Erfassung antiziganistischer Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft. *NaDiRa Working Papers*, 03/2022.
- Renz, K. (2024). Antisemitismus in der Klimabewegung. In K. Renz (Hrsg.), *Antisemitismus in der Klimabewegung: Zur Bedeutung und zum Diskurs um Antisemitismus in deutschen Klimagruppen* (S. 51–103). Wiesbaden: Springer.
- Schwarz-Friesel, M. (2020). Israelbezogener Antisemitismus und der lange Atem des Anti-Judaismus – von „Brunnenvergiftern, Kindermördern, Landräubern“. *Wissen schafft Demokratie*, 42–57.
- Weyand, J. (2024). Postkolonialer Antisemitismus. In P. Ullrich, S. Arnold, A. Danilina, K. Holz, U. Jensen, I. Seidel & J. Weyand (Hrsg.), *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft* (S. 50–57). Göttingen: Wallstein.
- Zick, A., Küpper, B. & Mocros, N. (Hrsg.) (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/2023*. Bonn: Dietz.

3 Politische Kultur in Berlin 2025

Kazim Celik, Gert Pickel & Susanne Pickel

3.1 Einleitung

Die politische Kultur Berlins spiegelt die komplexen sozialen, historischen und demografischen Strukturen des Stadtstaates wider und ist zugleich ein Gradmesser für die Stabilität und Widerstandsfähigkeit der Demokratie sowohl in Berlin als auch in Deutschland insgesamt. Als Hauptstadt der Bundesrepublik, ehemalige geteilte Stadt und gegenwärtige Metropole mit hoher sozialer und kultureller Diversität besitzt Berlin eine für Deutschland besondere politische Signatur. Diese zeigt sich in einer ausgeprägten Heterogenität politischer Einstellungen und Verhaltensmuster, die sowohl von demokratischer Partizipation und liberalen Orientierungen als auch von demokratieskeptischen und autoritären Haltungen geprägt sind (Pickel & Pickel 2025). Vor dem Hintergrund seiner Geschichte von *Diktaturerfahrung*, *Teilung* und *Wiedervereinigung* ist Berlin ein symbolträchtiger Ort für die Auseinandersetzung mit Fragen demokratischer Kultur. Die Stadt bildet ein gesellschaftliches Laboratorium, in dem sich soziale Ungleichheiten, Migrationserfahrungen und politische Pluralität auf engem Raum verdichten. Diese Vielschichtigkeit produziert Spannungsfelder zwischen demokratischer Offenheit und dem Rückzug in autoritäre oder ressentimentgeladene Orientierungen. Im Rahmen der empirischen Forschung zum Berlin-Monitor steht die politische Kultur immer auch in enger Verbindung mit der Untersuchung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und weiteren Formen diskriminierender Ressentiments (Pickel et al. 2019, 2021, 2023). Diese Phänomene sind nicht lediglich Ausdruck individueller Vorurteile, sondern Teil der normativen Grundlagen, welche das politische und gesellschaftliche Zusammenleben strukturieren. Eine demokratisch gefestigte politische Kultur wirkt hierbei als *präventiver Schutzmechanismus* gegen autoritäre Versuchungen und die schleichende Normalisierung von Exklusionsideologien.

Der Berlin-Monitor dient seit 2019 als empirisches Instrument, um diese Dynamiken sichtbar zu machen. Seine Befunde zeigen, dass sich die Bevölkerung Berlins mehrheitlich zu den Grundprinzipien der Demokratie bekennt, zugleich aber nicht unerhebliche Anteile der Bürger:innen autoritäre Einstellungsmuster aufweisen und gegenüber Minderheiten diskriminierende Stereotype teilen. Diese Ambivalenz verweist auf eine gesplante politische Kultur, die zwischen demokratischer Selbstvergewisserung und autoritärer Anfälligkeit oszilliert. Die Bedeutung dieser Befunde liegt darin, dass demokratische Stabilität nicht allein institutionell garantiert werden kann, sondern auf die Verankerung demokratischer Überzeugungen in der politischen Kultur angewiesen ist (Almond & Verba 1963; Lipset 1981; Pickel & Pickel 2006). So können Erschei-

nungen wie Antisemitismus oder Antiziganismus nicht nur als Ausdruck individueller Ablehnung verstanden werden, sondern als Indikatoren für Defizite in der normativen Integration der Gesellschaft. Eine demokratische politische Kultur erfordert daher nicht nur rechtliche Gleichstellung, sondern auch die tiefere kulturelle Anerkennung von Diversität, Pluralismus und historischer Verantwortung – Prinzipien der Demokratie, die in Berlin durch die enge Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart besonders sichtbar werden.

Berlin nimmt in dieser Hinsicht eine doppelte Rolle ein: einerseits als Spiegel bundesdeutscher Entwicklungen, andererseits als Pionierraum urbaner Demokratie, in dem Prozesse sozialer Transformation, Migration und postautoritären Lernens exemplarisch erforscht werden können. Die Auseinandersetzung mit der politischen Kultur Berlins erlaubt somit nicht nur Rückschlüsse auf lokale Demokratieverhältnisse, sondern liefert auch Erkenntnisse zur Resilienz demokratischer Gesellschaften im 21. Jahrhundert. Wir schließen in diesem Kapitel an frühere Ergebnisse des Berlin-Monitor an (Pickel et al. 2019, 2021, 2023).

3.2 Was ist Politische Kultur? Begriff, Dimensionen und Forschungsansätze

Der Begriff der politischen Kultur gehört zu den zentralen Analysekatégorien der politischen Soziologie und der empirischen Demokratieforschung. Er bezeichnet die Gesamtheit der Einstellungen, Werte, Orientierungen und Verhaltensmuster, die Bürger:innen gegenüber Politik, Staat und Demokratie zeigen (Almond & Verba 1963; Pickel & Pickel 2006). Politische Kultur umfasst somit nicht das Handeln politischer Akteure selbst, sondern die mentalen und normativen Grundlagen, auf denen dieses Handeln beruht. Sie bildet das verbindende Element zwischen politischem System und Gesellschaft und erklärt, warum Institutionen funktionieren, akzeptiert oder infrage gestellt werden.

In der klassischen Definition von Gabriel A. Almond und Sidney Verba (1963) wird politische Kultur als ein Muster individueller Einstellungen verstanden, das in seiner Gesamtheit die Stabilität demokratischer Systeme beeinflusst. Spätere Ansätze, insbesondere von Ronald Inglehart (1977) oder Christian Welzel (2013), betonen die Bedeutung von Wertewandel und Emanzipationsorientierungen. David Easton (1975) wiederum differenzierte die Einstellungen auf die unterschiedlichen Objekte im politischen System auf und benannte sie als politische Unterstützung. Hier unterschied er zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung, wobei „diffus“ eine langfristige und wenig performanzorientierte und „spezifisch“ eine stark performanz- und personenorientierte Form der politischen Unterstützung beschreibt. Im Rahmen dieses Beitrags begreifen wir somit politische Kultur als relationales Konzept, das sowohl system- als auch gemeinschaftsbezogene Dimensionen umfasst.

Dementsprechend lassen sich drei zentrale Dimensionen politischer Kultur unterscheiden:

1. Systemunterstützung: das Vertrauen in politische Institutionen, ihre Legitimität und Leistungsfähigkeit (Performanz).
2. Demokratieorientierung: die normative Zustimmung zu den Grundwerten demokratischer Herrschaft, zu Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit.
3. Gemeinschaftsorientierung: die emotionale Identifikation mit der politischen Gemeinschaft, d. h. das Gefühl der Zugehörigkeit und wechselseitigen Anerkennung.

Die politische Kulturforschung zielt darauf ab, diese Dimensionen quantitativ empirisch zu erfassen und über Zeitvergleiche und Querschnittsstudien Veränderungen in der politischen Kultur und der politischen Unterstützung zu identifizieren. Dabei untersucht sie, wie individuelle Einstellungen mit strukturellen Kontexten (z. B. Bildung, sozialer Status, Migrationserfahrung oder politische Sozialisation) interagieren. In der Forschung zur politischen Kultur Berlins spielt die soziale Heterogenität der Stadtgesellschaft eine Schlüsselrolle. So überlagern sich in Berlin unterschiedliche Erfahrungshorizonte – etwa jene der Ost- und Westsozialisation, Migration, ökonomischer Prekarität und kultureller Vielfalt –, die zusammen ein besonders spannungsreiches und zugleich aufschlussreiches Untersuchungsfeld darstellen (Pickel & Pickel 2025).

Darüber hinaus hat sich die politische Kulturforschung zunehmend der Frage zugewandt, wie Ressentiments und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in politischen Orientierungen verankert sind. Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus oder Sexismus sind dabei nicht nur individuelle Haltungen, sondern Ausdruck einer defizitären demokratischen Kultur, in der Gleichwertigkeit und Inklusion nicht vollständig internalisiert sind. Diese Perspektive erweitert den Begriff politischer Kultur um eine normative Dimension, die sich auf die Qualität demokratischer Wertorientierungen bezieht (Pickel et al. 2024b).

Im Kontext Berlins bedeutet das, dass die politische Kultur nicht nur anhand abstrakter Indikatoren wie Institutionenvertrauen oder Wahlbeteiligung zu beurteilen ist, sondern auch daran, wie stark sich demokratische Prinzipien gegen exkludierende oder autoritäre Strömungen behaupten können. Hier erweist sich Berlin als Brennpunkt demokratischer Aushandlung, in dem unterschiedliche Wertorientierungen, historische Prägungen und soziale Konflikte aufeinandertreffen. Die politische Kultur Berlins ist somit nicht statisch, sondern Ausdruck eines fortwährenden Aushandlungsprozesses zwischen demokratischer Inklusion und gesellschaftlicher Polarisierung. Ihre Erforschung erlaubt nicht nur Rückschlüsse auf politische Einstellungen, sondern auf die demokratische Substanz der Stadtgesellschaft selbst.

3.3 Politische Kultur als analytischer Rahmen

Die Entwicklung der politischen Kultur Berlins wird im Rahmen des Berlin-Monitors auf Grundlage der zentralen Annahmen der politischen Kulturforschung bewertet (Almond & Verba 1963; Easton 1975, 1979; Dalton & Welzel 2014; Übersicht:

Pickel & Pickel 2006, 59–68). Dieser Forschungsansatz erlaubt es, über die Einstellungen der Bevölkerung und deren Kongruenz mit dem politischen System Rückschlüsse auf die *Stabilität demokratischer Systeme* zu ziehen. Der Bezugspunkt ist dabei stets das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine grundlegende Bedingung für die Stabilität einer Demokratie ist die politische Unterstützung ihrer Institutionen und Werte. Die politische Kulturforschung untersucht daher nicht nur, wie gut die Bürger:innen über das politische System informiert sind, sondern vor allem, welche Bewertungen und Emotionen sie ihm gegenüber äußern (Almond & Verba 1963). Entscheidend ist hierbei die Zustimmung zur Demokratie als Idee und zur Staatsform selbst. Auch wenn nicht alle Mitglieder eines politischen Systems diese unterstützen müssen, ist eine mehrheitlich positive Haltung erforderlich, um dessen Legitimität und Funktionsfähigkeit langfristig zu sichern (Diamond 1999).

Das Konzept der *politischen Unterstützung nach David Easton* (1975, 1979) bildet die theoretische Grundlage dieser Perspektive. Easton versteht politische Unterstützung als eine Einstellung, die sich auf verschiedene Objekte des politischen Systems beziehen kann und sowohl positiv als auch negativ ausfallen kann. Für die Stabilität demokratischer Systeme ist jedoch eine überwiegend positive Unterstützung zentral. Er unterscheidet dabei drei *Unterstützungsobjekte*:

1. die *politische Gemeinschaft*, also die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem politischen System und seinen grundlegenden Werten,
2. das *politische Regime*, also die Legitimität und das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und ihre Funktionsweise, sowie
3. die *politischen Autoritäten*, also die Trägerinnen und Träger politischer Ämter und die Zufriedenheit mit deren Entscheidungen.

Die Dreiteilung bildet das Grundgerüst für die Messung politischer Kultur im Berlin-Monitor. Sie wird ergänzt um Eastons Unterscheidung zwischen *diffuser und spezifischer Unterstützung*. Während diffuse Unterstützung auf einer grundsätzlichen Zustimmung zu den demokratischen Prinzipien beruht (Legitimität, Vertrauen), bezieht sich spezifische Unterstützung auf die *Zufriedenheit mit konkreten politischen Leistungen und Entscheidungen* (Output-Performanz). Ein zentrales Erkenntnisinteresse besteht darin, wie sich diffuse und spezifische Unterstützung gegenseitig beeinflussen. So hängt die Legitimität des politischen Systems mittel- bis langfristig auch von dessen wahrgenommener Effektivität ab. Bereits Seymour Martin Lipset (1981) betonte, dass eine funktionierende Demokratie temporäre Leistungskrisen überstehen kann, dauerhafte Unzufriedenheit mit der Performanz aber die Legitimität gefährden kann.

Für den Berlin-Monitor sind insbesondere die folgenden Einstellungsbereiche relevant:

1. die *Zustimmung zur Demokratie als bestmögliche Staatsform* (Legitimität), ergänzt durch die Ablehnung rechtsautoritärer Systemalternativen,
2. die *Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik existiert* (Systemunterstützung),

3. das *Vertrauen in politische Akteure und Institutionen*, ergänzt durch die *Bewertungen der wirtschaftlichen und politischen Performanz* des Systems, und
4. *Aspekte des sozialen Zusammenhalts*, wie etwa soziales Vertrauen, zivilgesellschaftliches Engagement sowie relative Deprivation als Wahrnehmung ungleicher Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Diese zusätzlichen Indikatoren erweitern das klassische Konzept der politischen Unterstützung um sozialstrukturelle und sozialpsychologische Faktoren, die in neueren Studien zur Demokratieforschung zunehmend als Voraussetzungen stabiler politischer Kultur betrachtet werden (Pickel & Pickel 2006, 2024). Sie verknüpfen individuelle Demokratie-Einstellungen mit Erfahrungen gesellschaftlicher Integration und kollektiver Solidarität. Die genannten Dimensionen bilden gemeinsam den Kern der im Berlin-Monitor 2025 erhobenen Indikatoren zur politischen Kultur Berlins.

3.4 Operationalisierung von Politischer Kultur im Berlin-Monitor

Im Berlin-Monitor werden politische Unterstützung und Demokratie-Einstellungen anhand mehrerer Indikatoren operationalisiert, die auf den theoretischen Überlegungen Eastons (1975, 1979) und den Erweiterungen der politischen Kulturforschung (Pickel & Pickel 2024, 182; 2006) basieren. Die Befragten bewerten dabei Aussagen zu politischen und gesellschaftlichen Einstellungen auf einer vier- oder fünfstufigen Skala von „stimme voll und ganz zu“ bis „stimme überhaupt nicht zu“, in Fällen mit fünfstufiger Skala jeweils mit einer Mittelkategorie „stimme teils zu, teils nicht zu“. Tabelle 3.1 fasst die im Berlin-Monitor verwendeten Konstrukte zur politischen Kultur und zum sozialen Zusammenhalt zusammen. Neben den klassischen Indikatoren politischer Unterstützung – Legitimität, Systemunterstützung, Vertrauen und Performanzbewertungen – werden auch Aspekte des sozialen Zusammenhalts sowie die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur berücksichtigt. Letztere dient als Negativkategorie zur Legitimität der Demokratie und erlaubt einen Abgleich zwischen pro- und antidemokratischen Orientierungsmustern.

Die Indikatoren erfassen zentrale Facetten der politischen Kultur Berlins. Legitimität, Systemunterstützung und Vertrauen bilden die positive Verankerung demokratischer Werte, während die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur deren Gegenpol markiert. Diese Gegenüberstellung kann zeigen, in welchem Maße demokratische Orientierungen in der Berliner Bevölkerung gefestigt sind oder durch autoritäre Neigungen unterlaufen werden. Durch die Einbeziehung sozialer Faktoren – soziales Vertrauen, Engagement und relative Deprivation – erweitert der Berlin-Monitor den Blick auf die sozialen Grundlagen demokratischer Stabilität. Soziales Vertrauen und Engagement stehen für gesellschaftliche Kohäsion, während relative Deprivation auf wahrgenommene Benachteiligung verweist, die häufig mit Politikverdrossenheit und antidemokratischen Einstellungen einhergeht (Pickel & Pickel 2024; Welzel 2013; Decker & Brähler 2020). Alle Ergebnisse, die im Folgenden dargestellt werden,

Tabelle 3.1: Indikatoren zur Operationalisierung von politischer Kultur, politischer Unterstützung, sozialem Zusammenhalt und autoritären Einstellungen

Items	Dimensionen
Die Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt.	<i>Legitimität des politischen Systems (Demokratie)</i>
Ich bin mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland existiert, alles in allem zufrieden.	<i>Systemunterstützung (Demokratiezufriedenheit)</i>
Alles in allem kann man Politikern doch vertrauen.	<i>Vertrauen (Politiker)</i>
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	<i>Performanzbewertung – Politische Deprivation</i>
Die Parteien wollen nur die Stimmen ihrer Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.	<i>Performanzbewertung – Politische Deprivation</i>
Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland? Zustimmung sehr zufrieden und etwas zufrieden	<i>Performanzbewertung – Wirtschaftliche Effektivität</i>
Alles in allem kann man den meisten Menschen vertrauen.	<i>Soziales Vertrauen</i>
Ich engagiere mich in einem Verein oder in einer anderen sozialen Gruppe. Nennung zivilgesellschaftlichen Engagements	<i>Zivilgesellschaftliches Engagement</i>
Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil/ mehr als ihren gerechten Anteil/etwas weniger oder/sehr viel weniger als ihren gerechten Anteil erhalten? Wahl einer der genannten Kategorien	<i>Relative Deprivation</i>
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	<i>Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (Negativkategorie zur Legitimität)</i>
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert	<i>Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (Negativkategorie zur Legitimität)</i>
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	<i>Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (Negativkategorie zur Legitimität)</i>

Quelle: Eigene Darstellung.

beruhen auf gewichteten Befragungsdaten (vgl. Kapitel 2), um die Repräsentativität für die Berliner Wohnbevölkerung sicherzustellen.

3.5 Politische Kultur und Demokratieunterstützung in Berlin

Die Unterstützung der Demokratie bildet einen zentralen Indikator für die Stabilität politischer Systeme und stellt damit auch für die Analyse der politischen Kultur Berlins einen zentralen Bezugspunkt dar. Im Berlin-Monitor wird Demokratieunterstützung durch zwei Kernindikatoren erfasst: die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie als bestmögliche Staatsform sowie die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland existiert.

Beide Items erlauben es, zwischen einer diffusen, normativ verankerten Unterstützung der Demokratie und einer stärker erfahrungsbezogenen, performanzorientierten Bewertung des politischen Systems zu unterscheiden (Easton 1975; Pickel & Pickel 2006). Die Ergebnisse des Berlin-Monitor 2025 zeigen, dass die Zustimmung zur Demokratie in Berlin weiterhin auf einem hohen Niveau liegt, jedoch im Verlauf der vergangenen Erhebungswellen leicht rückläufig ist. Wie Abbildung 3.1 verdeutlicht, stimmen im Jahr 2025 noch 86 Prozent der Berliner:innen der Aussage zu, dass die Demokratie das politische System sei, das am besten zu unserer Gesellschaft passe. In den Vorjahren lagen die Werte mit 92 (2021) und 90 (2023) Prozent höher. Auch

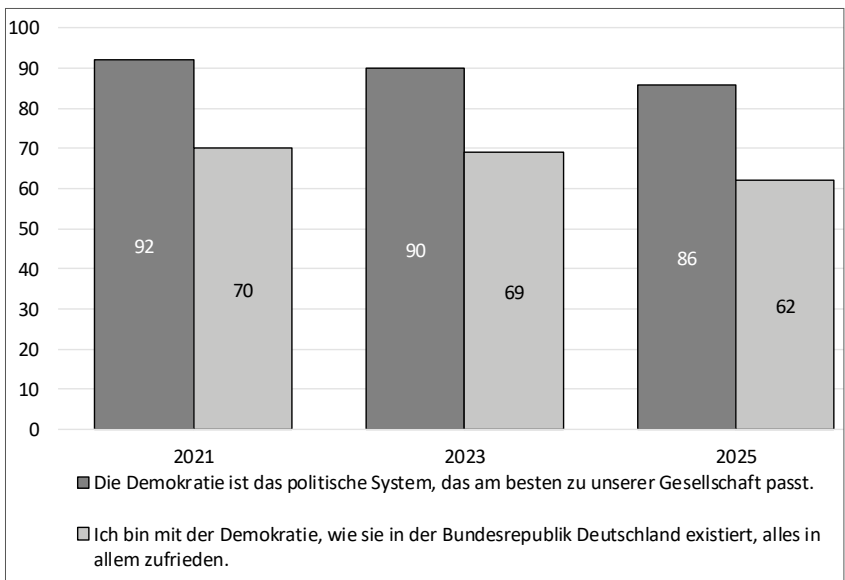


Abb. 3.1: Demokratieunterstützung im Zeitverlauf

Quelle: Berlin-Monitor 2021, 2023 und 2025; aufgeführt sind die zusammengefassten Zustimmungswerte der Kategorien (1) „stimme voll und ganz zu“ und (2) „stimme eher zu“; Prozentwerte gerundet; Daten gewichtet.

die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland besteht, ist im Jahr 2025 leicht gesunken. Ihr stimmen derzeit 62 Prozent der Befragten zu, während sich in den Vorjahren noch 70 (2021) bzw. 69 (2023) Prozent mit der Demokratie zufrieden zeigten. Auch lässt sich 2025 eine zunehmende Diskrepanz beobachten zwischen der normativen Unterstützung der Demokratie – die trotz Rückgang weiterhin stark bleibt – und der zufriedenheitsbezogenen Bewertung ihrer praktischen Umsetzung. Diese Entwicklung repräsentiert ein Muster, das auch in bundesweiten Studien beobachtet wird (Pickel et al. 2024b; Pickel & Pickel 2025; Zick et al. 2023): Die Berliner Bevölkerung bekennt sich mehrheitlich zur Demokratie als System, äußert jedoch wachsende Skepsis gegenüber ihrer konkreten Funktionsweise.

Politische Unterstützung, speziell die spezifische politische Unterstützung, hängt eng mit dem Vertrauen in politische Akteure und der wahrgenommenen eigenen politischen Wirksamkeit zusammen. Sie sind Abbildungen der politischen Performanzwahrnehmung im Sinne des Konzepts der politischen Unterstützung. Abbildung 3.2 fasst die entsprechenden Ergebnisse für Berlin 2025 zusammen. Nur 43 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass man Politikern „alles in allem doch vertrauen“ könne, während 57 Prozent diese Aussage ablehnen. Damit überwiegt – ähnlich wie in den Vorjahren – eine grundsätzliche Skepsis gegenüber politischen Eliten. 2023 war der Wert sogar absolut gleich bei 43 Prozent Zustimmung (Celik & Pickel 2024, 25). Gleichzeitig äußern 51 Prozent der Befragten Zustimmung zur Aussage „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“, während 49 Prozent diese ablehnen. Dieses nahezu ausgeglichene Verhältnis verdeutlicht, wie weit das Gefühl politischer Ohnmacht in der Berliner Bevölkerung verbreitet ist. Noch deutlicher

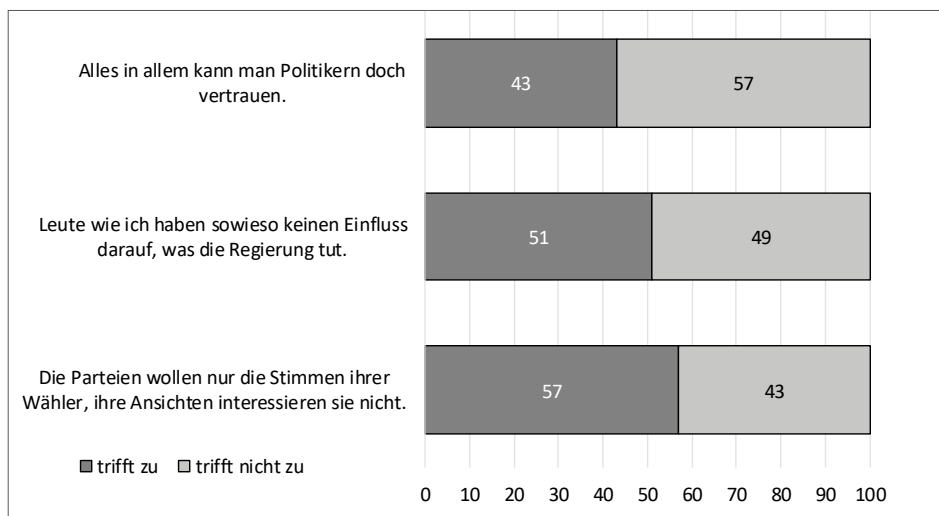


Abb. 3.2: Wahrnehmung politischer Effektivität

Quelle: Berlin-Monitor 2025; Skala mit vier Antwortmöglichkeiten; zusammengefasst stark und eher zustimmend sowie eher und stark ablehnend; Prozentwerte gerundet; Daten gewichtet.

zeigt sich eine kritisch-distanzierte Haltung in Bezug auf die Parteien: 57 Prozent stimmen der Aussage zu, die Parteien wollten „nur die Stimmen ihrer Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“, während 43 Prozent widersprechen. Auch dieser Wert ist mit 2023 deckungsgleich (Celik & Pickel 2024, 25). Diese Werte bestätigen den bereits in früheren Erhebungen beobachteten Trend, dass Parteien als weniger repräsentativ und bürgerfern wahrgenommen werden als andere demokratische Institutionen.

Insgesamt zeichnen die Ergebnisse bisher ein Bild moderater Skepsis, die sich vor allem gegen politische Akteure richtet, ohne jedoch die grundlegende Legitimität des demokratischen Systems infrage zu stellen. Es ist also nicht unbedingt die gelegentlich beschworene Politikverdrossenheit, sondern eine Politikerverdrossenheit, welche kurzfristig durch Wahlen behebbar scheint, aber langfristig sich zu einem Problem für die Legitimität der Demokratie auswachsen kann.

Neben institutionellem Vertrauen und politischer Effektivität erfasst der Berlin-Monitor die Bewertung der wirtschaftlichen Lage als Indikator für die wahrgenommene Performanz der ökonomischen Leistungsfähigkeit des politischen Systems (Abb. 3.3). Im Jahr 2025 schätzen 25 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Lage Deutschlands als „gut“ ein, während 46 Prozent sie als „teils gut, teils schlecht“ bewerten und 29 Prozent als „schlecht“. Damit zeigt sich 2025 eine überwiegend ambivalente bis verhalten-pessimistische Einschätzung der wirtschaftlichen Situation durch die Berliner:innen. Verglichen mit den Vorjahren bleibt das Vertrauen in die ökonomische Leistungsfähigkeit des Systems auf einem ambivalenten Niveau, von dem zu erwarten ist, dass es die jeweilige Bewertung der Demokratie entsprechend gemischt beeinflusst.

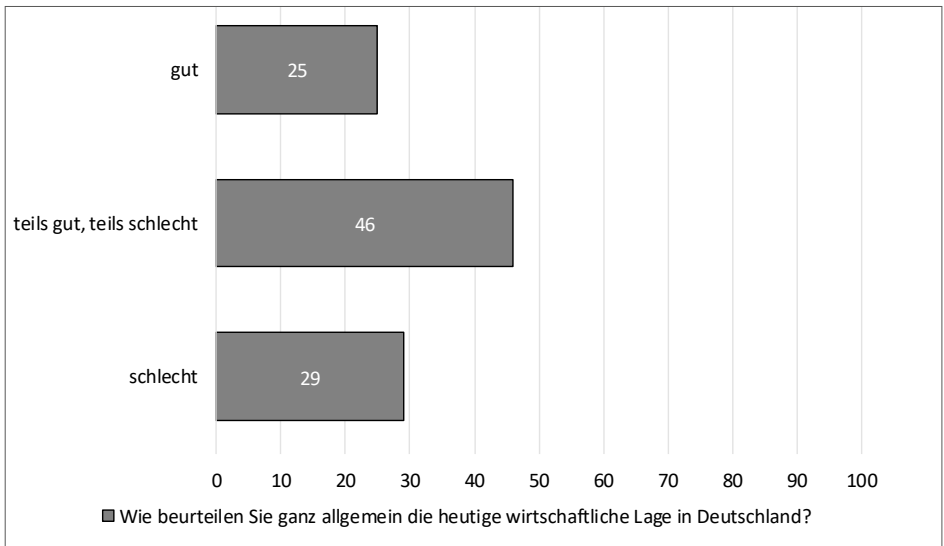


Abb. 3.3: Wirtschaftliche Lage als Indikator für die Performanz des politischen Systems

Quelle: Berlin-Monitor 2025; Antwortkategorie gut = Einschätzung sehr gut und gut; Antwortkategorie schlecht = eher schlecht und sehr schlecht; Prozentwerte gerundet; Daten gewichtet.

Nun stellt sich die Frage, ob die positive Zuwendung zur Idee und Staatsform der Demokratie Einschränkungen unterliegt. Im Berlin-Monitor 2023 erfragten wir, was man unter Demokratie versteht, und bekamen differenzierte Antworten (Pickel & Celik 2024).

Gerade die Wahl antidemokratischer Systemalternativen, wie sie mit den Items zur Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur erfragt werden, gibt jedoch Auskunft über die Bereitschaft, auch andere Herrschaftstypen akzeptabel zu finden. Die Abbildung 3.4 zeigt die Entwicklung autoritärer und antidemokratischer Einstellungen im Zeitverlauf. Die drei Items zur Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur bilden einen Gegenpol zur demokratischen Legitimität und dienen damit als Negativindikator für die politische Kultur. Der Aussage „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ stimmen im Jahr 2025 28 Prozent der Befragten zu. Dieser Wert liegt leicht unter dem Höchststand von 31 Prozent im Jahr 2023, aber weiterhin über dem Niveau von 2021 (26 Prozent). Noch deutlicher fällt der Trend beim Wunsch nach starker Führung aus: Die Zustimmung zur Aussage „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“ stieg von 11 Prozent (2021) auf 19 Prozent (2023) und liegt aktuell noch immer bei 18 Prozent. Zwar liegt die Zustimmung zur Aussage „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“ 2025 bei vergleichbar niedrigen Werten wie in den Vorjahren, diese deuten jedoch auf eine konstante Minderheit autoritär gesinnter Personen hin. Zusammengefasst ergibt sich ein stabiles und durchaus bedenkliches Maß autoritärer Offenheit, das

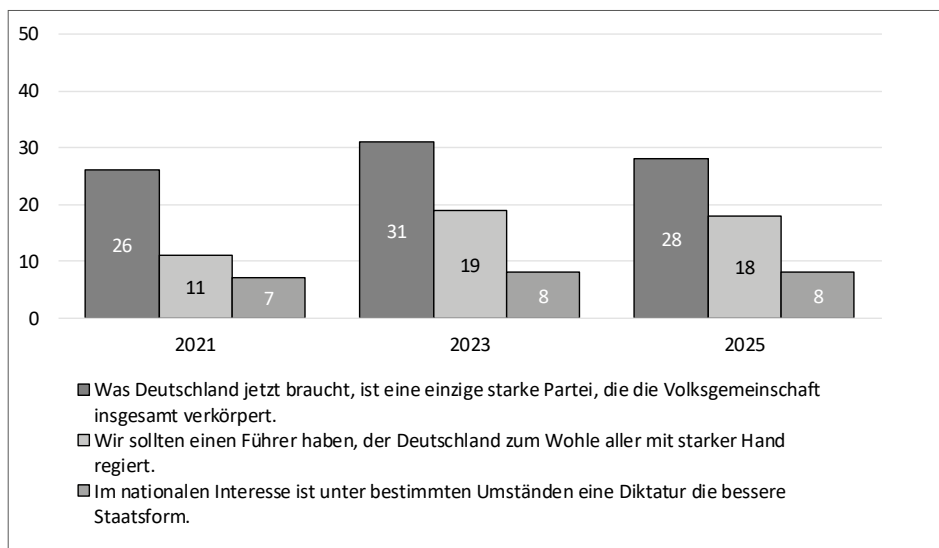


Abb. 3.4: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur

Quelle: Berlin-Monitor 2021, 2023 und 2025; aufgeführt sind die zusammengefassten Zustimmungswerte der Kategorien (1) „stimme voll und ganz zu“ und (2) „stimme eher zu“; Prozentwerte gerundet; Daten gewichtet.

rund ein Fünftel bis ein Viertel der Berliner Bevölkerung umfasst und damit einen klaren Gegenpol zur hohen allgemeinen Demokratiezustimmung bildet.

Für eine Demokratie ist eine klare Unterstützung notwendig, in der antidemokratische Systemalternativen bzw. eine rechtsautoritäre Diktatur nicht als Bestandteile der Demokratie in Betracht gezogen werden. Genau genommen müssten die Bürger:innen alle nichtdemokratischen Alternativen klar ablehnen. Neben der in Abbildung 3.4 dargestellten manifesten Zustimmung gibt es eine (latente) Zustimmung zu den Aussagen der Items, die sich durch die Wahl der Mittelkategorie (stimme teils zu, teils nicht zu) äußert. Betrachtet man die latenten sowie manifesten antidemokratischen oder autokratischen Zustimmungen zusammen mit der Legitimität der Demokratie, dann lassen sich aufgrund des Antwortverhaltens vier Typen unterscheiden: solide Demokraten, fragile Demokraten, Autokraten und Suchende. Abbildung 3.5 stellt ihre Verteilung in der Berliner Bevölkerung und der deutschen Gesamtbevölkerung dar.

Die Gruppe der *soliden Demokraten* lehnt alle rechtsautoritären Aussagen klar ab und ist der Meinung, dass die Demokratie die Staatsform ist, die am besten zu unserer Gesellschaft passt. 46 Prozent der Berlinerinnen und Berliner gehören dieser Gruppe an, womit ihr Anteil in Berlin niedriger ausfällt als bundesweit (49,8 Prozent nach Öztürk & Pickel 2024, 215).

Unter den *fragilen Demokraten* sind Personen einzustufen, die zwar die Demokratie als bestes System sehen, deren Demokratievorstellung aber nicht ausschließlich demokratisch ist und die nichtdemokratischen Alternativen ebenfalls akzeptabel finden. 40 Prozent der Berliner Befragten ist dieser Gruppe zuzuordnen, wobei sich der Wert in etwa mit den Befunden im Bundesgebiet deckt.

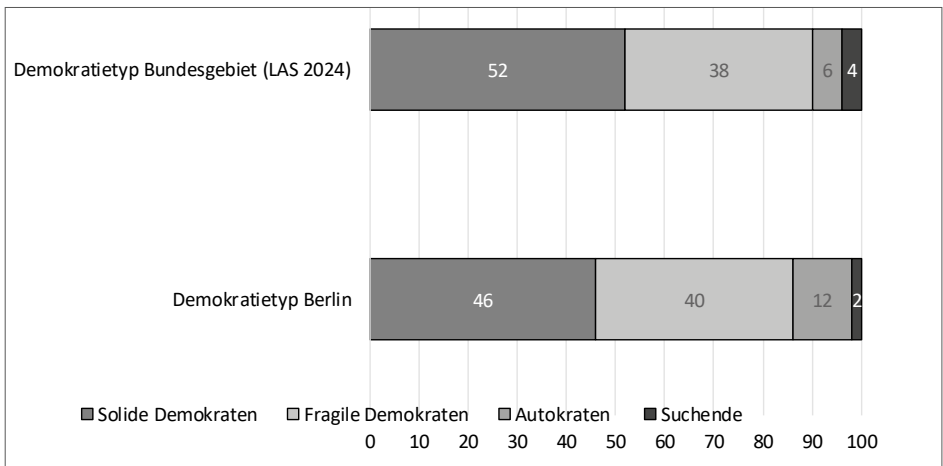


Abb. 3.5: Typen der Haltung zu Demokratie und Autokratie

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2025; Kombination der Befürwortung der Staatsform der Demokratie und den drei antidemokratischen Systemalternativen: Befürwortung starker Führer, Einparteiensystem, Diktatur (nach Öztürk & Pickel 2024, 230); Berechnungen Leipziger Autoritarismus Studie 2024 – etwas abweichende Indikatoren für Erhebung Demokratiezustimmung; im Durchschnitt n = 1.100.

Die Gruppe der *Autokraten* betrachtet die Demokratie nicht als passendste Staatsform und lehnt antidemokratische Systemalternativen wie ein Einparteiensystem, einen starken Führer oder eine Diktatur zumindest nicht klar ab. Dass 12 Prozent der Berliner:innen zu dieser Gruppe gerechnet werden können, ist im Vergleich zu anderen Studien ein bemerkenswert hoher Wert.

In der Gruppe der *Suchenden* sind diejenigen subsummiert, bei denen weder demokratische noch autoritäre Herrschaftsformen auf Zustimmung stoßen. Ihr Anteil macht mit 2 Prozent nur einen Bruchteil der Befragten aus.

Nimmt man die Befunde zusammen, dann ist dies ein nicht nur ambivalenter Befund hinsichtlich der politischen Kultur in Berlin, sondern zeigt auch eine gewisse Polarisierung in der Berliner Stadtgesellschaft auf. Die Zahl der Autokraten ist sichtbar höher als im Bundesgebiet. Gleichzeitig unterstützt nicht einmal mehr die Hälfte der Einwohner Berlins umstandslos die Demokratie, ohne mit antidemokratischen Systemalternativen zu liebäugeln. Insgesamt bedeutet dies, dass man sich in Berlin nur noch auf eine Minderheit der Bürger:innen verlassen kann, wenn es um die Verteidigung einer liberalen Demokratie geht.

Nun gibt es verschiedene Faktoren, die die Zugehörigkeit zu einer Gruppe bedingen können. Nach den Debatten über eine Gefahr der Radikalisierung der Jugend nach der Bundestagswahl 2025 ist es interessant, wie sich die Haltung zu Demokratie und Autokratie entlang der Alterskohorten verteilt. Weitere Einflussfaktoren können formale Bildung und ein Migrationshintergrund sowie die ideologische Positionierung auf der Links-Rechts-Skala sein. Die Ergebnisse entlang dieser Vergleichsgruppen finden sich in Abbildung 3.6.

Der Berlin-Monitor 2025 zeigt tatsächlich bei einem beachtlichen Anteil der 18- bis 24-Jährigen kritische Haltungen zur Demokratie. So können 23 Prozent als *Autokraten* klassifiziert werden. Dem stehen gerade einmal 40 Prozent *solide Demokraten* gegenüber. Eine Altersgruppe höher sind es sogar nur noch 34 Prozent *solide Demokraten*, allerdings auch weniger *Autokraten*, was einen mit 46 Prozent deutlich höheren Wert an *fragilen Demokraten* ergibt. Dass es auch anders geht, zeigt die zum Vergleich herangezogene Gruppe der Befragten über 66 Jahre, von denen immerhin über 50 Prozent den *soliden Demokraten* zuzuordnen sind. Bemerkenswert ist, dass auch hier 8 Prozent der älteren Berliner:innen autokratisches Gedankengut pflegen. Am höchsten ist die Gruppe der soliden Demokraten unter den 51- bis 65-Jährigen (54 Prozent). Doch selbst in dieser Gruppe finden wir 10 Prozent *Autokraten*. Eine klare Differenz ergibt sich entlang der formalen Bildung. Unter Befragten mit formal hoher Bildung (Abitur, Fachhochschulreife, EOS 12. Klasse) können 59 Prozent als *solide Demokraten* und 32 Prozent als *fragile Demokraten* identifiziert werden. Der Anteil der *Autokraten* beträgt 7 Prozent. Nimmt man nur die Gruppe mit formal niedriger Bildung (kein Abschluss, Hauptschulabschluss), dann fällt der Wert der *soliden Demokraten* in Berlin auf gerade einmal 18 Prozent! Das Gros der Berliner:innen mit formal niedriger Bildung platziert sich bei den *fragilen Demokraten* und immerhin 19 Prozent auch als *Autokraten*. Bildung scheint für die Demokratie hilfreich zu sein, ohne autokratisches

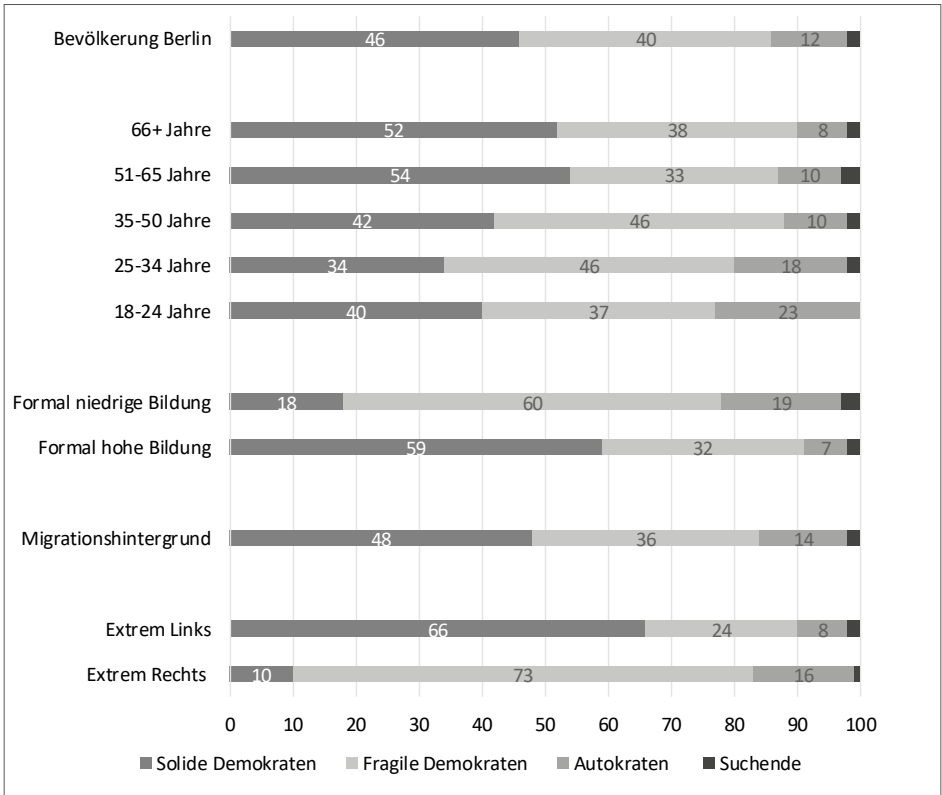


Abb. 3.6: Demokratietypen nach Sozialstruktur und politischer Ideologie

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2025; Kombination der Befürwortung der Staatsform der Demokratie und den drei antidemokratischen Systemalternativen: Befürwortung starker Führer, Einparteiensystem, Diktatur (nach Öztürk/Pickel 2024, 230);

– Formal hohe Bildung = Abitur, Fachhochschulreife, EOS 12. Klasse (n = 1.139),

– Formal niedrige Bildung = Hauptschulabschluss, kein Abschluss, Abschluss polytechnische Oberschule 8. Klasse (n = 253);

– Migrationshintergrund (n = 434);

– Extrem Links = Werte 1+2 und Extrem Rechts Werte 9+10 auf der 10-stufigen Links-Rechts-Skala; im Durchschnitt n = 1.925 (extrem rechts n = 120; extrem links n = 215).

Denken vollständig verhindern zu können. Die Verteilung für Befragte mit Migrationshintergrund unterscheidet sich dagegen kaum vom Berliner Durchschnitt.

Betrachten wir die Verteilung entlang der Mitglieder an den politisch-ideologischen Rändern der Links-Rechts-Skala, wird deutlich, dass die politisch-ideologische Positionierung eine große Bedeutung für die politische Unterstützung der Demokratie besitzt. Gerade einmal 10 Prozent der sich selbst als extrem rechts einschätzenden Befragten können den *soliden Demokraten* zugeordnet werden, 16 Prozent von ihnen sind *Autokraten*. Den Löwenanteil nehmen die *fragilen Demokraten* ein: Bei 73 Prozent findet neben der Demokratie mindestens eine der antidemokratischen Systemalternativen (Führer, Diktatur, Einparteiensystem) Zustimmung. Verengt auf die Zustimmung zu min-

destens zwei Systemalternativen sind es noch 62 Prozent, und immerhin 40 Prozent der Befragten aus dem extrem rechten Spektrum befürworten zwar eine Demokratie, aber auch alle drei antidemokratischen Systemalternativen. Demgegenüber steht ein vielleicht etwas überraschend gutes Abschneiden der politisch-ideologisch extremen Linken. Laut unseren Berechnungen lassen sich 66 Prozent derjenigen, die sich auf der Links-Rechts-Skala als extrem Links einordnen, als *solide Demokraten* bezeichnen, während 8 Prozent *Autokraten* und 24 Prozent *fragile Demokraten* sind.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Berliner Bevölkerung der Demokratie überwiegend positiv gegenübersteht, zugleich aber zunehmende Distanz und Skepsis gegenüber ihrer konkreten Funktionsweise zeigt. Während die grundsätzliche Legitimität der Demokratie nach wie vor hoch ist, sinkt die Zufriedenheit mit der praktischen Ausgestaltung und das Vertrauen in politische Akteure. Parallel dazu bleibt das Gefühl politischer Einflusslosigkeit bestehen, und ein relevanter Anteil der Bevölkerung äußert Sympathien für autoritäre Regierungsformen. Diese Diskrepanz zwischen demokratischer Überzeugung und politischer Entfremdung verweist auf ein Spannungsfeld, das für die politische Kultur Berlins charakteristisch ist: Demokratie als normatives Ideal wird weitgehend geteilt – ihre alltägliche Praxis jedoch zunehmend kritisch bewertet.

3.6 Gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziales Engagement in Berlin

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist ein zentraler Bestandteil der politischen Kultur und spielt eine entscheidende Rolle für die Stabilität demokratischer Systeme. Neben den politischen Orientierungen und Einstellungen zur Demokratie untersucht der Berlin-Monitor daher auch soziale Faktoren, die für die Integrationsfähigkeit und die Kohäsion, also den inneren Zusammenhalt der Berliner Stadtgesellschaft von Bedeutung sind. Zu den hier hilfreichen Indikatoren zählen insbesondere relative Deprivation, soziales Vertrauen und zivilgesellschaftliches Engagement. Diese Dimensionen erfassen, wie gerecht sich Menschen in der Gesellschaft (im Vergleich zu den anderen Gesellschaftsmitgliedern) behandelt fühlen, in welchem Maße sie anderen Menschen generell vertrauen und wie aktiv sie sich sozial engagieren – Indikatoren, die gemeinsam das vorpolitische Fundament einer resilienten Demokratie bilden.

Abbildung 3.7 zeigt die Ergebnisse zur wahrgenommenen relativen Deprivation, also dem Gefühl, im Vergleich zu anderen in der Gesellschaft weniger zu haben, als einem zustehe. Rund 46 Prozent der Befragten geben an, dass sie ihren gerechten Anteil erhalten haben. Weitere 12 Prozent empfinden, mehr als ihren gerechten Anteil zu erhalten. Demgegenüber stehen jedoch 31 Prozent, die angeben, etwas weniger zu bekommen, und 12 Prozent, die meinen, sehr viel weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten. Damit empfindet knapp ein Drittel der Berliner Bevölkerung eine moderate Benachteiligung, während jede achte Person eine deutliche soziale Ungerechtigkeit wahrnimmt. Diese Wahrnehmungen sozialer Benachteiligung sind empirisch relevant, da sie häufig mit Unzufriedenheit mit der Demokratie, Misstrauen gegenüber Institutionen und einer erhöhten Anfälligkeit für populistische oder autoritäre Deutungsmuster

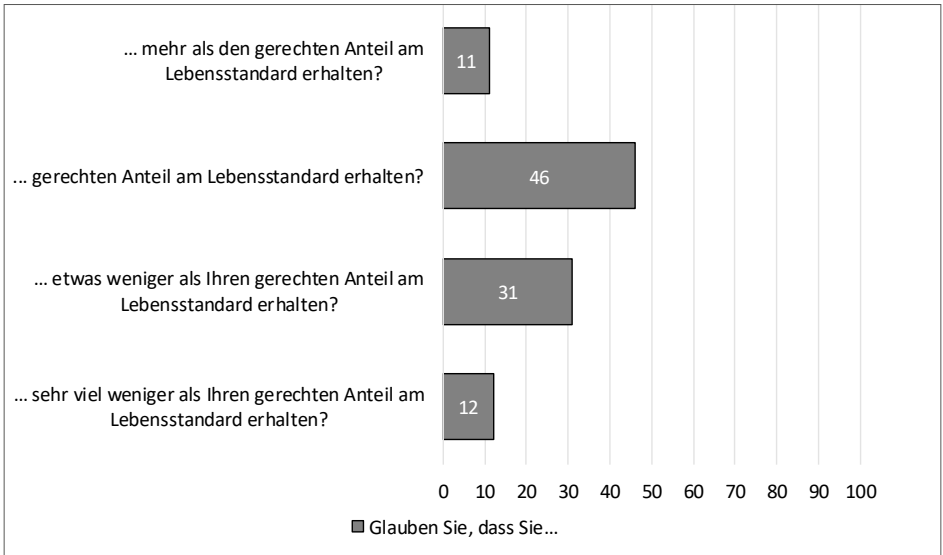


Abb. 3.7: Relative Deprivation

Quelle: Berlin-Monitor 2025; Prozentwerte gerundet; Daten gewichtet;
Glauben Sie, dass Sie ihren „gerechten Anteil“ am Lebensstandard erhalten?; n = 2.001.

einhergehen (Pickel & Pickel 2006; Decker et al. 2024). Dass zusammengenommen 43 Prozent der Berliner:innen denken, nicht ihren gerechten Anteil zu bekommen, sollte daher aufhorchen lassen.

Ein weiteres zentrales Element gesellschaftlicher Kohäsion ist das Vertrauen in Mitmenschen und das Maß an freiwilligem Engagement.

Abbildung 3.8 zeigt, dass 58 Prozent der Befragten angeben, den meisten Menschen vertrauen zu können, während 42 Prozent diese Aussage ablehnen. Damit liegt Berlin im bundesweiten Vergleich weiterhin auf einem mittleren bis höherem Niveau sozialen Vertrauens. Dies deutet auf eine relativ stabile, aber an einigen Stellen auch selektive Vertrauensbasis hin. Das soziale Engagement fällt demgegenüber zurückhaltender aus: 43 Prozent der Befragten geben an, sich in einem Verein oder einer sozialen Gruppe zu engagieren, während 57 Prozent dies verneinen. Die Ergebnisse deuten auf eine Zweiteilung zwischen aktiven und passiven Teilen der Stadtgesellschaft hin – ein Muster, das in Großstädten häufig beobachtet wird und auch in Berlin die soziale Spaltung zwischen hochintegrierten und weniger eingebundenen Gruppen widerspiegelt. Abbildung 3.9 differenziert das soziale Engagement nach sozialstrukturellen Gruppenmerkmalen, wodurch die Unterschiede zwischen den Gruppen deutlich werden:

1. *Geschlecht*: Frauen engagieren sich mit 42 Prozent etwas seltener als Männer (44 Prozent).

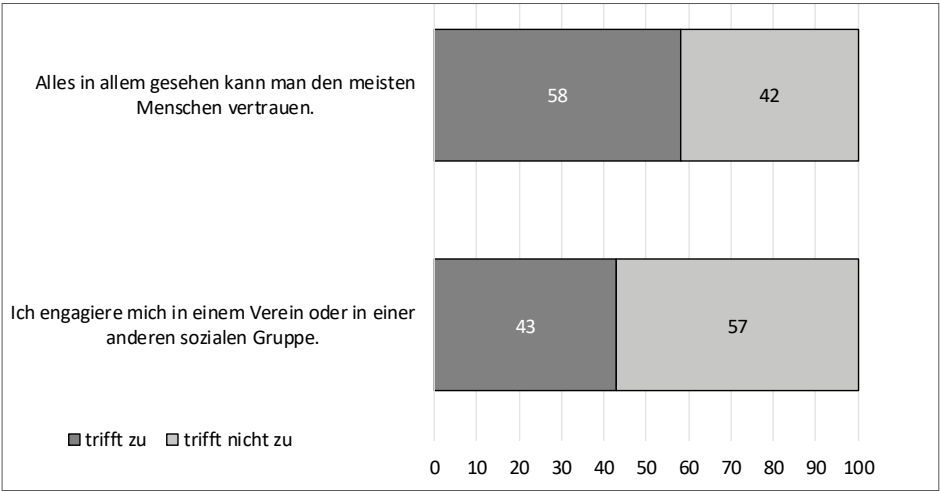


Abb. 3.8: Soziales Vertrauen und Engagement

Quelle: Berlin-Monitor 2025; Prozentwerte gerundet; Daten gewichtet.

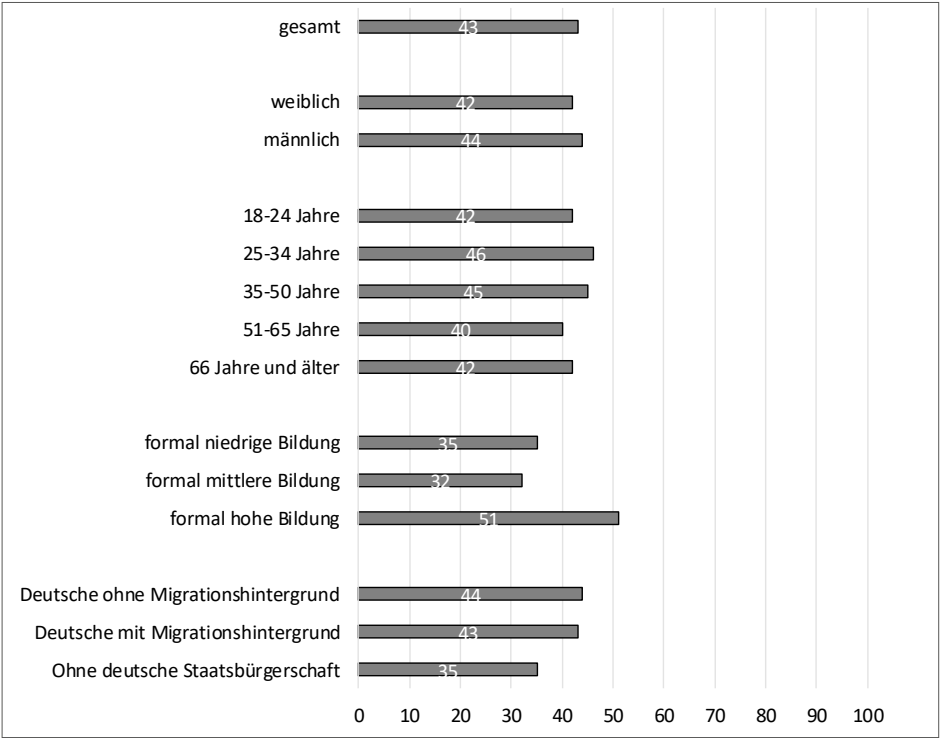


Abb. 3.9: Soziales Engagement untergliedert nach sozialstrukturellen Merkmalen

Quelle: Berlin-Monitor 2025; Zustimmungswerte untergliedert nach genannten Gruppen; Prozentwerte gerundet; Daten gewichtet.

2. *Alter*: Am höchsten ist das Engagement in der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen mit 46 Prozent, während die Werte bei den 51- bis 65-Jährigen und über 66-Jährigen mit 40 bzw. 42 Prozent etwas niedriger liegen.
3. *Bildung*: Besonders ausgeprägt ist das Engagement bei Personen mit Abitur oder Hochschulabschluss (51 Prozent), während es bei Personen mit mittlerer Reife (32 Prozent) und Haupt- bzw. Volksschulabschluss (35 Prozent) deutlich geringer ausfällt.
4. *Migrationshintergrund und Staatsbürgerschaft*: Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft ohne Migrationshintergrund engagieren sich zu 44 Prozent, solche mit Migrationshintergrund zu 43 Prozent, während nur 35 Prozent der nicht-deutschen Befragten angeben, sich aktiv zu beteiligen.

Diese sozialstrukturellen Unterschiede verdeutlichen, dass soziales Engagement in Berlin stark von Bildungsressourcen und institutioneller Integration abhängt (Deitelhoff et al. 2020; Pickel et al. 2020; Teichler et al. 2023). Gerade Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft oder mit geringerer Bildung sind weniger häufig in Vereinen oder Gruppen aktiv – was wiederum mit geringeren Möglichkeiten zur politischen Partizipation und sozialen Vernetzung einhergeht.

Die Befunde zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zeigen ein ambivalentes Bild: Einerseits verfügt Berlin über ein solides Fundament sozialen Vertrauens und eine beachtliche Zahl aktiver Bürger:innen; andererseits herrscht eine beachtliche soziale Segregation vor, und es bestehen deutliche Unterschiede nach Bildung, Herkunft und sozialem Status (Celik & Pickel 2022). 43 Prozent der Berliner Bevölkerung fühlt sich im Vergleich zu anderen sozial benachteiligt, und das Vertrauen in Mitmenschen wie auch die Bereitschaft zum Engagement bleiben in Berlin ungleich verteilt. Diese Spannungen deuten darauf hin, dass sozialstrukturelle Ungleichheiten und wahrgenommene Ungerechtigkeiten die politische Kultur sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinflussen – etwa durch eine geringere Demokratiezufriedenheit oder ein höheres Misstrauen gegenüber Institutionen. Und betrachtet man entsprechende Zusammenhänge, dann finden sich zwischen Berliner:innen, die soziales Vertrauen besitzen und die kein soziales Vertrauen besitzen Unterschiede von bis zu 20 Prozentpunkte in der Legitimität der Demokratie oder bei der Demokratiezufriedenheit bis zu 30 Prozentpunkte. Der gesellschaftliche Zusammenhalt bildet somit eine entscheidende Brücke zwischen sozialer Integration und demokratischer Stabilität.

3.7 Fazit und Ausblick

Die Ergebnisse des Berlin-Monitors 2025 verdeutlichen, dass die politische Kultur Berlins weiterhin von einem *grundlegend stabilen Bekenntnis zur Demokratie* geprägt ist. Eine große Mehrheit der Berliner Bevölkerung hält die Demokratie nach wie vor für die beste Staatsform und teilt damit die zentralen normativen Werte des demokratischen Systems. Diese diffuse, wertbezogene Unterstützung bildet das Fundament politischer Stabilität im Land. Gleichzeitig zeigen sich jedoch Erosionserscheinungen im Bereich

der spezifischen Systemunterstützung. Die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland existiert, ist in den letzten Jahren spürbar gesunken. Ein großer Teil der Berliner Bevölkerung unterscheidet zunehmend zwischen der Demokratie als Ideal und ihrer konkreten Funktionsweise in der politischen Praxis. Diese Diskrepanz verweist auf ein Spannungsfeld zwischen *normativer Zustimmung und erfahrungsbezogener Skepsis*, das in der politischen Kultur der Stadt strukturell verankert ist. Vor allem das Vertrauen in politische Akteure bleibt auf mittlerem Niveau, und ein erheblicher Teil der Befragten empfindet, politisch nur wenig Einfluss zu haben. Diese Wahrnehmung begrenzter politischer Wirksamkeit deutet auf eine latente politische Entfremdung hin, die jedoch nicht zwangsläufig in Systemablehnung mündet. Vielmehr zeigt sich in Berlin ein Muster *kritischer Loyalität*: Diese Bürger:innen unterstützen die Demokratie grundsätzlich, stellen aber deren Leistungsfähigkeit zunehmend infrage.

Die sich verschiedentlich zeigende Unzufriedenheit hat auch Folgen für die Haltung zur Demokratie. Wechselt man die Perspektive und blickt auf die Zustimmung zu einer rechtsautoritären Diktatur oder zu antidemokratischen Systemalternativen, zeigt sich, dass ein gar nicht so kleiner und zudem konstanter Anteil der Bevölkerung *offen für autoritäre oder rechtsdiktatorische Alternativen* ist. Zwischen 18 und 28 Prozent der Berliner:innen äußern Zustimmung zu autoritären Herrschaftsvorstellungen oder zur Idee einer starken Einheitspartei. Diese Werte liegen unter dem Bundesdurchschnitt, markieren aber dennoch eine demokratische Herausforderung, die insbesondere im Kontext zunehmender sozialer Polarisierung und gesellschaftlicher Desintegration an Bedeutung gewinnt. Vor allem, wenn man bedenkt, dass nur 46 Prozent der Bevölkerung diese antidemokratischen Systemalternativen konsequent ablehnen. Diese *soliden Demokraten* variieren nach Bildungsstand, Alter, aber besonders entlang der politisch-ideologischen Positionen, die sie einnehmen. So steigt unter denjenigen, die sich auf der Links-Rechts-Skala auf den beiden äußersten rechten Positionen eintragen, die Zahl von 12 Prozent autokratisch denkenden Personen in der Berliner Bevölkerung auf 16 Prozent und über 70 Prozent befinden sich in der Kategorie der fragilen Demokraten, die Demokratie und antidemokratische Vorstellungen zusammendenken können. Insgesamt sind dies durchaus bedenkliche Werte, die auf Unklarheiten im Demokratieverständnis vieler Berliner:innen hinweisen. Zudem wird dadurch eine Polarisierung in der Stadtgesellschaft erkennbar, die in der Zukunft sich auch im Handeln manifestieren könnte.

Die Analysen zum *gesellschaftlichen Zusammenhalt* zeigen, dass soziale Integration und politische Unterstützung eng miteinander verwoben sind. Während das soziale Vertrauen mit 58 Prozent auf einem stabilen Niveau liegt, bestehen beim zivilgesellschaftlichen Engagement deutliche Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen. Personen mit höherer Bildung und deutscher Staatsbürgerschaft sind signifikant häufiger aktiv als Menschen mit geringerer Bildung oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Diese Befunde unterstreichen, dass demokratische Teilhabechancen in Berlin ungleicher verteilt sind als häufig angenommen. Gleichzeitig empfinden 43 Prozent der Berliner:innen, weniger vom gesellschaftlichen Wohlstand zu haben, als ihnen zusteht. Diese Wahrnehmung *relativer Deprivation* wirkt als latenter Belastungsfaktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und kann – insbesondere in Kombination mit institu-

tionellem Misstrauen – autoritäre Einstellungen begünstigen. Insgesamt zeichnet der Berlin-Monitor 2025 somit ein ambivalentes, aber konsistentes Bild der politischen Kultur in Berlin.

Berlin ist weiterhin eine Stadt, deren Bewohner Demokratie in ihrer Vielfalt leben, in der allerdings Widersprüche und Spannungen immer stärker sichtbar werden. Die Stadt fungiert als Labor gesellschaftlicher Integration – mit all den damit verbundenen Herausforderungen wie ökonomischer Unsicherheit, sozialer Ungleichheit und kultureller Diversität. Für den Fortgang der Untersuchungen lässt sich festhalten, dass die Stabilität demokratischer Orientierungen in Berlin langfristig davon abhängen wird, ob es gelingt, soziale Gerechtigkeit, politische Repräsentation und Vertrauen in demokratische Institutionen wieder stärker miteinander zu verknüpfen, aber auch sichtbar zu machen, was demokratische Werte sind und was nicht. Die Daten des Berlin-Monitors 2025 zeigen, dass demokratische Werte in Berlin an vielen Stellen tief verwurzelt sind – dass sie jedoch kontinuierlicher Pflege, Inklusion und sozialer Vermittlung bedürfen, um auch künftig tragfähig zu bleiben.

Literatur

- Adorno, T. W. (1973). *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Almond, G. A. & Verba, S. (1963). *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Bröchler, S. & Höhne, B. (Hrsg.) (2025). *Politik und Regieren in Berlin*. Wiesbaden: Springer VS.
- Celik, K. & Pickel, G. (2022). Migration und demokratische politische Kultur in Berlin – Antimuslimischer Rassismus als Gefahr für die Demokratie? *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 6(2), 431–461.
- Celik, K. & Pickel, G. (2024). Die politische Kultur Berlins im Zeitverlauf – Ergebnisse der repräsentativen Erhebungen des Berlin-Monitors von 2019–2023. In G. Pickel, O. Decker & K. Reimer-Gordinskaya (Hrsg.), *Der Berlin-Monitor 2023. Berlin in Zeiten multipler Krisen* (S. 19–36). Springer: zu Klampen.
- Dalton, R. J. & Welzel, C. (2014). *The Civic Culture Transformed: From Allegiant to Assertive Citizens*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Decker, O. & Brähler, E. (Hrsg.) (2020). *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.) (2024). *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024*. Gießen: Psychosozial.
- Deitelhoff, N., Groh-Samberg, O. & Middell, M. (2020). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*. Frankfurt am Main: Campus.
- Easton, D. (1975). A re-assessment of the concept of political support. *British Journal of Political Science*, 5(4), 435–457.
- Easton, D. (1979). *A Systems Analysis of Political Life*. Chicago: University of Chicago Press.
- Fuchs, D. (1989). *Theorien der Politik: Einführung in die Politische Soziologie*. München: Oldenbourg.

- Fuchs, D. (2002). Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse. In D. Fuchs, E. Roller & B. Wessels (Hrsg.), *Bürger und Demokratie in Ost und West* (S. 27–50). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Lipset, S. M. (1981). *Political Man: The Social Bases of Politics* (2. Aufl.). Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Pickel, G., Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, K. (2023). *Der Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt*. Springe: zu Klampen.
- Pickel, G., Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, K. (2024a). *Der Berlin-Monitor 2023. Berlin in Zeiten multipler Krisen*. Springe: zu Klampen.
- Pickel, G. & Pickel, S. (2006). *Politische Kultur- und Demokratieforschung: Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pickel, G. & Pickel, S. (2016). Politische Kultur, Demokratieverständnis und politische Einstellungen. In D. Fuchs & E. Roller (Hrsg.), *Politische Kulturforschung: Kontinuität und Wandel* (S. 553–580). Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, G., Reimer-Gordinskaya, K. & Decker, O. (2019). *Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie*. Springe: zu Klampen.
- Pickel, S. & Celik, K. (2024). „Was sind für Sie persönlich die wichtigsten Merkmale der Demokratie“. Eine offene Frage an die Berliner:innen. In G. Pickel, O. Decker & K. Reimer-Gordinskaya (Hrsg.), *Der Berlin-Monitor 2023. Berlin in Zeiten multipler Krisen* (S. 37–60). Springe: zu Klampen.
- Pickel, S., Celik, K. & Decker, O. (2024b). Verwahrloste Demokratie? Politische Kultur und Unterstützung in Deutschland. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen* (S. 181–206). Gießen: Psychosozial.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2024). Politische Kulturforschung. In J. Varwick, S. Achour, H.-J. Bieling, S. Schieren & S. Schildbach (Hrsg.), *Kursbuch Politikwissenschaft II. Forschungs- und Politikfelder* (S. 175–199). Frankfurt am Main: Wochenschau (utb).
- Pickel, S. & Pickel, G. (2025). Die politische Kultur Berlins – Demokratie-Ultras vs. Brückenbauer in die Antidemokratie. In S. Bröckler & B. Höhne (Hrsg.), *Politik und Regieren in Berlin* (S. 259–277). Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, G., Pickel, S., & Yendell, A. (2020). Zersetzungspotenziale einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt. In: O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität* (S. 89–118). Gießen: Psychosozial.
- Teichler, N., Gerlitz, J.-Y., Cornesse, C., Dilger, C., Groh-Samberg, O., Lengfeld, H., Nissen, E., Reinecke, J., Skolarski, S., Traunmüller, R. & Verneuer-Emre, L. (2023). *Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Erster Zusammenhaltsbericht des FGZ*. Bremen: SOCIUM, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. <https://doi.org/10.26092/elib/251>.
- Welzel, C. (2013). *Freedom Rising: Human Empowerment and the Quest for Emancipation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Zick, A. & Küpper, B. (Hrsg.) (2021). *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz.
- Zick, A., Küpper, B. & Mocros, N. (Hrsg.) (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/2023*. Bonn: Dietz.

4 **Rechtsextreme Einstellung und autoritäre Bedürfnisse: Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Diktaturbefürwortung in Berlin 2025**

Oliver Decker, Kazim Celik & Gert Pickel

4.1 **Einleitung**

Seit 2002 werden die Leipziger Autoritarismus Studien von der Forschungsgruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker erhoben (zuletzt: Decker et al. 2024c). Unter dem Eindruck der rechtsextremen Gewalttaten und Mobilisierung der 1990er Jahre stand hierbei zunächst ein Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung im Zentrum (Decker et al. 2013; Heller et al. 2020). Er umfasst sechs Dimensionen des autoritären Syndroms: Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus, die einer ethnozentrischen Weltsicht zugeordnet werden, sowie tradierter Antisemitismus, die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Sozialdarwinismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus als Ausdruck einer Neo-NS-Ideologie (Heyder & Decker 2011). In die repräsentativen Erhebungen des Berlin-Monitors integrieren wir seit 2019 ausgewählte Dimensionen dieses Syndroms. Zuletzt wurden 2023 neben den Dimensionen des Ethnozentrismus insbesondere die Diktaturbefürwortung und der tradierte Antisemitismus erhoben (Decker et al. 2024a); auch in der aktuellen Erhebung bilden diese Dimensionen zentrale Bestandteile. Angesichts des Angriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der unmittelbar folgenden, teils offenen Solidaritätsbekundungen mit der klerikal-faschistischen Organisation bereits am 8. Oktober (Illouz 2024) haben wir uns entschieden, der Analyse antisemitischer Ressentiments in dieser Studie breiteren Raum zu geben. Im vorliegenden Band finden sich daher die Ergebnisse zum tradierten Antisemitismus im Kontext des israelbezogenen, postkolonialen und Schuldabwehr-antisemitismus in Kapitel 5 wieder. An dieser Stelle werden ausschließlich die drei weiteren Dimensionen berichtet.

Die Stadt stellt seit Jahren einen politisch hochgradig pluralisierten, zugleich konfliktintensiven urbanen Raum dar, in dem heterogene ökonomische und politische Milieus in verdichteter Form (Decker 2022) aufeinandertreffen. Dies führt einerseits zu sehr niedrigen Mobilisierungsschwellen, kann andererseits aber auch zu Bündnissen trotz politischer Differenzen führen. Solch eine Funktion als Brückenideologie besaß bereits in der Vergangenheit regelmäßig der Antisemitismus (Yolçov 2000) und erfüllt er auch heute, was auch die spontane Solidarisierung mit der Hamas einmal mehr verdeutlicht (Yolçov 2000; Decker, Heinke & Brähler 2025): Das Ressentiment findet sich nicht nur in der extremen Rechten, sondern verbindet politisch sehr verschiedene Milieus mitein-

ander. Es ist anzunehmen, dass sich gerade im Kontext Berlins diese Brückenfunktion entfalten kann, um autoritäre Bedürfnisse zu befriedigen.

Diese Diagnose findet ihre Entsprechung in empirisch dokumentierten antipluralistischen Erscheinungsformen verschiedener ideologischer Provenienz. So verfügt Berlin über dauerhafte rechtsextreme Netzwerke und Aktionsräume, die u. a. im Neukölln-Komplex als besondere Form lokaler rechtsextremer Verankerung sichtbar wurden. Parallel hierzu weist Berlin eine Präsenz islamistischer Akteure auf, einschließlich Vereinen, die der Hamas oder der Muslimbruderschaft nahestehen (Landesamt für Verfassungsschutz Berlin 2024). Diese Konstellation führt dazu, dass antisemitische, antiwestliche oder antipluralistische Narrative in unterschiedlichen Milieus artikuliert werden können. Die Mobilisierungen unmittelbar nach dem 7. Oktober 2023, bei denen in Berlin in mehreren Stadtteilen offen Sympathien für die Hamas gezeigt wurden, zeigen exemplarisch, wie ideologisch disparate Gruppen situativ über ein gemeinsames Feindbild miteinander verbunden werden können. Hinzu tritt ein in den letzten Jahren erheblich erstarktes Feld antiinstitutioneller Mobilisierung, das während der Covid-19-Pandemie bundesweite Aufmerksamkeit erlangte. Berlin war zentraler Austragungsort der „Querdenker“-Proteste und der Ort, an dem sich Reichsbürger, Verschwörungsideologen, Esoteriker und Rechtsextreme in sogenannten Querfront-Konstellationen versammelten. Besonders im Rahmen von Holocaust-Relativierungen wurden antisemitische Muster sichtbar. Anders als in der extremen Rechten, wo solche Deutungen länger etabliert sind, wurden sie hier teils auch in Milieus normalisiert, die individuelle Autonomie und Selbstbestimmung (Frei & Nachtwey 2021) oder Gerechtigkeitsnormen betonen (Illouz 2024; Decker et al. 2025, 25). Diese Entwicklung markiert eine neue Akzeptanz von grundsätzlich bereits vorhandenen antisemitischen Motiven in breiten Teilen der Bevölkerung. Die Kombination dieser Milieus macht Berlin zu einem politischen Raum, in dem antipluralistische und menschenfeindliche Ideologien nicht nur nebeneinander existieren, sondern wechselseitig Bezugspunkte bilden können. Der Antisemitismus kann für sie der „kleinste gemeinsame Nenner“ sein.

Autoritäre Bedürfnisse stellen einen der wesentlichen Treiber verschiedener antidemokratischer Forderungen sowie der Ausbildung von Ressentiments dar. Das gilt nicht nur für die rechtsextreme Einstellung und Parteien, die es ihren Anhängern ermöglichen, destruktiv-autoritäre Bedürfnisse unmittelbar ideologisch zu legitimieren, sondern ebenso für andere gesellschaftliche Gruppen. Die Verbreitung autoritärer Dispositionen fungiert als Gradmesser für die Bedrohung demokratischer Ordnungen: Je stärker sie geteilt werden, desto ausgeprägter ist die latente Bereitschaft, sich gegen moderne demokratische Gesellschaften zu wenden (Stern 1961; Decker & Kiess 2013). Da autoritäre Bedürfnisse auf gesamtgesellschaftliche Bedingungen zurückzuführen sind, die ihre Entstehung fördern, finden sie sich in allen Segmenten des politischen Spektrums (Decker et al. 2024b, 150). Sie begünstigen die Ausbildung kollektiver Identitäten nicht nur als Projekt eines spezifischen politischen Spektrums, sondern als massenhaft verbreitetes Phänomen und können sich auch in Gruppen artikulieren, die sich oberflächlich emanzipative Ziele verfolgen (Dean 2002; Decker 2023; Kováts 2024). Eine hohe Gruppenidentität, die damit zusammenhängende rigide Betonung

der Gruppennormen und Konventionen sowie die dadurch legitimierten Aggressionen gegen „Abweichende“ machen die autoritären Syndrome auch hier erkennbar. Gerade für Berlin ist die Analyse autoritärer Bedürfnisse von besonderer Relevanz: Die Stadt bildet ein politisch hochdifferenziertes, sozial gespaltenes und historisch spezifisch belastetes Feld, in dem sowohl rechtsextreme Akteure als auch autoritär-populistische Bewegungen seit Jahren Resonanz finden – sei es in Form lokaler Mobilisierungen, räumlich verankerter rechtsextremer Milieus oder schubweise auftretender Protestformationen. Die Berliner Konstellation zeigt damit exemplarisch, wie sich autoritäre Dispositionen im Spannungsfeld von Urbanität, Migration, sozialer Ungleichheit und politischer Konflikthaftigkeit verdichten können.

An diesen Gedanken anschließend werden im Anschluss an die Darstellung von Ethnozentrismus und Diktaturbefürwortung auch die Dimensionen des autoritären Syndroms berichtet und sowohl im Langzeitverlauf als auch im Vergleich zwischen Berlin, Ost- und Westdeutschland analysiert. Diese Perspektive ermöglicht es, die spezifischen Risiken und Herausforderungen für die demokratische Kultur Berlins präziser zu erfassen und in ihrer gesellschaftlichen Tiefenstruktur zu verstehen.

4.2 Ergebnisse der Befragung – Dimensionen der rechtsextremen Einstellung

Wir berichten zunächst im Überblick die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen verteilt auf der fünfstufigen Skala, die den Probanden für die Bewertung der Aussagen zur Verfügung steht. Sie reicht von „lehne voll und ganz ab“ bis zu „stimme voll und ganz zu“. Wir fassen in der weiteren Ergebnisdarstellung die manifeste Zustimmung (Stufe 4 und Stufe 5; letzte und vorletzte Spalte) zusammen und berichten außerdem die Mittelkategorie (Stufe 3) als latente Zustimmung. In Letzterer liegt unserer Ansicht nach das Potenzial, das durch extrem-rechte Akteure in spezifischen gesellschaftlichen Konstellationen mobilisiert werden kann. Dabei kann unsere Interpretation sogar als vorsichtig gelten, da auf einer Likert-Skalierung bereits eine geringe Ausprägung der Einstellung vorliegt, wenn nicht „völlig abgelehnt“ (Wert 1), sondern nur „überwiegend abgelehnt“ (Wert 2) wird (Heller et al. 2024). Mit Blick auf Tabelle 4.1 fällt generell auf, dass die Verteilung linksschief ist, die Aussagen werden in der Tendenz von den befragten Berlinern eher abgelehnt. Ausnahmen bilden dabei Aussagen zum Chauvinismus („Mut zu starkem Nationalgefühl“, „Hartes Durchsetzen deutscher Interessen“, „Macht und Geltung verschaffen, die Deutschland zusteht“) und eine Aussage zur Ausländerfeindlichkeit („Nutzen nur Sozialstaat aus“). Deutlich zeigen sich auch der Wunsch nach „einer einzigen starken Partei“ und die Angst vor „Überfremdung durch Ausländer“ – dicht gefolgt von der paranoiden Fantasie vom „Einfluss der Juden“.

Betrachten wir deshalb die zusammengefassten Werte, um das Bild zu schärfen (Abb. 4.1). Für die folgenden grafische Darstellung geben wir nur die latente (Stufe 3) und die manifeste (Stufen 4 und 5) an.

Der Wunsch nach „einer einzigen starken Partei“ einschließlich der rassistisch-völkischen Vorstellung von einer „Volksgemeinschaft“ findet in der Dimension der Diktaturbefürwortung mit Abstand die höchste Zustimmung. Mehr als ein Viertel der Berliner teilen diese Forderung ausdrücklich. Mit den rund 20 Prozent der Befragten, die dieser Aussage teilweise zustimmen können, teilen fast die Hälfte der Berliner die Fiktion einer gesellschaftlichen Widerspruchsfreiheit und die Sehnsucht nach einem homogenen Gemeinschaftserleben. Ein „Führer“ wird zwar auch von fast jedem Sechsten ausdrücklich befürwortet, aber es fällt doch der Unterschied bei der Zustimmung auf. Er akzentuiert eine gegenwärtige gesellschaftliche Dynamik, die eher eine Identifikation mit einem „Kollektiv“ als die Unterwerfung unter eine personelle Autorität ersehnt (zur Psychodynamik dieses Phänomens vgl. Chasseguet-Smirgel 1975; Schuler et al. 2021).

Diese Sehnsucht nach einem Kollektiv findet seinen Ausdruck auch in der Zustimmung zu den Aussagen in den ethnozentrischen Dimensionen Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus: Der Aufwertung einer als Gemeinschaft fantasierten Eigengruppe, der Macht und Geltung zusteht (hier repräsentiert durch die deutsche Nation) und die Abwertung einer „anderen“ Gruppe, die als schwach und Bedrohung der eigenen Identität fantasiert wird (hier Ausländerfeindlichkeit).

Die Sehnsucht nach diesem „Nationalgefühl“ teilen mehr als Zweidrittel der Befragten (vgl. Abb. 4.2), nur jeder dritte Befragte lehnt diese Aussage überhaupt ab. Die beiden anderen Aussagen erreichen zwar nicht dasselbe Maß an Zustimmung, dennoch ist es immer noch jeder Zweite, der aus dieser „fiktiven Ethnizität“ (Balibar & Wallerstein 1992, 118) auch die entsprechenden politischen Konsequenzen ableitet, um sein Bedürfnis nach „Macht“ und „Größe“ des Gruppenideals zu befriedigen.

Damit korrespondieren auch die Ressentiments, die sich gegen „Ausländer“ richten. Die „Gemeinschaft“ einer Nation kann nur in Abgrenzung zu einer als „fremd“ konstruierten Gruppe hergestellt werden. Weil die Homogenität einer wie auch immer gearteten Eigengruppe eine Fiktion ist und bleibt, braucht es zu ihrer Absicherung der Relation zu einem Außen. Ein für die Nation bedrohliches Außen findet sich zunächst in Migranten (Wagner et al. 2010): Sie werden als Bedrohung der Reinheit einer völkischen Einheit fantasiert – und gleichzeitig mit etwas verbunden, was selbst ersehnt wird: Glück ohne Arbeit. So zeigt Abbildung 4.3, dass jeder zweite Berliner eine „Überfremdung“ durch Migration fürchtet und ebenso viele meinen, dass Migranten an etwas teilhaben, was politisch und ideologisch seit Jahrzehnten unter Druck steht: das Recht auf soziale Absicherung und Anerkennung in der grundlegenden Existenz.

Betrachten wir die Gruppe derjenigen, die nicht nur einzelnen, sondern allen drei Aussagen je Dimension zustimmen (Summenwert aus allen drei Items je Dimension ≥ 12). Wir sprechen in diesem Fall von einem geschlossenen Weltbild in der jeweiligen Einstellungsdimension. Um die Größe dieser Gruppe im Vergleich interpretieren zu können, ziehen wir an dieser Stelle auch die Werte aus der Leipziger Autoritarismus Studie 2024 heran (vgl. Abb. 4.4).

Tabelle 4.1: Verteilung der Antworten in ausgewählten Dimensionen des Fragebogens zur rechtsextremen Einstellung in Berlin 2025

Skalenwert		1	2	3	4	5
Inhaltliche Zuordnung		Ablehnung		latente Zustimmung	manifeste Zustimmung	
		lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimmt teils zu, teils nicht zu	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu
1	Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	65,6	12,1	14,0	5,1	3,2
2	Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	39,8	12,7	19,7	14,9	13,0
3	Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	63,0	9,7	9,7	9,3	8,2
4	Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	56,2	15,6	13,7	8,4	6,0
5	Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	63,4	13,0	11,2	5,9	6,4
6	Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	64,4	14,1	11,1	6,0	4,4
7	Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	20,5	13,6	23,5	19,6	22,9
8	Was unser Land jetzt braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	23,3	17,2	28,7	16,2	14,6

Tabelle 4. 1: Verteilung der Antworten in ausgewählten Dimensionen des Fragebogens zur rechtsextremen Einstellung in Berlin 2025 (Fortsetzung)

Skalenwert		1	2	3	4	5
9	Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	29,3	17,1	25,5	14,6	13,5
10	Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	30,2	17,4	29,7	13,1	9,6
11	Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	46,5	20,3	18,2	7,3	7,7
12	Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	31,5	18,1	19,8	14,9	15,8

Quelle: Berlin-Monitor 2025; Angaben in Prozent; Daten gewichtet.

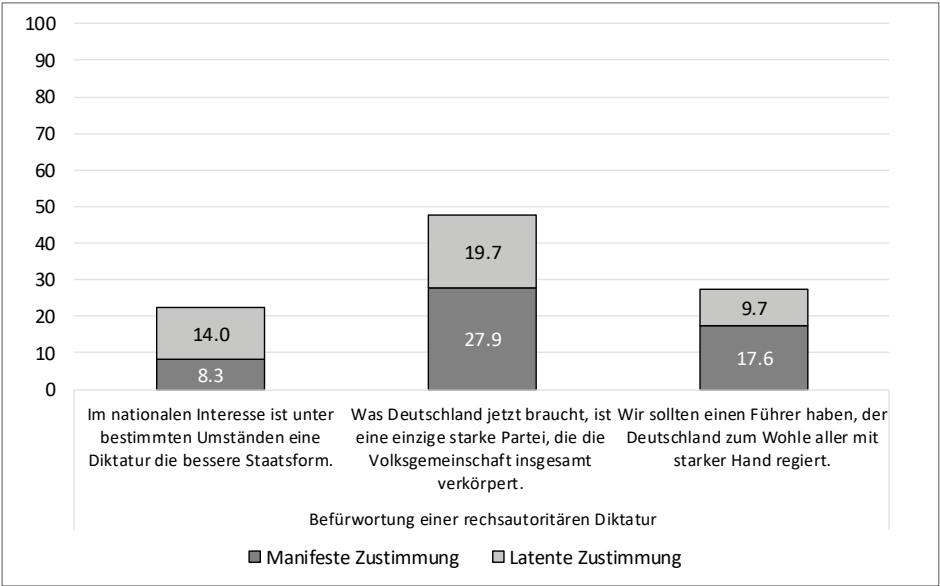


Abb. 4. 1: Neo-NS-Ideologie – Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur in Berlin 2025

Quelle: Berlin-Monitor 2025; aufgeführt sind die zusammengefassten Zustimmungswerte der Kategorien (4) und (5) – „stimme überwiegend zu“ und „stimme voll und ganz zu“ – als manifeste Zustimmung und (3) „stimme teils zu, teils nicht zu“ als latente Zustimmung; Angaben in Prozent; Daten gewichtet.

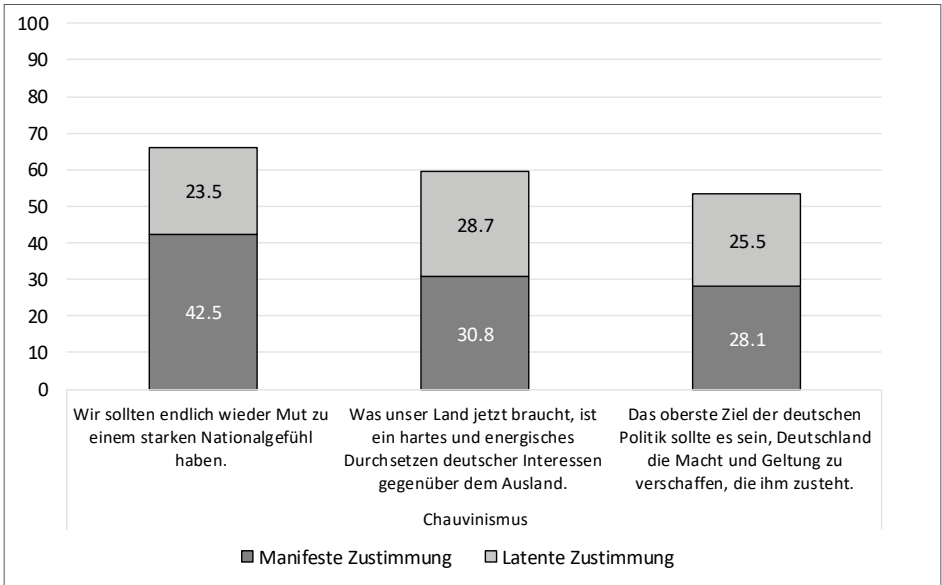


Abb. 4.2: Ethnozentrismus – Zustimmung zu chauvinistischen Aussagen in Berlin 2025

Quelle: Berlin-Monitor 2025; aufgeführt sind die zusammengefassten Zustimmungswerte der Kategorien (4) und (5) – „stimme überwiegend zu“ und „stimme voll und ganz zu“ – als manifeste Zustimmung und (3) „stimme teils zu, teils nicht zu“ als latente Zustimmung; Angaben in Prozent; Daten gewichtet.

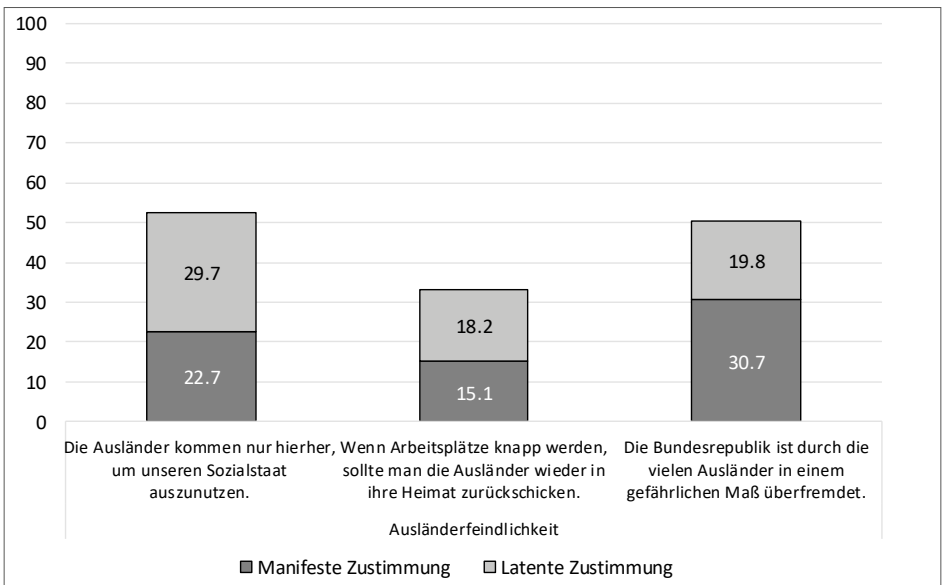


Abb. 4.3: Ethnozentrismus – Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen in Berlin 2025

Quelle: Berlin-Monitor 2025; aufgeführt sind die zusammengefassten Zustimmungswerte der Kategorien (4) und (5) – „stimme überwiegend zu“ und „stimme voll und ganz zu“ – als manifeste Zustimmung und (3) „stimme teils zu, teils nicht zu“ als latente Zustimmung; Angaben in Prozent; Daten gewichtet.

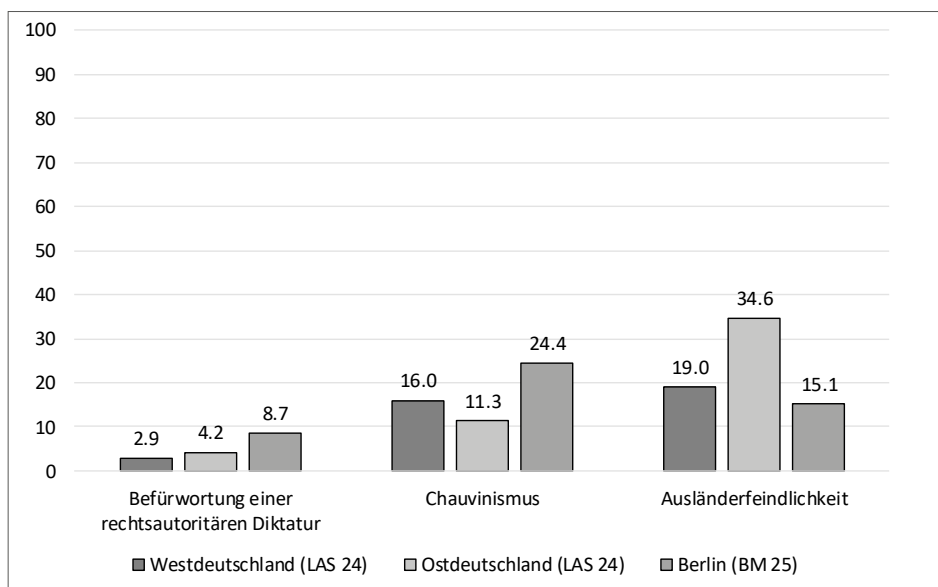


Abb. 4.4: Vergleich der Zustimmung zu Ethnozentrismus und Neo-NS-Ideologie in Westdeutschland, Ostdeutschland und Berlin

Quelle: Leipziger Autoritarismus Studie 2024 & Berlin-Monitor 2025; Angaben in Prozent; Daten gewichtet.

Während einzelne Elemente der Diktaturbefürwortung, des Chauvinismus und der Ausländerfeindlichkeit von vielen Berlinern geteilt werden, fällt der Anteil derjenigen mit entsprechend geschlossenem Weltbild erwartungsgemäß kleiner aus. Dennoch stellen wir fest, dass sich nahezu jeder zehnte Berliner eine rechtsautoritäre Gesellschaftsordnung wünscht (Abb. 4.4). Dieser Wert ist deutlich höher als in West- und Ostdeutschland. Auch ein chauvinistisches Weltbild ist in Berlin weiter verbreitet als in West- und Ostdeutschland und noch einmal deutlich zustimmungsfähiger als diktatorische Regierungsformen. Jeder vierte Berliner teilt die Sehnsüchte nach nationaler Größe, Geltung und Macht. Dieser Anteil ist höher als der Anteil der Berliner Bevölkerung mit einer geschlossen ausländerfeindliche Einstellung, aber auch sie ist immerhin bei fast jedem siebten Berliner anzutreffen. Während in Westdeutschland bei dieser Dimension die Zustimmung niedriger ist als in Berlin, ist in Ostdeutschland das ausländerfeindliche Weltbild am weitesten verbreitet.

Zum Vergleich der aktuellen Befunde können zudem die vergangenen Erhebungen im Rahmen des Berlin-Monitors herangezogen werden. Es liegen seit 2019 Daten für die Diktaturbefürwortung und die Ausländerfeindlichkeit aus dieser Langzeituntersuchung im Zweijahresrhythmus vor; den Chauvinismus erheben wir seit 2021. Alle Daten werden zur Interpretation der Ergebnisse 2025 genutzt (Pickel, Reimer-Gordinskaya & Decker 2019; Pickel, Decker & Reimer-Gordinskaya 2023; Pickel, Reimer-Gordinskaya & Decker 2023).

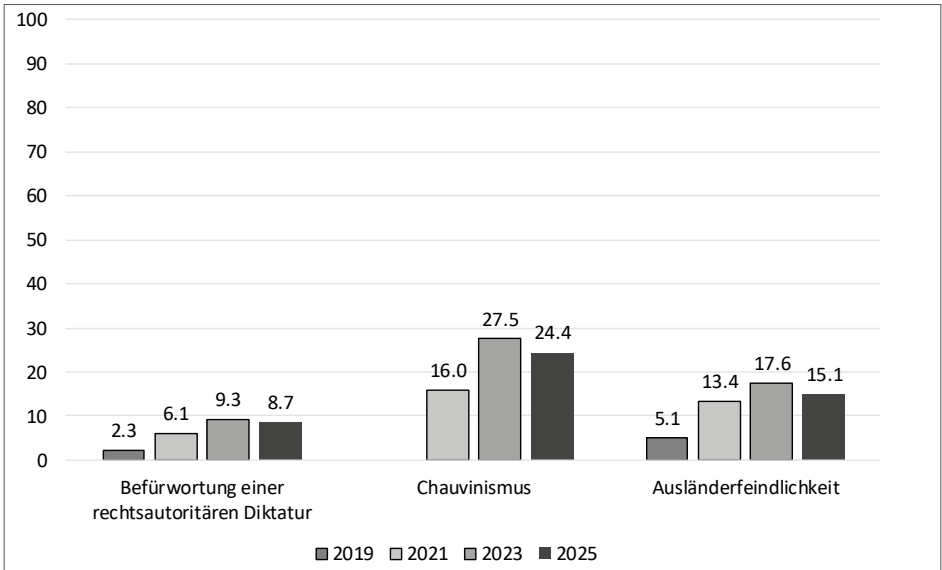


Abb. 4.5: Langzeitverlauf des Ethnozentrismus und Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur in Berlin 2019–2025

Quelle: Berlin-Monitor 2019–2025; Angaben in Prozent; Daten gewichtet.

Bei allen drei geschlossenen Weltbildern haben wir 2023 im Langzeitvergleich den höchsten Anteil gemessen (Abb. 4.5). Aber auch wenn 2025 die Zahlen etwas niedriger ausfallen, so sind sie doch deutlich höher als in den Jahren 2019 und 2021. Es wird sich erst in den nächsten Untersuchungen zeigen, ob eine Trendumkehr vorliegt oder sich die Zahlen im Bereich der Schwankungsbreite bewegen. Wir müssen aber feststellen, dass geschlossene antidemokratische Weltansichten im Jahr vor Beginn der Pandemie und drei Jahre vor Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine deutlich weniger verbreitet waren.

4.3 Ergebnisse der Befragung – Dimensionen des autoritären Syndroms

Autoritäre Bedürfnisse sind zum ersten Mal am Vorabend der Machtübergabe an die NSDAP gemessen worden. In der Weimarer Republik wurde das Konzept des Autoritarismus entwickelt, um die Anfälligkeit für faschistische Bewegungen auch in den Bevölkerungsgruppen zu bestimmen, die der NSDAP selbst zunächst ablehnend gegenüberstanden (Horkheimer 1936; Fromm 1937/38). Die Befunde wurden von den Autoren um Max Horkheimer und Erich Fromm am Frankfurter Institut für Sozialforschung erst im Exil veröffentlicht, sind aber bis heute der einflussreichste Ansatz zur Bestimmung und Erklärung des antidemokratischen Potenzials in der Bevölkerung. Diesen ersten Studien und auch der unter Mitwirkung von Theodor W. Adorno und Else Frenkel-Brunswik im US-amerikanischen Exil durchgeführten Studie zur „Authoritarian Personality“

lagen psychoanalytische Annahmen zur Verbindung von individuellen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen zugrunde (Adorno et al. 1950). Einerseits schlossen diese Annahmen mit ein, dass der Unterstützung faschistischer Bewegungen nicht politische Ziele, sondern vielmehr Wünsche nach autoritärer „Prothesensicherheit“ (Fromm 1936, 179) zugrunde lagen: Sie bringen die Suche nach Gruppenidentität, die autoritäre Unterordnung und die Aggression gegen scheinbare Schwäche und Abweichung genauso hervor wie Verschwörungsdenken oder Rebellion gegen schwache „Autoritäten“. Und so setzte sich das Bild andererseits aus verschiedenen Elementen zusammen, die heute in der Regel genauso wenig berücksichtigt werden wie die Adaption der Psychoanalyse für eine Kritische Theorie der Gesellschaft. Die Arbeitsgruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker haben bereits in Vergangenheit die Dimension des von ihnen so benannten autoritären Syndroms erweitert (Decker et al. 2020). Mit der Bezeichnung als Syndrom schließen Decker und Kollegen zum einen an die früheren Studien an, die in Frankfurt und in den USA entstanden, und differenzieren zwischen unterschiedlichen individuellen Bedürfnissen, die als Bündel aber zusammen auftreten („Syndrom“), und den gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Entstehung (autoritäre Dynamik). Zum anderen soll mit der Bezeichnung aber vermieden werden, die Ausbildung dieser Bedürfnisse als individuelles Schicksal zu begreifen. Unter den Bedingungen einer autoritären Dynamik in der Gesellschaft treten die Wünsche nach Autorität, die Aggression gegen Schwäche und die projektive Aufladung des „Fremden“ als Gruppenphänomen auch bei denjenigen auf, deren Ressourcen eigentlich weit über diese autoritären Reaktionen hinausgehen.

Wir haben für den Berlin-Monitor die autoritären Aggressionen (Item 1), die autoritäre Unterwürfigkeit (Item 2), den die Betonung von Konventionen (Item 3) und die Verschwörungsmentalität (Item 4) erhoben (vgl. Tab. 4.2). In allen Aussagen wird bei der Formulierung auf ideologische Inhalte (wie etwa Rechtsextremismus) verzichtet, um das Bedürfnis und nicht die Zustimmung oder Ablehnung einer bestimmten Weltansicht zu messen.

Wir sehen, dass die Verteilung nicht bei allen Aussagen in Richtung Ablehnung geht. Gerade die autoritären Aggressionen werden ausdrücklich von mehr als der Hälfte der Berliner geteilt, ein weiteres Viertel stimmt der entsprechenden Aussage latent zu (vgl. Abb. 4.6); nur 20 Prozent lehnen sie ab. Dieser Wunsch nach einer Verfolgung von Abweichung ist zwar entlang einer Ideologie der Ungleichwertigkeit, wie sie der Rechtsextremismus als Grundlage hat, umstandsloser zu legitimieren, ist jedoch auch insgesamt in Berlin weit verbreitet. Die weiteren Aussagen werden nicht im selben Maß manifest geteilt, aber immerhin ein Fünftel bis ein Drittel der Befragten haben den Wunsch nach Autoritäten und Konventionen oder nach Verschwörungserzählungen.

Im bundesdeutschen Vergleich (Abb. 4.7) sehen wir eine relative Nähe der Zustimmung in West- und Ostdeutschland zu Berlin. Es finden sich zwar etwas mehr Ostdeutsche mit manifesten autoritären Aggressionen, aber unter Berlinern sind sie ebenfalls häufiger als unter Westdeutschen. Die Konventionen werden in Berlin seltener betont, Verschwörungsmentalität und autoritäre Unterwürfigkeit findet sich aber jeweils etwas häufiger.

Tabelle 4.2: Der Fragebogen zur autoritären Einstellung – Zustimmung auf Item-Ebene

Skalenwert		1	2	3	4	5
Inhaltliche Zuordnung		Ablehnung		latente Zustimmung	manifeste Zustimmung	
		lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimmt teils zu, teils nicht zu	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu
1	Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind.	8,6	11,5	24,9	22,3	32,7
2	Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen.	25,0	25,7	27,9	13,4	8,1
3	Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden.	22,8	20,6	27,7	14,8	14,0
4	Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.	28,7	16,8	25,4	16,4	12,7

Quelle: Berlin-Monitor 2025; Angaben in Prozent; Daten gewichtet.

In Abbildung 4.8 sehen wir die Verbreitung der autoritären Bedürfnisse entlang einer politischen Selbstverortung der Probanden. Wer sich selbst als rechts-außen bezeichnet, weist durchgängig und mit Abstand eine höhere Belastung durch das autoritäre Syndrom auf; links-außen finden wir hierzu und zu den mittleren Antwortkategorien niedrigere Merkmalsausprägungen bei allen Elementen des autoritären Syndroms. Dennoch ist auch bei rund 40 Prozent der Befragten, die sich links-außen verorten, die autoritäre Aggression anzutreffen; mehr als jeder Zehnte von ihnen wünscht sich, sich einer Autorität unterwerfen zu können, und jeder fünfte betont rigide die eigenen Konventionen, die er auch für Leitmotive für andere vereidigt. Insgesamt ist die Verteilung anders als im bundesweiten Vergleich (ohne Abb., vgl.: Decker, Kiess & Brähler 2024): Während in der Bundesrepublik insgesamt Menschen, die sich politisch links-außen positionieren, mehr autoritäre Bedürfnisse teilen als jene Probanden Mitte-links und in der Mitte, findet sich in Berlin ein linearer Anstieg der Bedürfnisse entlang der Selbstverortung von links nach rechts.

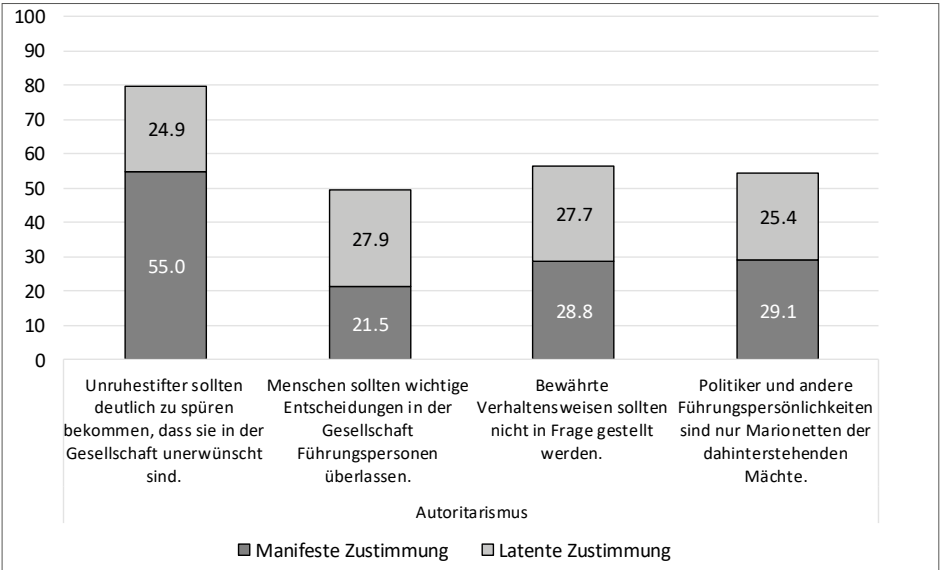


Abb. 4.6: Manifeste und latente Zustimmung zu Autoritarismus in Berlin 2025

Quelle: Berlin-Monitor 2025; aufgeführt sind die zusammengefassten Zustimmungswerte der Kategorien (4) und (5) – „stimme überwiegend zu“ und „stimme voll und ganz zu“ – als manifeste Zustimmung und (3) „stimme teils zu, teils nicht zu“ als latente Zustimmung; Angaben in Prozent; Daten gewichtet.

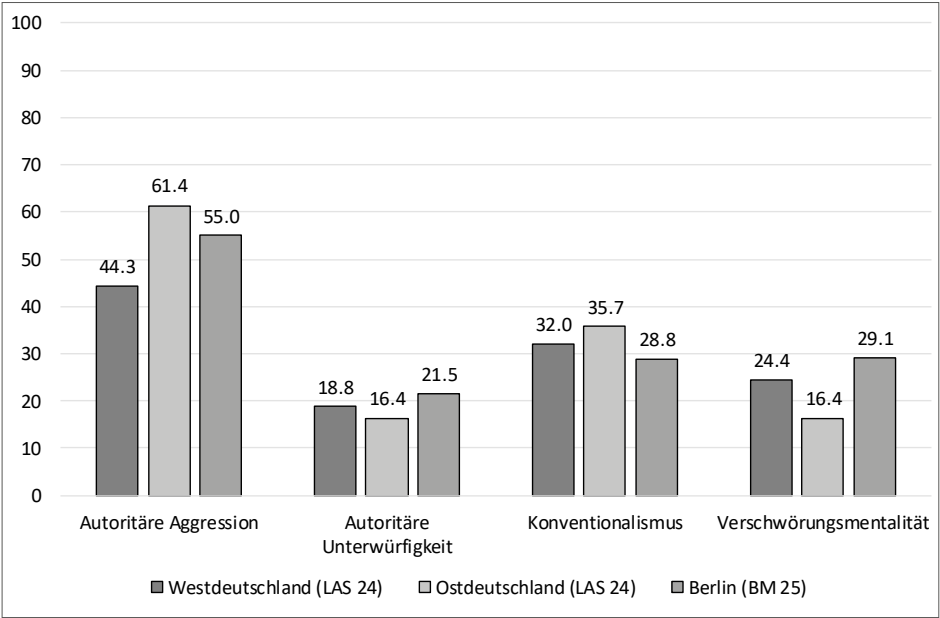


Abbildung 4.7: Autoritäre Unterwürfigkeit und Aggressionen, Konventionalismus, Verschwörungsmentalität und Aberglaube in Westdeutschland, Ostdeutschland und Berlin 2025

Quelle: Leipziger Autoritarismus Studie 2024 & Berlin-Monitor 2025; Angaben in Prozent; Daten gewichtet.

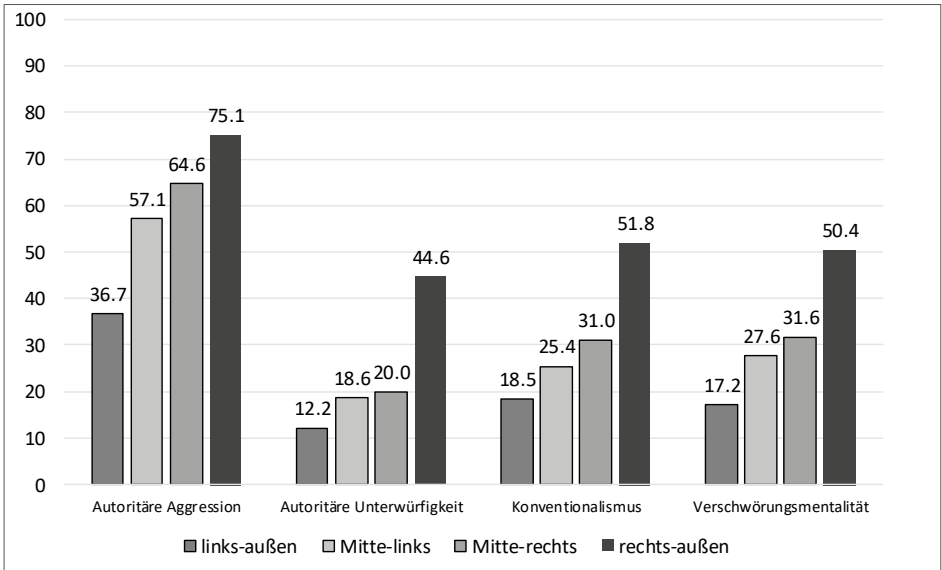


Abb. 4.8: Autoritäre Bedürfnisse in Abhängigkeit von der politischen Selbstverortung

Quelle: Berlin-Monitor 2025; Angaben in Prozent; Daten gewichtet.

4.4 Diskussion

Auch in Berlin findet sich eine hohe Ansprechbarkeit für Motive einer rechtsextremen Ideologie. Hierzu gehört insbesondere der Ethnozentrismus mit seinen Elementen Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit; eine Diktatur wird vor allem gewünscht, wenn sie von einer „einzigen starken Partei“ ausgeübt wird. Auch als geschlossenes Weltbild, also über alle Items hinweg, findet der Ethnozentrismus in Berlin großen Anklang – seine Ausprägung ist höher als in Westdeutschland. Neben dem Antisemitismus (vgl. Kapitel 5) findet sich entlang dieser Elemente der deutlichste Anknüpfungspunkt für extrem-rechte Parteien wie die AfD. Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus zeugen dabei von einem hohen Wunsch nach kollektiver Identität: Der Chauvinismus bietet die Fiktion eines homogenen Binnenraums, in dem fehlende Differenz vor der Komplexität der Welt schützt, und Ausländerfeindlichkeit sorgt für die hierfür notwendige Grenze nach „außen“. Die Verbreitung des Bedürfnisses nach solchen äußeren und inneren Grenzen zeigt eine gesellschaftliche autoritäre Dynamik an. Die Übernahme von Gruppennormen zielt auf die Fiktion einer Einheitlichkeit und Widerspruchsfreiheit im Binnenraum, wobei jedoch eigene Wünsche und Differenzen zugunsten des Gruppenideals aufgegeben werden. Die aus diesem Verzicht resultierenden Aggressionen richten sich dann auf das fiktive Außen, also ein „Ausland“, „Ausländer“ bzw. letztendlich jedes Merkmal, das sich für eine Markierung als fremd oder abweichend eignet (Arbeitslosigkeit oder Obdachlosigkeit, Behinderung etc.; Reimer-Gordinskaya & Tzschiesche 2023). Der Antisemitismus, also der Hass auf Juden, bietet in modernen Gesellschaften aus unterschiedlichen Gründen eine „dunkle Ressource“, die ei-

nen gemeinsamen Binnenraum unterschiedlichster sozialer Kollektive schafft und die Verfolgung eines gemeinsamen vermeintlichen Gegners gestattet. Die Verbreitung der autoritären Aggressionen über die verschiedenen politischen Milieus gibt über das Risiko zur Ausbildung einer solchen Brückenideologie Auskunft. Sie muss nicht zwingend Juden treffen; auch andere Menschen können Opfer des Hasses einer Mehrheit werden, weil sie als Mitglied einer abweichenden Gruppe wahrgenommen werden. Die Geschichte der europäischen Gesellschaften zeigt jedoch, dass Juden der größten Gefahr ausgesetzt sind, Projektionsfläche für die Verfolgungswünsche eines imaginären Kollektivs zu werden. Entsprechend führt es auch eher in die Irre, umstandslos von einer „Mehrheitsgesellschaft“ und damit abgrenzbaren Gruppen (etwa „Deutsche“ vs. „Migranten“) zu sprechen: Zur gewalttätigen „Mehrheit“ kann morgen schon derjenige gehören, der noch heute in der Projektion als Mitglied einer Minderheit gilt. Es ist eines der vielen Beispiele für einen Jargon, der den Blick auf die autoritäre Dynamik verstellt, nicht eröffnet.

Literatur

- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (Hrsg.) (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.
- Balibar, É. & Wallerstein, I. M. (1992). *Rasse, Klasse, Nation: ambivalente Identitäten*. Hamburg u. a.: Argument.
- Chasseguet-Smirgel, J. (1975). *Das Ichideal. Psychoanalytischer Essay über die „Krankheit der Idealität“*. Frankfurt am Main: Suhrkamp (1987).
- Dean, M. (2002). Liberal Government and Authoritarianism. *Economy and Society* 31, 37–61.
- Decker, O. (2022). Verdichtete Orte. Wiederkehr der Vergangenheit, Konflikte der Gegenwart. In J. Reichmayr & M. Reichmayr (Hrsg.), *Paul Parin Werkausgabe – Das Bluten aufgerissener Wunden. Psychoanalyse, faschistische Ideologie und Krieg in Europa. Schriften 1992–1997* (S. 9–25). Wien: Mandelbaum.
- Decker, O. (2023). Autoritäre Dynamiken und binäre Ordnungen. *Zeitschrift für kritische Theorie*, 29, 230–254.
- Decker, O., Heinke, N. & Brähler, E. (2025). Das Aufbrechen des Antisemitismus in linken Milieus nach dem 07.10.2023 – Einige Befunde zur unterschätzten Präsenz von Ressentiments in linken Milieus und der Versuch einer gesellschaftstheoretischen Einordnung. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 8.
- Decker, O., Hinz, A., Geißler, N. & Brähler, E. (2013). Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF). In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 197–212). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kalkstein, F., Celik, K. & Pickel, G. (2024a). Die Bedrohung der demokratischen Gesellschaft. Rechtsextreme Einstellung, antisemitische Ressentiments und das autoritäre Syndrom in Berlin. In G. Pickel, O. Decker & K. Reimer-Gordniskaya (Hrsg.), *Der Berlin Monitor 2023. Berlin in Zeiten multipler Krisen*. Springe: zu Klampen.
- Decker, O. & Kiess, J. (2013). Moderne Zeiten. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 13–64). Gießen: Psychosozial.

- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2024b). Antisemitismus als individuelles Ressentiment und gesellschaftliches Sediment – empirische Befunde. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen* (S. 133–160). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2024c). Vereint im Ressentiment – Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024. Eine Einleitung. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen* (S. 9–26). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Schuler, J., Yendell, A., Schliessler, C. & Brähler, E. (2020). Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*, (S. 179–210). Gießen: Psychosozial.
- Frei, N. & Nachtwey, O. (2021). Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg. Basel. URL: <https://boell-bw.de/de/2021/11/19/quellen-des-querdenkertums-eine-politische-soziologie-der-corona-proteste-baden> (19.08.2022).
- Fromm, E. (1936). Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In *Gesamtausgabe Bd. 1* (S. 139–187). Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt (1980).
- Fromm, E. (1937/38). Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. In *Gesamtausgabe Bd. 3* (S. 1–224). Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt (1980).
- Heller, A., Decker, O. & Brähler, E. (2020). Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Ein Beitrag zur Frage der Operationalisierung anhand des Fragebogens Rechtsextremismus – Leipziger Form (FR-LF). In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland* (S. 151–172). Gießen: Psychosozial.
- Heller, A., Dilling, M., Kiess, J., Decker, O. & Brähler, E. (2024). Methodische Überlegungen zur Erhebung rechtsextremer und autoritärer Einstellungen. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen* (S. 207–227). Gießen: Psychosozial.
- Heyder, A. & Decker, O. (2011). Rechtsextremismus - Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In A. Langenohl & J. Schraten (Hrsg.), *(Un-)Gleichzeitigkeiten: Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert* (S. 189–222). Marburg: Metropolis.
- Horkheimer, M. (1936). Autorität und Familie. In *Gesammelte Schriften Bd. 3. Schriften 1931–1936* (S. 336–417). Frankfurt am Main: Fischer.
- Illouz, E. (2024). *Der 8. Oktober*. Berlin: Suhrkamp.
- Kováts, E. (2024) An Illiberal Left?: Assessing Current Anti-Pluralist Political Practices in the West. In M. Laruelle (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Illiberalism*. Oxford University Press.
- Pickel, G., Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, K. (Hrsg.) (2023). *Der Berlin-Monitor 2023. Demokratische und anti-demokratische Einstellungen*. Springe: zu Klampen.
- Pickel, G., Reimer-Gordinskaya, K. & Decker, O. (Hrsg.) (2019). *Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie*. Springe: zu Klampen.
- Pickel, G., Reimer-Gordinskaya, K. & Decker, O. (2023). *Der Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt*. Springe: zu Klampen.
- Reimer-Gordinskaya, K. & Tzschiesche, S. (2023). *Immer noch arm, aber sexy? Ungleiche Lebenslagen und Klassenverhältnisse in Berlin. Forschungsbericht zum zweiten Schwerpunkt der Aktivierenden Befragung im Berlin-Monitor*. Springe: zu Klampen.

- Schuler, J., Schließler, C. & Decker, O. (2021). Das Autoritäre Syndrom – Wiederkehr des Verdrängten? *Jahrbuch der Psychoanalyse*, 83, 79–104.
- Stern, F. (1961). *Kulturpessimismus als Politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland*. Stuttgart: Klett-Cotta (2018).
- Yolkov, S. (2000). *Antisemitismus als kultureller Code: zehn Essays*. München: Beck.
- Wagner, U., Becker, J. C., Christ, O., Pettigrew, T. F. & Schmidt, P. (2010). A Longitudinal Test of the Relation between German Nationalism, Patriotism, and Outgroup Derogation. *European Sociological Review*, 28, 319–332.

5 Antisemitismus in Berlin

Oliver Decker & Gert Pickel

5.1 Einleitung

Berlin gilt als Hotspot des Antisemitismus – für diese mediale und öffentliche Wahrnehmung sind die offen antisemitischen Mobilisierungen an verschiedenen Berliner Hochschulen und die Solidaritätsbekundungen für die klerikal-faschistische Hamas bei verschiedenen Anlässen in Berlin mitverantwortlich. Die Dokumentation antisemitischer Vorfälle verdeutlicht, dass dieser Eindruck zwar nicht das ganze Bild ist, aber er auch nicht in die Irre geht: Zum Berichtszeitpunkt zur politisch motivierten Kriminalität am 22. Februar 2025 wurden von der Berliner Polizei für das Jahr 2024 in Berlin 1.832 Fälle registriert, bei denen die erfassenden Beamten eine antisemitische Tatmotivation angenommen haben (Polizei Berlin 2025, 5 ff.). Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht das einer Steigerung der Straftaten um 100 Prozent. Die getrennt dokumentierten Fallzahlen von Hasskriminalität im Internet weisen eine ähnliche Steigerungsrate auf (Zunahme um rund 93 Prozent auf 183 berichtete Vorkommnisse). Den Negativrekord aber halten kriminelle Taten, die von der Polizei einem recht unscharfen Begriff zugeordnet werden: Im Zusammenhang mit „dem Nahostkonflikt“ lagen die kriminellen Handlungen bei 3.137 Fällen und wiesen damit im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von mehr als 250 Prozent auf.

Die aufgelisteten Delikte sind nur das Hellfeld der Taten (zu den Schwierigkeiten der Erfassung vgl.: Kleffner 2018; Göbel 2024); weder das Vorkommen antisemitischer Taten noch die Lebensrealität von Juden und Jüdinnen in Deutschland können allein auf dieser Basis nachgezeichnet werden. Auch wenn das Dunkelfeld deutlich größer ist und damit die Zahl der antisemitisch-motivierten Straftaten noch deutlich höher liegt, gibt dieser Bericht einen Eindruck von der Situation für Juden in Berlin und der Bedrohung für die Demokratie durch das antisemitische Ressentiment. Denn neben den Fallzahlen listet der Bericht der Berliner Polizei auch die Gruppen auf, die sie für die Taten verantwortlich macht. Es zeigt sich, dass Antisemitismus entgegen anderen politischen Straftaten von verschiedenen Trägergruppen verantwortet wird. Es finden sich Straftaten, bei denen eine „linke“, sowie andere, bei denen eine „rechte“ Tatmotivation angenommen wird. Dass dabei der Phänomenbereich „Ausländische Ideologien (AI)“ einen Großteil ausmacht, ist dann eher dazu angetan, die Situation zu verdunkeln als über sie aufzuklären. Tatsächlich sagen diese Zahlen im Bereich „AI“ wenig über „ausländische“ Straftäter aus, denn von einer „ausländischen Ideologie“ können auch Einheimische begeistert sein – und sind es nicht selten, wie die Zahlen anderer Dokumentationen belegen. Auch die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) berichtet einen massiven Anstieg, noch nie seien die Fallzahlen so

hoch gewesen wie in 2024: Bei der niedrigschwelligen Meldeplattform von RIAS Berlin wurden 2.521 Vorfälle gemeldet, die von RIAS nach Überprüfung als antisemitische Taten gewertet werden (RIAS 2025, 7). RIAS bietet auch einen Einblick in die dominierende Erscheinungsform, den israelbezogenen Antisemitismus: „Bagatellisierungen der Schoa durch die Gleichsetzung mit der Situation in Gaza etwa bedienen die Entlastungs- und Schuldabwehrfunktion des Post-Schoa-Antisemitismus.“ (Ebd., 9) Bei dem Bezug auf eine „ausländische Ideologie“ kommt nicht zuletzt eine handfeste „einheimische“ Bedürfnisbefriedigung zum Tragen, könnte man im Abgleich der beiden Berichte schlussfolgern. Die Überschneidung bzw. Brückenfunktion des Antisemitismus (Decker et al. 2024) macht die Stärke der Bedrohung aus, die vom Antisemitismus nicht nur für Juden und jüdisches Leben ausgeht, sondern auch für die demokratisch verfasste Gesellschaft. Diese „Kitt“-Funktion kann das antisemitische Ressentiment ausfüllen, weil es sie bereits in der Vergangenheit zwischen verschiedenen sozialen und politischen Milieus hatte. Bereits für das wilhelminische Kaiserreich konnte die Historikerin Shulamit Volkov zeigen, dass politische Milieus mit einer antidemokratischen und gegen die Aufklärung gerichteten Programmatik über den Antisemitismus Bündnisse schließen konnten (Volkov 2000).

Die breite und spontane Solidarisierung unmittelbar nach dem Angriff auf Israel und die genozidalen Massaker im Oktober 2023 sowie die offene Sympathie mit der Terrororganisation Hamas stellen die Gesellschaft nun endgültig vor die Herausforderung, sich mit den antisemitischen Ressentiments innerhalb breiter Bevölkerungsschichten zu beschäftigen. Der aktuelle Antisemitismus in Deutschland hat für Juden alltagsprägenden Charakter – nicht zuletzt, weil sich in den zahlreichen Vorfällen die Legitimierung, die Affimierung, aber auch die Leugnung der Gewalt der Hamas manifestieren, was oft genug in der Androhung ihrer Wiederholung in Deutschland gipfelt. Diese Studienergebnisse vor Augen bezeichnet der Antisemitismusforscher Poensgen den 7. Oktober 2023 auch für jüdisches Leben in Deutschland als eine Zäsur (Poensgen 2024; vgl. auch: Chernivsky & Lorenz-Sinai 2024). Eine veränderte Wahrnehmung ihres Lebensumfelds zeichnet sich ebenfalls in fragebogengestützten Community-Erhebungen und qualitativen Forschungsprojekten ab (Bernstein 2023; Beyer et al. 2024; Schließer, Hellweg & Decker 2024). Fehlende Sensibilität und Problemabwehr verstärken die Antisemitismuserfahrung (Chernivsky 2020) und führen zu psychosozialer und körperlicher Beeinträchtigung (Shani, Goldberg & van Zalk 2025). Zwar werden seitens der Betroffenen auch erfolgreiche Handlungsstrategien gefunden (Reimer-Gordinskaya, Decker & Pickel 2020; Fehlberg & Kranz 2024), aber es ist davon auszugehen, dass die Resilienz gegenüber dem Antisemitismus bei Juden und Jüdinnen durch die zunehmende Präsenz von Antisemitismus im Alltag und die konkrete Bedrohung Israels sinkt.

Auch wenn die Polizei-Berichte in ihrer Klassifikation teilweise kritisch zu hinterfragen sind, zeigt sich doch, dass neben der extremen Rechten auch Tätergruppen untersucht werden müssen, die bisher nicht im Fokus standen. Wie verbreitet ist das antisemitische Ressentiment in der Bundesrepublik, welche Gruppen teilen sie, wie akzeptiert sind sie in welchen Milieus? Die aufgrund der antisemitischen Mobilisierung wachsende Belastung für Juden in Deutschland (Arnold, Grünberg & Decker 2024; Chernivsky &

Lorenz-Sinai 2024; European Union Agency for Fundamental Rights 2024) verdeutlicht die höchste Dringlichkeit für die Beantwortung dieser Fragen. Gleichzeitig gilt dies nicht nur für jüdisches Leben in Deutschland.

Die Ausweitung des Untersuchungsfokus über die extreme Rechte hinaus auf andere Trägergruppen des Antisemitismus (politisch-linke oder migrantisch-muslimische Milieus) liegt vor dem Hintergrund des Protestgeschehens der letzten beiden Jahre nahe (Elbe 2024; Herf 2023; Öztürk & Pickel 2022, 2024). Sie ist nicht nur wegen des Schutzes jüdischen Lebens in der Bundesrepublik geboten, sondern auch für den Schutz der liberalen Demokratie. Die Verbreitung des Antisemitismus zeigt eine Bruchstelle in modernen Gesellschaften an; das Ressentiment ist eine gesellschaftliche „dunkle Ressource“ (Decker & Reimer-Gordinskaya 2024) und ihre Aktivierung deutet klar auf einen gesellschaftlichen Krisenmoment hin. Antisemitismus ist ein „Lackmustest“ für die Stabilität der Demokratie.

Zur Erfassung des Antisemitismus orientieren wir uns an der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (International Holocaust Remembrance Alliance 2006). Diese erweiterte Definition gestattet es, auf die Variabilität antisemitischer Topoi zu reagieren (Decker et al. 2025). Innerhalb einer psychoanalytisch orientierten Sozialpsychologie wird Antisemitismus als Ressentiment beschrieben, womit auf die individuelle psychische Funktion fokussiert wird: Er ist Ausdruck eines Bedürfnisses, gleichzeitig „Leidenschaft und Weltanschauung“ (Sartre 1950, 15). Dieses Bedürfnis ist zwar ohne aktuelle gesellschaftliche Bedingungen nicht zu erklären, lässt sich aber auch nicht vollständig aus ihnen deduzieren. So findet die gesellschaftliche „dunkle Ressource“ im Extrem eines „dunklen Charakterzugs“ seinen zugespitzten Ausdruck (Bertrams & Krispenz 2025). Vor dem Hintergrund des „Bedürfnis“-Modells ist es nicht überraschend, dass der Antisemitismus trotz seiner Ächtung weiterhin besteht. Während wesentliche Grundstrukturen des antisemitischen Ressentiments konstant bleiben – etwa das Bild des „Juden“ als grundlegend fremd, gleichzeitig schwach und übermächtig, sowie die Vorstellung einer bössartigen Manipulation gegen alle anderen mit dem Mittel der Verschwörung –, ist gleichzeitig eine oberflächliche Verschiebung der Motive zu beobachten. Bereits zum Ende der 1950er Jahre wurde die Beweglichkeit des Antisemitismus deutlich. Nach einer ersten Serie von antisemitischen Straftaten wurde mit dem „Sekundärantisemitismus“ eine neue Erscheinungsform beschrieben (Schönbach 1961). Für die Geschichte der Bundesrepublik lässt sich seit den 1980er Jahren dann parallel zur sozialen Ächtung öffentlicher Äußerungen des Antisemitismus die Ausbildung einer Umwegkommunikation des Antisemitismus feststellen (Bergmann & Erb 1986). Zutage trat damit durch die Forschung zweierlei: Zum einen die hohe Konstanz des Ressentiments, zum anderen seine Fluidität. Deshalb erfüllt die Forderung nach einer bündigen Definition des Antisemitismus „oft die Funktion methodologischer Sabotage jeder gründlichen Untersuchung der Sache“ (Adorno 1947, 42) – diese Feststellung Adornos gilt erst recht für Versuche, qua Definition antisemitische Motive hinter bestimmten Oberflächenmeinungen auszuschließen. Es kommt vielmehr zu einer beständigen Verschiebung und Verdichtung der Motive, sodass der Antisemitismus über die Zeit im Erscheinungsbild verändert und in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten und Milieus geäußert werden kann, ohne der Gefahr sozialer Sanktionen

ausgesetzt zu sein. Auch deshalb sind gegenwärtig viel diskutierte, alternative Antisemitismus-Definitionen für wissenschaftliche Forschungsfragen nicht geeignet, denn sie schließen qua Definition aus, was erst im Forschungsprozess dechiffriert werden muss.

Bekannte Ausdrucksformen in der Umwegkommunikation waren während der Corona-Pandemie etwa Verschwörungserzählungen; sie hatten eine hohe öffentliche Präsenz (Dilling & Celik 2023; Pickel et al. 2023). Antizionismus bzw. israelbezogener Antisemitismus hat allerdings in den letzten Jahren eine deutlich größere Bedeutung als Äußerungsform des Antisemitismus bekommen (Schwarz-Friesel 2020a; Haury 2024). Die Forschung legt dabei offen, dass in bestimmten historischen Phasen Antisemitismus die Kommunikationslatenz verlässt und manifest auftritt (Grünberg 2002; Diner 2004; Brunner 2011). Als ein solcher Wendepunkt von einer Latenzphase zum Aufbrechen des Antisemitismus können die Mobilisierungen nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 verstanden werden.

Bereits lange vor dem 7. Oktober 2023 konnte für Deutschland und darüber hinaus beobachtet werden, dass der israelbezogene Antisemitismus eine Brückenfunktion wahrnahm (Rensmann 2020) und nicht nur in extrem-rechten Milieus, sondern auch in Gruppen mit hohen Gerechtigkeitsnormen zur Legitimation des Ressentiments genutzt wurde (Schäfer & Dalbert 2013). Er fand „eine neue Form von sich tugendhaft gebenden Antisemitismus [...], weil er die Moral selbst verkörpern will“ (Illouz 2024, 25). Die „gewundenen Wege“, welche Illouz diesen Antisemitismus beschreiten sieht, haben sicherlich nicht nur in Deutschland, sondern auch international mit dem Dilemma zu tun, dass Antisemitismus als Bedürfnis auch in den Gruppen besteht, die sich auf Grund ihrer Gleichheitsnormen gegen Diffamierung von Menschen richten. Da im Zuge der Erfolge der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen ab den 1970er und 1980er Jahren deren gruppenbezogene Gerechtigkeitsvorstellung in der Gesellschaft dominant wurden, kann eine Legitimation des Antisemitismus nur Umwege gehen: Heute führt er oft über Israel als „collective jew“ (Klug 2003).

Eine besondere Situation in der Forschung zu neuen Formen des Antisemitismus ergibt sich in Deutschland durch die Schoah und die intergenerationalen Tradierungsprozesse (Lohl & Moré 2014), was den von Schönbach Anfang der 1960er Jahre beschriebenen Sekundäranisemitismus weiterhin zu einer prominenten Äußerungsform des Ressentiments macht. Neben israelbezogenem Antisemitismus spielt er eine Rolle, was vermutlich dadurch erleichtert wird, dass sich Motive des israelbezogenen Antisemitismus und des Schuldabwehrantisemitismus überschneiden. Zwar sind Funktion und Transmission von Motiven wurden noch nicht systematisch untersucht, aber es gibt deutliche Hinweise auf die weiter anhaltende Bedeutung des Sekundäranisemitismus – auch jenseits von Familien mit einer Familiengeschichte in Nazideutschland. Einzelne Befunde aus der Vergangenheit zeigen aber an, dass die Identifikationsprozesse auch bei migrantischen Jugendlichen, deren Familien zwar keine Verwicklung in die Schoah aufweisen, aber durch ihr Aufwachsen im postnationalsozialistischen Deutschland ebenfalls mit einem unbewussten Erbe konfrontiert sind (Georgi 2003). Ausdruck findet er vermutlich auch in der gegenwärtigen Konjunktur eines „Genozid“-Vorwurfs

gegen Israel. Er zeigte sich bereits unmittelbar nach dem 7. Oktober und hat sich bis heute gehalten. Mit der Täter-Opfer-Umkehr weist dieser Vorwurf ein bekanntes Motiv des Sekundärantisemitismus auf (Buser 2025; Decker et al. 2024).

Zudem wurde die These einer neuen Form des Schuldabwehrantisemitismus aufgestellt – allerdings nicht, wie eben zitiert, mit Blick auf eine identifikatorische Übernahme eines Schuld-Scham-Konflikts auch bei Migranten, sondern als eine spezifische Form der Verleugnung relevanter Anteile einer historischen Realität des Israel-Palästina-Konflikts und eine Täter-Opfer-Umkehr (Ourghi 2025). Interessant ist, beide Thesen in Verbindung miteinander zu betrachten; sie beschreiben hypothetische Treiber, welche die Ausbildung gemeinsamer Antisemitismusmotive über verschiedene gesellschaftliche Gruppen hinweg begünstigen. Hier wie dort wird die „Vernichtung [der europäischen Juden, OD] durch die Nazis bizarrerweise in eine Quelle des Ressentiments verwandelt“ (Illouz 2024, 59), indem das Gedenken an die Schoah gedeckt durch akademische Theoriebildung (Chaouat 2024) zu einer „neuen Form der Machtausübung“ wird (Illouz 2024, 61), deren Bekämpfung legitim sei.

Wir konnten bereits zeigen, dass sich die Trägergruppen des Antisemitismus erheblich von den bisherigen unterscheiden (Decker et al. 2024, 140ff.). Sie sind in Teilen des politisch-ideologisch linken Spektrums mit einer pro-palästinensischen Mobilisierung beheimatet (Bundesamt für Verfassungsschutz 2024); getragen werden sie von israel-bezogenem Antisemitismus mit Schuldabwehrmotiven und beides führt zu einer breiten Bündnisbildung mit migrantischen, teilweise von religiösen, teilweise von nationalistischen und faschistischen Motiven getragenen Bewegungen.

5.2 Die Erfassung antisemitischer Ressentiments im Berlin-Monitor 2025 – Methodik

Bereits seit 2019 betrachten wir die Verbreitung antisemitischer Ressentiments in Berlin. Die Dimension Antisemitismus im Leipziger Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung (Decker et al. 2013; Heller et al. 2020) umfasst drei Items, die bisher in allen repräsentativen Erhebungen des Berlin-Monitors genutzt wurden (Tab. 5.1). Um auch weitere Erscheinungsformen des Antisemitismus zu erfassen, haben wir in der Vergangenheit bereits den Schuldabwehrantisemitismus und den israelbezogenen Antisemitismus erhoben. Hier wurde jeweils ein Item eingesetzt, welches im Rahmen der Leipziger Mitte-Studien bzw. Leipziger Autoritarismus Studien (LAS) eingesetzt worden ist (zuletzt: Decker et al. 2024). Unsere Befragung 2025 wurde nun erstmals unter dem Eindruck des Angriffs auf Israel und den genozidalen Massakern am 7. Oktober 2023 durchgeführt.⁴ Wir haben den Fragebogen deshalb um die weiteren Items erweitert, die bereits in der LAS eingesetzt wurden und eine neue Dimension hinzugefügt (post-

⁴ Unsere Erhebung 2023 im Rahmen des Berlin-Monitors wurde vor dem 7. Oktober geplant und durchgeführt, deshalb nahmen wir zwar Bezug auf diese Zäsur, konnten sie aber noch nicht mit den Daten abbilden.

Tabelle 5.1: Dimensionen des Antisemitismus, Items und Befragungszeitraum

Skalen und Items		Einsatz- zeitraum
tradierter (primärer) Antisemitismus		
1	Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	2019–2025
2	Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	2019–2025
3	Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	2019–2025
Schuldabwehrantisemitismus (sekundärer Antisemitismus)		
4	Es macht mich wütend, dass die Vertreibung der Deutschen und die Bombardierung deutscher Städte immer als kleinere Verbrechen angesehen werden.	2025
5	Reparationsforderungen an Deutschland nützen oft gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten.	2019–2025
6	Wir sollten uns lieber gegenwärtigen Problemen widmen als Ereignissen, die mehr als 70 Jahre vergangen sind.	2025
israelbezogener Antisemitismus		
7	Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg.	2019–2025
8	Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.	2025
9	Auch andere Nationen mögen ihre Schattenseiten haben, aber die Verbrechen Israels wiegen am schwersten.	2025
postkolonialer Antisemitismus		
10	Der deutsche Schuldkomplex behindert den Freiheitskampf der Palästinenser.	2025
11	Israel wurde nur gegründet, damit Europäer kein schlechtes Gewissen haben.	2025
12	Der Nahostkonflikt ist im Grunde ein Konflikt zwischen weißem Kolonialismus und unterdrückten Minderheiten.	2025
Einzelitem		
13	Juden sind verantwortlich für die meisten Kriege und Konflikte in der Welt.	2019–2025

kolonialer Antisemitismus). Ein Item bildet zwar tradierten Antisemitismus ab, gehört aber nicht zur Standardbatterie in der LAS, deshalb wird es hier getrennt aufgelistet (Tab. 5.1).

Wir unterziehen unsere Fragebögen regelmäßig einer teststatistischen Überprüfung, zuletzt erfolgte diese Validierung auf Grundlage der LAS 2024 (Decker et al. 2024, 63, 144f.). Die Überprüfung mittels einer Produkt-Moment-Korrelation auf Grundlage der 2025 im Berlin-Monitor erhobenen Daten bestätigt den engen statistischen Zusammenhang der erhobenen Erscheinungsformen. Sie weisen eine hohe bis sehr hohe zweiseitige Korrelation auf, die in jedem Fall hoch signifikant ist. Dabei sind die erfassten Phänomene nicht deckungsgleich; mittels den hier eingesetzten vier Dimensionen können wir die unterschiedliche Äußerungsformen des antisemitischen Ressentiments erfassen (Tab. 5.2).

Tabelle 5.2: Korrelationen der eingesetzten Dimensionen des Antisemitismus

	Israelbezogener Antisemitismus	Schuldabwehr-Antisemitismus	Postkolonialer Antisemitismus	Tradierter Antisemitismus
Israelbezogener Antisemitismus	–	.583**	.726**	.722**
Schuldabwehr-Antisemitismus	.583**	–	.449**	.592**
Postkolonialer Antisemitismus	.726**	.449**	–	.618**
Tradierter Antisemitismus	.722**	.592**	.618**	–

Korrelationen sind hoch signifikant, Pearsons Chi-Quadrat **p < .001

In der anschließenden Analyse werden wir zum Vergleich teilweise auf die Daten der LAS 2024 zurückgreifen. Wie auch in dieser Langzeiterhebung berichten wir nicht nur Mittelwerte, um Gruppen zu vergleichen oder langfristige Trends abzubilden. Wir greifen zur besseren Nachvollziehbarkeit auf die Darstellung mittels Prozentangaben zurück. Um dennoch den Informationsverlust so gering wie möglich zu halten, geben wir nicht nur den Anteil derjenigen an, die den Aussagen „überwiegend“ oder „voll und ganz“ zustimmen, sondern auch von denjenigen, die „teilweise zustimmen, teilweise ablehnen“ (Tab. 5.3). Da wir eine Likert-Skalierung einsetzen, gehen wir von einer kontinuierlich stärker werden Merkmalsausprägung aus, wenn die Befragten nicht „völlig ablehnen“. Wir sprechen dann von einer „latenten“ gegenüber einer „manifesten“ Zustimmung, auch der semantische Gehalt der Skala rechtfertigt eine solche Interpretation (auch Heller et al. 2024).

Tabelle 5.3: Antwortkategorie, Skalenwert und inhaltliche Zuordnung

Antwort- kategorie	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme teils zu, teils nicht zu	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu
Skalenwert	1	2	3	4	5
inhaltliche Zuordnung	Ablehnung		latente Zustimmung	manifeste Zustimmung	

Über die Dimensionen des Antisemitismus hinaus greifen wir auf soziodemografische Merkmale der Befragten zurück, um die Verbreitung des Ressentiments differenziert berichten zu können. Auch interessiert uns, welchen Einfluss die politische Selbstverortung in einem Links-Rechts-Schema hat und ob sich Hinweise auf eine Online-Mobilisierung mit antisemitischen Motiven finden lassen. Die jeweiligen Fragebögen werden mit Blick auf den Umfang im Ergebnisbericht vorgestellt.

5.3 Antisemitische Ressentiments im Berlin-Monitor 2025 – Ergebnisse

Greifen wir im Folgenden auf Daten der Leipziger Autoritarismus Studie 2024 zu Vergleichszwecken zurück, dann handelt es sich – wenn nicht anders ausgewiesen – um Daten zu West- und Ostdeutschland jeweils ohne Berlin.

Da wir nach den anfänglichen Ausführungen davon ausgehen, dass die politisch-ideologische Ausrichtung eine Rolle für antisemitische Ressentiments spielt, betrachten wir vorab die politisch-ideologische Selbstverortung der Berliner. Wir nutzen hierfür eine einfache Skala mit 10 Antwortpunkten, auf der Probanden gebeten werden, ihre eigene politische Position auf einer Achse von ganz links bis ganz rechts abzutragen (Links-Rechts-Skala). Hierfür stehen zehn Stufen zur Verfügung, die wir auf eine fünfstufige Achse reduzieren (Abb. 5.1). Im Vergleich mit den anderen ost- und westdeutschen Bundesländern fällt auf, dass Berliner sich insgesamt häufiger „links außen“ und „Mitte-links“ verorten, seltener sehen sie sich „Mitte-rechts“ oder „rechts außen“. Die Berliner unterscheiden sich mit dieser Verteilung sowohl von Ostdeutschland mit einem deutlich flachen Gipfel in der politischen „Mitte“ und einem höheren Anteil insbesondere „Mitte-rechts“ und „rechts außen“, wie auch von Westdeutschland mit seiner „Mitte“-Orientierung. Westdeutsche sehen sich viel seltener als Berliner und Ostdeutsche „links außen“ oder „Mitte links“, dafür häufiger als Berliner „Mitte-rechts“ und rechts außen“. In diesem Selbstbild spiegelt sich ein insgesamt links-liberaleres politisches Klima in Berlin wider. Die Frage ist nun, inwieweit und wie stark sich dieses auf antisemitische Ressentiments auswirkt.

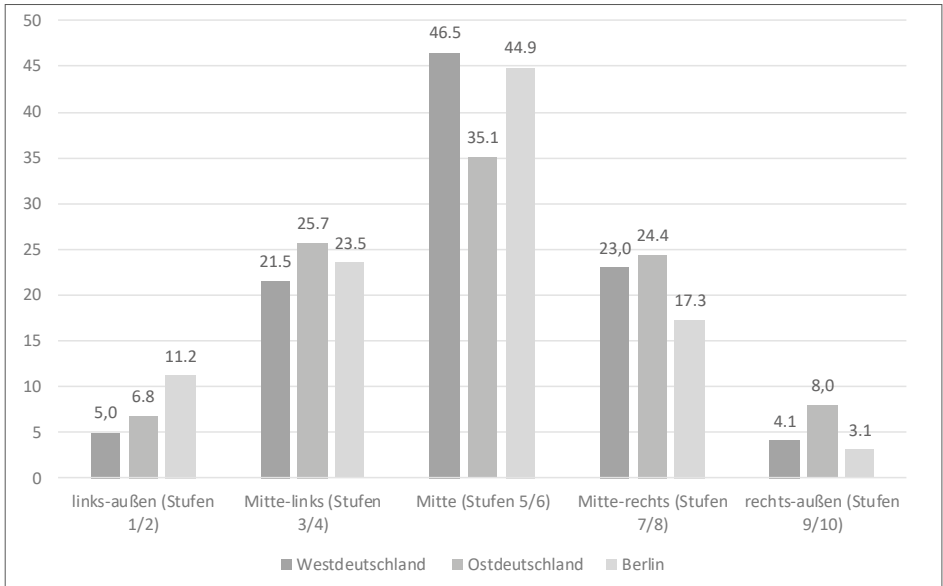


Abb. 5.1: Verteilung der politischen Selbstverortung in Westdeutschland, Ostdeutschland und Berlin

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2025 (n = 2.000); Leipziger Autoritarismus Studie 2024 (n = 2.502); ausgewiesen zustimmende Werte; Angaben in Prozent; Zahlen für West- und Ostdeutschland ohne Berlin.

Darstellung der Einzelitems zu Antisemitismus

Auch im politischen Klima Berlins findet Antisemitismus ein großes, wenn auch gestuftes Echo. Wir bleiben weiterhin beim Vergleich Berlins mit Ost- und Westdeutschland (jeweils ohne Berlin) auf Grundlage der Daten der Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Die Dimension des tradierten Antisemitismus erfasst Motive des Ressentiments, die anders als bei anderen Dimensionen offen geäußert werden: Die pathische Projektion einer gleichzeitig übermächtigen und schwachen Gruppe, die grundsätzlich fremd ist und ihre Interessen auf Kosten eines fiktiven „wir“ durchsetzt. In Berlin finden alle drei Items dieser Dimension des Antisemitismus die eine höhere manifeste Zustimmung als im Bundesgebiet, sei es West- oder Ostdeutschland (Abb. 5.2). Allerdings ist in Ost- und Westdeutschland der Resonanzraum insgesamt ähnlich groß, wenn wir die latente Zustimmung zu den Aussagen berücksichtigen. In Berlin ist die Bereitschaft, den Juden Hass offen zu artikulieren, bei mindestens jedem zehnten vorhanden. Und wenn 28 Prozent der Berliner ein Item, wie „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“ nicht konsequent ablehnen und damit manifest und latent zustimmen, dann besteht durchaus Sorge vor einer beachtlichen Tradierung des antisemitischen Ressentiments.

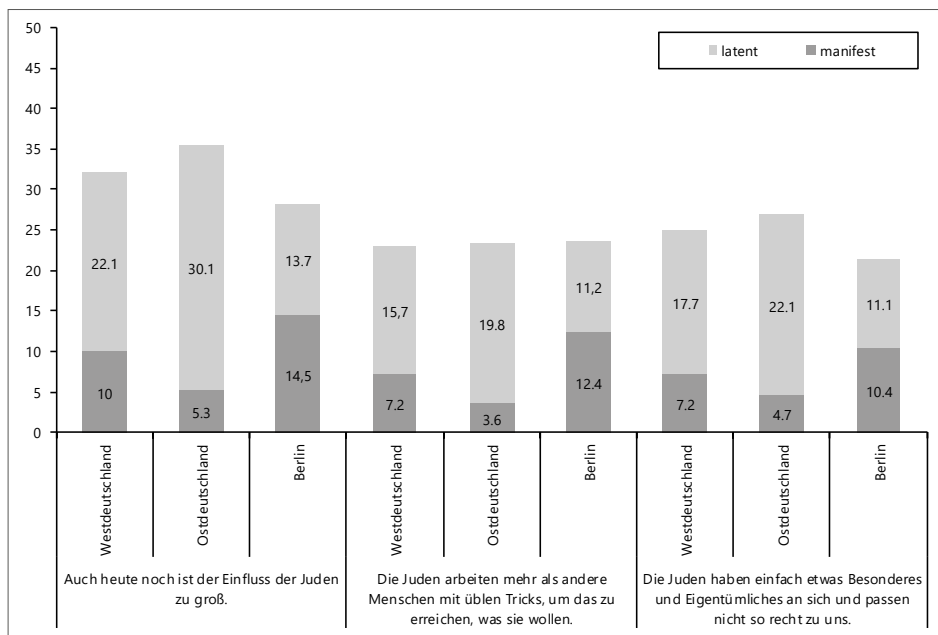


Abb. 5.2: Zustimmung zum tradierten Antisemitismus in Westdeutschland, Ostdeutschland und Berlin

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2025 (n = 2.000); Leipziger Autoritarismus Studie 2024 (n = 2.502); ausgewiesen zustimmende Werte; Angaben in Prozent; Zahlen für West- und Ostdeutschland ohne Berlin.

Der Schuldabwehrantisemitismus (Abb. 5.3) ist in ganz Deutschland das am häufigsten anzutreffende antisemitische Ressentiment. Beim Schuldabwehrantisemitismus bzw. Sekundärantisemitismus (Schönbach 1961) wird der eigene Judenhass offener geäußert, weil wir bei der Itemformulierung auf direkte Hinweise auf „Juden“ verzichtet haben: Die indirekten Verweise auf „Holocaust-Industrie“ oder die Schuldabwehr gegenüber den Verbrechen, die von Deutschen oder in deutschem Namen an Juden begangen wurden, senkt die Schwelle sich einverstanden zu erklären – eine Sanktion ist weniger zu befürchten und die Umwegkommunikation (Bergmann & Erb 1991) wird für die Äußerung des Antisemitismus genutzt. Mit 70 Prozent Unterstützung der Forderung nach einem „Schlussstrich“ sind die Berliner allerdings zurückhaltender, als Ost- und Westdeutsche 2024. Das gilt auch für die beiden anderen antisemitischen Statements: So finden Items des Schuldabwehrantisemitismus unter Berlinern hohe, aber immer noch geringere Akzeptanz als im Rest der Republik. Das Bild beim israel-bezogenen Antisemitismus ist etwas anders, hier liegt die manifeste Zustimmung bei zwei Items in Berlin deutlich über den anderen Landesteilen (Abb. 5.4).

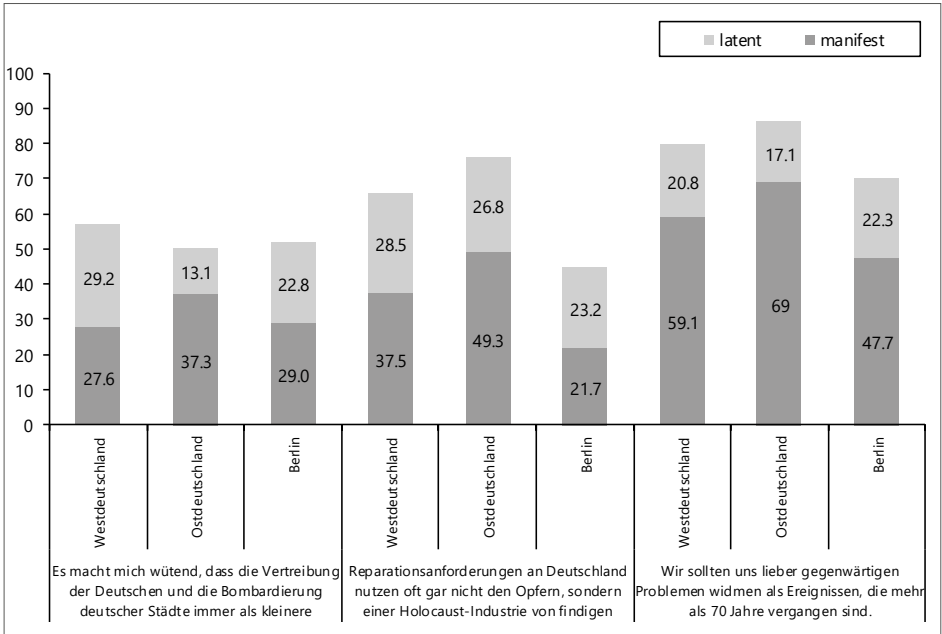


Abb. 5.3: Zustimmung zu Schuldabwehrantisemitismus in Westdeutschland, Ostdeutschland und Berlin

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2025 (n = 2.000); Leipziger Autoritarismus Studie 2024 (n = 2.502); ausgewiesen zustimmende Werte; Angaben in Prozent; Zahlen für West- und Ostdeutschland ohne Berlin.

Israelbezogener Antisemitismus hat sich in den vergangenen zwei Dekaden zu einem der sozial akzeptiertesten Äußerungsmöglichkeiten des antisemitischen Ressentiments entwickelt (Rensmann 2020). Zwar sind gerade innerhalb der bundesdeutschen Linken Traditionslinien dieser Äußerungsform auszumachen, die in die Geschichte der alten Bundesrepublik zurückreichen (Edthofer 2017; RIAS 2021; Kraske 2023), aber aufgrund einer Dominanz postkolonialer Theoriebildung an den Universitäten (Chaouat 2016; Illouz 2024; Klope 2025) erhält diese Äußerungsform neue politische Bedeutung. Da auch bei differenzierter Betrachtung (Öztürk & Pickel 2022) davon auszugehen ist, dass israelbezogener Antisemitismus innerhalb muslimischer und migrantischen Gemeinschaften ebenso legitim erscheint, wird sofort die Brückenfunktion zwischen beiden Gruppen deutlich (auch Herf 2023). Gerade in einem eher links-liberalen Klima mit hohen migrantischen Bevölkerungsteilen wie in Berlin bekommen Spielarten des israelbezogenen Antisemitismus eine politische Brückenfunktion. Diese ermöglicht eine Verbindung zwischen verschiedenen Trägergruppen des Antisemitismus und verdeutlicht die Gefahr, die vom Antisemitismus für die demokratische Gesellschaft insgesamt ausgeht.

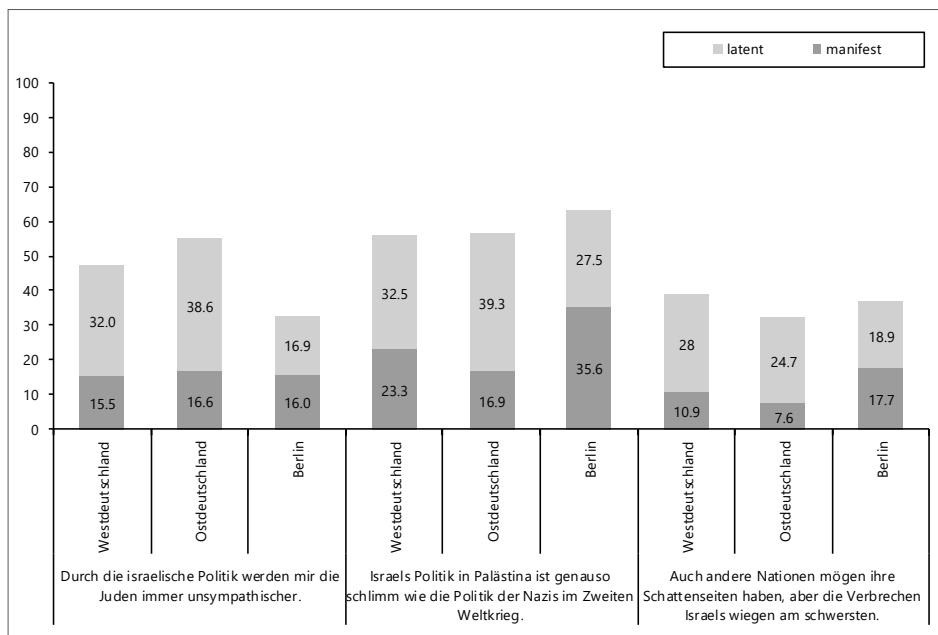


Abb. 5.4: Zustimmung zum israelbezogenen Antisemitismus in Westdeutschland, Ostdeutschland und Berlin

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2025 (n = 2.000); Leipziger Autoritarismus Studie 2024 (n = 2.502); ausgewiesen zustimmende Werte; Angaben in Prozent; Zahlen für West- und Ostdeutschland ohne Berlin.

Beim postkolonialen Antisemitismus handelt es sich um eine Spielart des israelbezogenen Antisemitismus mit einer ideologischen Grundierung in den dominanten „postkolonialen“ Ideologien. Auch wenn die Aussagen dieser Dimension nicht dieselbe Zustimmung erreichen, so unterstreicht die Zustimmungsrates dennoch deren Anschlussfähigkeit (Abb. 5.5). Ziehen wir zur Beschreibung einen weiteren Wert heran: Diejenigen, die durchschnittlich allen drei Aussagen der jeweiligen Dimension zustimmen (also einen Wert ≥ 12 erreichen; vgl. Tab. 5.3), werden von uns als Menschen mit einem geschlossenen antisemitischen Weltbild bezeichnet. Die unterschiedlichen Dimensionen sind Ausdruck eines Ressentiments, mit ihnen ist nur die Legitimation des Hasses auf Juden, nicht aber unterschiedliche Phänomene erfasst (vgl. Tab. 5.4). Am häufigsten finden wir einen überzeugten Schuldabwehrantisemitismus in Berlin, er wird von jedem fünften Befragten durchgängig geteilt. Damit trifft man ihn allerdings seltener an als in Ost- und Westdeutschland. Dafür sind alle anderen drei Dimensionen antisemitischer Ressentiments in Berlin weiter verbreitet als im Bundesgebiet. Der israelbezogene Antisemitismus wird von jedem siebten Befragten geteilt, jeder zehnte stimmt allen Aussagen zum postkolonialen Antisemitismus zu und fast 8 Prozent der Berliner haben ein geschlossenes tradiertes antisemitisches Weltbild.

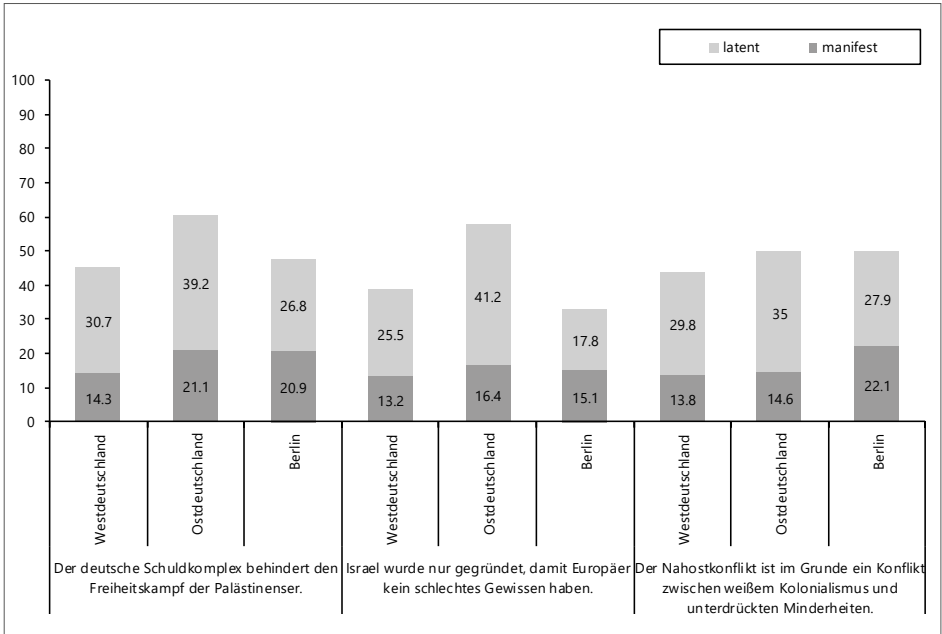


Abb. 5.5: Zustimmung zum postkolonialen Antisemitismus in Westdeutschland, Ostdeutschland und Berlin

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2025 (n = 2.000); Leipziger Autoritarismus Studie 2024 (n = 2.502); ausgewiesen zustimmende Werte; Angaben in Prozent; Zahlen für West- und Ostdeutschland ohne Berlin.

Tabelle 5.4: Bevölkerungsanteil mit geschlossenem antisemitischem Weltbild in unterschiedlichen Dimensionen

Antisemitisches Weltbild	Berlin	Westdeutschland	Ostdeutschland
tradierter Antisemitismus	7,9	4,3	2,0
Schuldabwehrantisemitismus	20,8	25,8	39,5
israelbezogener Antisemitismus	13,8	9,2	6,2
postkolonialer Antisemitismus	10,3	6,3	8,5

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2025 (n = 2.000); Leipziger Autoritarismus Studie 2024 (n = 2.502); ausgewiesen zustimmende Werte zu überzeugtem Ressentiment; Angaben in Prozent; Zahlen für West- und Ostdeutschland ohne Berlin.

In toto lassen sich für die hier vorgestellte Untersuchung zwei Folgefragen ableiten: Welche Verbreitung haben diese Erscheinungsformen des Antisemitismus in politischen Milieus und welche Vermittlungswege lassen sich zwischen den Gruppen beschreiben?

Langzeitvergleiche

Bevor diese Fragen von uns beantwortet werden, ziehen wir Vergleichswerte für die Einordnung der bis hierhin vorgestellten Befunde heran. Dies sind einmal die bisher im Rahmen des Berlin-Monitors erhobenen Antisemitismuswerte. Auf ihrer Grundlage kann der Stellenwert des Ressentiments für die politische Kultur beschrieben werden. In Abbildung 5.6 findet sich der Anteil der Probanden mit einem geschlossenen antisemitischen Weltbild im Verlauf unserer Untersuchungsreihe. Von einem geschlossenen antisemitischen Weltbild sprechen wir, wenn durchschnittlich alle drei Aussagen in der Dimension des tradierten Antisemitismus zugestimmt wird (Summenwert ≥ 12 ; vgl. Tab. 5.3).

Zunächst betrachten wir die Entwicklung im Berlin-Monitor: Es fällt sofort der massive Anstieg der Zahl von Antisemiten mit geschlossenem Weltbild zwischen 2021 und 2023 auf. In diesem Zeitraum verdreifachte sich ihr Anteil in der Bevölkerung, die Weltsicht von jedem zehnten Berliner war 2023 vom Ressentiment mitgeprägt. Zwar ging ihr Anteil bei der aktuellen Erhebung auf rund 8 Prozent zurück, jedoch ist auch dieser Wert fünfmal so hoch wie noch 2019 und doppelt so hoch wie 2021. Bemerkenswert ist, dass die Daten für 2023 vor dem 7. Oktober erhoben wurden (auch Pickel et al. 2022). Die Solidaritätsbekundungen, die unmittelbar nach dem Bekannt-

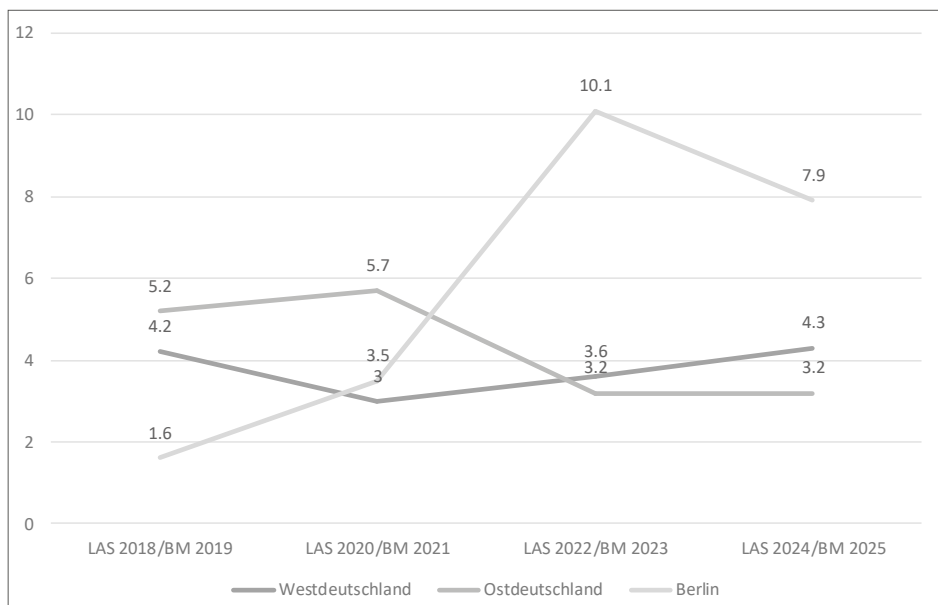


Abb. 5.6: Tradiert Antisemitismus in Westdeutschland, Ostdeutschland und Berlin im Langzeitverlauf 2019–2025

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor (durchschnittliches $n = 2.000$); Leipziger Autoritarismus Studie (durchschnittliches $n = 2.500$); ausgewiesen zustimmende Werte zu überzeugtem Ressentiment; Angaben in Prozent; Zahlen für West- und Ostdeutschland ohne Berlin.

werden der genozidalen Massaker auch in Berlin geäußert wurden, müssen somit als „Aufbrechen“ eines bereits vorhandenen Ressentiments verstanden werden (Decker et al. 2025).

Ziehen wir zum Vergleich die Daten der LAS aus dem Vergleichszeitraum heran, sticht die besondere Situation in Berlin hervor (vgl. ebenfalls Abb. 5.6). Zwar sehen wir in Westdeutschland einen kontinuierlichen Anstieg, dieser fällt aber flacher aus als in Berlin. In Ostdeutschland ist sogar ein leichter Rückgang bei dieser Äußerungsform zu erkennen.

Dass der Anstieg nicht nur auf den tradierten Antisemitismus beschränkt ist, sehen wir beim Langzeitvergleich anderer Äußerungsformen des Ressentiments. Während der tradierte Antisemitismus immer noch einer sozialen Ächtung unterliegt und entsprechend selten offen geäußert wird, gilt diese für andere Erscheinungen des Ressentiments nicht in gleichem Maße. In der Vergangenheit haben wir einzelne Items der Ressentiments in die Erhebungen gegeben, Abbildung 5.7 zeigt im Zeitverlauf die Zustimmungswerte zu diesen. Der Schuldabwehrantisemitismus hat sich zwischen 2021 und 2023 mehr als verdoppelt und liegt 2025 immer noch auf sehr hohem Niveau („Reparationsforderungen ...“). Der israelbezogene Antisemitismus hat sich zwischen 2019 und 2025 verdoppelt und ist damit für jeden dritten Berliner zustimmungsfähig („Israels Politik in Palästina...“). Die Zustimmung zum Antisemitismus als Welterklärungsideologie hat sich von 2019 bis 2025 verzehnfacht („Juden sind verantwortlich ...“). Insgesamt ist der Anstieg antisemitischer Ressentiments in den letzten Jahren in Berlin auffällig und verweist auf eine neue Dynamik.

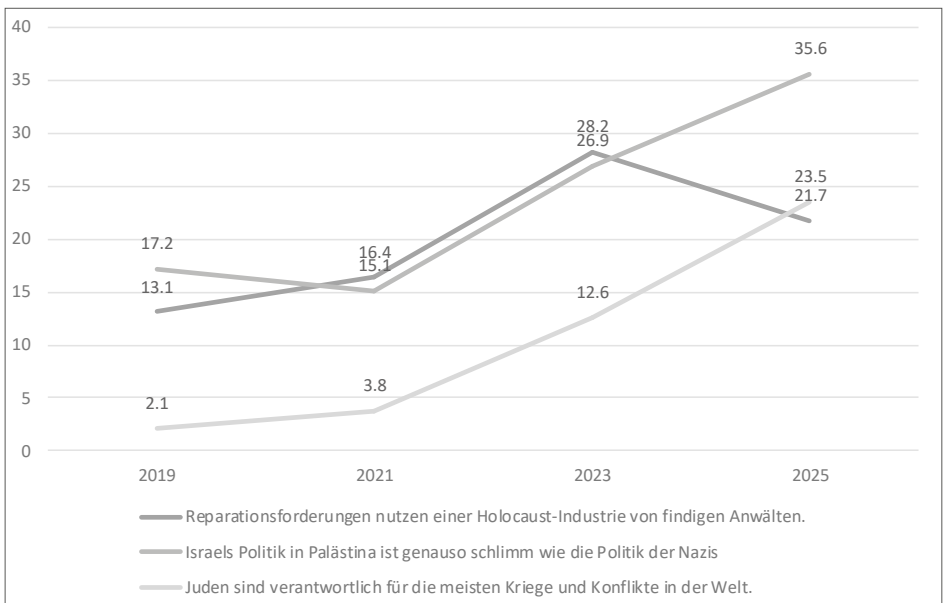


Abb. 5.7: Langzeitvergleich von Items, die in verschiedenen Erhebungen eingesetzt wurden

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor (durchschnittliches n = 2.000); ausgewiesen zustimmende Werte zu überzeugtem Ressentiment; Angaben in Prozent.

Um einem immer wieder vorgebrachten Einwand hier entgegenzutreten: Es handelt sich bei dieser Entwicklung nicht um eine Reaktion auf den Krieg im Nahen Osten: Unabhängig davon, dass es keinen Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Erfahrung mit Juden gibt (Ranc 2016; Kiess et al. 2020), macht der Langzeitverlauf auch eine Entwicklungslinie sichtbar, die bereits vor dem Krieg gegen Israel begonnen hat und dessen Entwicklung durch die Ereignisse am und nach dem 7. Oktober 2023 nur beschleunigt wurden.

5.4 Spezifische Verbreitungen und Zusammenhänge

Abschließend werfen wir noch einen Blick auf Unterschiede zwischen unterschiedlichen Gruppen innerhalb Berlins. Dies dient einerseits zur Vertiefung der Befunde, aber auch zur Prüfung von Zusammenhängen. Sie können, wenn ein Zusammenhang deutlich ausgeprägt ist, als Hinweise auf Ursachen der beobachteten antisemitischen Ressentiments verstanden und für die weitere Forschung herangezogen werden.

Soziodemografie

Ziehen wir soziodemografische Merkmale zum Verständnis von Bedingungsfaktoren des Ressentiments hinzu (Tab. 5.5), fällt als zunächst die Verbreitung des Antisemitismus in der Altersgruppe der 16- bis 30-Jährigen auf. Diese Altersgruppe hat in fast allen Dimensionen deutlich höhere Werte als Berliner in anderen Lebensabschnitten: Jeder achte in diesem Alter ist tradierter Antisemit, mehr als jeder sechste teilt geschlossenen postkolonialen Antisemitismus, jeder fünfte glaubt, sein geschlossenes antisemitisches Weltbild mit Israel legitimieren zu können. Nur der Schuldabwehrantisemitismus findet sich häufiger bei den 31- bis 60-Jährigen. Die Altersgruppe mit den geringsten Werten ist bei allen Dimensionen die der über 60-Jährigen.

Frauen und Männer unterscheiden sich nicht signifikant, auch wenn bei den meisten Formen Männer etwas häufiger zustimmen. Signifikant ist nur noch der Unterschied bei den Einkommensgruppen: In der Gruppe der höheren Einkommen finden sich rund 10 Prozent mit einem geschlossenen antisemitischen Weltbild. Den niedrigsten Anteil haben die Geringverdiener.

Der Bildungsgrad hat einen hohen Zusammenhang mit der Häufigkeit antisemitischer Ressentiments (Tab. 5.6). Personen mit einem niedrigen formalen Bildungsabschluss sind deutlich häufiger in der Gruppe mit einem geschlossenen antisemitischen Weltbild anzutreffen.

Der Migrationshintergrund bietet ein zusätzliches Risiko, ein geschlossenes antisemitisches Weltbild aufzuweisen (Tab. 5.7). Dies gilt aber insbesondere für jene Migranten, die keine deutsche Staatsbürgerschaft aufweisen. Unter ihnen findet sich selbst der Schuldabwehrantisemitismus häufiger als bei den anderen beiden Gruppen. Ein geschlossenes antisemitisches Weltbild mit einer Ablehnung Israels findet sich bei fast jedem Dritten in dieser Gruppe. Allerdings kann dieser Kontrast bezogen auf das

Tabelle 5.5: Manifeste Zustimmung zum Antisemitismus in den Dimensionen nach verschiedenen soziodemografischen Gruppen

	Geschlecht		Altersgruppen			Einkommensgruppen		
	männlich	weiblich	16–30 J.	31–60 J.	ab 61 J.	unter 1.250 Euro	1250 bis 2.750 Euro	über 2.750 Euro
Tradierter Antisemitismus	8,4	7,5	12,6**	9,5**	2,4**	2,4**	8,5**	9,3**
Schuldabwehr-antisemitismus	21,7	19,9	17,4**	23,7**	18,6**	21,2	23,2	19,1
Israelbezogener Antisemitismus	13,5	14,1	20,5**	15**	7,5**	12,6	14,5	14,1
Postkolonialer Antisemitismus	10,7	9,8	15,8**	10,4**	6,3**	6	10,7	11,3

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2025 (n = 2.000); ausgewiesen zustimmende Werte; Angaben in Prozent; Unterschiede signifikant, Pearsons Chi-Quadrat, ** p < .01.

Tabelle 5.6: Manifeste Zustimmung zum Antisemitismus in den Dimensionen nach formalem Bildungsgrad

	Haupt- oder Volksschule	Mittlere Reife oder vergleichbarer Abschluss	Abitur oder höher
Tradierter Antisemitismus	19,4**	5,8**	6,7**
Schuldabwehrantisemitismus	46,4**	22,7**	14,2**
Israelbezogener Antisemitismus	30,6**	12,2**	10,6**
Postkolonialer Antisemitismus	23,2**	8,6**	8,5**

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2025 (n = 2.000); ausgewiesen zustimmende Werte; Angaben in Prozent; Unterschiede signifikant, Pearsons Chi-Quadrat, **p < .001.

Tabelle 5.7: Manifeste Zustimmung zum Antisemitismus in den Dimensionen nach verschiedenem Migrationshintergrund und Staatsbürgerschaft

	Deutsche Staatsbürgerschaft ohne Migrationshintergrund	Deutsche Staatsbürgerschaft mit Migrationshintergrund	Ohne deutsche Staatsbürgerschaft
Tradierter Antisemitismus	8,4**	3,5**	15,5**
Schuldabwehrantisemitismus	21,9**	13,7**	24,7**
Israelbezogener Antisemitismus	13,5**	10,8**	28,7**
Postkolonialer Antisemitismus	9,1**	12,3**	20,8**

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2025 (n = 2.000); ausgewiesen zustimmende Werte; Angaben in Prozent; Unterschiede signifikant, Pearsons Chi-Quadrat, **p < .001.

Risiko, welches für Juden und die Demokratie vom Antisemitismus ausgeht, in die Irre führen. Deutsche Staatsbürger ohne Migrationshintergrund stellen die zahlenmäßig größte Gruppe der Berliner Bevölkerung. Sie sind politisch wirksamer und Juden sind im Alltag häufiger mit dieser Trägergruppe konfrontiert als mit Migranten ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

Während im bundesweiten Vergleich politische Milieus links-außen vergleichsweise hohe Werte aufweisen, lässt sich dieser Effekt in Berlin nicht bestätigen. Berliner, die

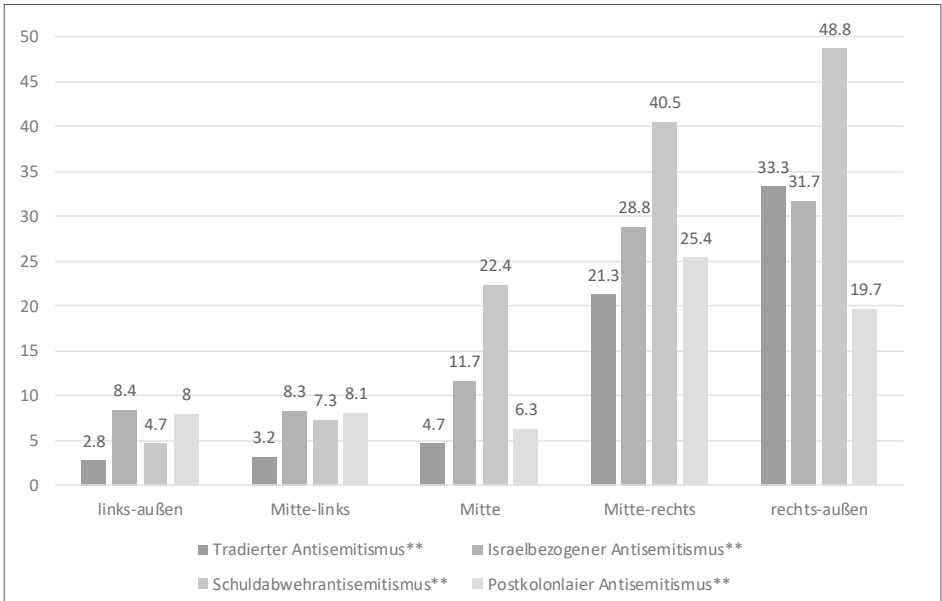


Abb. 5.8: Antisemitismus in Abhängigkeit von der politischen Selbstverortung

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2025 (n = 2.000); ausgewiesen zustimmende Werte; Angaben in Prozent.

sich links-außen oder Mitte-links positionieren, weisen durchgängig seltener antisemitische Ressentiments auf (Abb. 5.8). Trotzdem findet sich jeweils bei jedem zwölften ein geschlossenes antisemitisches Weltbild, das auf israelbezogenem bzw. postkolonialem Antisemitismus gründet. Links außen zeigt sich die oft angesprochene Zuwendung zum israelbezogenen und postkolonialen Antisemitismus. Allerdings ist dies nur eine kleine Erhöhung und liegt selbst bei diesen Ressentiments weit unter der Zustimmung Mitte-rechts und rechts-außen Seite des politisch-ideologischen Spektrums. Unter Berlinern, die sich in der Mitte positionieren, liegt der Anteil von Menschen mit einem geschlossenen antisemitischen Weltbild in drei der Dimensionen noch höher, wobei nahezu jeder vierte einen Schuldbabwehrantisemitismus aufweist. Mit Positionierungen Mitte-rechts und rechts-außen steigen die Zustimmungswerte zu allen Formen des Antisemitismus rapide an. Diese politischen Milieus sind durch die antisemitischen Weltbilder durchgängig geprägt, das antisemitische Ressentiment gehört rechts-außen zur Alltagsideologie.

Social-Media-Nutzung

Ähnlich starke Kontraste finden wir im Hinblick auf die Nutzungsdauer von Social Media. Hier ziehen wir Mittelwerte heran, um die Gruppen zu vergleichen. Wer regelmäßig zum Smartphone greift und diese Vergesellschaftungsform wählt, ist in einem

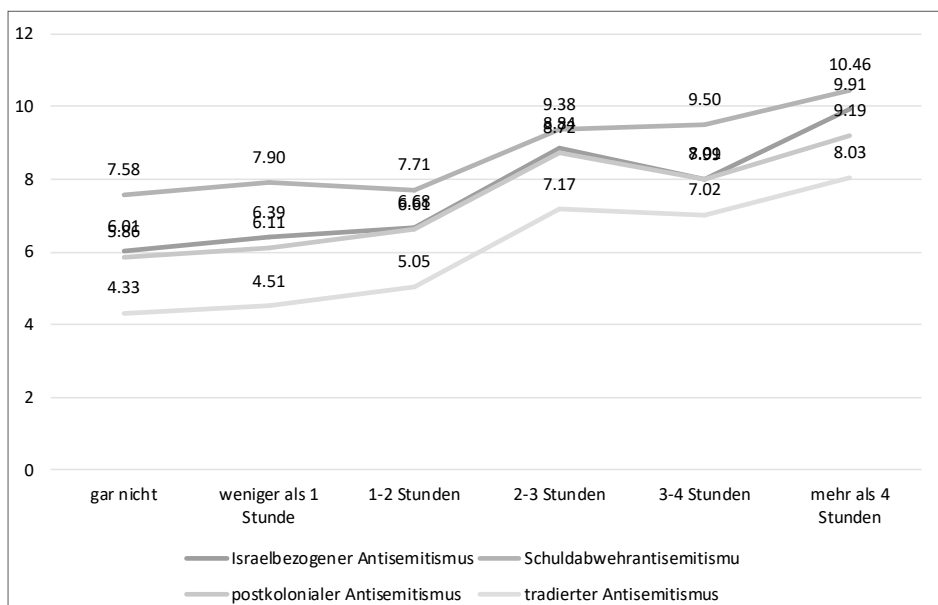


Abb. 5.9: Zusammenhang von Social-Media-Nutzung und Antisemitismus

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2025 (n = 2.000); ausgewiesene Mittelwerte; Angaben in Prozent.

Umfeld, in dem antisemitische Ressentiments präsent sind und in dem sie daher offener ausgesprochen werden können (Abb. 5.9).

Sicherlich korrespondiert diese Anfälligkeit mit der Altersstruktur, denn unter den Nutzern der Social-Media-Angebote befinden sich vornehmlich jüngere Altersgruppen. 35,2 Prozent der unter 30-Jährigen nutzen Social Media mehr als 3 Stunden pro Tag, in der Altersgruppe zwischen 30 und 60 Jahren wird Social Media so intensiv von 15,8 Prozent genutzt und bei den über 60-Jährigen liegt der entsprechende Anteil nur noch bei 2,8 Prozent (o. Abb.). Wahrscheinlich ist das Vorkommen des geschlossenen antisemitischen Weltbilds bei Jüngeren eng mit der Nutzung der Social Media assoziiert. Hinweise, dass nicht nur der Inhalt der Kanäle (Schwarz-Friesel 2018; Schwarz-Friesel 2020b), sondern auch ihre Struktur und Funktionsweise die Ausbildung des Ressentiments begünstigt, gibt es bereits (Goertz 2021; Becker, Ascone & Troschke 2022).

5.5 Diskussion

Berlin ist eine in weiten Teilen durch ein links-liberales Klima und migrantische Bevölkerungsgruppen geprägte Stadt. Eine Untersuchung des Antisemitismus in Berlin verbindet sich mit der Frage, wie dieser politische und soziale Hintergrund in Verbindung

mit dem antisemitischen Ressentiment steht. Die Beantwortung dieser Frage hat nicht nur Konsequenzen für jüdisches Leben in Berlin, sondern ganz grundlegende für die Demokratie. Antisemitismus ist im Verständnis der Sozialforschung nicht bloß ein Ressentiment unter vielen, sondern ein „Lackmustest“ für die Demokratie.

Die von uns vorgestellten Befunde zeigen auf, dass eine politisch-demokratische Reaktion dringlich ist. Nicht nur sind einzelne antisemitische Motive in der Bevölkerung verbreitet, es zeigt sich auch das Anwachsen von Bevölkerungsteilen mit einem geschlossenen antisemitischen Weltbild. Bereits vor dem Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 wuchs der Anteil tradiert Antisemiten auf 10 Prozent an und liegt 2025 mit rund 8 Prozent auf einem ähnlichen Niveau. Israelbezogener Antisemitismus wird von jedem achten Berliner vertreten, entsprechendes gilt für Antisemitismus aufgrund postkolonialer Motive. Jeder fünfte Berliner teilt Schuldabwehrantisemitismus. Es sollte deutlich geworden sein: Geschlossene antisemitische Weltbilder prägen die politische Kultur in Berlin mit. Zudem ist es ein deutliches Warnsignal, dass der Antisemitismus gerade bei Jüngeren anzutreffen ist: Wenn bei drei der vier Dimensionen Menschen mit einem geschlossenen antisemitischen Weltbild am häufigsten bei den unter 30-Jährigen anzutreffen sind, stehen Politik, Zivilgesellschaft und Bildungsinstitutionen vor einer Zukunftsaufgabe von nicht zu unterschätzender Tragweite. Dass Social Media gerade von Jüngeren stark genutzt wird und ein intensives Nutzungsverhalten eng mit dem Vorkommen von Antisemitismus assoziiert ist, macht die Herausforderung nicht kleiner. Nur ein Verbund von Strategien kann hier Erfolge erzielen; ein isolierter Aktionismus etwa in der Förderung von einzelnen Maßnahmen in der politischen Bildungsarbeit wird nicht ausreichen. Das Risiko von Juden, mit antisemitischen Ressentiments konfrontiert zu sein, ist am größten in Kontakten mit Berlinern ohne Migrationshintergrund. Aber zum Bild gehört auch, dass antisemitische Ressentiments unter Berlinern ohne deutsche Staatsbürgerschaft am weitesten verbreitet sind.

Die aktuelle Problemlage war schon vor dem 7. Oktober 2023 in einem starken Anstieg der entsprechenden Motive erkennbar. Die Solidaritätsbekundungen mit einer terroristischen Organisation unmittelbar nach diesem Datum hingen mit Sicherheit mit der bereits bestehenden Verbreitung des Antisemitismus bei den entsprechenden Trägergruppen zusammen. Dass die klerikal-faschistische Hamas ihre eigene Bevölkerung für die Umsetzung eines genozidalen Antisemitismus instrumentalisiert, hat an dieser Solidarität nichts geändert.

Literatur

- Adorno, T. W. (1947). Bemerkungen zu ‚The Authoritarian Personality‘ von Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson, Sanford. In E.-M. Ziege (Hrsg.), *Theodor W. Adorno Bemerkungen zu ‚The Authoritarian Personality‘ und weitere Texte* (S. 21–70). Berlin: Suhrkamp (2019).
- Arnold, S., Grünberg, K. & Decker, O. (2024). Erfahrungen des Antisemitismus in Deutschland vor und nach dem genozidalen Angriff auf Israel. *Psychosozial*, 47, 5–8.
- Becker, M. J., Ascone, L. & Troschke, H. (2022). Antisemitic comments on Facebook pages of leading British, French, and German media outlets. *Humanities & Social Sciences, Communications*, 9.

- Bergmann, W. & Erb, R. (1986). Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 38, 223–246.
- Bergmann, W. & Erb, R. (1991). „Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm“. Kommunikationslatenz und Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43, 502–519.
- Bernstein, J. (2023). *Zerspiegelte Welten: Antisemitismus und Sprache aus jüdischer Perspektive*. Weinheim: Juventa.
- Bertrams, A. & Krispenz, A. (2025). Antisemitism as a dark-ego vehicle. *Current Psychology*, 44, 676–692.
- Beyer, H., Goldkuhle, B., Herrberg, N. & Reddig, M. (2024). „Importierter Antisemitismus“? Differenzierende Wahrnehmungen in Deutschland lebender Jüdinnen und Juden zum politisch-islamischen Antisemitismus als Problem und Debatte. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 8, 325–356.
- Brunner, M. (2011). Trauma, Krypta, rätselhafte Botschaft. Einige Überlegungen zur intergenerationalen Konfliktodynamik. *Psychosozial*, 2, 43–59.
- Bundesamt Für Verfassungsschutz (2024). *Palästinasolidarität im dogmatischen Linksextremismus*. Berlin: Bundesamt für Verfassungsschutz. URL: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/linksextremismus/palaestina-solidaritaet-im-dogmatischen-linksextremismus.html> (02.02.2025).
- Chaouat, B. (2016). *Is Theory Good for the Jews? French Thought and the Challenge of the New Antisemitism*. Liverpool 2020: Liverpool University Press.
- Chaouat, B. (2024). *Ist Theorie gut für die Juden? Das fatale Erbe französischen Denkens*. Berlin: Edition TIAMAT.
- Chernivsky, M. (2020). Antisemitismus als biographische Erfahrungskategorie. *Trauma. Zeitschrift für Psychotraumatologie und ihre Anwendungen*, 18, 18–25.
- Chernivsky, M. & Lorenz-Sinai, F. (2024). Der 7. Oktober als Zäsur für jüdische Communities in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 74, 19–24.
- Decker, O., Heinke, N. & Brähler, E. (2025). Das Aufbrechen des Antisemitismus in linken Milieus nach dem 07.10.2023 – Einige Befunde zur unterschätzten Präsenz von Ressentiments in linken Milieus und der Versuch einer gesellschaftstheoretischen Einordnung. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 8.
- Decker, O., Hinz, A., Geißler, N. & Brähler, E. (2013). FR-LF – Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (Fragebogen zum Rechtsextremismus – Leipziger Form) (PSYINDEX Tests Info).
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2024). Antisemitismus als individuelles Ressentiment und gesellschaftliches Sediment – empirische Befunde. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment – Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024. Eine Einleitung* (S. 133–160). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, K. (2024). Antisemitismus – eine „dunkle Ressource“ in modernen Gesellschaften. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *Nie wieder ist jetzt. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023*, Berlin: URL: <https://www.boell.de/de/nie-wieder-ist-jetzt> (06.01.2024).
- Dilling, M. & Celik, K. (2023). Antisemitismus und Verschwörungsmentalität während der COVID-19-Pandemie in Berlin. In G. Pickel, K. Reimer-Gordinskaya & O. Decker (Hrsg.), *Der Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt* (S. 79–105). Springe: zu Klampen.

- Diner, D. (2004). Der Sarkophag zeigt Risse – Über Israel, Palästina und die Frage eines „neuen Antisemitismus“. In D. Rabinovici, U. Speck & N. Sznajder (Hrsg.), *Neuer Antisemitismus? – Eine globale Debatte* (S. 310–329). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Edthofer, J. (2017). Vom antiimperialistischen Antizionismus zur aktuellen Boykottbewegung. Veränderungen und Kontinuitäten des israelbezogenen Antisemitismus in der Wiener autonomen Linken. *Österreich Z Soziol*, 42, 407–424.
- European Union Agency for Fundamental Rights (2024). *Jewish People's Experiences and Perception of Antisemitism*. Luxembourg: Publication Office of the European Union.
- Fehlberg, T. & Kranz, D. (2024). Nuancen der Selbstverortung jüdischer Aktivist:innen in Deutschland. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024* (S. 231–252). Gießen: Psychosozial.
- Göbel, L. (2024). Erfassungsdefizite bei der Verfolgung antisemitischer Straftaten – Zum Datenbestand im Hell- und Dunkelfeld. *Kriminalpolitische Zeitschrift*, 9, 352–367.
- Goertz, S. (2021). Hatespeech und extremistische Ideologieelemente in den sozialen Medien. *Forum Kriminalprävention*, 21–25.
- Grünberg, K. (2002). Zur „Rehabilitierung“ des Antisemitismus in Deutschland durch Walser, Möllemann u. a. Oder Ich weiß wohl, was es bedeutet. Über das allmähliche Verfertigen des Ressentiments beim Reden: Eine psychoanalytische Betrachtung des Antisemitismus. In M. Naumann (Hrsg.), *„Es muß doch in diesem Lande wieder möglich sein...“*. Der neue Antisemitismus-Streit (S. 224–229). München: Ullstein.
- Haury, T. (2024). Israelbezogener Antisemitismus. In P. Ullrich, S. Arnold, A. Danilina, K. Holz, U. Jensen, I. Seidel & J. Weyand (Hrsg.), *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft* (S. 42–50). Göttingen: Wallstein.
- Heller, A., Brähler, E. & Decker, O. (2020). Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Ein Beitrag zur Frage der Operationalisierung anhand des Fragebogens Rechtsextremismus – Leipziger Form (FR-LF). In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland* (S. 151–172). Gießen: Psychosozial.
- Heller, A., Dilling, M., Kiess, J., Decker, O. & Brähler, E. (2024). Methodische Überlegungen zur Erhebung rechtsextremer und autoritärer Einstellungen. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2024* (S. 207–227). Gießen: Psychosozial.
- Herf, J. (2023). *Drei Gesichter des Antisemitismus. rechts, links und islamistisch*. Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Illouz, E. (2024). *Der 8. Oktober*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- International Holocaust Remembrance Alliance (2006). Working definition of antisemitism. URL: <https://holocaustremembrance.com/resources/working-definition-antisemitism> (03.04.2024).
- Kiess, J., Decker, O., Heller, A. & Brähler, E. (2020). Antisemitismus als antimodernes Ressentiment: Struktur und Verbreitung eines Weltbildes. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 211–248). Gießen: Psychosozial.
- Kleffner, H. (2018). Die Reform der PMK-Definition und die anhaltenden Erfassungslücken zum Ausmaß rechter Gewalt. In Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft* (S. 30–37). Jena: Amadeu Antonio Stiftung.
- Kloke, M. (2025). Vom Antiimperialismus zum Postkolonialismus. In O. Glöckner & G. Jikeli (Hrsg.), *Antisemitismus in Deutschland nach dem 7. Oktober 2023* (S. 185–206). Baden-Baden: Georg Olms.

- Klug, B. (2003). The collective Jew: Israel and the new antisemitism. *Patterns of Prejudice*, 37, 117–138.
- Kraske, M. (2023). *Antisemitismus: alte Gefahr mit neuen Gesichtern*. Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung.
- Öztürk, C. & Pickel, G. (2022). Der Antisemitismus der Anderen: Für eine differenzierte Betrachtung antisemitischer Einstellungen unter Muslim:innen in Deutschland. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 6(1), 189–231.
- Öztürk, C. & Pickel, G. (2024). Antisemitismus unter Muslim:innen: Sozialisation, religiöse Tradierung oder herkunftsübergreifendes Feindbild des islamistischen Fundamentalismus. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 9(1). URL: <https://link.springer.com/article/10.1007/s41682-024-00195-2> (26.11.2025).
- Pickel, G., Schneider, V., Pickel, S., Öztürk, C. & Decker, O. (2023). Religiosität, Religion und Verschwörungsmentalität in der Covid-19-Pandemie. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 7, 553–587.
- Pickel, G., Tzschiesche, S & Reimer-Gordinskaya, K (2022). Antisemitismus in Berlin. Verbreitung, Gründe, Erfahrungen, Folgen und Umgangsweisen in der Zivilgesellschaft. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 6(1), 233–273.
- Poensgen, D. (2024). Der 7. Oktober als Zäsur? *psychosozial*, 47, 53–67.
- Polizei Berlin (2025). *Politisch motivierte Kriminalität in Berlin 2025. Kurzüberblick*. Stand: 22. Februar 2025. Berlin: Landeskriminalamt Berlin, Koordinierungsstelle Staatsschutz.
- Ranc, J. (2016). „Eventuell nicht gewollter Antisemitismus.“ *Zur Kommunikation antijüdischer Ressentiments unter deutschen Durchschnittsbürgern*. Münster: Westfälische Dampfboot.
- Recherche- Und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) (2021). *Mobilisierungen von israel-bezogenem Antisemitismus im Bundesgebiet 2021*. Berlin: RIAS und Internationales Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung (IIBSA).
- Reimer-Gordinskaya, K., Decker, O. & Pickel, G. (Hrsg.) (2020). *Antisemitismus, Heterogenität, Allianzen. Jüdische Perspektiven auf Herausforderungen der Berliner Zivilgesellschaft*. Springe: zu Klampen.
- Rensmann, L. (2020). The Contemporary Globalization of Political Antisemitism: Three Political Spaces and the Global Mainstreaming of the „Jewish Question“ in the Twenty-First Century. *Journal of Contemporary Antisemitism*, 3, 83–108.
- Rias (2025). *Antisemitische Vorfälle in Berlin 2024*. Berlin: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS).
- Sartre, J.-P. (1950). *Überlegungen zur Judenfrage*. Reinbek: Rowohlt (2023).
- Schäfer, F. & Dalbert, C. (2013). Gerechte-Welt-Glaube und Antisemitismus - Welche Anforderungen ergeben sich aus der Gerechtigkeitsforschung für den Umgang mit dem Holocaust in der Schule. In C. Dalbert (Hrsg.), *Gerechtigkeit in der Schule* (S. 93–107). Wiesbaden: Springer VS.
- Schließler, C., Hellweg, N. & Decker, O. (2024). Die Widerständigen und die Vermittelnden – Jüdische Erfahrungen und Praxisentwürfe im postnationalsozialistischen Deutschland. *Psychosozial Themenheft Antisemitismuserfahrungen*, 178, 23–39.
- Schönbach, P. (1961). *Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Schwarz-Friesel, M. (2018). *Antisemitismus 2.0 und die Netzkultur des Hasses. Judenfeindschaft als kulturelle Konstante und kollektiver Gefühlswert im digitalen Zeitalter*. Berlin.

- Schwarz-Friesel, M. (2020a). Israelbezogener Antisemitismus und der lange Atem des Anti-Judaismus – von „Brunnenvergiftern, Kindermördern, Landräubern“. *Wissen schafft Demokratie*, 42–57.
- Schwarz-Friesel, M. (2020b). *Judenhass im Internet*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Shani, M., Goldberg, D. & Van Zalk, M. H. W. (2025). „If you prick us, do we not bleed?“ Antisemitism and psychosocial health among Jews in Germany. *Frontiers in Psychology*, 2025.
- Yolkov, S. (2000). *Antisemitismus als kultureller Code: zehn Essays*. München: Beck.

6 Antiziganismus in Berlin

Gert Pickel & Susanne Pickel

6.1 Einführung und Konzeptionelles zu Antiziganismus

Rom:nja und Sinti:zze siedeln seit mehr als 600 Jahren in Europa. Die ca. 70.000 Sinti:zze und Rom:nja mit deutscher Staatsangehörigkeit sind zwar seit 1995 als Minderheit in Deutschland anerkannt (Pickel & Stark 2022, 3; Knudsen 2023, 15–20; Unabhängige Kommission Antiziganismus 2021, 48), aber immer noch von Teilen der deutschen Gesellschaft nicht akzeptiert. Vielmehr wird ihnen nach wie vor mit Ablehnung und falschen Zuschreibungen begegnet. So beschreibt der Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus (2021, 11) sowohl eine historisch gewachsene strukturelle als auch eine beständige institutionelle Verankerung von Antiziganismus in Deutschland und dokumentiert darüber hinaus vielfältige Erfahrungen von Rassismuserleben (Neuburger & Hinrichs 2021). Tittel (2025) fokussiert auf eine Geschichte der Verdrängung, um die historische Verankerung des Antiziganismus sowie die Einbettung des Antiziganismus in gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse sichtbar zu machen. Diese ist getragen durch die Kultur eines Verdachts und breiten Rassismuserfahrungen von Sinti:zze und Rom:nja (Randjelović et al. 2022).

Antiziganismus existiert auch in Berlin. Dies zeigen die Befunde der Dokumentationsstelle Antiziganismus DOSTA/MIA Berlin von Amaro Foro e.V. (2025, 9), welche für 2024 247 antiziganistische Vorfälle und seit 2014 1.749 Vorfälle in allen Lebensbereichen erfassten. Um zu einem genaueren Bild des Phänomens und seiner Verbreitung zu gelangen, ist es notwendig, das Meinungsklima zu Sinti:zze und Rom:nja sowie antiziganistische Einstellungen zu erfassen. Entsprechend ist Antiziganismus einer der beiden Schwerpunkte des Berlin Monitor 2025. Dabei konzentrieren wir uns weniger auf strukturellen oder institutionellen Antiziganismus als vielmehr auf die Betrachtung dessen, was die Berliner:innen über Sinti:zze und Rom:nja denken, welche Urteile oder Vorurteile sie über diese fällen und was dies zuletzt bedeutet.

Sinti:zze und Rom:nja werden in der deutschen Bevölkerung vorrangig negativ wahrgenommen, was auch an dem Bild der Minderheit, das in den Online- und Print-Medien verbreitet wird, abgelesen werden kann. Das Presse- und Politikmonitoring des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma aus dem Jahr 2024 belegt:

„In etwa jedem vierten der ausgewerteten Berichte werden Sinti oder Roma* mit gesellschaftlichen Problemen in Verbindung gebracht. Die Problemwahrnehmung überwiegt in Berichten über Angehörige der Minderheit im Kontext Flucht, Wohnen, Soziale Arbeit und ist vor allem im Kontext Kriminalität alarmierend hoch.*

[...] Hinzu kommt, dass in nahezu jedem neunten analysierten Bericht Sinti oder Roma* als Täter*innen dargestellt werden. In über der Hälfte dieser Berichte verstärken antiziganistische Zuschreibung die negative Wahrnehmung der Minderheit in der Öffentlichkeit“ (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma 2024, 10f.).*

Den förderlichen Einfluss negativer Berichterstattung über Sinti:zze und Rom:nja auf Antiziganismus haben End (2013, 2014, 2017), Schreiber (2016) und Rostas (2017) bereits in ihren Arbeiten eindrucksvoll dokumentiert.

Wie u. a. aus dem Monitoring des Zentralrates deutlich wird, ist Antiziganismus zuallererst eine Form von Rassismus. Er richtet sich gegen die Angehörigen der Minderheit der Sinti:zze und Rom:nja, wertet sie ab und diskriminiert sie aufgrund ihrer Zugehörigkeit und Zuschreibung. Der Begriff „Antiziganismus“ wird vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma verwendet und beschreibt „eine spezielle Form des Rassismus, der sich gegen Roma, Sinti, Fahrende, Jenische und andere Personen richtet, die von der Mehrheitsgesellschaft als ‚Zigeuner‘ stigmatisiert werden“ (Allianz gegen Antiziganismus 2017, 3). Antiziganismus umfasst demnach Vorurteile, negative Stereotype und Hassreden und darüber hinaus Handlungen, die kulturbezogen und z. T. biologistische Zuschreibungen und Abwertungen beinhalten (Benedict & Mead 2019; Rattansi 2020).

Antiziganismus beschreibt einen

„[...] historisch hergestellte[n] stabile[n] Komplex eines gesellschaftlich etablierten Rassismus gegenüber sozialen Gruppen, die mit dem Stigma ‚Zigeuner‘ oder anderen verwandten Bezeichnungen identifiziert werden. Er umfasst

- 1. eine homogenisierende und essentialisierende Wahrnehmung und Darstellung dieser Gruppen;*
- 2. die Zuschreibung spezifischer Eigenschaften an diese;*
- 3. vor diesem Hintergrund entstehende diskriminierende soziale Strukturen und gewalttätige Praxen, die herabsetzend und ausschließend wirken und strukturelle Ungleichheit reproduzieren“ (Allianz gegen Antiziganismus 2017, 5).*

Die Definition umfasst sechs Kernelemente des Antiziganismus – die historische Verankerung, eine essenzialistische Ideologie, eine soziale Hierarchie, individuelle Einstellungen, die soziale Praxis und die Internationalisierung (Pickel & Stark 2022, 5f.). Der Begriff Antiziganismus als besondere Form des Rassismus gegenüber Sinti:zze und Rom:nja wird mit der Anerkennung der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) (2020) durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes national und international bestätigt. Antiziganismus ist eine komplexe Form des Rassismus und setzt sich der Arbeitsdefinition nach aus mehreren Dimensionen zusammen. Die IHRA-Definition erfasst die Leugnung der Verfolgung von Sinti:zze und Rom:nja sowie des Völkermords im Nationalsozialismus, die beleidigende Verwendung des Begriffs „Zigeuner“, Stereotypisierung als kriminell oder gefährlich sowie die

Billigung von Mechanismen der Ausgrenzung.⁵ Damit beinhaltet die Definition auch Einstellungen der Bürger:innen gegenüber Sinti:zze und Rom:nja. Diese sind zwar nicht immer als Rassismus zu verstehen, bieten aber einen entsprechenden Interpretationsspielraum.

Pickel und Stark (2022, 15–26) konnten in einer Studie 2022 zeigen, dass diese Dimensionen zumindest teilweise in den Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu finden sind. Sie identifizieren mit Hilfe einer Bevölkerungsumfrage fünf Dimensionen: Die Dimension *Othering und Exklusion* zeigt, wie unterschiedliche Wertigkeit zwischen der eigenen sozialen Gruppe und der Minderheit der Sinti:zze und Rom:nja geäußert und eine rechtliche Gleichbehandlung verweigert wird, weil Sinti:zze und Rom:nja als unwürdig und weniger wertvoll als die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft erachtet werden. Die Dimension *Wahrnehmung einer strukturellen Diskriminierung* offenbart, dass in der deutschen Bevölkerung durchaus ein Problembewusstsein für die historisch gewachsene strukturelle Diskriminierung von Sinti:zze und Rom:nja besteht. Die Verantwortung für den wahrgenommenen Antiziganismus wird allerdings nicht bei sich selbst gesucht, sondern der Politik zugeschoben.⁶ Die Dimension *Aktive Wahrnehmung* beschreibt, dass diskriminierende Aussagen zu Sinti:zze und Rom:nja im sozialen Umfeld der Befragten zumindest teilweise geduldet oder akzeptiert werden. In der Dimension *Armutszuschreibung* wird deutlich, dass zum einen der Bevölkerung scheinbar bewusst ist, dass Sinti:zze und Rom:nja sozial benachteiligt sind und werden, zum anderen das Thema Armut stellvertretend für ein umfassenderes Vorurteilskonstrukt steht. Sinti:zze und Rom:nja werden eine unzureichende Bildung, wenig geregelte Lebensumstände und ein unregelmäßiges Einkommen nachgesagt (Scherr 2013). Sie werden zudem als unberechtigte Leistungsempfänger:innen staatlicher Unterstützungsleistungen kriminalisiert. Die Dimension *Konflikt und Schuldzuweisung* entspricht der essenzialistischen Ideologie der Antiziganismusdefinition und stellt unüberwindbare Unterschiede zwischen „Uns“ und den „Anderen“ fest. Die Verantwortung dafür, „anders“ zu sein, wird der Minderheit der Sinti:zze und Rom:nja zugewiesen und als Begründung für ihre Diskriminierung gebraucht. Die teilweise neu entwickelten Fragestellungen zu antiziganistischen Einstellungen in der Studie von Pickel und Stark (2022) ermöglichen, ein differenziertes Bild des Antiziganismus in Deutschland zu zeichnen. Sie zeigen aber auch, dass antiziganistische Einstellungen innerhalb der deutschen Bevölkerung weit verbreitet sind.

Für den Berlin Monitor wurde eine große Zahl der in dieser Studie verwendeten Items übernommen und durch einzelne Items ergänzt (Tab. 6.1). Die Zahl der Items für die Dimension *Othering und Exklusion* reduzierten wir aus Vergleichbarkeitsgründen und ökonomischen Gründen auf zwei. Es wurden die beiden Items mit den höchsten Faktorwerten bei Pickel und Stark (2022) als Kennzeichnungsindikatoren dieser Dimension ausgewählt. Alle in Tabelle 6.1 dargestellten Items wurden im Rahmen des Berlin-

5 <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-von-antiziganismus> (10.11.2025).

6 Strukturelle Diskriminierung oder struktureller Antiziganismus zielen auf eine historische Verankerung von Antiziganismus in der Gesellschaft, die kaum hinterfragt wird.

Monitor 2025 in der Berliner Bevölkerung erhoben und auf ihre Reliabilität überprüft. Dabei kam es zu dem in Tabelle 6.1 zusammengestellten Katalog an Einzelitems. Aus Überblicksgründen haben wir in der Darstellung die in der Studie von Pickel und Stark (2022) ermittelten Dimensionen hinzugefügt. So wurden Items der Dimensionen Othering und Exklusion, aktive Wahrnehmung der Diskriminierung, Wahrnehmung einer strukturellen Diskriminierung bzw. eines strukturellen Antiziganismus, Konflikt und Schuldzuschreibung sowie Armutszuschreibung erhoben. In Austausch mit der Ansprechperson des Landes Berlin zu Antiziganismus, Alina Voinea, wurden drei neue Items ergänzt. Sie messen die Haltung zu einer aktuellen Debatte, in der Sinti:zze und Rom:nja mit Asylmissbrauch im Kontext der Migrationsbewegungen anlässlich des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine in Verbindung gebracht werden, sowie benevolenten und romantisierenden Antiziganismus.

Tabelle 6.1: Indikatoren (und Dimensionen nach Pickel & Stark 2022)

Verwendetes Item	Dimension (Pickel & Stark 2022)
Sinti und Roma sind nicht so zivilisiert.	<i>Othering & Exklusion</i>
Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden.	<i>Othering & Exklusion</i>
Wenn in meinem Bekannten-/Freundeskreis negativ über Sinti und Roma geredet würde, würde dem niemand widersprechen.	<i>Aktive Wahrnehmung der Diskriminierung</i>
Die Diskriminierung von Sinti und Roma in Deutschland ist aktuell ein Problem.	<i>Wahrnehmung struktureller Diskriminierung</i>
Politiker und Parteien thematisieren die systematische Benachteiligung der Sinti und Roma unzureichend.	<i>Wahrnehmung struktureller Diskriminierung</i>
Durch ihr Verhalten sind Sinti und Roma an ihrer Diskriminierung mitschuldig.	<i>Konflikt & Schuldzuschreibung</i>
Die Anwesenheit von Sinti und Roma führt zu Konflikten.	<i>Konflikt & Schuldzuschreibung</i>
Sinti und Roma leiden häufiger unter Armut.	<i>Armutszuschreibung</i>
Im Zuge des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine haben sich Roma als Ukrainer ausgegeben, nur um in Deutschland Asylleistungen zu beziehen.	<i>Neues Item</i>
Sinti und Roma haben ein sorgloseres Leben als Menschen anderer Gruppen.	<i>Neues Item: romantisierender Antiziganismus</i>
Sinti und Roma sind besonders gute Musiker.	<i>Neues Item: benevolenter Antiziganismus</i>

Quelle: Eigene Zusammenstellung; Dimensionen nach Pickel & Stark 2022.

Daneben erheben wir in Berlin die eingeschätzte Bedrohlichkeit von Sinti:zze und Rom:nja im Vergleich zu anderen sozialen Gruppen sowie Kontakte mit ihnen. Aufgrund von notwendig gewordenen Kürzungen des Fragebogens mussten wir leider auf die ursprünglich vorgesehene Wiederholung einer offenen Frage zu Assoziationen zu den Begriffen „Sinti und Roma“ verzichten. Wir gehen aber davon aus, dass das Bild eine gewisse Ähnlichkeit zur bundesdeutschen Situation aufweist. In der breiten Gruppierung der Antworten bei Pickel und Stark (2022, 11 f.) nannte ein Drittel der Befragten Assoziationen, die man als Vorurteile oder Diskriminierung interpretieren kann, immerhin 18 Prozent zeigten eine gewisse Sensibilität für die Diskriminierung von Sinti:zze und Rom:nja. Entsprechend ist auch für Berlin zu erwarten, dass antiziganistische Einstellungen existieren.

6.2 Antiziganismus in Berlin – Dimensionalität und Verbreitung

Nun haben wir in Tabelle 6.1 die bisherige Anordnung bei Pickel und Stark (2022) reproduziert. Allerdings haben wir drei Items hinzugefügt und können uns nicht sicher sein, dass diese Dimensionalität sich auch in Berlin zeigt. Zwar haben wir eine theoretische bzw. konzeptionelle Sortierung eines Einstellungsantiziganismus, aber wir wollen trotzdem wissen, ob sich die in der DeZIM-Studie 2022 (Pickel & Stark 2022) ermittelten Dimensionen für Berlin in gleicher Art und Weise finden lassen. Um dies zu prüfen, führen wir eine Dimensionsanalyse durch. Dieses Verfahren ist in der Lage, Antwortdimensionen voneinander zu unterscheiden und gleich beantwortete Items zu einer Dimension zusammenzuführen (Pickel & Pickel 2018). Die Items dieser Dimensionen können anschließend jeweils thematisch zusammengefasst und mit einem Oberbegriff bezeichnet werden (Tab. 6.2).

Es differenzieren sich vier Dimensionen aus: Dimension 1 kann man als *exkludierenden Antiziganismus* bezeichnen. Er vereint Antworten, die einen klaren Abwertungscharakter aufweisen, ein Othing vornehmen und Elemente einer Schuldzuschreibung wie Schuldabwehr beinhalten („Durch ihr Verhalten sind Sinti und Roma an Ihrer Diskriminierung mitschuldig“). Diese Dimension integriert auch zwei der neu eingeführten Items und zeigt, dass diese einer klar abwertenden Form des Antiziganismus zuzuschlagen sind. So neigt die Zuschreibung eines sorgloseren Lebens von Sinti:zze und Rom:nja genauso in die exkludierende Richtung wie die Wahrnehmung von Sinti:zze und Rom:nja als Sozialbetrüger:innen infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. Das Ergebnis deckt sich mit der Dimension *Othing und Exklusion* bei Pickel und Stark (2022) und beinhaltet ebenfalls die Items der Dimensionen *Aktive Wahrnehmung der Diskriminierung* sowie *Konflikt und Schuldzuschreibung*, die wir damit als eigenständige Dimensionen für Berlin so nicht reproduzieren konnten.

Eine zweite Dimension erfasst die *Wahrnehmung eines strukturellen Antiziganismus* bzw. einer strukturellen Diskriminierung von Sinti:zze und Rom:nja (auch Pickel & Stark 2022, 16). Sie repräsentiert, inwieweit in der Berliner Bevölkerung ein Problembewusstsein für die Diskriminierungssituation von Sinti:zze und Rom:nja herrscht. Dominant ist die Defizitanzeige mit Blick auf Politiker:innen und Parteien.

Tabelle 6.2: Dimensionsanalyse antiziganistischer Einstellungen in Berlin

	Dimension			
	1	2	3	4
Sinti und Roma sind nicht so zivilisiert.	,870			
Durch ihr Verhalten sind Sinti und Roma an ihrer Diskriminierung mitschuldig.	,869			
Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden.	,860			
Die Anwesenheit von Sinti und Roma führt zu Konflikten.	,819			
Wenn in meinem Bekannten-/Freundeskreis negativ über Sinti und Roma geredet würde, würde dem niemand widersprechen.	,723			
Im Zuge des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine haben sich Roma als Ukrainer ausgegeben, nur um in Deutschland Asylleistungen zu beziehen.	,707			
Sinti und Roma haben ein sorgloseres Leben als Menschen anderer Gruppen.	,527			
Politiker und Parteien thematisieren die systematische Benachteiligung der Sinti und Roma unzureichend.		,919		
Die Diskriminierung von Sinti und Roma in Deutschland ist aktuell ein Problem.		,682		
Sinti und Roma sind besonders gute Musiker.			,967	
Sinti und Roma leiden häufiger unter Armut.				,863

Quelle: Eigene Berechnungen, Faktorenanalyse schiefwinklig; Hauptkomponentenanalyse; n = 2.002.

Dimension 3 kann man als *benevolenten Antiziganismus* bezeichnen. Eine auf den ersten Blick positive Aussage erweist sich als Kategorisierung und Klassifizierung, die sich durch eine fehlende Anerkennung von Sinti:zze und Rom:nja auszeichnet. Sie wird nur durch ein Item („Sinti und Roma sind besonders gute Musiker“) abgebildet.

Einen *armutszuschreibenden Antiziganismus* kann man die vierte, wieder durch nur ein Item repräsentierte Dimension des Antiziganismus nennen. Hier handelt es sich um ein intersektionales Ressentiment, das eine Verbindung zwischen der Zugehörigkeit zu den Gruppen der Sinti:zze und Rom:nja und prekären Lebenssituationen herstellt. Damit verbindet sich der Rassismus gegenüber Sinti:zze und Rom:nja hier mit Klassismus.

Tabelle 6.3: Beziehungen zwischen den Dimensionen des Antiziganismus

	Antiziganismus Wahrnehmung eines strukturellen Antiziganismus	Antiziganismus Armuts- zuschreibung	Antiziganismus benevolent
Antiziganismus Exklusion	+ .11**	–.06*	+ .17**
Antiziganismus Anerkennung Strukturell		+ .16**	+ .24**
Antiziganismus Armutszuschreibung			n.s.

Quelle: Eigene Berechnungen, Pearsons Produkt-Moment Korrelationen;
Werte signifikant * bei $p < .05$ und ** bei $p < .001$.

Mit dieser vierdimensionalen Lösung können wir in der Folge weiterarbeiten, wobei wir zur einfacheren Darstellung immer wieder auf die Kennzeichnungsitems der vier Dimensionen zurückgreifen werden. Dies sind „Sinti und Roma sind nicht so zivilisiert“ für Dimension 1, „Politiker und Parteien thematisieren die systematische Benachteiligung der Sinti und Roma unzureichend“ für Dimension 2, „Sinti und Roma sind besonders gute Musiker“ für Dimension 3 und „Sinti und Roma leiden häufiger unter Armut“ für Dimension 4.

Die Items unterscheiden sich auch hinlänglich, wie eine Korrelationsanalyse zeigt. Zwar finden sich Zusammenhänge, sie sind aber nicht besonders stark ausgeprägt und an einer Stelle auch negativ (Tab. 6.3). Die positiven Beziehungen zwischen dem exkludierenden Antiziganismus und dem benevolenten Antiziganismus bestärken die Annahme, dass der benevolente Antiziganismus nicht so positiv oder anerkendend gemeint ist, wie er auf den ersten Blick scheint. Umgekehrt überrascht, dass die Wahrnehmung von strukturellem Antiziganismus positiv mit Exklusion und Othering zusammenhängt, wenn auch in einem begrenztem Ausmaß. Möglicherweise beinhaltet diese Anerkennung nicht immer und ausschließlich ein positives Bild von Sinti:zze und Rom:nja.

Auffällig ist die schwache negative Beziehung zwischen der exkludierenden Dimension und der Armutszuschreibung. Letztere umfasst anscheinend entweder ein komplexeres Verständnis als nur eine Mischung aus Rassismus und Klassismus oder es besitzt eine breite Verteilung in der Gesellschaft, die nicht derjenigen der anderen Dimensionen entspricht. Insgesamt zeigt sich die Tragfähigkeit einer Differenzierung antiziganistischer Einstellungen in unterschiedliche Dimensionen. Kommen wir nun zu den Zustimmungswerten. Wie Abbildung 6.1 zeigt, sind antiziganistische Einstellungen in Berlin teilweise weit verbreitet und erreichen eine beachtliche Spannbreite in den Zustimmungswerten.

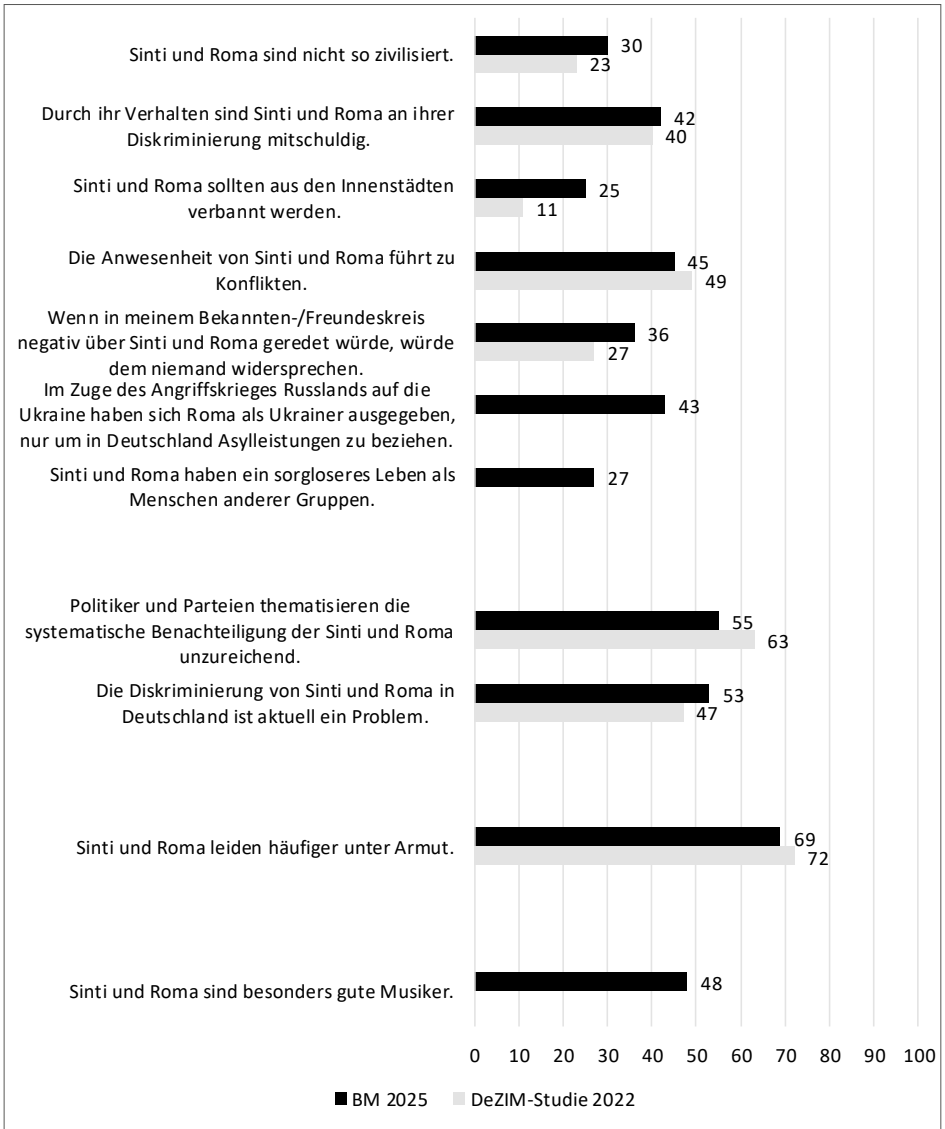


Abb. 6.1: Antiziganistische Einstellungen in Berlin

Quelle: Eigene Berechnungen; Werte Zustimmung in Prozent, „stimme stark zu“ und „stimme eher zu“ bei 4-Punkt-Antwortskala; n = 2.022; Anordnung der Items entsprechend der in Tabelle 6.3 ermittelten Dimensionen.

Items mit eindeutig antiziganistischem Inhalt der Kategorie *Exklusion und Othering* wird von 25 bis 30 Prozent der Berliner:innen zugestimmt. Wenn ein Viertel der Berliner:innen Sinti:zze und Romn:nja aus den Innenstädten verbannen wollen und 30 Prozent sie für nicht so zivilisiert halten, also als nicht mit der „westlichen Zivilisation“ vereinbar ansehen, dann scheint die Ablehnung gegenüber Sinti:zze und Rom:nja in Berlin doch recht weit verbreitet zu sein. Bei diesen Aussagen fallen die Berliner Zustimmungsraten durchgehend höher aus als im Bund.⁷ Auch sehen 36 Prozent der Berliner:innen in ihrem Bekanntenkreis keinen Widerstand bei negativen Aussagen über Sinti:zze und Rom:nja. 42 bis 45 Prozent der Berliner:innen gehen davon aus, dass Sinti:zze und Rom:nja Grund von Konflikten bzw. an ihrer Diskriminierung mitschuldig sind. Gerade Letzteres ist eine klare Täter-Opfer-Umkehr und Verantwortungsverschiebung wie Schuldzuschreibung. Wir erwähnten bereits, dass wir in die Befragung des Berlin-Monitors auch eine Frage mit einem aktuellen Bezug aufgenommen haben. Hier zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei den beiden Items zu Konflikt und Schuldzuschreibung: 43 Prozent der Berliner:innen trauen Rom:nja zu, sich soziale Hilfen als Ukrainer:innen erschleichen zu wollen. Damit wird deutlich, dass fast die Hälfte der Berliner:innen beachtliche Vorurteile über Sinti:zze und Romn:nja aufweist und eine gehörige Portion Abwertung einfließen lässt. Dass lediglich 27 Prozent der Befragten Sinti:zze und Rom:nja ein sorgloseres Leben als anderen zusprechen, kommt näher an die Realität als erwartet. Denn vor dem Hintergrund der aufgezeigten Abwertungen, dürfte das Leben von Sinti:zze und Rom:nja in Deutschland keineswegs so leicht sein. Insgesamt findet sich eine breitflächige Exklusion und ein Othering von Sinti:zze und Rom:nja.

55 Prozent sind der Ansicht, dass Politiker und Parteien die (rassistische) Diskriminierung von Sinti:zze und Rom:nja unzureichend thematisieren. 53 Prozent empfinden die Diskriminierung von Sinti:zze und Rom:nja als Problem. Es scheint also eine nicht geringe Zahl an Berliner:innen zu geben, die ein gewisses Gespür für die Lage von Sinti:zze und Rom:nja in Deutschland und Berlin entwickelt haben. Inwieweit diese *Wahrnehmung einer strukturellen Diskriminierung* sich gegen Antiziganismus an sich auswirkt, werden wir im Artikel noch betrachten.

Am verbreitetsten ist die Wahrnehmung bzw. *Zuschreibung von Armut*. 69 Prozent der Berliner:innen denken, dass Sinti:zze und Rom:nja häufiger unter Armut leiden. Alle drei Zustimmungswerte liegen nur leicht unter denen, die im Jahr 2023 für die Bundesrepublik ermittelt wurden, so dass man von keinem wirklichen Unterschied zwischen der Berliner und der bundesweiten Bevölkerung sprechen kann (Pickel & Stark 2022).

Kommen wir zum Schluss noch zum *benevolenten Antiziganismus*. 48 Prozent der Berliner:innen klassifizieren Sinti:zze und Rom:nja als besonders gute Musiker:innen. Dies klingt auf den ersten Blick freundlich, ist aber, wie spätere Analysen zeigen, nur eine Verschleierung einer eigentlich nicht so positiven Meinung.

⁷ Da nicht geklärt ist, ob es Erhebungsunterschiede zwischen den Befragungen geben kann, muss man diesen Befund etwas mit Vorsicht behandeln. Gleichzeitig gilt: Niedriger als im Bundesgebiet sind die exkludierenden antiziganistische Einstellungen in Berlin nicht.

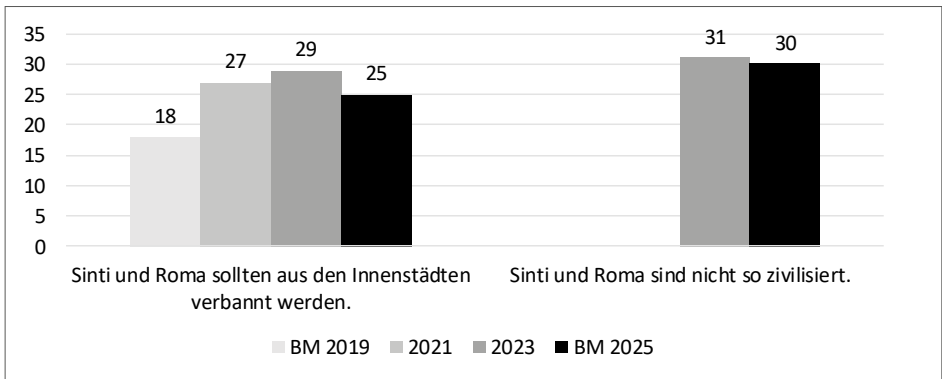


Abb. 6.2: Entwicklung antiziganistischer Einstellungen in Berlin

Quelle: Eigene Berechnungen; Werte Zustimmung in Prozent; „stimme stark zu“ und „stimme eher zu“ bei 4-Punkt-Antwortskala; n = 2.022.

Für zwei Items können wir eine kurze Zeitreihe mit früheren Berlin-Monitoren konstruieren (Abb. 6.2). Dies ist für eine Variable („Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden“) durchgehend seit dem ersten Berlin-Monitor 2019 sowie für ein bereits 2023 erhobenes Item („Sinti und Roma sind nicht so zivilisiert“) möglich.

Auch wenn der Zeitvergleich eingeschränkt ist, bleibt das Ergebnis interessant. Während die Zustimmung zu der Aussage „Sinti und Roma sind nicht so zivilisiert“ zwischen 2023 und 2025 nahezu gleichgeblieben ist, sank der Wunsch, Sinti:zze und Rom:nja aus Innenstädten zu verbannen, seit 2023 leicht ab, nachdem er ab 2019 kontinuierlich angestiegen war. Man kann also davon ausgehen, dass recht konsistent zwischen 25 und 30 Prozent der Berliner:innen antiziganistisch eingestellt sind. Die Einrichtung des Amtes einer Ansprechperson zu Antiziganismus lag vor diesem Hintergrund nahe, wenn sie nicht überfällig war.

6.3 Kontexte des Antiziganismus

Antiziganismus ist nicht gleichverteilt über die Berliner Bevölkerung.

Zwar finden sich nur sehr begrenzt geschlechtsspezifische Einstellungsunterschiede und keine Einstellungsunterschiede aufgrund des Migrationshintergrundes (nicht grafisch ausgewiesen), es zeigt sich aber ein teils deutlicher Einfluss des Bildungsniveaus (Abb. 6.3). So sind antiziganistische Einstellungen unter Berliner:innen mit einer formal niedrigeren Bildung durchgehend stärker ausgeprägt. Am stärksten ist der Ausschlag bei der Zuschreibung eines Sozialhilfebetrugs im Rahmen der Ukrainehilfe. 72 Prozent der Berliner:innen mit *formal niedriger Bildung* sehen diesen als sehr oder eher gegeben an, was immerhin fast 30 Prozentpunkte über dem Durchschnittswert für Berlin liegt. Möglicherweise kommen an dieser Stelle Konkurrenzeffekte zum Tragen.

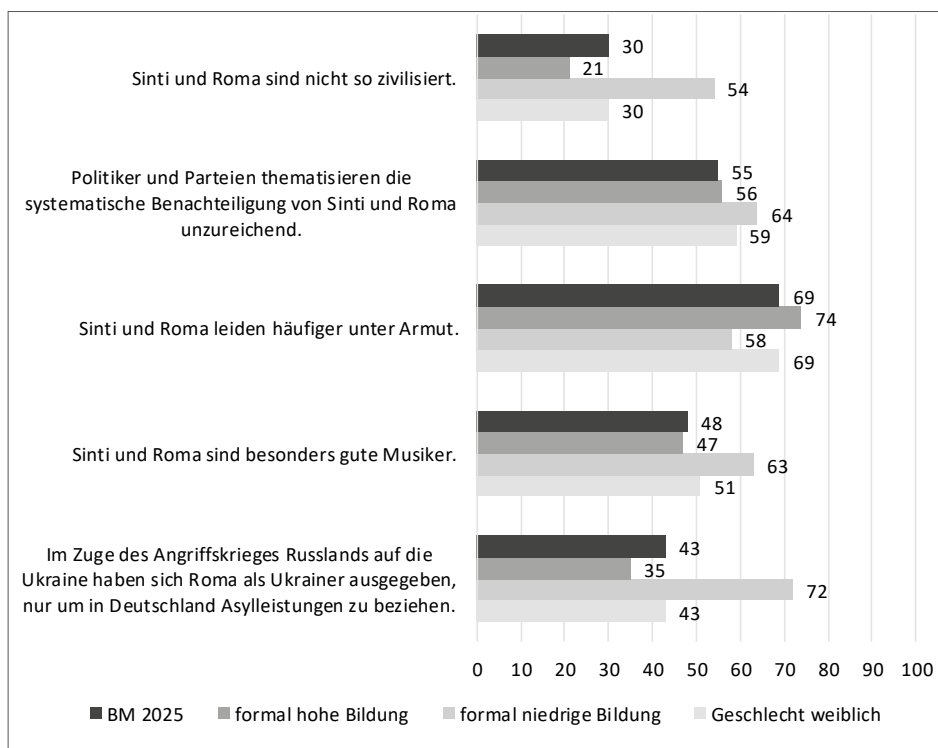


Abb. 6.3: Antiziganistische Einstellungen in Berlin nach sozialstrukturellen Merkmalen

Quelle: Eigene Berechnungen; Werte Zustimmung in Prozent; „stimme stark zu“ und „stimme eher zu“ bei 4-Punkt-Antwortskala; ausgewählte Kennzeichnungsindikatoren der Faktorenanalyse (siehe Tab. 6.2); n = 2.022.

Bei der Armutszuschreibung fällt die Einschätzung derjenigen mit formal niedriger Bildung nur leicht unterdurchschnittlich aus, und bei dem Item aus der Dimension *Wahrnehmung eines strukturellen Antiziganismus* finden sich fast gar keine Unterschiede, was nochmals auf die nicht ganz so einfache Einordnung dieser Dimension verweist. Der Bildungsstand scheint ein Aspekt zu sein, der die Haltung zu Sinti:zze und Rom:nja zumindest moderiert. Die *geschlechtsspezifischen Effekte* sind hingegen begrenzt, wie die Zustimmungswerte der Frauen demonstrieren. Meist fallen die Werte gleich mit dem Durchschnitt der Berliner Bevölkerung aus. Der Anteil derjenigen, die Sinti:zze und Rom:nja für nicht so zivilisiert halten und die ihnen Sozialbetrug im Zuge der Ukrainehilfe zutrauen, ist bei Frauen etwas geringer als bei Männern. Die Geschlechtszugehörigkeit scheint allerdings kein wesentlicher Unterscheidungsfaktor zwischen antiziganistischer und nicht-antiziganistischer Einstellung zu sein.

Oft sind abwertende Haltungen mit politisch-ideologischen Positionen verbunden. Und auch für den Antiziganismus im Berlin-Monitor 2025 zeigen sich Effekte entlang der politischen Ideologie. So findet sich eine stärkere Wahrnehmung von Armut und struk-

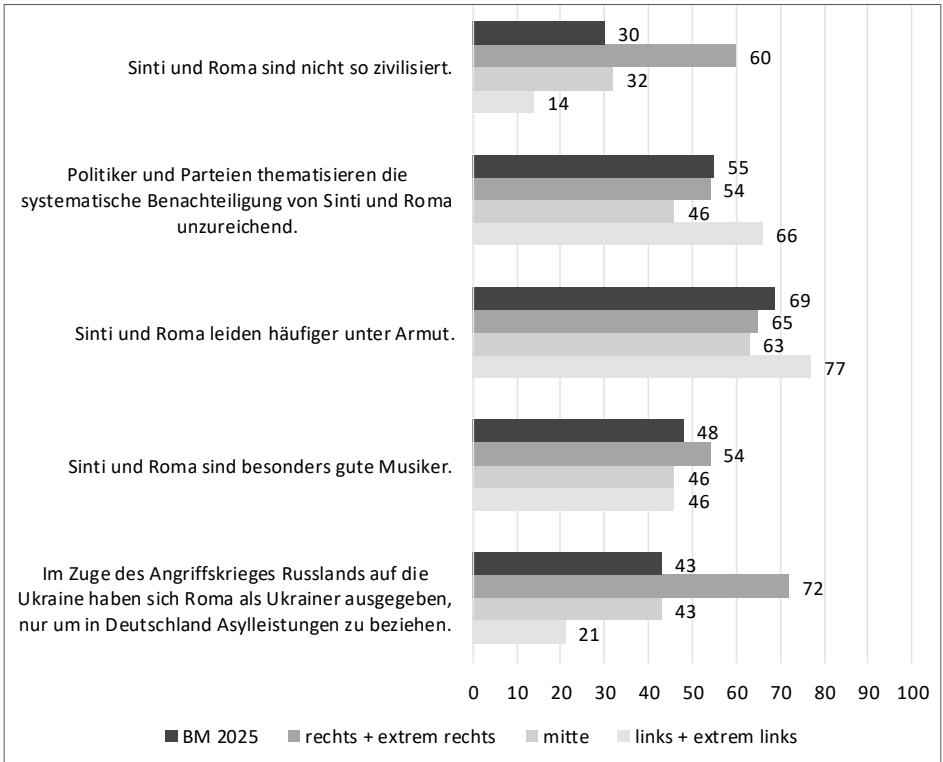


Abb. 6.4: Antiziganistische Einstellungen in Berlin nach politischer Ideologie

Quelle: Eigene Berechnungen; Werte Zustimmung in Prozent; „stimme stark zu“ und „stimme eher zu“ bei 4-Punkt-Antwortskala; ausgewählt Kennzeichnungsindikatoren der Faktorenanalyse (siehe Tab. 6.2); links und extrem links = 1–4 auf Links-Rechts-Skala; mitte = 5 + 6 auf Links-Rechts-Skala; rechts und extrem rechts = 7–10; n = 2.022.

turellem Antiziganismus durch Berliner:innen mit einer linken oder extrem linken Prägung, während Exklusion und Othering unter Berliner:innen mit politisch rechter oder extrem rechter Ideologie um 30 Prozentpunkte über dem mittleren Zustimmungswert der Berliner:innen liegt (Abb. 6.4). Exkludierender Antiziganismus ist eine bedeutende Brückensideologie ins politisch-ideologisch rechte Milieu, ohne dass andere Gruppen vollständig vor dem Vorwurf antiziganistischer Einstellungen entlastet werden können.

Immer wieder wird die Strukturähnlichkeit von Antisemitismus und Antiziganismus bzw. die vergleichbare Betroffenheit der beiden Opfergruppen im Nationalsozialismus angesprochen (Zimmermann 2007). Vor allem über die genozidale Verfolgung im Nationalsozialismus bestehen Zusammenhänge, die allerdings immer wieder kritisch diskutiert werden (Stender 2016). Um zu prüfen, ob sich diese Wahrnehmung empirisch in den Einstellungen der Berliner:innen zeigt, führen wir bivariate Korrelationsanalysen zwischen den verschiedenen Dimensionen antiziganistischer Einstellungen und den verschiedenen Formen antisemitischer Ressentiments durch (Tab. 6.4).

Tabelle 6.4: Beziehungen zwischen Antiziganismus und Antisemitismus

	Antisemitismus tradiert	Antisemitismus sekundär	Antisemitismus israelbezogen	Antisemitismus postkolonial
Antiziganismus Exklusion	+.56**	+.57**	+.51**	+.39**
Antiziganismus Wahrnehmung Strukturell	+.17**	n.s.	+.16**	+.23**
Antiziganismus Armutszuschreibung	-.10**	-.13**	-.08**	n.s.
Antiziganismus benevolent	+.24**	+.19**	+.22**	+.21**

Quelle: Eigene Berechnungen, Pearsons Produkt-Moment Korrelationen;
Werte signifikant * bei $p < .05$, ** bei $p < .001$.

Die Ergebnisse sind sehr klar für den exkludierenden Antiziganismus: Dieser hängt in hohem Ausmaß mit allen Formen antisemitischer Ressentiments zusammen, wobei der Zusammenhang mit dem postkolonialen Antisemitismus etwas schwächer ausfällt. Auch die Beziehung zum benevolenten Antiziganismus ist bei allen Formen des Antisemitismus stabil, was noch einmal dessen negative Ausrichtung bestätigt. Bis auf den sekundären Antisemitismus gilt dies auch für die Wahrnehmung eines strukturellen Antiziganismus. Allein bei der Armutszuschreibung wendet sich das Vorzeichen und die Richtung, bei geringerem bis verschwindenden Zusammenhang. Wenn Berliner:innen dazu neigen, Sinti:zze und Rom:nja mit Armut in Verbindung zu bringen, ist es etwas weniger wahrscheinlich, dass sie antisemitische Ressentiments aufweisen. Die geringsten Beziehungen sind durchweg beim erst in jüngerer Zeit gemessenen postkolonialen Antisemitismus aufzufinden. Gleichzeitig passt er sich in die Beziehungsmuster zwischen Antisemitismus und Antiziganismus ein.

Wir betrachten beispielhaft die Zustimmungswerte zu den bislang benutzten Kennzeichnungsindikatoren für unsere vier Antiziganismusdimensionen entlang eines überzeugten tradierten oder israelbezogenen Antisemitismus, der sich ergibt, wenn man nur Personen aufnimmt, die in den entsprechenden Skalen eine durchweg zustimmende Position vertreten. Dabei konzentrieren wir uns aus Übersichtlichkeitsgründen auf den tradierten und den israelbezogenen Antisemitismus.

Durch die grafische Darstellung werden die Ergebnisse plastisch und gut erkennbar (Abb. 6.5). Besonders die enorm hohen Ausschläge unter den überzeugten tradierten oder israelbezogenen Antisemit:innen bei der Dimension antiziganistische Exklusion („Sinti und Roma sind nicht so zivilisiert“ oder auch Item zum Sozialleistungsmissbrauch im Zusammenhang mit der Ukraine) zeigen die starke Verbindung zwischen

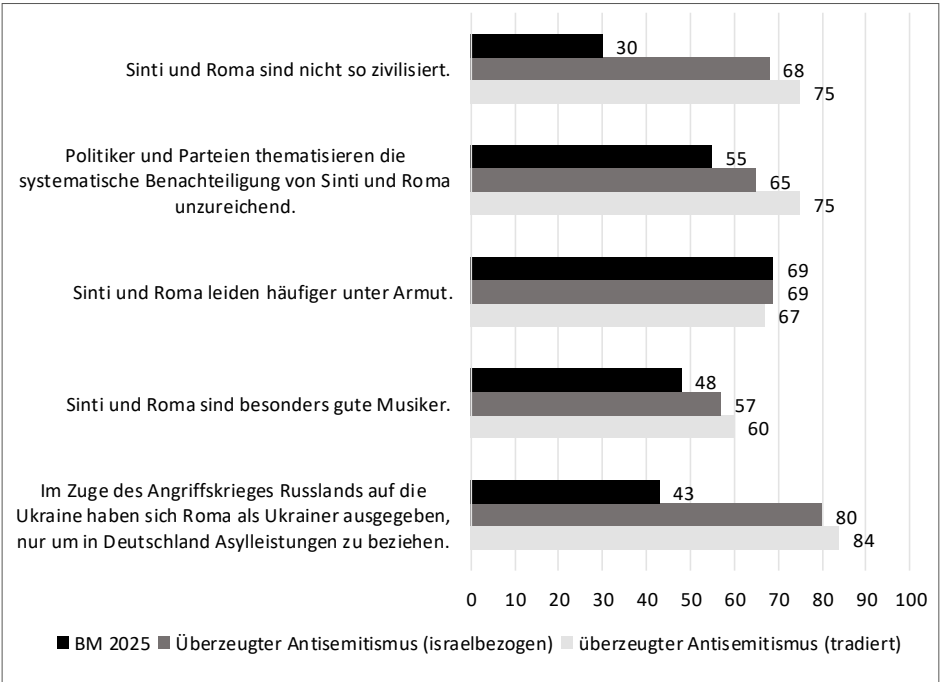


Abb. 6.5: Antiziganistische Einstellungen in Berlin nach antisemitischen Ressentiments

Quelle: Eigene Berechnungen; Zustimmung in Prozent; „stimme stark zu“ und „stimme eher zu“ bei 4-Punkt-Antwortskala; Kennzeichnungsindikatoren der Faktorenanalyse (siehe Tab. 6.2); n = 1.255–1.614.

beiden Ressentiments. Für die Armutszuschreibung findet sich kein Ausschlag, woraus bei einer bestehenden Korrelation zu schließen ist, dass sich die sowieso leichteren Beziehungen eher auf der Ebene teilweiser Zustimmungen manifestieren. Durch die höheren Werte der überzeugten Antisemit:innen wird die Deutung des benevolenten Antiziganismus als ein versteckter Rassismus gegenüber Sinti:zze und Rom:nja gestützt.

6.4 Antiziganismus in Berlin – Erklärungsversuche

Bivariate Zusammenhänge geben keine kausalen Beziehungen wieder und berücksichtigen zudem nicht Drittvariablen oder interagierende Bezüge. Um diese herauszuarbeiten, benötigen wir differenzierte kausalanalytische Verfahren und noch weitere Informationen. Beginnen wir mit zwei Informationen, die uns gegebenenfalls helfen können, die Gründe für antiziganistische Einstellung zu erklären. Mit Blick auf Muslim:innen kommt man immer wieder zum Schluss, dass sie als bedrohlich und gefährlich wahrgenommen werden. Hintergrund sind Bezüge, die zu Terroratzen von Islamist:innen oder zum Islamischen Staat aufgemacht werden (Pickel & Yendell 2016;

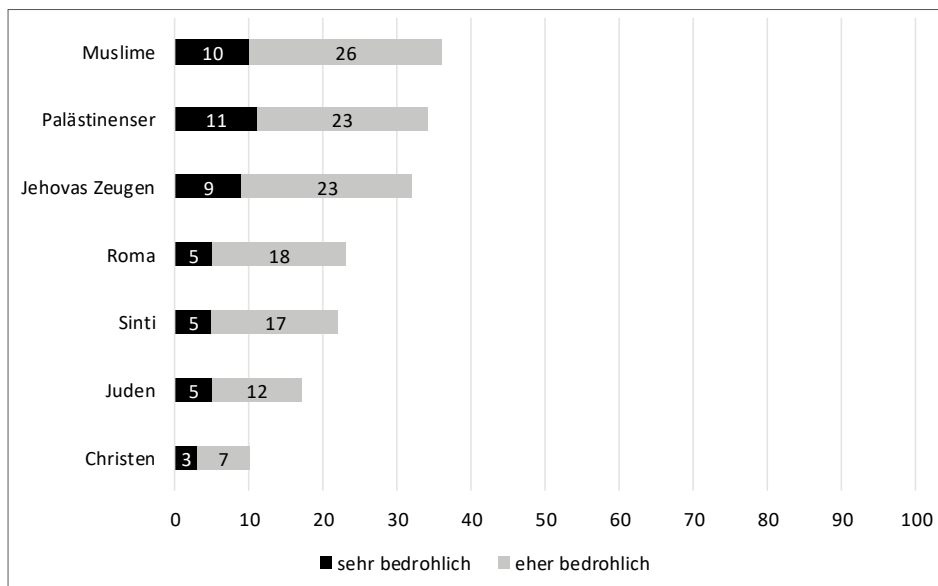


Abb. 6.6: Bedrohlichkeit sozialer Gruppen – wo stehen Sinti:zze und Rom:nja

Quelle: Eigene Berechnungen; Zustimmung in Prozent; „stimme stark zu“ und „stimme eher zu“ bei 4-Punkt-Antwortskala; Frage = „Für wie bedrohlich halten Sie folgende Gruppen?“; n = 1.950–2.005.

Pollack et al. 2012; Pickel 2024). In diesem Zusammenhang ergaben sich auch in Berlin Einschätzungen von Muslim:innen als bedrohlich (Pickel 2024, 73). Ist nun ähnliches für Sinti:zze und Rom:nja festzustellen?

Tatsächlich wird Sinti:zze und Rom:nja eine geringere Bedrohlichkeit zugeschrieben als Muslimen sowie Palästinensern und Jehovas Zeugen. Jedoch sind die 22 oder 23 Prozent der Bevölkerung, die Sinti:zze und Rom:nja als bedrohlich wahrnehmen, mehr als ein Fünftel der Berliner:innen und damit keine Randerscheinung (Abb. 6.6). Gleichzeitig scheint die Bedrohlichkeit kein weitreichendes Erklärungskonzept für Antiziganismus zu sein, denn fast alle Befragten – und damit auch jene, die antiziganistischen Aussagen nicht zustimmten – haben diese Einschätzung ebenfalls vorgenommen. Kennen nun aber wirklich alle Berliner:innen Sinti:zze und Rom:nja?

Wie Abbildung 6.7 zeigt, kennen die Befragten Sinti:zze und Rom:nja zumeist nur über die Medien. 51 Prozent nennen Medien als die weitgehende Quelle ihres Wissens über Sinti:zze und Rom:nja, während gerade einmal 21 Prozent angeben, konkrete Kontakte zu Sinti:zze und Rom:nja zu haben. 56 Prozent scheinen über keinerlei Kontakte zu verfügen. Das Wissen über Sinti:zze und Rom:nja ist somit ein oft über Medien erworbenes. Eingedenk, dass Medienmeldungen aus ihrer eigenen Logik heraus Negativmeldungen gegenüber Positivmeldungen bevorzugen, dürfte sich dies für die Einstellungen gegenüber Sinti:zze und Rom:nja nicht unbedingt positiv auswirken.

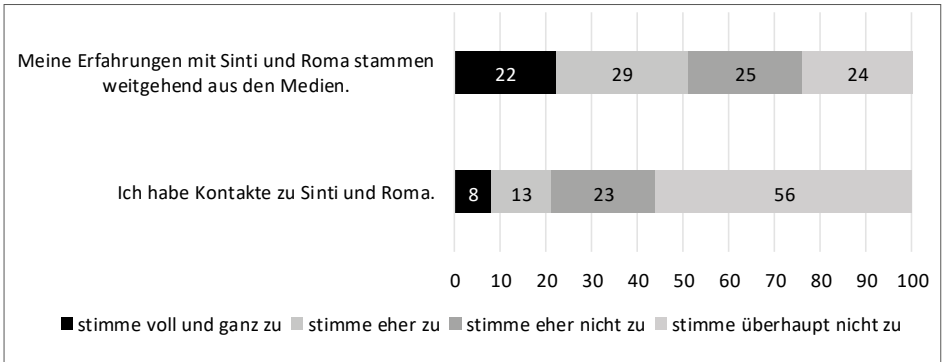


Abb. 6.7: Kontakte mit Sinti:zze und Rom:nja – persönlich oder aus den Medien

Quelle: Eigene Berechnungen; Zustimmung in Prozent; „stimme stark zu“ und „stimme eher zu“ bei 4-Punkt-Antwortskala; n = 1.950, 1.978.

Auf diesem Informationsstand führen wir nun ein Bündel aus multivariaten Regressionsanalysen durch, die verschiedenen Erklärungsfaktoren im Gesamtbild prüft. Dabei gehen wir in zwei Schritten vor. Zuerst werden die Effekte der sozialstrukturellen Variablen untersucht. In einem zweiten Schritt wird das Regressionsmodell komplettiert und es werden sowohl Einstellungsvariablen als auch sozialpsychologische Skalen für die Erklärung hinzugezogen. Dieses Vorgehen wenden wir auf alle vier ermittelten Dimensionen antiziganistischer Einstellungen an (Tab. 6.5, Tab. 6.6).

Soziale strukturelle Eigenschaften wie Geschlecht, Alter, Bildung, Migrationshintergrund oder Haushaltseinkommen beeinflussen alle Dimensionen des Antiziganismus – mehr oder weniger und meist nur, solange keine weiteren Erklärungsfaktoren hinzukommen. Sinti:zze und Rom:nja zu kennen, und sei es nur aus den Medien, hat keinen Einfluss auf den exkludierenden Antiziganismus – auch keinen reduzierenden. Das Haushaltseinkommen erweist sich als wichtige Erklärungsvariable für die Dimensionen Exklusion und Anerkennung eines strukturellen Antiziganismus: Je geringer es ausfällt, desto deutlicher fallen die Tendenzen zu Exklusion aus und desto weniger wird ein strukturelles Problem im Antiziganismus gesehen. Die formale Bildung der Berliner:innen hat einen ähnlichen Effekt: Je niedriger sie ist, desto exkludierender und weniger anerkennend sind die Einstellungen. Im Hinblick auf die Dimension des *exkludierenden Antiziganismus* sind dessen Ursachen in einem hohen Misstrauen gegenüber den Mitmenschen (soziales Vertrauen), in einem autoritären Charakter, dem Hang zur Verschwörungsgläubigkeit, einem Hang zu eher rechter politischer Ideologie und in einer ausgeprägten sozialen Dominanzorientierung zu finden. Mit Sinti:zze und Rom:nja werden Verschwörungserzählungen verbunden, die ihre Exklusion befördern, wie die Wirkung der Verschwörungsmentalität zeigt (Imhoff & Decker 2013). Letztere Einstellung kennzeichnet die Überzeugung, einer Gruppe anzugehören, die zu Recht über anderen gesellschaftlichen Gruppen steht (Sommer et al. 2003). Sie ist der Hauptfaktor für den Wunsch, Sinti:zze und Rom:nja aus der deutschen Gesellschaft zu exkludie-

Tabelle 6.5: Regressionsanalyse auf antiziganistische Einstellungen

	Antiziganis- mus Exklusion	Antiziganis- mus Exklusion	Antiziganis- mus strukturell Anerken- nung	Antiziganis- mus strukturell Anerken- nung
Geschlecht Mann	n.s.	n.s.	-.080**	-.082**
Alter	+.067*	n.s.	+.113***	n.s.
Formal hohe Bildung	-.194***	n.s.	n.s.	n.s.
Formal niedrige Bildung	+.174***	n.s.	+.235***	+.180**
Migrationshintergrund	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Haushaltseinkommen	-.122***	-.134***	-.123***	-.091*
Einschätzung Wirtschaftliche Lage		n.s.		-.140**
Gerechter Anteil am Lebensstandard		n.s.		n.s.
Soziales Vertrauen		-.089**		+.142**
Politische Deprivation		n.s.		n.s.
Muslimische Religions- zugehörigkeit		+.076**		n.s.
Kontakte zu Sinti und Roma		n.s.		+.200**
Erfahrungen Sinti und Roma aus Medien		n.s.		+.165**
Autoritarismus (Skala)		+.167***		+.091*
Verschwörungsmentalität		+.160***		n.s.
Soziale Dominanz- orientierung		+.398***		-.174***
Rechts-Links-Skala (Ausrichtung: rechts)		+.191***		-.139**
Gesamtmodellgüte R2	.083	.470	.057	.171

Quelle: Eigene Berechnungen, Pearsons Produkt-Moment Korrelationen;

*bei Signifikanz $p < .05$, **bei Signifikanz $p < .01$, ***bei Signifikanz $p < .001$;

Modell 1 = Erklärungsfaktoren ohne sozialpsychologische Skalen;

Modell 2 = Erklärungsmodell unter Einbezug sozialpsychologischer Skalen;

politische Deprivation = habe keinen Einfluss auf politische Entscheidungen.

Tabelle 6.6: Regressionsanalyse auf antiziganistische Einstellungen

	Antiziganis- mus Armutszu- schreibung	Antiziganis- mus Armutszu- schreibung	Antiziganis- mus benevolent	Antiziganis- mus benevolent
Geschlecht Mann	n.s.	n.s.	+.064*	+.076*
Alter	-.185***	-.133**	n.s.	n.s.
Formal hohe Bildung	-.093**	n.s.	n.s.	n.s.
Formal niedrige Bildung	n.s.	n.s.	+.139***	n.s.
Migrationshintergrund	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Haushaltseinkommen	-.069*	n.s.	n.s.	n.s.
Einschätzung Wirtschaftliche Lage		n.s.		-.166***
Gerechter Anteil am Lebensstandard		n.s.		n.s.
Soziales Vertrauen		n.s.		-.206***
Politische Deprivation (kein Einfluss auf Regierung)		n.s.		n.s.
Muslimische Religions- zugehörigkeit		+.098*		n.s.
Kontakte zu Sinti und Roma		n.s.		+.212**
Erfahrungen Sinti und Roma aus Medien		n.s.		+.144**
Autoritarismus (Skala)		n.s.		+.099*
Verschwörungsmentalität (Skala)		n.s.		+.135**
Soziale Dominanz- orientierung		n.s.		+.179***
Rechts-Links-Skala (Ausrichtung: rechts)		n.s.		n.s.
Gesamtmodellgüte R2	.048	.066	.015	.241

Quelle: Eigene Berechnungen, Pearsons Produkt-Moment Korrelationen;
 *bei Signifikanz $p < .05$, **bei Signifikanz $p < .01$, ***bei Signifikanz $p < .001$;
 Modell 1 = Erklärungsfaktoren ohne sozialpsychologische Skalen;
 Modell 2 = Erklärungsmodell unter Einbezug sozialpsychologischer Skalen.

ren und auf den untergeordneten Platz zu verweisen, auf den sie nach Meinung dieser Berliner:innen gehören.⁸

Die Dimension der *Wahrnehmung eines strukturellen Antiziganismus* ist deutlich schwieriger zu erklären. Sie ist geprägt von der Überzeugung, dass die Diskriminierung von Sinti:zze und Rom:nja ein Problem sei, das aber von der Politik zu wenig beachtet wird. Somit kommt eine Schuldzuschreibung auf die Politik mit der Wahrnehmung von strukturellem Antiziganismus zusammen. Insbesondere Menschen mit niedriger Bildung und geringem Haushaltseinkommen, die auch die wirtschaftliche Lage in Deutschland als schlecht beschreiben und sich gleichzeitig in der Gesellschaft über anderen Gruppen ansiedeln, sehen dass die Politiker:innen zu wenig gegen die Diskriminierung von Sinti:zze und Rom:nja tun. Dies finden übrigens sowohl Personen, die Kontakte zu Sinti:zze und Rom:nja besitzen, als auch diejenigen, welche über Sinti:zze und Rom:nja hauptsächlich aus den Medien hören. Struktureller Antiziganismus wird insbesondere von Personen aus dem linken ideologischen Spektrum sowie von Menschen mit einem hohen Maß an sozialem Vertrauen wahrgenommen: Nächstenliebe und soziale Kompetenz führen somit eher zu Mitgefühl, auch wenn die Ursache für Diskriminierung in der Politik gesucht wird. Gleichzeitig finden sich auch autoritäre Denkweisen, während soziale Hierarchisierung abgelehnt wird.

Die Dimension *Armutszuschreibung* ist durch die von uns gewählten Faktoren kaum aufzuklären. Gemeinhin verbindet die Berliner Gesamtgesellschaft Sinti:zze und Rom:nja mit Armut; weder sozialstrukturelle Eigenschaften noch bestimmte politische oder soziale Einstellungen variieren diese Überzeugung. Allein die formale Bildung hat einen positiven Effekt: Je höher sie ausfällt, desto seltener halten die Berliner:innen Sinti:zze und Rom:nja generell für arm.

Benevolenter Antiziganismus, der zunächst im wohlwollenden Gewand daherkommt, ist auf den zweiten Blick keineswegs positiv gemeint. Berliner:innen, die ihren Mitmenschen gegenüber eher misstrauisch sind, die glauben, Deutschland ginge es wirtschaftlich schlecht, und die autoritären, verschwörungsmythischen und dominanten Vorstellungen anhängen, halten Sinti:zze und Rom:nja zwar für gute Musiker, meinen jedoch auch, dass sie kriminell seien und sich Sozialleistungen erschleichen würden (Dimension Exklusion). Im Benevolenten steckt eine ähnliche Ablehnung und Abwertung wie in der Exklusion. So wirken sich auch wieder eine Verschwörungsmentalität oder autoritäre Überzeugungen förderlich für diese Einschätzung aus. Auch mediale Kontakte und bemerkenswerterweise persönliche Kontakte, die vermutlich aber eher auf Musiker in Fußgängerzonen bezogen sind, gewinnen hier Überhand. Insgesamt scheint es die Meinung zu sein, Sinti:zze und Rom:nja gehören nicht zu uns, aber wenigstens machen sie schöne Musik.

Im Gesamtbild ergibt sich, dass die *Armutszuschreibung* und die *Anerkennung einer strukturellen Diskriminierung* durchaus empathische Komponenten in sich tragen. Die

⁸ Das Modell zur Exklusion erzielt dabei eine hohe Gesamterklärungsvarianz (R-Quadrat).

ungleiche und ausgrenzende Behandlung der Sinti:zze und Rom:nja durch weite Teile der Gesellschaft erfahren in diesen Dimensionen zumindest eine teilweise Anerkennung. Die Armutszuschreibung ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen und kann als grundsätzlicher und weitverbreiteter Antiziganismus identifiziert werden. Die Anerkennung eines strukturellen Antiziganismus verweist dagegen auf die Schwächen der Politik, sich angemessen mit Sinti:zze und Rom:nja zu beschäftigen und ggf. Diskriminierung abzubauen.

Der *exkludierende* und *benevolente Antiziganismus* ist in seiner Erklärungsstruktur und Ausrichtung deutlich stärker konturiert. Beide Dimensionen des Antiziganismus sind als zwei Seiten derselben Medaille vorrangig in einer Gesellschaftsgruppe zu finden, die im Hinblick auf Haushaltseinkommen und Bildung sozial benachteiligt ist und gleichzeitig meint, über anderen Teilen der Gesellschaft zu stehen bzw. stehen zu sollen. Sie empfinden sich als den Sinti:zze und Rom:nja überlegen, sehen sie aber als Konkurrenz um begehrte Güter oder soziale Unterstützungsleistungen. Diese Einstellungen sind auch häufig im Kontext von Ausländer- und Migrationsablehnung sowie autoritären Vorstellungen von Politik und Gesellschaft zu finden. Sinti:zze und Rom:nja sind in ihren Augen nur eine weitere Gruppe von Menschen, die „anders“ seien als die Mehrheitsgesellschaft und die somit abzulehnen wären.

6.5 Fazit: Antiziganismus als Rassismus der kleinen Leute

Auch für das Jahr 2025 zeigt sich, dass Antiziganismus in Berlin verbreitet ist. Er ist bei mindestens einem Viertel bis zu zwei Dritteln der Berliner:innen anzutreffen und tritt in vier verschiedenen Formen auf, wobei einige auf den ersten Blick positiv erscheinen. Antiziganismus äußert sich in den weit überwiegenden Fällen als Armutszuschreibung. Die Diskriminierung der Minderheit wird wahrgenommen, aber die Schuld dafür, dass die systematische Benachteiligung von Sinti:zze und Rom:nja nicht beseitigt wird, wird bei Parteien und Politikern gesehen und nicht bei sich selbst gesucht. Man sagt den Sinti:zze und Rom:nja nach, sie seien gute Musiker, und bezichtigt sie gleichzeitig des Sozialbetrugs. Sie werden im Zuge eines essenzialistischen Othering als „anders“ wahrgenommen, selbst wenn man scheinbar empathische Einstellungen äußert.

Der wichtigste Erklärungsfaktor, gerade des exkludierenden Antiziganismus, ist der Glaube, dass die Gesellschaft in einer hierarchischen Ordnung bleiben sollte (soziale Dominanzorientierung). Sinti:zze und Rom:nja wird dabei eine niedrigere Position in der gesellschaftlichen Hierarchie zugewiesen. Dies wird begleitet von autoritären Überzeugungen sowie auch Verschwörungserzählungen, an die man glaubt. Gerade bei Berliner:innen mit einem geringeren Einkommen und eher niedriger Bildung lässt sich exkludierender, aber auch benevolenter Antiziganismus finden. Anders als es im Hinblick auf Muslim:innen zu beobachten ist, scheinen direkte Kontakte zu Sinti:zze und Rom:nja nicht wirklich zu einer Abnahme antiziganistischer Einstellungen zu führen. Dies könnte damit zusammenhängen, dass sich direkte Kontakte zu Sinti:zze und Rom:nja – im Gegensatz zu den Kontakten zu Muslim:innen – auf das Treffen von als

Sinti:zze und Rom:nja wahrgenommenen Menschen im öffentlichen Bereich begrenzt, es also nicht zu wirklich persönlichen Kontakten kommt.

Antiziganismus ist nicht nur in seiner Definition, sondern auch als Alltagserfahrung bzw. Einstellungssyndrom äußerst komplex und lässt keinen Bereich des gesellschaftlichen und individuellen Lebens aus. Gleichzeitig verbindet er sich mit vertrauten Einstellungen des rechten bis rechtsextremistischen politischen Spektrums und in seiner exkludierenden Dimension mit allen Formen des Antisemitismus. Als „fremd“ wahrgenommene Menschen, die durch den Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden, sollen in einer Mixtur aus Unverständnis und Essenzialismus in ähnlicher Weise aus der deutschen Gesellschaft ausgeschlossen werden. Antiziganistischen Einstellungen sind vor allem bei Menschen vorzufinden, die Sinti:zze und Rom:nja als ökonomische und kulturelle Konkurrenz ansehen und als identitätsfremd empfinden. Während man exkludierenden und benevolenten Antiziganismus als Rassismus der kleinen Leute (oder derer, die sich dafür halten) beschreiben könnte, so ist die Armutszuschreibung undifferenziert in allen Gesellschaftsschichten anzutreffen. Das ist im Hinblick auf die individuelle Ebene erschreckend und macht für die politische Ebene deutlich, wie fahrlässig ein Verzicht auf eine Antiziganismusbeauftragte gewesen wäre. Gleichzeitig ist die Verankerung der Anerkennung von Diversität und Pluralismus in den Köpfen der Bürger:innen eine politische *und* gesellschaftliche Aufgabe. Antidiskriminierungsgesetze können dafür allein Anstoß und Grundlage sein.

Literatur

- Adorno, T. W. (1973). *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Agarin, T. (Hrsg.) (2014). *When Stereotype Meets Prejudice. Antiziganism in European Societies*. Stuttgart: ibidem.
- Allianz gegen Antiziganismus (2017). Antiziganismus – ein Grundlagenpapier.
URL: <https://antigypsyism.eu/wp-content/uploads/2022/01/Grundlagenpapier-Antiziganismus-PRINT-19.09-1.pdf> (14.09.2025).
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2014). *Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung. Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma*.
- Benedict, R. & Mead, M. (2019). *Race: Science and Politics*. Athens: The University of Georgia Press.
- Brüggemann, C., Hornberg, S. & Jonuz, E. (2013). Heterogenität und Benachteiligung – die Bildungssituation von Sinti und Roma in Deutschland. In S. Hornberg (Hrsg.), *Die Bildungssituation von Roma in Europa* (Studien zur international und interkulturell vergleichenden Erziehungswissenschaft, 16) (S. 91–120). Münster: Waxmann.
- Burke, P. J. (Hrsg.) (2018). *Contemporary Social Psychological Theories*. Second Edition. Stanford: Stanford University Press.
- Castañeda, H. (2015). European Mobilities or Poverty Migration? Discourses on Roma in Germany. *International Migration*, 53(3), 87–99. DOI: 10.1111/imig.12166.
- Cohen, J. (1992). Quantitative methods in psychology: A power primer. *Psychological Bulletin*, 112(1), 155–159.

- End, M. (2013). *Gutachten Antiziganismus. Zum Stand der Forschung und der Gegenstrategien*. Hrsg. v. Daniel Strauß, RomnoKher Mannheim. Marburg: I-Verb.de.
- End, M. (2014). Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit. Heidelberg. URL: <http://www.foerdervereinroma.de/fv/literatur/markusendantiziganismus.pdf> (14.09.2025).
- End, M. (2016). Die Dialektik der Aufklärung als Antiziganismuskritik. Thesen zu einer Kritischen Theorie des Antiziganismus. In W. Stender (Hrsg.), *Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis* (S. 53–94). Wiesbaden: Springer VS.
- End, M. (2017). Subtle images of antigypsyism: An analysis of the visual perception of „Roma“. *Identities*, 24(6), 668–683. DOI: 10.1080/1070289X.2017.1380265.
- End, M. (2021). *Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten*. Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit. Berlin.
- Fazio, R. H. & Olson, M. A. (2003). Implicit measures in social cognition research: their meaning and use. *Annual Review of Psychology*, 54(1), 297–327. <https://doi.org/10.1146/annurev.psych.54.101601.145225>.
- Gómez, I. C. & End, M. (2019). Introduction: Contemporary Dimensions of Antigypsyism in Europe. In Dies. (Hrsg.), *Dimensions of antigypsyism in Europe* (ENAR Anti-Racism in Focus, 3) (S. 19–28). Brüssel, Heidelberg: European Network Against Racism; Central Council of German Sinti and Roma.
- Heitmeyer, W. (2011). *Deutsche Zustände. Folge 10*. 2. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Hogg, M. A. (2018). Chapter 5 Social Identity Theory. In P. J. Burke (Hrsg.), *Contemporary Social Psychological Theories* (S. 112–138). Second Edition. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Kleina, W. (2019). Zwischen Passfähigkeit und Besonderung. Eine Betrachtung der schulischen Situation von Sint*ezza und Rom*nja. In Katharina Peters & Stefan Vennmann (Hrsg.), *Nichts gelernt?! Konstruktion und Kontinuität des Antiziganismus* (S. 22–41). Duisburg: Situationspresse.
- Knudsen, M. D. (2023). *Antiziganismus Enzyklopädie 2023*. RomaBooks.
- Lesch, S. D. (2020). Integration durch Bildung: universelle versus spezifische Förderstrategien am Beispiel der Zielgruppe der Sinti und Roma. Unter Mitarbeit von DuEPublico: Duisburg-Essen Publications Online, University Of Duisburg-Essen und Sybille Stöbe-Blossey. URL: https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00073520 (06.12.2025).
- Neuburger, T. (2025). *Institutioneller Antiziganismus: Rassismus im Kontext von EU-Migration*. Bielefeld: Transcript.
- Neuburger, T. & Hinrichs, C. (2021). *Mechanismen des institutionellen Antiziganismus: Kommunale Praktiken und EU-Binnenmigration am Beispiel einer westdeutschen Großstadt. Forschungsbericht für die Unabhängige Kommission Antiziganismus*. Hannover: Forschungszentrum for Inclusive Citizenship.
- Nowak, M., Rosenberg, P., Bronke, N., Hintzen, H., Jonsson, E., Pichanski, D., Restorff, D. & Woita, S. (2010). Deutsche Sinti und Roma: Eine Brandenburger Minderheit und ihre Thematisierung im Unterricht. URL: <https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/index/index/docId/4717> (05.11.2025).
- Peters, K. (2019). „Sind wir zu intolerant?“. Die mediale Inszenierung von „Sinti und Roma“ in Polit-Talkshows des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. In Katharina Peters & Stefan Vennmann (Hrsg.), *Nichts gelernt?! Konstruktion und Kontinuität des Antiziganismus* (S. 43–65) Duisburg: Situationspresse.
- Pickel, G., Liedhegener, A., Jaeckel, Y. & Yendell, A. (2020). Religiöse Identitäten und Vorurteile in Deutschland und der Schweiz. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 4(1), 149–196.

- Pickel, S. & Pickel, G. (2018). *Empirische Politikforschung. Einführung in die Methoden der Politikwissenschaft*. München: De Gruyter.
- Peters, K. & Vennmann, S. (2019) (Hrsg.). *Nichts gelernt?! Konstruktion und Kontinuität des Antiziganismus*. Duisburg: Situationspresse.
- Quicker, E. (2013). „Antiziganismus“ – ein sinnvoller oder kontraproduktiver Oberbegriff? In E. Quicker & H. P. Killguss (Hrsg.), *Sinti und Roma zwischen Ausgrenzung und Selbstbehauptung. Stimmen und Hintergründe zur aktuellen Debatte*. Köln: IBS, Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-DOK der Stadt Köln (Beiträge und Materialien 07). URL: https://ecoleusti.wordpress.com/2014/05/31/esther_quicker_begriff_az/ (05.11.2025).
- Randjelović, I., Gerstenberger, O., Fernández Ortega, J., Kostić, S. & Attia, I. (2022). *Unter Verdacht. Rassismuserfahrungen von Rom:nja und Sinti:zze in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS.
- Rattansi, A. (2020). *Racism. A Very Short Introduction* (Very Short Introductions 161). Oxford: Oxford University Press.
- Rostas, I. (2017). Antigypsyism, education and the media: Ways forward. *Identities*, 24(6), 760–768. DOI: 10.1080/1070289X.2017.1380267.
- Scherr, A. (2013). Merkmale und Ursache des aktuellen Antiziganismus. *Sozial Extra*, 37(11), 41–44.
- Scherr, A. (2017). Diskriminierung von Roma und Sinti. In A. Scherr, A. El-Mafaalani & G. Yüksel (Hrsg.), *Handbuch Diskriminierung, Bd. 30* (S. 529–543). Wiesbaden: Springer VS.
- Schmiechen-Ackermann, D. (2015). Rassismus, politische Verfolgung und Migration: Ausgrenzung und Austreibung „unerwünschter“ Gruppen aus dem nationalsozialistischen Deutschland. In J. Oltmer (Hrsg.), *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*. Berlin: De Gruyter.
- Schreiber, C. (2016). Medialer Antiziganismus. In W. Stender (Hrsg.), *Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis* (S. 211–224). Wiesbaden: Springer VS.
- Schuman, H. & Presser, S. (1980). Public Opinion and Public Ignorance: The Fine Line Between Attitudes and Nonattitudes. *American Journal of Sociology*, 85(5), 1214–1225. DOI: 10.1086/227131.
- Selling, J., End, M., Kiuchukov, K., Laskar, P. & Templer, W. (Hrsg.) (2015). *Antiziganism. What's in a word? Proceedings from the Uppsala International Conference on the Discrimination, Marginalization and Persecution of Roma, 23.–25. Oktober 2013*. Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing.
- Struck, O. (2019). Fluchtmigration und Arbeitsmarktintegration. In B. Blättel-Mink, T. Noack, C. Onnen, K. Späte & R. Stein-Redent (Hrsg.), *Flüchtigkeiten* (S. 11–28). Wiesbaden: Springer VS.
- Tajfel, H. (1978). Social categorization, social identity, and social comparison. In Henry Tajfel (Hrsg.), *Differentiation between social groups* (S. 61–76). London: Academic Press.
- Tittel, S. L. (2025). *Politische Theorie des Antiziganismus. Genese und Kritik eines modernen Herrschaftsverhältnisses*. Bielefeld: transcript.
- Unabhängige Kommission Antiziganismus (2021). Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation. Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus. Berlin: Bundesministerium des Inneren und für Bau.
- van Baar, H. (2014). The Emergence of a Reasonable Anti-Gypsyism in Europe. In T. Agarín (Hrsg.), *When Stereotype Meets Prejudice. Antiziganism in European Societies* (S. 27–44). Stuttgart: ibidem.

- Weiss, G. (2009). *Sinti und Roma seit 600 Jahren in Deutschland. Eine Kurzfassung über Geschichte, Kultur und Verfolgung*. URL: http://www.zigeuner.de/sinti_und_roma_seit_600_jahren.htm (11.09.2025).
- Yildiz, C. & Genova, N. de (2018). Un/Free mobility. Roma migrants in the European Union. *Social Identities*, 24(4), 425–441. DOI: 10.1080/13504630.2017.1335819.
- Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (2018). Monitoring zur Gleichbehandlung von Sinti und Roma & zur Bekämpfung von Antiziganismus.
- Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (2019). Monitoring zur Gleichbehandlung von Sinti und Roma & zur Bekämpfung von Antiziganismus II. Bildung, Beschäftigung, Wohnen, Gesundheit.
- Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (2020a). Monitoring zur Gleichbehandlung von Sinti und Roma & zur Bekämpfung von Antiziganismus III. Antiziganismus in der Verwaltung und in der Sozialen Arbeit.
- Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (2020b). Zusammenfassung Monitoringberichte I–III zur Gleichbehandlung von Sinti und Roma & zur Bekämpfung von Antiziganismus.
- Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (2024). Presse- und Politikmonitoring. Analysen und Handlungsempfehlungen. Heidelberg. URL: https://zentralrat.sintiundroma.de/wp-content/uploads/2025/08/broschuere4_zentralratdeutschersintiundroma_pressemonitoring-2024_rz.pdf (05.11.2025).
- Zimmermann, M. (2007). Antiziganismus – ein Pendant zum Antisemitismus? Überlegungen zu einem bundesdeutschen Neologismus. In K.-M. Bogdal, K. Holz & M. N. Lorenz (Hrsg.), *Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz* (S. 337–346). Stuttgart: JB Metzler.

7 Geschlechterdemokratie(n) und ihre autoritären Verbindungen

Gert Pickel, Johanna Niendorf & Anuschka Torschl

7.1 Einführung

Geschlechtergleichstellung und die Anerkennung sexueller sowie geschlechtlicher Vielfalt gelten in demokratischen Gesellschaften heute überwiegend als Selbstverständlichkeit. Aktuelle Diskurse sowie Studien zeigen jedoch, dass diese Themen und Entwicklungen weitaus weniger auf breite gesellschaftliche Akzeptanz stoßen als vielfach dargestellt (z. B. OECD 2023, 10f.). Nach rechtlichen Verbesserungen, wie etwa der Verabschiedung des Selbstbestimmungsgesetzes (SBGG) im Jahr 2024, das trans*, intergeschlechtlichen und nichtbinären Personen die Änderung ihres Geschlechtseintrags und Vornamens erleichtern soll (BMBFSFJ 2024), zeigen sich in Teilen der deutschen Gesellschaft deutliche Widerstände und Vorbehalte gegen diese Liberalisierungsprozesse. Das Vielfaltsbarometer der Robert Bosch Stiftung ermittelt sogar einen Rückgang der Akzeptanz von Vielfalt in Deutschland zwischen 2019 und 2025 um fünf Prozentpunkte (Arant et al. 2025, 26). Mithin scheint es, als ob gerade Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt zu einem zentralen Streitthema in der Gesellschaft werden (Kalkstein et al. 2022; Mau et al. 2023).

Gleichzeitig formieren sich in sozialen Medien geschlechterkonservative Bewegungen wie die sogenannten ‚Tradwives‘, die traditionelle Rollenbilder idealisieren (Rösch 2025), und frauenfeindliche Inhalte von ‚Manfluencern‘ wie Andrew Tate, der wegen Vergewaltigung und Verdachts des Menschenhandels angeklagt wurde, werden millionenfach geklickt (Bonakdar et al. 2025). Solche Hassbotschaften und die Verbreitung sexistischer, antifeministischer sowie queer- und transfeindlicher Narrative, die nicht selten eng mit (extrem) rechtem Gedankengut verbunden sind, beschränken sich dabei nicht auf den digitalen Raum, sondern spiegeln sich auch in realen Anfeindungen, Diskriminierungserfahrungen und Gewalt gegenüber Menschen aus der LGBTIQ+-Community sowie weiblich gelesenen Personen.

So bestätigt das Berliner Monitoring Queerfeindliche Gewalt 2024 den Trend kontinuierlich ansteigender Fallzahlen an queerfeindlichen Straftaten und Gewalt mit einem alarmierenden Höchststand von 588 Vorfällen in Berlin im Jahr 2023 (Lüter et al. 2024, 9). Auch repräsentative Bevölkerungsumfragen wie die Leipziger Autoritarismus Studie (LAS) 2024 weisen darauf hin, dass transfeindliche und antifeministische Einstellungen bis in die gesellschaftliche Mitte hineinreichen (Kalkstein et al. 2024, 166ff.). Zwar lassen sich antifeministische und sexistische Weltbilder in allen

politisch-ideologischen Gruppen finden, doch sind sie überwiegend auf der (äußeren) rechten Seite des politischen Spektrums verortet (Kalkstein et al. 2024, 170; Kalkstein et al. 2022, 263 f.).

Die Ablehnung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt beruht wesentlich auf einer wahrgenommenen Bedrohung der heteronormativen Lebensform – einer Vorstellung, die von rechtsextremen und rechtspopulistischen Akteur:innen gezielt aufgegriffen und für die Verbreitung ihrer Ansichten instrumentalisiert wird (Pickel & Niendorf 2023, 92 f.). Sie sprechen unter anderem von einer ‚Gender-Ideologie‘, weswegen man sich etwa gegen Lehre und Forschung der Gender Studies zur Wehr setzen müsse, aber auch einer vermeintlichen ‚Frühsexualisierung‘ von Kindern durch sexualpädagogische Ansätze (Klammer & Bechter 2019; Engelman 2019). Die Akzeptanz dieser (rechten) Erzählungen findet sich auch in konservativen oder stark religiösen Milieus, was verdeutlicht, dass antiemanzipatorische Positionen als Brückenideologie zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wirken (Pickel & Niendorf 2023, 90 f.).

Bereits im Berlin-Monitor 2021 (Pickel et al. 2023) und ausführlicher noch als ein Untersuchungsschwerpunkt im Berlin-Monitor 2023 (Pickel et al. 2024) wurde die Ablehnung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in Berlin untersucht und eine enge Beziehung zwischen der Abwertung von Transgeschlechtlichkeit, Homosexualität und Antifeminismus einerseits sowie Antisemitismus, Autoritarismus und Verschwörungsmentalität andererseits ausgemacht. Als ein Ergebnis zeigte sich die überdurchschnittliche Verbreitung aller genannten Ressentiments in der politisch-ideologisch Rechten.

In der Erhebung des Berlin-Monitors 2025 wurden ebenfalls verschiedene Dimensionen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt abgefragt, die diesmal auch entlang der Geschlechts- sowie Altersspezifik ausgewertet wurden. Die Befunde bestätigen die naheliegende Vermutung, dass mehr Männer als Frauen antifeministische und sexistische Überzeugungen vertreten, jedoch ist auch die Anzahl an Frauen mit solchen Einstellungen nicht unerheblich – ein Ergebnis, das an den Befund aus der LAS 2022 anschließt, nach dem jeder dritte Mann und jede fünfte Frau in Deutschland über ein geschlossen antifeministisches und sexistisches Weltbild verfügt (Kalkstein et al. 2022, 253). Eine besondere Erklärungskraft kommt den Forscher:innen folgend dabei dem Konzept der hegemonialen Männlichkeit (Connell 2015) zu. So konnte man bei immerhin einem Drittel der Männer in Deutschland ein gewaltorientiertes Verständnis von hegemonialer Männlichkeit auffinden (Kalkstein et al. 2022, 260). Dieses strukturiert das Geschlechterverhältnis in Form einer männlichen Hegemonie und versteht Frauen sowie homosexuelle Männer als dem ‚wahren Mann‘ untergeordnet. Da die darin enthaltenen Ideale meist keine direkte Entsprechung im tatsächlichen Leben der Männer finden, kommt es zu unbewussten psychischen Konflikten und potenzieller Gewalt als Reaktion auf diese Dysbalance (Kalkstein et al. 2022, 249). Solche Männlichkeitsvorstellungen gepaart mit der Bildung eines gewaltbereiten Lösungsversuches des Männlichkeitsdilemmas (Pohl 2004) stellen somit einen relevanten theoretischen Bezug dar, der einen differenzierteren Blick auf die Erklärung antifeministischer Einstellungen bei Männern erlaubt und entscheidend für das Vorhandensein solcher Ressentiments ist (Kalkstein

et al. 2022, 260). Die Bedeutung hegemonialer Männlichkeitsideale ist für die Verfestigung antifeministischen Gedankenguts demnach ein mitzudenkender Hintergrund.

Die Ablehnung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt zeigt sich nicht nur entlang geschlechtsspezifischer, sondern auch altersbezogener Linien. So liegen beispielsweise die bundesweiten Zustimmungswerte zu sexistischen Einstellungen bei älteren Generationen höher, was vermutlich auf die höhere Verbreitung von traditionellen Geschlechtervorstellungen in diesen Alterskohorten zurückzuführen ist (Kalkstein et al. 2022, 253). Auffällig ist jedoch, dass in den bundesdeutschen Untersuchungen auch in der jüngsten Kohorte der 18- bis 24-Jährigen nennenswerte Anteile entsprechender Resentiments zu finden sind. Diese Tendenz spiegelt sich unter anderem in der zunehmenden Beteiligung junger Menschen an rechten Demonstrationen oder Kundgebungen gegen Veranstaltungen anlässlich des Christopher Street Days (CSD). Der Neonaziaufmarsch in Bautzen am 10. August 2024 unter dem Motto „Gegen Gender-Propaganda und Identitätsverwirrung“ mit rund 700 Neonazis gilt als Mobilisierungserfolg, der LGBTQ+-Feindlichkeit zu einem der zentralen Themen gerade unter frisch politisierten rechten Jugendlichen beförderte. Mobilisiert wird vor allem durch organisierte Neonazigruppen mit sehr jungen Mitgliedern wie die *Chemnitz Revolte* (CR) in Sachsen oder *Jung & Stark* (JS) in Berlin und Brandenburg, die vor allem über Social Media einen niedrigschwelligen Einstieg in die rechtsextreme Szene bieten (Mellea & Düker 2024; Niendorf & Wetzel im Erscheinen).

Erklären lässt sich diese Entwicklung zudem sozialpsychologisch: Jungen (und zunehmend auch Mädchen) orientieren sich in ihrer Entwicklung vermehrt an (männlich konnotierten) Autonomieidealen der bürgerlichen Gesellschaft. Widersprüchliche Gefühle wie Ängste vor Minderwertigkeit und Schwäche werden dabei abgespalten und auf Homosexuelle sowie queere und trans* Personen projiziert, wodurch diese Ängste abgewehrt und das eigene Selbstbild stabilisiert wird (Pohl 2005, 250 ff.). Das konstruierte Feindbild der LGBTQ+-Bewegung, das mit dem Vorwurf der Zerstörung von Identität einhergeht, ist daher besonders anschlussfähig für Jugendliche, die nach Eindeutigkeit hinsichtlich geschlechtlicher und sexueller Identität suchen. Der Eintritt ins rechtsextreme Milieu verspricht in diesem Kontext Anerkennung, Aufwertung sowie Entlastung von inneren Ambivalenzen. Die zunehmende Organisation in neonazistischen Jugendgruppen stellt eine alarmierende Entwicklung dar. Die Bedeutung der Themen Geschlecht und Sexualität für die Mobilisierung der Jugendlichen ist dabei nicht von der Hand zu weisen.

7.2 Antisemitische und antiziganistische Geschlechterbilder

Diese LGBTQ+-Feindlichkeit ist zudem häufig mit Verschwörungserzählungen verwoben, die auf antisemitischen Denkmustern beruhen. Juden und Jüdinnen wird darin eine allgegenwärtige, nicht greifbare Macht unterstellt. Sie werden zugleich als minderwertig und überlegen imaginiert: minderwertig in Bezug auf ihren Körper, was sich

in zahlreichen, auch vergeschlechtlichten Bildern defizitärer Körperlichkeit manifestiert, und überlegen in Bezug auf ihre intellektuellen Fähigkeiten und ihren politischen Einfluss (Stögner 2022). Weiterhin spezifisch am Antisemitismus ist, dass er Juden und Jüdinnen als nicht zuordenbar behandelt und sie damit „jenseits von Identitätskategorien ansiedelt“ (ebd.). Schon im 19. Jahrhundert wurde ihnen unterstellt, die Grenzen zwischen den Geschlechtern zu verwischen, die eindeutige Geschlechterbinarität aufzulösen und dabei die Geschlechterrollen und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung umzukehren (ebd.). Auch die Bewegungen zur Frauenemanzipation wurde seit Beginn ihrer Organisierung Mitte des 19. Jahrhunderts als eine jüdische Verschwörung angesehen, die das Ziel verfolge, die Einheit des Volkes von innen her zu zersetzen (Mosse 1985; Volkov 2001; Stögner 2022). In dieser Zeit gewinnen Imaginationen an Bedeutung, in denen Frauenfeindlichkeit, Antifeminismus und Antisemitismus miteinander verschränkt sind (Stögner 2008, 70). Kulturell besonders wirksam sind Repräsentationen vom ‚effiminierten Juden‘ und der ‚maskulinisierten Jüdin‘ (ebd.). Parallel zu den Vorstellungen ‚des Juden‘ als schwächlich und verweiblicht entstanden Weiblichkeitsbilder der ‚schönen, verführenden, gefährlichen Jüdin‘, die zwischen „Attraktion und Aversion“ angesiedelt sind (ebd.).

Zugeschriebene uneindeutige Geschlechtlichkeit und Sexualität sowie Jüdischsein sind im extrem rechten Denken und seiner antisemitischen Bilderwelt auch heute noch eng miteinander verwoben. Vieles von dem, was traditionell Juden und Jüdinnen unterstellt wird, trifft seit dem Aufkommen antifeministischer Strömungen im deutschen Kaiserreich auch Feministinnen: Wurzellosigkeit, Unauthentizität, Zersetzung und Verschwörung (Dohm 1902; Stögner 2025, 50). Seit den 1990er Jahren beziehen sich diese Zuschreibungen darüber hinaus auf das Feindbild ‚Gender‘ und aktuell stehen insbesondere Transpersonen im Fokus. Das findet Ausdruck in Verschwörungserzählungen über den mächtigen Einfluss einer vermeintlichen ‚Gender-Verschwörung‘ und ‚Translobby‘ oder ganz explizit einer ‚jüdischen Elite‘, die die nationale Einheit und Identität zu unterminieren versuche (Stögner 2017). Hier wird eine Bedrohung konstruiert, die Gewalt legitimiert. Verteidigt wird die Vorstellung einer natürlichen Gesellschafts- und Geschlechterordnung, die auf klaren Herrschaftsverhältnissen und eindeutigen Identitätskategorien beruht. Im antisemitischen Verschwörungsdenken sind es Juden und Jüdinnen, emanzipierte Frauen, Homosexuelle und Transpersonen, die die Vorstellungen ‚natürlicher Identität‘ infrage stellen. An ihnen manifestiert sich die „Angst vor der vollständigen Auflösung gesellschaftlicher Identitätskategorien und damit die Angst vor der Erosion der gesellschaftlichen Ordnung“ (Hermann 2020, 30).

Über diese ideologische Verschränkung hinaus weist die Abwehr von Homosexualität, Transgeschlechtlichkeit und Feminismus Anknüpfungspunkte zu anderen Ressentiments auf. Auch in Bezug auf Antiziganismus lohnt sich ein Blick auf die zugrundeliegenden Geschlechterbilder, die in Teilen eine Ähnlichkeit zu den antisemitischen aufweisen. Sie kreisen um eine ungebändigte Sexualität und eine gefährliche, anarchische Geschlechtlichkeit, die der bürgerlichen Geschlechterordnung gegenübergestellt wird (Winter 2016, 117). Dabei wird auf geschlechtsspezifische Konstruktionen zurück-

gegriffen. Die junge „Zigeunerin“⁹ wird als „verführerische Femme fatale“ imaginiert und ältere Frauen als „wahrsagende Hexen“ (Winter 2016, 117), während Männer als „frauenfeindliche Patriarchen“ dargestellt werden, die ihre Töchter zum Betteln oder in die Prostitution zwingen (Geisler 2013, 170f.). Zum einen findet hier eine Betonung der Geschlechterpolarität statt, indem stark weiblich überzeichnete Frauen dem Macho und Patriarchen gegenübergestellt werden. Besonders die „Zigeunerin“ erscheint als gefährlich und widerständig, wobei ihre zugeschriebene erotische Attraktivität einerseits begehrt, andererseits gefürchtet wird. Diese besondere Erotik wird als Versuchung für die Angehörigen der Dominanzgesellschaft konstruiert, sich den ‚Verführerinnen‘ und somit ihrem imaginierten Lebensstil hinzugeben (End 2011, 19f.). Hierbei handelt es sich um Bilder von Weiblichkeit, die Parallelen zum „Heilige-Hure“-Dualismus“ (Winter 2016, 118) aufweisen. Zum anderen lässt sich die Konstruktion einer allgemeinen Verweiblichung entlang von Bildern des „Natürlichen, Unhygienisch-Schmutzigen, Fremden, Unheimlichen, Irrationalen, Animalisch-Triebhaften und Geheimnisvollen“ (Winter 2016, 117) als Gegenbild zum männlichen autonom-zivilisierten Subjekt beobachten.

Indem sich der imaginierte Lebensstil außerhalb bürgerlicher Zwänge bewegt und dadurch gleichzeitig gefürchtet und abgelehnt wird, spricht er ein unbewusstes Begehren an. Sozialpsychologisch betrachtet wird die wahrgenommene Andersartigkeit als lustvoll erlebt, aber in ihrem Widerspruch zu bürgerlichen Normvorstellungen in Ekel und Angst transformiert. Das eigene Begehren wird nicht mehr erlaubt, sondern als Charaktermerkmal auf die als abweichend konstruierte Gruppe projiziert, deren Mitglieder zu Träger:innen gesellschaftlich tabuisierter Eigenschaften werden (Winter 2016, 120). Ihre Ausgrenzung ermöglicht der Dominanzgesellschaft die Kanalisierung eigener Sehnsüchte und damit verbundener Ängste sowie eine obsessive Beschäftigung mit den „Verfolgten“ im Rahmen ihrer sozialen Ächtung (Winter 2016; End 2016, 72).

Zugleich bildet der Sinngehalt der sexuellen und geschlechtlichen Amoralität einen zentralen Bestandteil antiziganistischer Ressentiments. Die Sexualität erscheint als unkontrolliert, und es wird die Vermischung zentraler gesellschaftlicher Wertmaßstäbe angenommen, was sich in Vorstellungen von „geschlechtliche[r] Frühreife“ und „wilde[n] Ehen“ (End 2011, 19) manifestiert. Den Stigmatisierten werden von der Dominanzgesellschaft konsequent Verstöße gegen die vorherrschenden Normen und Moralvorstellungen unterstellt – eine Zuschreibung, die antiziganistische Ressentiments besonders anschlussfähig an antifeministische und queerfeindliche Narrative macht. Wie beschrieben werden gesellschaftliche Liberalisierungsprozesse in Bezug auf Geschlechter- und Sexualitätsvorstellungen insbesondere von der rechtsextremen Szene, aber auch vermehrt von anderen gesellschaftlichen Gruppen abgelehnt, da diese als

9 Wir beschreiben hier die antiziganistische Vorstellungswelt der diskriminierenden Gesellschaft und ihrer Individuen und verwenden den Begriff „Zigeuner“, um auf den projektiven Charakter dieser Zuschreibungen zu verweisen. Das erlaubt eine Differenzierung zwischen dem „Zigeunerbild“ und der Menschen, vorrangig Sinti:zze und/oder Rom:nja, die vom ihm betroffen sind (vgl. End 2013, 53–57; siehe auch die Einleitung in diesem Band).

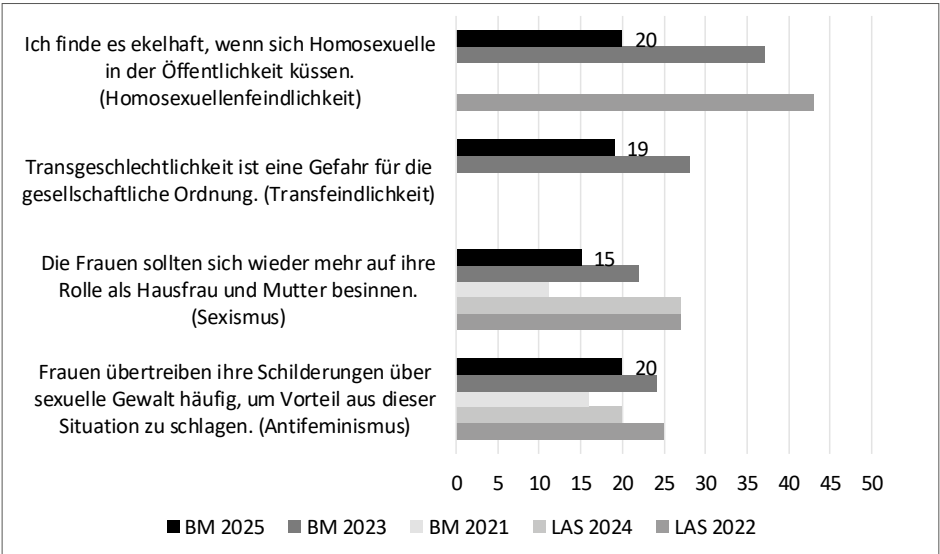


Abb. 7.1: Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Berlin

Quelle: Eigene Berechnungen; zusammengefasste Werte der Antworten „stimme stark zu“ und „stimme eher zu“ bei 4-Punkt-Antwortskala; Angaben in Prozent; n = 2.022.

Bedrohung der heteronormativen Lebensform und dessen, was in diesem Kontext als ‚normal‘ gilt, verstanden wird. Als Bindeglied zwischen diesen unterschiedlich gelagerten Ressentiments fungiert die autoritäre Aggression gegen scheinbar deviantes Verhalten, vermeintlich unterlegene Gruppen sowie ‚Fremde‘, die sich in der Abwertung dieser sozialen Gruppen ausdrückt (Kalkstein et al. 2022, 254f.).

Aufgrund dessen und nicht zuletzt auch im Hinblick auf die zunehmende Zahl an Straf- und Gewalttaten gegenüber Mitgliedern der LGBTQI+-Gemeinschaft (Lüter et al. 2024, 37) ist eine Auseinandersetzung mit der Ablehnung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Teilen der Berliner Bevölkerung unerlässlich. Dabei haben wir auch die Beziehungen zu antiziganistischen Einstellungen und antisemitischen Ressentiments untersucht.

7.3 Antifeminismus und traditionaler Sexismus in Berlin

Um die Geschlechterdemokratie und die Ablehnung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Berlin zu erfassen, haben wir mit unserem Fragebogen verschiedene Dimensionen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt erhoben (Items im Fragebogen im Anhang; Methodik siehe Kapitel 2). Zwar war es uns aus Platzgründen diesmal nicht möglich, das breite Instrumentarium der Schwerpunkt-Befragung des Berlin Monitor 2023 zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu erheben, gleichwohl können wir durch die dort erfolgte dimensionale Prüfung der verwendeten Items davon ausgehen,

dass die in dieser Welle verwendeten Items eine reliable Abbildung der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ermöglichen. Beginnen wir mit einem Blick auf antifeministische und sexistische Überzeugungen im Vergleich zu früheren Ergebnissen des Berlin-Monitors sowie zu aktuellen Befunden in Relation zur LAS 2022 und 2024, um einen Vergleich zur Bundesebene zu erhalten (Kalkstein et al. 2022, 253; auch Höcker et al. 2020, 258f.). Die kurze Zeitreihe unter Einbezug der Ergebnisse des Berlin-Monitor 2021 und 2023 (Pickel & Niendorf 2023, 59) zeigen zwar gegenüber 2023 ein Absinken der Zustimmungswerte zu sexistischen und antifeministischen Aussagen, vergleicht man sie mit 2019, fallen die Werte 2025 allerdings etwas höher aus.

Auch homosexuellen- und transfeindliche Überzeugungen sind 2025 gegenüber 2023 gesunken und fallen im Vergleich zu 2021 höher aus (Abb. 7.1). Die Kurzzeitentwicklung der antifeministischen Einstellungen deckt sich mit der Entwicklung auf der Bundesebene, welche durch die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie (LAS) abgebildet wird (Höcker et al. 2020; Kalkstein et al. 2022; Kalkstein et al. 2024). Es scheint so, als sei das Fenster für die Äußerung antifeministischer Aussagen aber auch Sexismus und Transfeindlichkeit weiter offen. Während die antifeministischen Einstellungen im Bundesgebiet sich stark mit den antifeministischen Einstellungen in Berlin decken, sind sexistische Einstellungen in Berlin seltener als im Bundesgebiet anzutreffen. Gleiches gilt für die Homosexuellenfeindlichkeit, sie ist in Berlin erkennbar geringer als im Bund. Für Transfeindlichkeit haben wir leider keine Vergleichsgröße für das Bundesgebiet.

Fasst man die bisher einzeln vorgestellten Werte zusammen, dann kommt man auf 7 Prozent an Berliner:innen, die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt konsequent ablehnen. 14 Prozent stimmen mindestens zwei der Aussagen zu, 15 Prozent einer der Aussagen (Abb. 7.2).

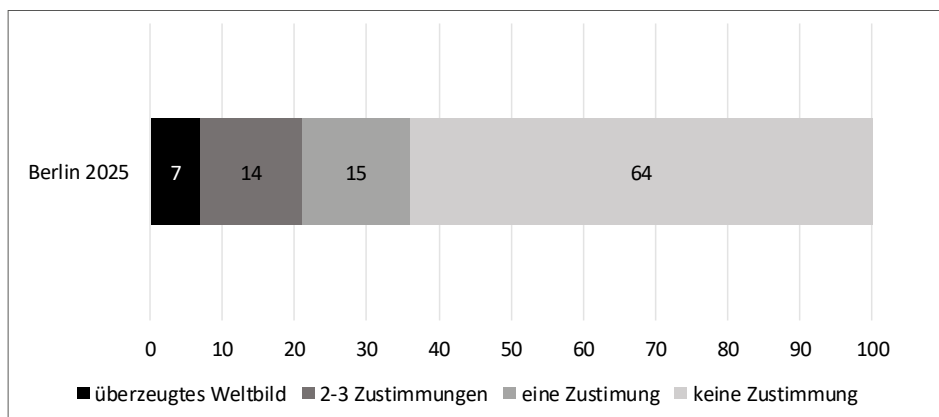


Abb. 7.2: Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Berlin

Quelle: Eigene Berechnungen; Kombination der Zustimmungen zu allen vier Items; überzeugtes Weltbild ist Zustimmung zu allen vier Indikatoren; folgend weitere Zustimmungswerte; n = 2.022.

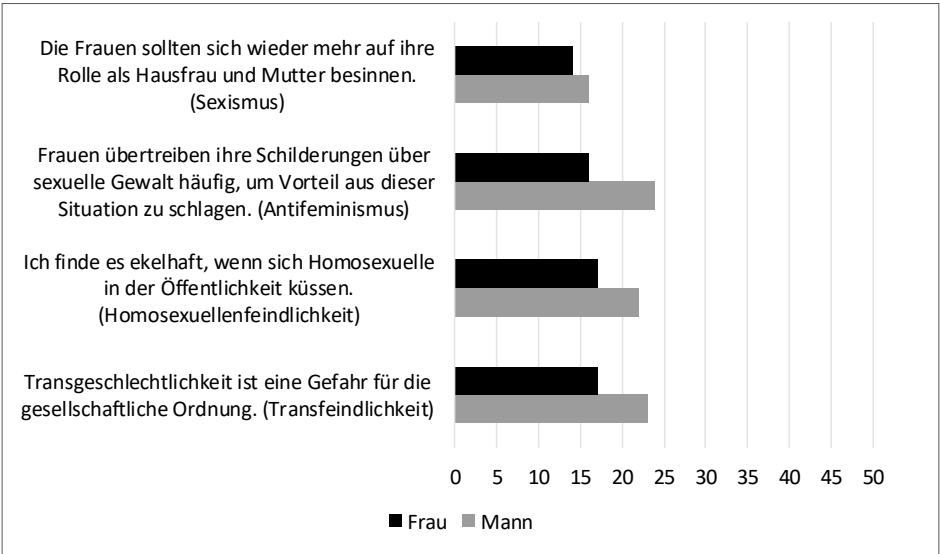


Abb. 7.3: Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Berlin nach Geschlecht

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; zusammengefasste Werte der Antworten „stimme stark zu“ und „stimme eher zu“ bei 4-Punkt-Antwortskala; Angaben in Prozent; aus statistischen Gründen und einer zu geringen Fallzahl werden die Antworten der Befragten, die „divers“ als Geschlecht angaben, nicht ausgewiesen; n = 2.022.

Umgekehrt haben immerhin 64 Prozent der Berliner:innen keinerlei Probleme mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Dies ist eine an sich gute Botschaft. Gleichzeitig ist es bedenklich und nicht leichtfertig zu ignorieren, dass sich ein Drittel der Berliner Bevölkerung offen zeigt für antifeministische und sexistische Positionen.

Die abwertenden Einstellungen finden sich eher bei Männern als bei Frauen (Abb. 7.3). Vor dem Hintergrund der stärkeren Verbreitung patriarchaler Werte unter Männern ist dies nicht überraschend. In der Forschung wird an dieser Stelle immer wieder auf die generationale Tradierung und Weitergabe von politischen Einstellungen im Rahmen familiärer und kultureller Sozialisationserfahrungen verwiesen. Dabei deuten sich geschlechtsspezifische Unterschiede an. Eine Studie von Weiss (2023) legt nahe, dass Söhne öfter als Töchter die rechtsgerichteten Einstellungen ihrer Eltern übernehmen. Das Ergebnis reflektiert auch Aspekte der männlichen Sozialisation samt geschlechterhierarchischer Vorstellungen (Kalkstein et al. 2022). Allerdings geben unsere zwar signifikant unterschiedlichen, aber eher geringen geschlechtsspezifischen Unterschiede zu denken und werfen Fragen auf. Die Haltung zur Befürwortung oder Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt scheint nur begrenzt von der Geschlechtszugehörigkeit abzuhängen, sondern auf anderen Begründungen zu beruhen.

Bereits in anderen Studien wurde festgestellt, dass die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt bei Menschen mit einer rechten Ideologie stark ausgeprägt ist (Kalkstein et al. 2024, 168f.; Mokros & Zick 2023, 169ff.; Pickel & Niendorf 2024,

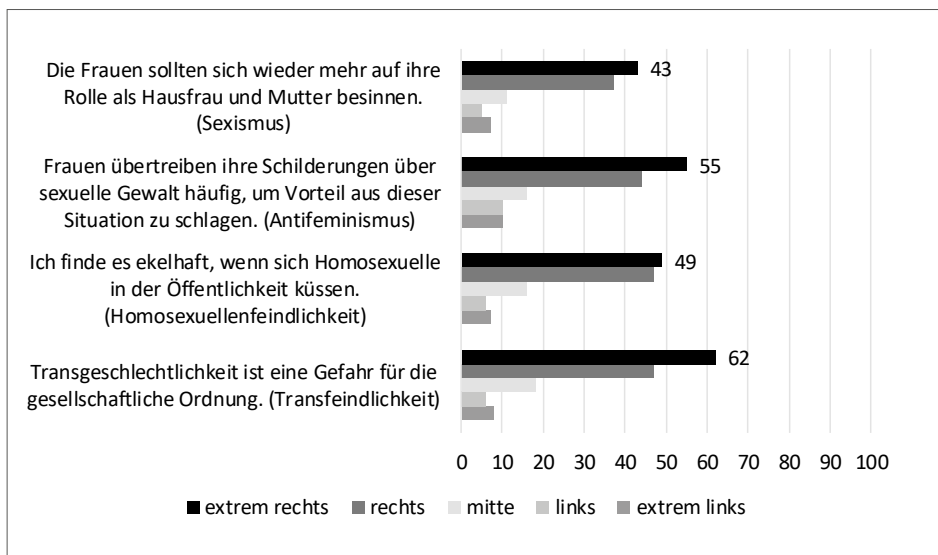


Abb. 7.4: Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Berlin nach politischer Ideologie

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; zusammengefasste Werte der Antworten „stimme stark zu“ und „stimme eher zu“ bei 4-Punkt-Antwortskala; Angaben in Prozent; Klassifikation aufgrund der Links-Rechts-Selbsteinstufung mit 10 Antwortkategorien; 1+2 = extrem links, 3+4 = links, 5+6 = Mitte, 7+8 = rechts, 9+10 = extrem rechts; n = 2.022.

101ff.; Sehmer & Simon 2025, 226). Dieses Ergebnis bestätigt auch der Berlin-Monitor 2025 (Abb. 7.4). Von Menschen aus dem Bereich der extremen Rechten (Werte 9 und 10 auf der Links-Rechts-Skala, immerhin 6 Prozent der Berliner:innen) weisen die Hälfte homosexuellenfeindliche und mit 55 Prozent und 62 Prozent deutlich über die Hälfte antifeministische und transfeindliche Überzeugungen auf. Die Berliner:innen, die sich als politisch-ideologisch rechts einordnen (14 Prozent der Bevölkerung), liegen in den Werten nur unwesentlich unter der Gruppe der extremen Rechten, wenn es um die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geht. 47 Prozent von ihnen stimmen der transfeindlichen und auch der homosexuellenfeindlichen Aussage zu. Demgegenüber sind in der Gruppe der Linken die Zustimmungswerte zu allen vier Dimensionen der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt am niedrigsten, dicht gefolgt von der Gruppe derjenigen, die sich als extrem links einstufen.

Die politisch-ideologische Ausrichtung erweist sich somit als ein, wenn nicht das zentrale Merkmal der Differenzierung der Berliner Gesellschaft hinsichtlich Einstellungen gegenüber geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Man könnte an dieser Stelle von einer Überschneidung von ideologischer und affektiver Polarisierung sprechen – oder mindestens von Triggerpunkten (Mau et al. 2023).

Sortiert man die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt entlang der Alterskohorten, zeigt sich ein in Teilen überraschendes, von bundesweiten Studien abweichendes Ergebnis (Abb. 7.5): In den älteren Alterskohorten sind die Werte für

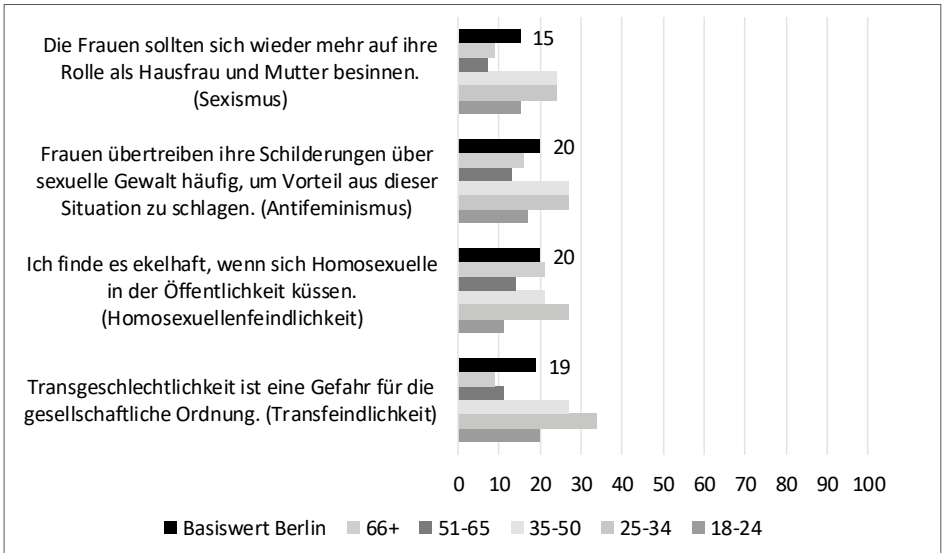


Abb. 7.5: Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt nach Alter

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; zusammengefasste Werte der Antworten „stimme stark zu“ und „stimme eher zu“ bei 4-Punkt-Antwortskala; Angaben in Prozent; Klassifikation entlang von fünf Alterskohorten; n = 2.022.

Sexismus und Transfeindlichkeit niedriger als bei den Jüngeren. Anders sieht es bei Homosexuellenfeindschaft aus, da sind die Werte in der ältesten Kohorte deutlich höher als in der jüngsten, am stärksten verbreitet allerdings bei den 25- bis 34-Jährigen. Antifeminismus findet auch in dieser Gruppe, gleichauf mit der Gruppe der 35- bis 50-Jährigen die deutlichste Zustimmung. Insgesamt lehnen Personen dieser beiden Alterskohorten über alle abgefragten Items am häufigsten sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ab. Hier scheint die Ressentimentbereitschaft in Bezug auf Geschlecht und Sexualität unseren Ergebnissen zufolge am höchsten zu sein. Es ist also keineswegs so, als würden Sexismus oder Homosexuellenfeindlichkeit über nachfolgende Generationen auslaufen und verschwinden.

Die Ergebnisse der LAS legen nahe, dass weniger die Sozialstruktur als affektive und politisch-ideologische Faktoren die Haltung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt beeinflussen (Höcker et al. 2020; Kalkstein et al. 2022, 2024). Hier macht es für uns Sinn, die Überlegungen zu einer autoritären Prägung oder autoritären Dynamik (Decker et al. 2024) in unsere Analyse aufzunehmen. Wir nehmen an, dass autoritäre Überzeugungen (Konventionalität, autoritäre Aggression und autoritäre Unterwerfung) sowie der Glaube an Verschwörungserzählungen mit der Haltung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zusammenhängen. Und tatsächlich bestehen starke empirische Beziehungen zwischen autoritären Überzeugungen und allen vier Formen der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (Tab. 7.1). Die Beziehungen zum

Tabelle 7.1: Beziehungen zwischen der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und autoritären Überzeugungen

	Autoritarismus (Skala)	Verschwörungs- mentalität (Ein-Item-Messung)	Soziale Dominanz- orientierung (Skala)
Sexismus	+.37**	+.29**	+.54**
Antifeminismus	+.36**	+.28**	+.50**
Homosexuellen- feindlichkeit	+.37**	+.26**	+.47**
Transfeindlichkeit	+.37**	+.39**	+.53**

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; Pearsons r-Produkt-Moment Korrelationen, n = 2.022.

Autoritarismus sind bei den verschiedenen Formen der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ähnlich stark.

Es handelt sich um einen klaren, wechselseitig befördernden Zusammenhang. Anders gesagt: Menschen mit autoritären Einstellungen neigen deutlich häufiger zur Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und umgekehrt. Das ist bei der ebenfalls verbundenen *Verschwörungsmentalität* etwas anders. Zwar finden sich auch belastbare und signifikante Zusammenhänge zwischen allen Formen der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie der Offenheit für Verschwörungserzählungen. Gleichzeitig steht die Transfeindlichkeit in einer besonders ausgeprägten Beziehung zu einem Glauben an Verschwörungserzählungen. Der in allen Aspekten der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt stärkste Bezug findet sich bei der *sozialen Dominanzorientierung*, die ausdrückt, wie stark man eine bestehende Hierarchie erhalten möchte. Die Kategorisierung der Hierarchisierung kann variieren und Rassismus oder auch Klassismus fördern. Im Fall der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt wird eine Hierarchie verteidigt, die dem heteronormativen Idealbild entspricht. Man sieht heterosexuelle Männer als Frauen, Feminist:innen, Homosexuellen und transgeschlechtlichen Personen überlegen an und will diese eingebildete Überlegenheit nicht infrage stellen lassen.

Bereits eingangs wurde auf die Verzahnungen zwischen der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und Antiziganismus eingegangen. Vor allem die Zuschreibung sexueller Freiheiten spielt hier eine Rolle. Diese theoretische Beziehung wird empirisch bestätigt. Speziell die Dimension der antiziganistischen Exklusion steht in einem starken Bezug zu der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Sie fällt bei der Homosexuellenfeindlichkeit, möglicherweise aufgrund des gewählten Items, noch am schwächsten aus (Tab. 7.2). Die Beziehungen der exklusivistischen antiziganistischen Haltung zu Antifeminismus, Homosexuellenfeindlichkeit und Transfeindlichkeit sind

Tabelle 7.2: Beziehungen zwischen der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und antiziganistischen Einstellungen

	Antiziganismus (Exklusion)	Antiziganismus (Armutszuschreibung)	Antiziganismus (benevolent)	Antiziganismus (Anerkennung)
Sexismus	+ .45**	-.18**	+ .28**	+ .16**
Antifeminismus	+ .49**	-.11**	+ .27**	+ .14**
Homosexuellen-feindlichkeit	+ .35**	-.17**	+ .24**	+ .10**
Transfeindlichkeit	+ .50**	-.17**	+ .22**	+ .11**

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; Pearsons rProduktMoment Korrelationen, n = 2.022.

extrem hoch und deuten auf eine Verbindung von Antiziganismus mit einer wahrgenommenen sexuellen Bedrohung, wie immer sie auch geartet sein möge. Interessant ist die nächsthöchste Beziehung, denn auch in der Beziehung zum benevolenten Antiziganismus zeigt sich ein stabiler Zusammenhang. Solch vermeintlich positive Zuschreibungen sind nicht frei von Gedanken der Abwertung. Allein bei der Zuschreibung von Armut drehen sich die Vorzeichen: Dieses Vorurteil kommt beispielsweise bei sexistischen Personen seltener vor als bei nicht-sexistischen. Möglicherweise sind einige Personen, welche eine Armutszuschreibung auf Sinti:zze und Rom:nja vornehmen, sensitiv für diese Benachteiligung.

Die starken Beziehungen der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu Verschwörungsglauben lassen auf Beziehungen zu antisemitischen Ressentiments schließen, die seit Jahrhunderten von weitreichenden Verschwörungserzählungen begleitet worden sind (z. B. die Bezeichnungen und Verschwörungserzählungen von Juden und Jüdinnen als Kindermörder:innen, Brunnenvergifter:innen und Hostienfrevler:innen). Und auch frühere Arbeiten der Autoritarismusforschung ermittelten Beziehungen zwischen Sexualitäts- und Geschlechtervorstellungen, Autoritarismus und Antisemitismus (Frenkel-Brunswik 1950). Besonders bei stark autoritär orientierten Personen dominierten hier dichotome Geschlechtervorstellungen (Frenkel-Brunswik 1950; Kalkstein et al. 2024, 163). Juden und Jüdinnen als auch Feministinnen wird vorgeworfen, die natürliche Ordnung infrage zu stellen und Grenzen zu überschreiten (Stögner 2019).

Diese Nähe wird auch empirisch sichtbar (Tab. 7.3). Die Beziehungen zwischen den Formen der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und allen Formen des Antisemitismus sind stark ausgeprägt, nur der relativ neu identifizierte postkoloniale Antisemitismus fällt in den Beziehungen leicht ab.

Um diese Beziehungen noch einmal genauer zu betrachten und für das Verständnis plastischer werden zu lassen, präsentieren wir die Häufigkeiten bei tradiertem und

Tabelle 7.3: Beziehungen zwischen der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und verschiedenen Formen des Antisemitismus

	Tradierter Antisemitismus	Sekundärer Antisemitismus	Israelbezogener Antisemitismus	Postkolonialer Antisemitismus
Sexismus	+.56**	+.41**	+.47**	+.34**
Antifeminismus	+.51**	+.44**	+.45**	+.33**
Homosexuellenfeindlichkeit	+.50**	+.44**	+.43**	+.32**
Transfeindlichkeit	+.60**	+.49**	+.55**	+.42**

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; Pearsons r-Produkt/Moment Korrelationen, n = 2.022.

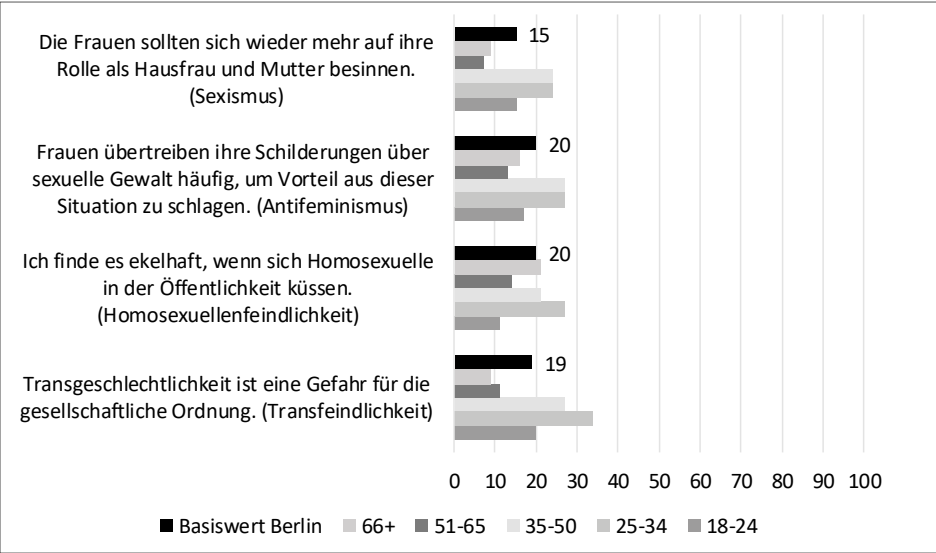


Abb. 7.6: Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt nach Form des Antisemitismus

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; zusammengefasste Werte der Antworten „stimme stark zu“ und „stimme eher zu“ bei 4-Punkt-Antwortskala; Angaben in Prozent; n = 2.022.

israelbezogenem Antisemitismus (Abb. 7.6). Die Differenzen der Berliner:innen mit antisemitischen Ressentiments zur Gesamtheit der Berliner:innen in der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sind beträchtlich. Bei überzeugten israelbezogenen Antisemit:innen liegt die Zustimmung zu allen vier Dimensionen der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt bei Werten über 50 Prozent, bei tradierten Antisemiten sogar bei über 68 Prozent. Sind die Zusammenhangswerte zwischen antiziganisti-

schen Einstellungen und der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Berlin und im Bundesgebiet ungefähr gleich stark, fallen die Zusammenhänge zwischen antisemitischen Ressentiments und Items der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Berlin sogar stärker als im Bundesgebiet aus (Kalkstein et al. 2024, 170).

7.4 Triebkräfte in der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Nun kann man die Gründe für die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt an vielen Stellen suchen. Angesprochen haben wir bereits bestimmte Vorstellungen von Männlichkeit, aber auch ultrareligiöse und politisch-ideologisch rechte Positionen (Kalkstein et al. 2022). Um diese Einflüsse etwas besser sortieren zu können, haben wir ein multivariates Erklärungsmodell entworfen, welches wir für alle vier Items und damit Dimensionen der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt berechnen (Tab. 7.4).¹⁰ Für alle vier Indikatoren können tragfähige Modelle berechnet werden, wie die Gesamterklärungsvarianz R-Quadrat belegt. Deutlich wird die politisch-ideologische Prägung der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt durch die durchgängig hochsignifikante Wirkung der Links-Rechts-Skala. Eine rechte politisch-ideologische Einstellung steigert alle vier Formen der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, sei es Transfeindlichkeit, Antifeminismus oder Sexismus und Homosexuellenfeindlichkeit. Diese politisch-ideologischen Orientierungen sind allerdings nur der zweitstärkste Faktor im Konzert der Erklärungsfaktoren.

Wie oben beschrieben besteht der stärkste Zusammenhang zwischen der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und sozialer Dominanzorientierung. Diese sozialpsychologische Dimension zielt auf den Erhalt sozialer Hierarchien, die als richtig und natürlich gegeben angesehen werden. Im Hinblick auf die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt handelt es sich also eine Hierarchisierung, bei der Homosexuelle, transgeschlechtliche Menschen, Feministinnen und Frauen weit unten in der sozialen Hierarchie angesiedelt werden. Dort sollen sie nach dem Ermessen der Befragten mit sozialer Dominanzorientierung auch bleiben. Daran schließen Debatten darüber an, dass queere Menschen zu viel Aufhebens um sich und ihre Sichtbarkeit machen oder dass der Platz der Frauen der Herd ist, nicht die Öffentlichkeit oder ein Beruf.

Auch weitere sozialpsychologische Faktoren, wie z. B. eine autoritäre Überzeugung, fördern die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Das schließt an die bundesweiten Ergebnisse an (Höcker et al. 2020; Kalkstein et al. 2022, 2024). Dass Verschwörungsglaube eine wesentliche Rolle für die Erklärung der Ablehnung sexueller

10 Anders als bei Korrelationsmodellen unterliegen Regressionsanalysen einer Kausalitätsannahme. Diese ist theoretisch, konzeptionell oder auch pragmatisch begründet. Für unseren Fall gehen wir davon aus, dass Sozialstruktur wie auch sozialpsychologische Konzepte der Haltung gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vorgeordnet sind.

Tabelle 7.4: Regressionsanalyse auf Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

	Sexismus	Anti-feministische Einstellungen	Homo-sexuellen-feindlichkeit	Trans-feindlichkeit
Geschlecht Mann		+ .11**	+ .05*	+ .07*
Alter (zunehmend)	+ .10**		+ .05*	+ .05*
Formal hohe Bildung				
Formal niedrige Bildung				
Migrationshintergrund			+ .05*	
Haushaltseinkommen				
Fühle mich als Mensch zweiter Klasse behandelt				
Einschätzung Wirtschaftliche Lage				
Gerechter Anteil am Lebensstandard				
Soziales Vertrauen				
Politische Deprivation (kein Einfluss auf Regierung)		+ .05*		+ .07*
Evangelische Religionszugehörigkeit				
Muslimische Religionszugehörigkeit				
Nutzungsdauer Social Media	+ .05*			+ .12**
Autoritarismus (Skala)	+ .12**	+ .12**	+ .15**	+ .11**
Verschwörungsmentalität (Skala)	+ .09**	+ .13**	+ .09**	+ .19**
Rechts-Links-Skala (Ausrichtung: rechts)	+ .18**	+ .15**	+ .18**	+ .19**
Soziale Dominanzorientierung	+ .34**	+ .34**	+ .31**	+ .32**
Gesamtmodellgüte R2	.36	.33	.28	.41

Quelle: Eigene Berechnungen, lineare Regressionsanalyse, paarweise; ausgewiesen standardisierte beta-Werte der Regression; *Werte signifikant bei $r < .05$; **Werte signifikant bei $r < .001$; $n = 2.022$.

und geschlechtlicher Vielfalt spielt, mag kaum überraschen, speziell nicht nach den bivariaten Befunden aus Tabelle 7.1. Klar ist, eine Offenheit für Verschwörungserzählungen (Verschwörungsmentalität) erhöht die Wahrscheinlichkeit der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – und insbesondere von Transfeindlichkeit – massiv. Der erhöhte Effekt der Nutzung von Social Media an dieser Stelle markiert zudem den häufigen Ort, wo diese Verschwörungserzählungen kursieren. Autoritäre Überzeugungen behalten neben den beiden dominanten Erklärungsfaktoren Verschwörungsmentalität und einer politisch-ideologisch rechten Orientierung ebenfalls eine eigenständige Erklärungskraft.

Wenig überraschend ist die stärkere Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt bei Männern als bei Frauen. Bei Kontrolle anderer Faktoren sind ein höheres Alter, außer für antifeministische Einstellungen, für die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt hinderlich. Abbildung 7.5 zeigt auch gelegentliche Höhen bei jüngeren Berliner:innen, diese scheinen aber auf sozialpsychologische oder politisch-ideologische Positionen zurückzuführen zu sein. Ein Migrationshintergrund fördert allein die Homosexuellenfeindlichkeit – und dies auch nur in begrenztem Ausmaß.

7.5 Fazit: Probleme der Geschlechterdemokratie in Berlin

Die Ablehnung und Abwertung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sind in Berlin 2025 Sache einer Minderheit, allerdings keiner unbedeutenden. Zwar scheint sich die Zahl der Sexist:innen, Transfeinde, Homosexuellenfeindlichen und Antifeminist:innen in Berlin verringert zu haben. Die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ist auch in Berlin ein nicht zu unterschätzendes Problem. Vor allem die Offenheit für Verschwörungserzählungen und eine politisch rechte Ideologie fördern die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Auch sind es zwar in erster Linie Männer, die sich derart äußern, aber nicht nur. In der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt verkörpert sich ein autoritäres Ordnungsdenken, welches Frauen, Transpersonen, Homosexuelle und Feministinnen auf untergeordneten Ebenen in sozialen Hierarchien einsortiert. Zusammen mit dem Glauben an Verschwörungserzählungen bildet sich so ein für Frauen und LGBTQI+-Personen gefährliches Einstellungsmuster, das starke Querbeziehungen zu Antiziganismus und Antisemitismus aufweist.

Nimmt man es zusammen, dann lehnen 36 Prozent der Berliner:innen mindestens eine Form sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ab, 7 Prozent sogar alle. Durch die starke Beziehung der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt mit politisch rechter Ideologie ergibt sich ein beachtliches Gefahrenpotenzial, welches in einer Steigerung von Straftaten gegen LGBTQI+-Personen mündet. Es wird in Zukunft darauf ankommen, dass die offenen Berliner:innen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt verteidigen. Dies kommt der immer noch größeren Gruppe der Berliner:innen zu, die sexueller und geschlechtlicher Vielfalt aufgeschlossen gegenüberstehen. Klar wird aber auch, die Haltung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ist eine der zentralen Trigger affektiver und ideologischer Polarisierung. Diese Positionen sind emotional, unbeirrt und

durch (Verschwörungs-)Erzählungen und Gruppenidentitäten gestützt. Sie verbinden sich mit anderen Formen der Ablehnung, auch mit Antiziganismus und Antisemitismus, und markieren einen beharrlichen Gegensatz in der Berliner Gesellschaft, der bestimmte Gruppen ausschließt und unterordnet.

Die Ressentiments sind mit den gesellschaftlichen Verhältnissen verwoben, sie erfüllen darin eine „sinnstiftende und wunscherfüllende“ psychische Funktion (End 2016, 60). In den von uns beschriebenen geschlechtsbezogenen antisemitischen und antiziganistischen Ressentiments zeigt sich auch eine unreflektierte und verächtlich machende Auseinandersetzung mit den unabgegoltenen Versprechen und Widersprüchen der bürgerlichen, spätkapitalistischen Gesellschaft und ihrer Geschlechter- und Sexualitätsordnung, die sich in einem Spannungsfeld zwischen Liberalisierung, Flexibilisierung und andauernder Herrschaft und Gewalt bewegt (Niendorf & Winter 2024). Dieses Spannungsfeld drückt sich auch in den polarisierten Einstellungen der Berliner Bevölkerung zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt aus.

Literatur

- Arant, R., Dragolov, G., Boehnke, K. & Mirbach, F. (2025). *Vielfaltsbarometer 2025. Zum Stand des Zusammenlebens in Deutschland*. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.
- BMBFSJ – Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024). Bundestag beschließt Selbstbestimmungsgesetz. URL: <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/alle-meldungen/bundestag-beschliesst-selbstbestimmungsgesetz-238306> (06.10.2025).
- Bonakdar, M., Delfs, S. & Märzhäuser, A. (2025). Willkommen in der Mannosphäre. *tagesschau.de*. URL: <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/wahlkampf-maennlichkeit-rechtspopulismus-100.html> (06.10.2025).
- Connell, R. (2015). *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2024). *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024*. Gießen: Psychosozial.
- Dohm, H. (1902). *Die Antifeministen*. Berlin: Dümmlers Verlagsbuchhandlung.
- End, M. (2011). Bilder und Sinnstruktur des Antiziganismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 22/23, 15–21.
- End, M. (2013). Antiziganismus. Zur Verteidigung eines wissenschaftlichen Begriffs in kritischer Absicht. In A. Bartels, T. von Borcke, M. End, A. Friedrich (Hrsg.), *Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse* (S. 39–72). Münster: Unrast.
- End, M. (2016). Die Dialektik der Aufklärung als Antiziganismuskritik. Thesen zu einer Kritischen Theorie des Antiziganismus. In W. Stender (Hrsg.), *Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis* (S. 53–94). Wiesbaden: Springer VS.
- Engelmann, H. (2019). *Antiqueere Ideologie*. Münster: Unrast.
- Frenkel-Brunswik, E. (1950). Sex, people and the self as seen through the interviews. In T. W. Adorno, E. Frenkel-Brunswik, D. J. Levinson, & R. N. Sanford (Hrsg.), *The Authoritarian personality* (S. 390–441). New York: Harper & Brothers.

- Geisler, A. (2013). Die Konstruktion und Normierung von ethnischer Differenz im Menschenhandelsdiskurs. In A. Bartels, T. von Borcke, M. End & A. Friedrich (Hrsg.), *Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse* (S. 162–180). Münster: Unrast.
- Hermann, M. (2020). Antimoderner Abwehrkampf. Zum Zusammenhang von Antisemitismus und Antifeminismus. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Kontinuitäten* (S. 26–35). Jena: IDZ.
- Höcker, C., Pickel, G. & Decker, O. (2020). Antifeminismus – Das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 249–282). Gießen: Psychosozial.
- Kalkstein, F., Pickel, G., Niendorf, J., Höcker, C. & Decker, O. (2022). Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022* (S. 245–270). Gießen: Psychosozial.
- Kalkstein, F., Pickel, G. & Niendorf, J. (2024). Antifeminismus und Antisemitismus – eine autoritär motivierte Verbindung? In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 161–180). Gießen: Psychosozial.
- Klammer, C. & Bechter, N. (2019). „Anti-Gender“ als kultureller Code? Theoretische Überlegungen zum gegenwärtigen Antifeminismus. In FIPI (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Band 3: Geschlechter reflektierte Perspektiven* (S. 248–277). Wien/Berlin: Mandelbaum.
- Lüter, A., Breitscheit, D., Konradi, M., & Riese, S. (2024). *Queerfeindliche Gewalt Berliner Monitoring Trans- und homophobe Gewalt*. Dritte Ausgabe 2024. Schwerpunktthema BI+-Feindlichkeit und Gewalt. Berlin: Camino.
- Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. (2023). *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: edition suhrkamp.
- Mellea, J. & Düker, J. (2024). Eine neue Generation von Neonazis. Mobilisierungen gegen CSD-Veranstaltungen im Jahr 2024 durch rechtsextreme Jugendgruppen im Internet. Research Paper. Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS). URL: https://cemas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/cemas_-_2024-11_-_research_paper_-_neue_generation_neonazis.pdf (24.10.2025).
- Mokros, N. & Zick, A. (2023). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung. In: A. Zick, B. Küpper & N. Mokros (Hrsg.), *Die Distanzierte Mitte. Rechts-extreme und Demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S. 149–184). Bonn: Dietz.
- Mosse, G. L. (1985). *Nationalismus und Sexualität. Bürgerliche Moral und sexuelle Normen*. München: Rowohlt.
- Niendorf, J. & Winter, S. (2024). The evil sex of others. On the meaning of sexuality in authoritarian thinking. *Constelaciones. Revista de Teoría Crítica*, (16), 220–243.
- Niendorf, J. & Wetzel, G. (im Erscheinen). Anti-CSD-Proteste und die Mobilisierung rechter Jugendlicher in Sachsen. In O. Decker, J. Kiess & P. Kocyba (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2025*. Leipzig: edition überland.
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (2023). *The Road to LGBTI+ Inclusion in Germany: Progress at the Federal and Länder Levels*. Paris: OECD Publishing.
- Pickel, G., Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, K. (2023). *Der Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt*. Springe: zu Klampen.

- Pickel, G., Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, K. (2024). *Der Berlin-Monitor 2023. Berlin in Zeiten multipler Krisen*. Springe: zu Klampen.
- Pickel, G. & Niendorf, J. (2023). Die Haltung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Berlin. In G. Pickel, O. Decker & K. Reimer-Gordinskaya (Hrsg.), *Der Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt* (S. 58–70). Springe: zu Klampen.
- Pickel, G. & Niendorf, J. (2024). Transfeindlichkeit und Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Berlin. In G. Pickel, O. Decker & K. Reimer-Gordinskaya (Hrsg.), *Der Berlin-Monitor 2023. Berlin in Zeiten multipler Krisen* (S. 90–112). Springe: zu Klampen.
- Pohl, R. (2004). *Feindbild Frau. Männliche Sexualität, Gewalt und die Abwehr des Weiblichen*. Hannover: Offizin.
- Pohl, R. (2005). Sexuelle Identitätskrise. Über Homosexualität, Homophobie und Weiblichkeitsabwehr bei männlichen Jugendlichen. In V. King & K. Flaake (Hrsg.), *Männliche Adoleszenz. Sozialisation und Bildungsprozesse zwischen Kindheit und Erwachsensein* (S. 249–264). Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Rösch, V. (2025). TradWives. Antifeminismus und die Ikonisierung von Provinzialität in den sozialen Medien. In J. Niendorf, F. Kalkstein, H. Rodemerk & C. Höcker (Hrsg.), *Antifeminismus und Provinzialität. Zur autoritären Abwehr von Emanzipation* (S. 193–211). Bielefeld: transcript.
- Sehmer, J., & Simon, S. (2025). Queerfeindliche Mobilisierung von rechts: Kulturelle Deutungskämpfe um geschlechtliche und sexuelle Vielfalt und ihre Bedeutung für Bildung und Erziehung. In D. Bergold-Coldwell, R. Blum, R. Dangelat, J. Grenz, S. Maurer & C. Thon (Hrsg.), *Pädagogik und Geschlecht als Gegenstand politischer Kämpfe: Zur Analyse rechter, antifeministischer und rassistischer Diskurse* (S. 219–238). Opladen: Barbara Budrich.
- Stögner, K. (2008). Zum Verhältnis von Antisemitismus und Geschlecht im Nationalsozialismus. In Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Jahrbuch 2008* (S. 70–85). Wien.
- Stögner, K. (2017). Angst vor dem „neuen Menschen“. Zur Verschränkung von Antisemitismus und Nationalismus in der FPÖ. In S. Grigat (Hrsg.), *AFD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder* (S. 137–161). Baden-Baden: Nomos.
- Stögner, K. (2022). Intersektionalität und Antisemitismus. Bundeszentrale für politische Bildung. URL: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/516233/intersektionalitaet-und-antisemitismus/> (24.10.2025).
- Stögner, K. (2025). Provinzialität und Modernität in Antisemitismus und Antifeminismus. In J. Niendorf, F. Kalkstein, H. Rodemerk & C. Höcker (Hrsg.), *Antifeminismus und Provinzialität. Zur autoritären Abwehr von Emanzipation* (S. 39–59). Bielefeld: transcript.
- Volkov, S. (2001). *Das jüdische Projekt der Moderne. Zehn Essays*. München: C. H. Beck.
- Weiss, J. (2023). Intergenerational transmission of left-right ideology: A question of gender and parenting style? *Frontiers in political science. Volume 5*. <https://doi.org/10.3389/fpos.2023.1080543>.
- Winter, S. (2016). Gegen das Gesetz und die Gesetzlosigkeit. Zur Sozialpsychologie des Antiziganismus. In W. Stender (Hrsg.), *Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis* (S. 111–128). Wiesbaden: Springer VS.

8 Fazit: Einstellungen in Berlin 2025

Gert Pickel, Oliver Decker, Kazim Celik & Johanna Niendorf

Berlin bleibt eine dynamische Stadt. Dies gilt auch für die Einstellungen ihrer Bürger:innen – und leider auch für die Vorurteile und Ressentiments. Die diesjährige Erhebung des Berlin-Monitors zeigt, dass *Antisemitismus* und *Antiziganismus* weiterhin zentrale Herausforderungen für die demokratische Kultur der Stadt darstellen und teilweise tief in ihr verankert sind. Beide Ressentiments sind in relevanten Teilen der Berliner Bevölkerung verbreitet und treten teils in geschlossenen Weltbildern zutage. Besonders der Anstieg bzw. die Persistenz geschlossener antisemitischer Orientierungen – auch unter jüngeren Berliner:innen – sowie die breite Zustimmung zu antiziganistischen Aussagen über verschiedene Dimensionen hinweg zeigen, dass gruppenbezogene Abwertungen in der politischen Kultur Berlins existieren. Exklusionshaltungen, soziale Dominanzvorstellungen, autoritäre Einstellungsmuster und Verschwörungsmentalität wirken als verbindende Faktoren, die antisemitische und antiziganistische Einstellungen verstärken und deren gesellschaftliche Normalisierung auch in Berlin begünstigen.

Während die Mehrheit der Berliner:innen demokratische Grundüberzeugungen teilt, offenbaren die Daten eine deutliche Fragilität: Zum einen liegen die Werte der Unterstützung der Demokratie 2025 so niedrig wie in noch keiner Erhebung des Berlin-Monitors, zum anderen mischt sich die Zustimmung zur Demokratie als bestem politischen System mit der gleichzeitigen Anerkennung antidemokratischer und autoritärer Systemalternativen. Dies bedeutet, dass nicht mehr alle Berliner:innen, die sich als Demokrat:innen bezeichnen, in ihrer Unterstützung der Demokratie stabil sind – wenn es darauf ankommen sollte. Es wird sichtbar, dass demokratische Stabilität nicht allein auf Zustimmung zur Demokratie basiert, sondern auf der konsequenten Anerkennung von Gleichwertigkeit und historischer Verantwortung – Bereiche, in denen die empirischen Befunde des Berlin-Monitors 2025 Defizite offenlegen.

Neben Antisemitismus und Antiziganismus wird die Ablehnung von *sexueller und geschlechtlicher Vielfalt* zu einer wichtigen antidemokratischen Brückenideologie. In gewisser Hinsicht wird hier auch eine Polarisierung sichtbar, die sich entlang der beobachteten Ressentiments zu verfestigen scheint. Sexistische, antifeministische und transfeindliche Einstellungen bleiben in Berlin auch 2025 deutlich vertreten – trotz teils rückläufiger Trends gegenüber 2023 fallen die Werte für Sexismus und Antifeminismus höher aus als 2021. Insbesondere auf die Verbreitung von Transfeindlichkeit hat die Nutzungsdauer sozialer Medien einen signifikanten Einfluss. Besonders stark ist die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt bei Menschen mit einer rechten Ideologie vertreten. Starke empirische Beziehungen bestehen außerdem zu autoritären Überzeugungen und sozialer Dominanzorientierung. Besonders bei transfeindlichen

Einstellungen zeigt sich eine ausgeprägte Beziehung zu dem Glauben an Verschwörungserzählungen.

Insgesamt finden sich Verschränkungen zwischen antiziganistischen und antisemitischen Ressentiments sowie traditionellen Geschlechterbildern und Sexualitätsvorstellungen. Alle drei Bereiche fungieren als verbindende Elemente autoritärer Weltbilder, die vielleicht zwar nach außen einen demokratischen Anstrich aufrechterhalten, aber etwas anderes als eine plurale Demokratie als Ziel besitzen.

In der Folge verdichten wir noch einmal die Ergebnisse des Berlin-Monitors 2025

1) Die politische Kultur Berlins besitzt eine hohe Zustimmung zu demokratischen Prinzipien, zeigt jedoch starke Ambivalenzen in der demokratischen Realität!

Neben der demokratischen Orientierung existieren autoritäre Denkmuster und ein geringes Vertrauen in die Politik. Demokratieakzeptanz konkurriert mit Unzufriedenheit über politische Performanz (57 Prozent gehen davon aus, dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler wollen und sich sonst nicht für sie interessieren) und spürbarer sozialer Ungleichheit (43 Prozent der Berliner:innen geben an, nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten), die wiederum Ressentiments und Exklusionshaltungen begünstigen. Politische Kultur wird so zum Spannungsfeld aus demokratischer Selbstvergewisserung und autoritärer Anfälligkeit.

2) Die Haltung zur Demokratie wird fragiler, 40 Prozent der Berliner:innen können als fragile Demokraten eingestuft werden!

Mit 86 Prozent empfindet immer noch eine deutliche Mehrheit die Demokratie als politisches System, welches am besten zur deutschen Gesellschaft passt. Gleichzeitig ist dies der niedrigste Wert in der bisherigen Messung des Berlin-Monitors seit 2019. Wichtiger noch, diese Zustimmung schließt die gleichzeitige Befürwortung antidemokratischer Systemalternativen nicht aus. 40 Prozent stimmen neben der Demokratie auch anderen, antidemokratischen Systemalternativen zu und werden somit zu fragilen Demokraten. 12 Prozent befürworten nur antidemokratische Systemalternativen wie ein Einparteiensystem, eine Diktatur oder einen starken Führer.

3) Die Haltung zur Demokratie sinkt bei formal niedrigem Bildungsstand und politischer-ideologisch rechter Positionierung!

Nur 10 Prozent derjenigen, die sich selbst als extrem rechts einschätzen, fallen in die Kategorie solide Demokraten, während 73 Prozent als fragile Demokraten einzustufen sind. Interessanterweise liegt der Anteil der soliden Demokraten mit 66 Prozent bei Personen mit einer extrem linken politisch-ideologischen Positionierung über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Selbst wenn das Ergebnis durch die Verwendung eher rechtsautoritärer Systemalternativen

etwas beeinflusst sein kann, verweist das Ergebnis auf eine auch bei den Ressentiments aufzufindende politisch-ideologische Schieflage in der Haltung zur Demokratie.

4) Viele Berliner:innen zeigen ein beachtliches Engagement und Sozialvertrauen!

Immerhin 58 Prozent der Berliner:innen denken, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, und 43 geben an, sich in einer sozialen Gruppe oder einem Verein zu engagieren. Dieses Engagement wirkt Vorurteilen und Ressentiments sowie einer Abwendung von der Demokratie entgegen und bietet ein gegen die Demokratiefeinde mobilisierbares Potenzial.

5) Fast die Hälfte der Berliner:innen teilt eine – nur teils gebremste – Sehnsucht nach homogenen Gemeinschafts-erleben!

Mehr als ein Viertel der Berliner:innen wünschen sich ein Einparteiensystem bzw. eine völkische Alternative und 20 Prozent der Berliner:innen lehnen die autoritäre Aussage „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ nicht ab. Hier zeigt sich eine Distanz zur parlamentarischen und durch verschiedene Parteien getragene Demokratie, die in Verbindung mit einem beachtlichen Chauvinismus (24,4 Prozent überzeugte Chauvinismus-Befürworter:innen) steht.

6) Mehr als ein Viertel der Berliner:innen ist offen für Verschwörungserzählungen!

29 Prozent der Berliner:innen weisen eine sogenannte Verschwörungsmentalität auf, sind also bereit, an verschiedene Verschwörungserzählungen zu glauben. Dies ist dahingehend bedenklich, als dass eine Verschwörungsmentalität massiv förderlich für antisemitische Ressentiments, aber auch einer Ablehnung der Demokratie ist. Dabei ist die Verschwörungsmentalität eng mit anderen autoritären Überzeugungen verbunden.

7) Antisemitismus bleibt ein zentrales Risiko für die demokratische Kultur!

Ein signifikanter Teil der Berliner:innen vertritt tradierte, israelbezogene oder postkoloniale antisemitische Positionen, teils als geschlossenes Weltbild. Bis zu 20 Prozent der Berliner:innen teilen einen überzeugten und expliziten Schuldabwehrantisemitismus. In Einzelaussagen steigen die Zustimmungswerte hier sogar über 50 Prozent. In der Kombination finden sich bei jeder dritte Berliner:in antisemitische Ressentiments in unterschiedlicher Ausrichtung.

8) Israelbezogenen Antisemitismus nimmt zu und wird durch einen postkolonialen Antisemitismus ergänzt!

Der Berlin-Monitor 2025 stellt eine Zunahme des israelbezogenen Antisemitismus seit 2023 fest, der in Verbindung zu Diskussionen mit der Ausein-

andersetzung um den Gaza-Streifen nach dem Überfall der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 zu sehen ist. Hinzu tritt eine mit dem israelbezogenen Antisemitismus verbundene Form des postkolonialen Antisemitismus, dem ca. 10 Prozent der Berliner:innen überzeugt zustimmen.

9) Trotz höherer Werte des postkolonialen Antisemitismus im politisch linken Spektrum, dominiert immer doch der Antisemitismus der extremen Rechten!

Betrachtungen entlang der politisch-ideologischen Selbsteinschätzung anhand der Rechts-Links-Skala zeigen zwar auf der extrem linken oder mittel-linken Seite erhöhte Werte im postkolonialen Antisemitismus (8 Prozent überzeugt), diese stehen aber deutlich hinter den Werten auf der politisch-ideologisch extrem rechten Seite (19,7 Prozent) zurück. In allen Dimensionen des Antisemitismus erreicht die extreme Rechte die höchsten Werte, mit einem Peak von 48,8 Prozent bei überzeugtem Schuldabwehrantisemitismus.

10) Geschlossene antisemitische Weltbilder sind besonders unter Personen unter 30 Jahren verbreitet und sind mit der Social-Media-Nutzung verbunden!

Auffällig sind die hohen Anteile antisemitischer Einstellungen unter jüngeren Altersgruppen und der enge Zusammenhang zwischen Social-Media-Nutzung und antisemitischen Ressentiments. Intensive Social-Media-Nutzung steht in engem Zusammenhang mit antisemitischen Einstellungen, besonders unter jüngeren Berliner:innen, bei denen geschlossene antisemitische Weltbilder überdurchschnittlich häufig auftreten.

11) Antiziganismus ist in Berlin weit verbreitet und tritt in vier voneinander unterscheidbaren Dimensionen auf!

Zwischen 25 und 30 Prozent der Berliner:innen hegen konsistent abwertende Einstellungen gegenüber Sinti:zze und Rom:nja. Es zeigen sich empirisch vier Dimensionen des Antiziganismus: exkludierend, strukturell, benevolent und armutszuschreibend. Die Dimension Exklusion und Othering ist in Berlin besonders präsent. So finden immerhin 42 Prozent, dass Sinti:zze und Rom:nja an ihrer Diskriminierung mitschuldig sind.

12) Vor allem antiziganistische Exklusion und Othering ist mit antisemitischen Ressentiments eng verbunden!

Gerade die abwertenden Einstellungen des Otherings und der Exklusion von Sinti:zze und Rom:nja stehen in enger Verbindung zu antisemitischen Ressentiments. Bei einem überzeugten tradierten oder israelbezogenen Antisemitismus verdoppeln sich die Zustimmungswerte zu antiziganistischen Aussagen dieser Dimension, während diese Wirkung für die Armutszuschreibung gar nicht gilt und für den benevolenten Antiziganismus eingeschränkt.

13) Antiziganismus fungiert als Rassismus der „kleinen Leute“ und ist eng mit antisemitischen Ressentiments verschränkt!

Medienbilder, niedrige Bildung, geringes Einkommen, autoritäre Einstellungsmuster, Verschwörungsmentalität und soziale Dominanzorientierung verstärken antiziganistische Einstellungen. Soziale Dominanzorientierung, Autoritarismus, Verschwörungsglaube sowie geringes Einkommen und geringe Bildung sind dabei die stärksten Prädiktoren für antiziganistische Ressentiments. Zudem besteht ein klarer Bezug zwischen antisemitischen und antiziganistischen Ressentiments.

14) Persönliche Kontakte mit Sinti:zze und Rom:nja sind eher selten, meist stammen die Kenntnisse über Sinti:zze und Rom:nja aus Medien!

Nur 21 Prozent stimmen der Aussage „Ich habe Kontakte zu Sinti und Roma“ zu, während knapp mehr als die Hälfte der Berliner:innen (51 Prozent) angibt, dass ihre Erfahrungen mit Sinti:zze und Rom:nja weitgehend aus den Medien stammen. Das Gros der Vorurteile und Ressentiments über Sinti:zze und Rom:nja beruht entsprechend nicht auf eigenen Erfahrungen.

15) Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sind immer noch nicht bei allen Berliner:innen anerkannt!

7 Prozent der Berliner:innen lehnen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt vollständig und überzeugt ab; weitere 29 Prozent zeigen partielle Ablehnung. Es sind insbesondere die mittleren Alterskohorten die hohe Zustimmungswerte aufweisen, in der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen und der Gruppe der 35- bis 50-Jährigen. Transfeindlichkeit, Antifeminismus und Sexismus sind aber auch in der jüngsten Altersgruppe zu einem nicht unerheblichen Anteil verbreitet.

16) Die Existenz der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt beruht auf traditionellen Männlichkeitsbildern und Hierarchievorstellungen?

Sexismus, Antifeminismus, Homosexuellen- und Transfeindlichkeit wird durch autoritäre Überzeugungen, soziale Dominanzorientierung, traditionelle Männlichkeitsbilder, rechte Ideologien und Mobilisierungen stabilisiert. Speziell im politisch-ideologisch rechtem Lager herrscht eine starke Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vor. Beispielsweise empfinden dort 62 Prozent Transgeschlechtlichkeit als eine Gefahr für die gesellschaftliche Ordnung. Somit bleibt sexuelle und geschlechtliche Vielfalt politisch-ideologisch umkämpft, wenn auch nur eine Minderheit sie ablehnt.

Die Ergebnisse des Berlin-Monitors 2025 machen deutlich, dass die Verteidigung demokratischer Werte in Berlin keine Selbstverständlichkeit ist. Antisemitismus und Antiziganismus bleiben tief verankert und verbinden sich mit autoritären exkludierenden Haltungsmustern, die gesellschaftliche Gleichwertigkeit infrage stellen. Zugleich zeigen die Befunde, dass demokratische Orientierungen und Sensibilität für Diskriminierung

in großen Teilen der Bevölkerung vorhanden sind. Die Herausforderung besteht darin, diese demokratische Basis zu stärken und die bestehenden Ressentiments konsequent zurückzudrängen und zu entzaubern. Eine langfristige, kohärente Strategie aus politischer Bildung, Prävention und gesellschaftlicher Verantwortung ist hierfür unerlässlich. Nur so kann Berlin eine Stadt bleiben, in der Vielfalt geschützt und demokratische Kultur gelebt wird.

Fragebogen „Berlin-Monitor 2025“

Wir bitten Sie heute in Kooperation mit der Universität Leipzig und im Auftrag des Berliner Senats um Ihre Unterstützung bei einer repräsentativen Bürgerbefragung im Land Berlin. Es geht dabei um Ihre Meinung und Einschätzungen zu aktuellen Themen.

Ihr Haushalt wurde für diese Studie zufällig ausgewählt. Die Teilnahme ist freiwillig, aber für ein aussagekräftiges Ergebnis der Umfrage ist es wichtig, dass möglichst alle ausgewählten Personen daran teilnehmen.

Selbstverständlich werden Ihre Angaben anonymisiert und vertraulich behandelt. Diese werden ausschließlich zu Forschungszwecken verwendet.

	Person(en) → weiter mit Schwedenschlüssel
	keine Angabe

Datenschutzerklärung

Mit dieser Erklärung versichern wir Ihnen, dass Ihre personenbezogenen Daten streng vertraulich nach Maßgabe des Bundesdatenschutzgesetzes und der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) behandelt werden.

Ihre Telefonnummer wurde durch ein wissenschaftliches Zufallsverfahren ausgewählt. Die Auswertung erfolgt *anonym*. Die Befragung ist selbstverständlich *freiwillig*.

- *anonym*, d. h. die Auswertung ist nicht personenbezogen, d. h. Ihre Telefonnummer wird nicht zusammen mit den Befragungsergebnissen gespeichert und wird unmittelbar im Anschluss an diese Befragung gelöscht.
- *freiwillig*, d. h. Ihnen entstehen keinerlei Nachteile, wenn Sie sich nicht beteiligen. Natürlich können Sie auch jederzeit während des Interviews einzelne Fragen nicht beantworten oder die Befragung abbrechen.

Vorab haben wir einige Fragen zu Ihrer Person.

S 1.	Was ist Ihr Geschlecht?	männlich	☐
		weiblich	☐
		divers → Filter: S1b	☐
		Keine Antwort	☐

S 1b.	Mit welchem Geschlecht identifizieren Sie sich?	transgeschlechtlich	☐						
		nicht-binär	☐						
		intergeschlechtlich	☐						
		anderes, und zwar	☐						
S 2.	Wann sind Sie geboren? Nennen Sie mir bitte das Jahr Ihrer Geburt.	Geburtsmonat: <table><tr><td></td><td></td></tr></table> Geburtsjahr: <table><tr><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>							
S 3.	In welchem Land sind Ihre Eltern geboren?	Mutter → in Deutschland	☐						
		in einem anderen Land	☐						
S 4.		Vater → in Deutschland	☐						
		in einem anderen Land	☐						
S 5.	In welchem Stadtbezirk von Berlin leben Sie?	01 Charlottenburg-Wilmersdorf 02 Friedrichshain-Kreuzberg 03 Lichtenberg 04 Marzahn Hellersdorf 05 Mitte 06 Neukölln 07 Pankow 08 Reinickendorf 09 Spandau 10 Steglitz-Zehlendorf 11 Tempelhof-Schöneberg 12 Treptow-Köpenick – 13 Andere Bezeichnung: 98 bin nicht sicher 99 wohne nicht in Berlin → Screen-Out							
S 6.	Seit wann leben Sie hauptsächlich in Deutschland (Grenzen von 1949 – inklusive ehemaliger DDR)?	seit Ihrer Geburt →	☐						
		Jahreszahl: <table><tr><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>							

S 7.	Welche Staatsangehörigkeit haben Sie?	Deutsch	☐
		andere, welche:	☐

S 8.	Unabhängig davon, ob Sie Mitglied oder Angehörige(r) einer Kirche oder Religionsgemeinschaft sind, fühlen Sie sich einer bestimmten Religion oder Konfession zugehörig?	1 christlich-katholisch 2 christlich-protestantisch 3 christlich-orthodox 4 jüdisch 5 muslimisch-sunnitisch 6 muslimisch-schiitisch 7 muslimisch-alewitisches 8 andere, und zwar: 98 keiner Religionsgemeinschaft 99 keine Angabe	
------	---	--	--

Q1. Unabhängig davon, ob Sie wahlberechtigt sind oder nicht: Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen? INT.: Antwortstufen NICHT vorlesen! Nur eine Nennung!	CDU/CSU	☐
	SPD	☐
	FDP	☐
	Die Linke	☐
	Grüne	☐
	AfD	☐
	BSW	☐
	andere Partei	☐
	weiß nicht welche Partei	☐
	wähle ungültig	☐
	gehe nicht wählen	☐
	weiß noch nicht, ob ich wählen gehe	☐
	keine Angabe	☐

Q2. Inwieweit treffen die folgenden Aussagen auf Sie zu?

Trifft die jeweilige Aussage ...

		trifft über- haupt nicht zu	trifft eher nicht zu	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu	keine Angabe
01	Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	☐	☐	☐	☐	☐
02	Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.	☐	☐	☐	☐	☐
03	Alles in allem, kann man Politikern doch vertrauen.	☐	☐	☐	☐	☐
04	Ich bin mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland existiert, alles in allem zufrieden.	☐	☐	☐	☐	☐
05	Alles in allem gesehen, kann man den meisten Menschen vertrauen.	☐	☐	☐	☐	☐
06	Die Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt.	☐	☐	☐	☐	☐

Q3. Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland? Ist sie ...	sehr gut	☐
	gut	☐
	teils gut / teils schlecht	☐
	schlecht	☐
	sehr schlecht	☐
	weiß nicht	☐
	keine Angabe	☐

Q5. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

Nutzen Sie bitte wieder die Skala.

		lehne völlig ab	lehne über- wie- gend ab	stimme teils zu, teils nicht zu	stimme über- wie- gend zu	stimme voll und ganz zu	keine An- gabe
01	Reparationsforderungen an Deutsch- land nutzen oft gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten.	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	☐ 5	☐ 99
02	Es macht mich wütend, dass die Vertrei- bung der Deutschen und die Bombar- dierung deutscher Städte immer als kleinere Verbrechen angesehen werden.	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	☐ 5	☐ 99
03	Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im zweiten Weltkrieg.	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	☐ 5	☐ 99
04	Juden sind verantwortlich für die meis- ten Kriege und Konflikte in der Welt.	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	☐ 5	☐ 99
05	Auch andere Nationen mögen ihre Schattenseiten haben, aber die Verbre- chen Israels wiegen am schwersten.	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	☐ 5	☐ 99
06	Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	☐ 5	☐ 99
07	Der deutsche Schuldkomplex behindert den Freiheitskampf der Palästinenser.	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	☐ 5	☐ 99
08	Israel wurde nur gegründet, damit Europäer kein schlechtes Gewissen haben.	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	☐ 5	☐ 99
09	Der Nahostkonflikt ist im Grunde ein Konflikt zwischen weißem Kolonialis- mus und unterdrückten Minderheiten.	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	☐ 5	☐ 99
10	Wir sollten uns lieber gegenwärtigen Problemen widmen als Ereignissen, die mehr als 70 Jahre vergangen sind.	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	☐ 5	☐ 99

Q6.
Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen?

Stimmen Sie ...

		stimme ganz und gar nicht zu	stimme wenig zu	stimme etwas zu	stimme ziemlich zu	stimme voll und ganz zu	keine Angabe
01	Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
02	Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
03	Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
04	Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Q7. Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie ihren ... (Vorgaben vorlesen)	gerechten Anteil erhalten	☐
	mehr als ihren gerechten Anteil	☐
	etwas weniger	☐
	sehr viel weniger	☐
	weiß nicht	☐
	keine Angabe	☐

Q8.
Viele Leute verwenden die Begriffe „links“ und „rechts“, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen.

Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese Ansichten auf der Skala einstufen?

Links				Mitte-links	Mitte-rechts	Rechts			
☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	☐ 5	☐ 6	☐ 7	☐ 8	☐ 9	☐ 10

Q10. Wie häufig nutzen Sie das Internet – sei es über Computer, Smartphone oder ein anderes Gerät – ganz gleich zu welchem Zweck?	täglich oder fast täglich	☐
	mehrmals pro Woche	☐
	einmal pro Woche	☐
	seltener	☐
	nie	☐
	weiß nicht	☐
	keine Angabe	☐

Q11. Wie viel Zeit verbringen Sie täglich mit der Nutzung von Social-Media-Diensten (z. B. Facebook, TikTok, Instagram, Telegram)? Nutzen Sie ...	gar nicht	☐
	weniger als 1 Stunde	☐
	1–2 Stunden	☐
	2–3 Stunden	☐
	3–4 Stunden	☐
	mehr als 4 Stunden	☐
	keine Angabe	☐

Q13. Wie beurteilen Sie die folgenden Meinungen, die man immer wieder hört?

Sagen Sie uns bitte jeweils, ob Sie der Meinung ... (Skala)

		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme über- haupt nicht zu	keine Angabe
03	Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	☐	☐	☐	☐	☐
05	Schwarze Menschen gehören nicht nach Deutschland.	☐	☐	☐	☐	☐

Q15. Wie beurteilen Sie die folgenden Meinungen, die man immer wieder hört?

Sagen Sie uns bitte jeweils, ob Sie der Meinung ... (Skala)

Bitte machen Sie in jeder Zeile ein Kreuz.

		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme über- haupt nicht zu	keine Angabe
01	Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden.	☐	☐	☐	☐	☐
02	Sinti und Roma sind nicht so zivilisiert.	☐	☐	☐	☐	☐
03	Politiker und Parteien thematisieren die systematische Benachteiligung der Sinti und Roma unzureichend.	☐	☐	☐	☐	☐
04	Die Anwesenheit von Sinti und Roma führt zu Konflikten.	☐	☐	☐	☐	☐
05	Wenn in meinem Bekannten-/Freundeskreis negativ über Sinti und Roma geredet würde, würde dem niemand widersprechen.	☐	☐	☐	☐	☐
07	Durch ihr Verhalten sind Sinti und Roma an ihrer Diskriminierung mitschuldig.	☐	☐	☐	☐	☐
10	Sinti und Roma leiden häufiger unter Armut.	☐	☐	☐	☐	☐
11	Die Diskriminierung von Sinti und Roma in Deutschland ist aktuell ein Problem.	☐	☐	☐	☐	☐
12	Im Zuges des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine haben sich Roma als Ukrainer ausgegeben, nur um in Deutschland Asylleistungen zu beziehen.	☐	☐	☐	☐	☐
13	Sinti und Roma sind besonders gute Musiker.	☐	☐	☐	☐	☐
14	Sinti und Roma haben ein sorgloseres Leben als Menschen anderer Gruppen.	☐	☐	☐	☐	☐

Q16. Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu? (Skala)

Bitte machen Sie in jeder Zeile ein Kreuz.

		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme über- haupt nicht zu	keine Angabe
01	Ich engagiere mich in einem Verein oder in einer anderen sozialen Gruppe.	☐	☐	☐	☐	☐
02	Ich habe Kontakte zu Juden.	☐	☐	☐	☐	☐
03	Ich habe Kontakte zu Sinti und/oder Roma.	☐	☐	☐	☐	☐
04	Meine Erfahrungen mit Sinti und Roma stammen weitgehend aus den Medien.	☐	☐	☐	☐	☐
05	Meine Erfahrungen mit Juden stammen weitgehend aus den Medien.	☐	☐	☐	☐	☐
06	Ich bin häufig allein, bzw. habe zu wenig Kontakte.	☐	☐	☐	☐	☐

Q18. Wie beurteilen Sie die folgenden Meinungen, die man immer wieder hört?

Sagen Sie uns bitte jeweils, ob Sie der Meinung ... (Skala)

		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme über- haupt nicht zu	keine Angabe
01	Ich finde es ekelhaft, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen.	☐	☐	☐	☐	☐
02	Frauen übertreiben ihre Schilderungen über sexuelle Gewalt häufig, um Vorteil aus der Situation zu schlagen.	☐	☐	☐	☐	☐
05	Die Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Hausfrau und Mutter besinnen.	☐	☐	☐	☐	☐
07	Transgeschlechtlichkeit ist eine Gefahr für die gesellschaftliche Ordnung.	☐	☐	☐	☐	☐
10	Der Staat sollte das Gendern verbindlich vorschreiben.	☐	☐	☐	☐	☐

Bitte geben Sie an, wie stark Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

		stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme voll zu
03	Einige Gruppen sind einfach weniger wert als andere.	☐	☐	☐	☐
04	Unterlegene Gruppen sollten dort bleiben, wo sie hingehören.	☐	☐	☐	☐
05	Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein schönes Leben machen.	☐	☐	☐	☐

Q20. Für wie bedrohlich halten Sie folgende soziale Gruppen?

		überhaupt nicht bedrohlich	eher nicht bedrohlich	eher bedrohlich	sehr bedrohlich
01	Christen	☐	☐	☐	☐
02	Muslime	☐	☐	☐	☐
03	Juden	☐	☐	☐	☐
04	Sinti	☐	☐	☐	☐
05	Roma	☐	☐	☐	☐
06	Jehovas Zeugen	☐	☐	☐	☐
07	Palästinenser	☐	☐	☐	☐

Zum Schluss habe ich noch einige Fragen zur Statistik.

S 11	Welchen Schulabschluss haben Sie? Hier sind keine beruflichen Ausbildungsabschlüsse, wie Berufsschule oder Handelsschule gemeint.	01 von der Schule abgegangen ohne Haupt-/Volksschulabschluss	☐
		02 den Haupt-/Volksschulabschluss (oder frühere 8-klassige Schule)	☐
		03 Mittlere Reife/Realschulabschluss	☐
		04 den Abschluss der Polytechnischen Oberschule 10. Klasse	☐
		05 den Fachschulabschluss (ohne Anerkennung als Fachhochschulabschluss)	☐
		06 die allgemeine oder fachgebundene Hoch- schulreife / Abitur (Gymnasium bzw. EOS) ohne abgeschlossenes Hochschul-/ Uni- versitätsstudium	☐
		07 ein abgeschlossenes Universitäts-/ Hochschul- bzw. Fachhochschulstudium (bzw. Fachschul- abschluss mit Anerkennung als Fachhoch- schulabschluss)	☐
		08 einen anderen Schulabschluss, und zwar	☐
		09 Ich bin Schüler(in) einer allgemeinbildenden Schule	☐
		99 keine Angabe	☐

S 12	Und in welche Gruppe würden Sie Ihren Haushalt vom gesamten monatlichen Nettoeinkommen her einordnen? Ich meine dabei die Summe, die sich ergibt aus Lohn, Gehalt, Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Rente oder Pension, jeweils nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Rechnen Sie bitte auch die Einkünfte aus öffentlichen Beihilfen, Einkommen aus Vermietung, Verpachtung, Wohngeld, Kindergeld und sonstige Einkünfte hinzu.		
		01 weniger als 750 EUR 02 750 bis unter 1.250 EUR 03 1.250 bis unter 2.000 EUR 04 2.000 bis unter 2.750 EUR 05 2.750 bis unter 3.500 EUR 06 über 3.500 EUR \$\$ - 99 keine Angabe	